

*Stadtchronik Heinz Bemowsky 1989*

**An3435**

Archiv Museum im Steintor Anklam

Klemmmappe, maschinenschriftliche Ausarbeitung, Urschrift  
117 Seiten

Die Chronik spiegelt auch den Geist der Zeit ihrer Entstehung sowie ihres Auftraggebers wider.

erarbeitet vom Autor in seiner Funktion als Stadtchronist. Von Heinz Bemowsky (2. 8. 1921 – 4. 7. 2003) sind neben der Chronik zahlreiche Arbeiten zu historischen Themen erhalten, z. B. Zum Leben jüdischer Bürger in Anklam, zu den Bürgermeistern der Stadt.

## **Lilienthalstadt Anklam**

**aus der Geschichte der Stadt**

**(1. Entwurf)**

### **Teil II**

**von 1918 - 1982**

**Zusammengestellt aus alten Chroniken,  
Heimatkalendern, Zeitungen,  
Archivmaterial der Stadt und  
Berichten ihrer Bewohner**

**von  
Heinz Bemowsky  
Stadtchronist**

**Anklam, den 1. Juni 1989**

## Inhaltsverzeichnis

47. Revolutionsfeier und politische Kämpfe 1919.....	3
48. Die Tage des Kapp-Putsches.....	10
49. Neugründung der KPD und Arbeit in den zwanziger Jahren.....	14
50. Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den zwanziger Jahren.....	19
51. Die Weltwirtschaftskrise bekamen auch die Anklamer zu spüren.....	22
52. Kampf gegen die faschistische Gefahr.....	25
53. Faschismus - brachte Terror, Mord und Krieg!.....	36
54. Der 2. Weltkrieg und das Ende des Faschismus.....	47
55. Vom schweren Anfang 1945.....	59
56. Entwicklung der Industrie, von Handwerk und Gewerbe bis 1947.....	68
57. Von der Zulassung antifaschistischer Parteien bis zur Gründung der SED.....	71
58. Entwicklung des Schulwesens und der Jugendarbeit.....	75
59. Auch die Kulturarbeit wurde nicht vergessen.....	80
60. Gesundheits- und Sozialwesen - Umsiedlerbetreuung.....	82
61. Baufachleute hatten viel Arbeit.....	84
62. Zum Post- und Verkehrswesen.....	85
63. Der Kampf um Einheit und gerechten Frieden - Beginn des Zweijahrplanes.....	86
64. Beginn des sozialistischen Aufbaus - 1. Fünfjahrplan.....	103
65. Der 2. Fünfjahrplan brachte neue Aufgaben.....	119
66. Der Siebenjahrplan (1959 bis 1965) forderte die sozialistische Umgestaltung auf 174 höherer Stufe.....	128
67. Der VII. Parteitag der SED legte neue Ziele fest.....	138
68. Der Kampf um die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (1971 bis 1975)	146
69. Der IX. Parteitag der SED stellte neue Ziele.....	153
70. X. Parteitag der SED (11. bis 16. April 1981) - was wurde bisher erreicht?.....	163

## **47. Revolutionsfeier und politische Kämpfe 1919**

In den ersten Novembertagen riefen SPD und Gewerkschaften überall zur Durchführung von Revolutionsfeiern am 9. November 1919 auf. Die Anklamer Zeitung brachte dazu auftragsgemäß am 7. und 8. November jeweils einen Aufruf. Am 7. November 1919 hieß es:

"Revolutionsfeier 9. November: Antreten sämtlicher freigewerkschaftlich sowie politisch organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen um 1/2 11 Uhr in der Breiten Straße 22 (Gewerkschaftslokal). Aufstellung nach ausgeloster Reihenfolge. Umzug durch einige Straßen der Stadt. Aufstellung auf dem Markt. Dort selbst Ansprache des Genossen Segebrecht. Marsch nach dem Schützenhause und Auflösung des Zuges. Pflicht eines jeden einzelnen Genossen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiters oder Arbeiterin ist es, an dieser großen Kundgebung teilzunehmen.

Erscheint in Massen! - Keiner darf fehlen!

Sozialdemokratische Partei

Gewerkschaftskartell

Am 8. November 1919 rief dann der Genosse Segebrecht, als Sekretär des Deutschen Landarbeiterverbandes Anklam nochmals alle Landarbeiter zur Teilnahme an den Revolutionsfeierlichkeiten auf. Wie wir sehen, glaubten die Genossen der SPD und Funktionäre der Gewerkschaften den Sieg der November-Revolution feiern zu können. Dazu durften die Kommunisten und ihre Anhänger auch in Anklam nicht stillschweigen. Sie mussten handeln, auch wenn die Gründung der Ortsgruppe offiziell noch nicht erfolgt war. So machte sich der Genosse Last zu ihrem Sprecher und ließ folgende Erklärung in der Ausgabe am 9. November 1919 veröffentlichen:

"Arbeiter - Volksgenossen!

Der 9. November bricht herein - der Tag, an welchem der deutsche Arbeiter vor einem Jahre sich von der Herrschaft der kapitalistischen Klasse zu befreien gedacht.

Ein Jahr ist verflossen! ...

Und was hat dieses Jahr uns gebracht? Hat dieses Jahr der Arbeiterklasse etwas von dem gegeben, was ihr viele Jahre lang von den Führern versprochen wurde und was das Ziel der wahren Sozialisten ist? Nein - und abermals - nein! Im Gegenteil, die Errungenschaften des 8. November 1918 welche so siegreich mit der Diktatur der Arbeiterklasse einsetzten, sind durch die Mehrheitssozialisten, die die Regierung in der Hauptsache an sich rissen, verraten. Diese Scheinsozialisten bilden einen Wall zum Schutze der Kapitalisten. Sie haben durch ihren Noske eine konterrevolutionäre Militärmacht errichten lassen.

Der Militarismus, welcher von euch Arbeitern am 9. November 1918 vernichtet wurde, ist von den Noskiden wieder ins Leben gerufen. Gegenrevolutionäre Offiziere stehen an der Spitze dieser Truppen, welche zu jeder Zeit bereitgehalten werden, Euren Hunger und Eure gerechten Forderungen zu jeder Stunde niederzuknüppeln. Die Ebert-Noske-Regierung hat in diesem Jahre mehr auf das arbeitende und hungernde Volk schießen lassen, als die Hohenzollern während ihrer ganzen Regierungszeit.

Diese Regierung ist mitschuldig an den vielen Morden, welche an den wahren Sozialisten wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Eisner und vielen anderen begangen wurden. Auch der Führer der Unabhängigen Haase erlag am 7. des Monats den Wunden, die er von verruchter Mörderhand erhielt. In vielen Gegenden Deutschlands herrscht der ungesetzliche Belagerungszustand. In Berlin wurden am 7. November nach Meldungen der Zeitungen 50 bis 60 Verhaftungen von revolutionären Volksgenossen vorgenommen ...

Die Agrarier und Kapitalisten haben mit Hilfe der Mehrheitssozialisten uns wieder vor ihren Wagen gespannt. Sie sind bestrebt, uns alle Errungenschaften, die uns geblieben sind, gänzlich zu

entreißen.

Auch hierin finden sie tatkräftige Unterstützung durch die Scheinsozialisten. Diese Regierung hat sich an dem hungernden Volke schwer vergangen, indem sie dem Wucher- und Schleichhandel nicht richtig entgegen trat.

Arbeiter - Volksgenossen!

Die Mehrheitssozialisten, die daran schuld sind, dass die Revolution im Sande verlaufen ist, fordern Euch auf, den 9. November feierlich zu begehen. Ebert - Noske wollen sich am 9. November gehuldigt sehen. Diese Scheinsozialisten versuchen Euch irrezuführen und Euer Sozialgefühl zu vergiften. Wir fordern Euch auf, diesen Tag nicht als Freudentag, sondern als einen Tag der Trauer zu begehen. Gedenkt der vielen Opfer, die das Regime Ebert - Noske brachte. Schließt Euch auch hier in Anklam uns wahren Sozialisten an. Begeht mit uns am Sonntagvormittag 11 Uhr im Saale in Bluthlust eine Revolutionsfeier!

KPD - Ortsgruppe Anklam  
gez. Last"

Hier taucht bereits die Bezeichnung "KPD - Ortsgruppe Anklam" aus. Sie war jedoch noch nicht offiziell gegründet. Den Aufruf hatte der Schriftsetzer Genosse Last unterschrieben. Er war kürzlich aus Stettin nach Anklam verzogen und gehörte bereits der KPD an. Doch dieser Aufruf kam ein wenig spät, denn als er mit den Zeitungen ins Haus gebracht wurde, waren die Anklamer schon auf der Straße. In Bluthlust dagegen saßen 12 Arbeiter, in deren Interesse der Genosse Last geschrieben hatte und beschlossen, das nachzuholen, was bereits am 31. Oktober 1919 erfolgen sollte, die Gründung der Ortsgruppe der KPD. Am 31. Oktober 1919 hatte die Anklamer Zeitung einen Aufruf der Bezirksleitung der KPD zu einer öffentlichen Volksversammlung veröffentlicht. Darin hieß es wörtlich:

"Kommunistische Partei Deutschlands  
(Spartakusbund)

Freitag, den 31. Oktober 1919 abends 1/2 8 Uhr

Öffentliche Volksversammlung

im Lokale "Bluthlust" (im geheizten Saale)

Thema: Was wollen die Kommunisten?

Referent: Karl Schulz, Berlin

Freie Aussprache! Es wird dafür gesorgt, dass jeder Gegenredner ungestört sprechen kann.

Zur Deckung der Unkosten - 20 Pfennig Eintritt.

Bezirksleitung  
i.A. gez. Röhl"

Über diese Versammlung schrieb die Anklamer Zeitung dann am 2. November 1919:

"Eine kommunistische Versammlung, die recht zahlreich besucht war, fand gestern abend in Bluthlust statt. Als Redner vom Spartakusbund sprach ein Herr Röhl aus Greifswald (Er war für den erkrankten Genossen Schulz eingesprungen), der sich in seinen Ausführungen scharf gegen die Mehrheitssozialistischen und die jetzige Regierung, besonders gegen den Reichsminister Noske wandte und das Programm seiner Partei zu entwickeln versuchte. In der sich anschließenden lebhaften Aussprache traten ihm von den Mehrheitssozialisten die Herrn Segebrecht, Oelwitz, Kirschenstein, Frank, Zapel und einige andere entgegen."

Wer diesen Bericht las, bekam den Eindruck, die Anklamer Zeitung habe auf "neutral" oder "unabhängig" umgeschaltet. Doch das war ein großer Irrtum, denn unmittelbar unter diesem Bericht stand noch ein eingesandter Leserbericht, natürlich ohne Namen. Er war überschrieben

"Was sollen die Kommunisten?"

Das war die getarnte Stellungnahme der Zeitung. Hier versuchte man in schmutziger und unfairer Form die Ziele der KPD lächerlich zu machen und als nie erfüllbare Träume hinzustellen. So schrieb die Zeitung unter anderem:

"Der Kommunismus will die Menschen glücklicher machen. Er geht aber von der falschen Voraussetzung aus, dass alle Menschen auf Erden engelsgut sind. Selbstverständlich könne dann auf Erden das Paradies errichtet werden. Aber solange es noch Menschen gibt, die den Sozialismus auffassen als eine Lohnverbesserung - ohne hingebungsvolle Arbeit - als Freiheit aller - ohne Achtung vordem Willen der Mehrheit, als Brüderlichkeit - mit der Absicht, andersdenkende Menschen niederzubrüllen oder niederzumetzeln - als Gleichheit aller, ohne Ausnahme, ob tüchtig und sparsam oder liederlich und faul - also solange es noch solche Menschen gibt, wird es sobald auch unter kommunistischer Weltherrschaft eine Weltverbesserung nicht geben. Möchten sich die Menschen nur immer vor Augen halten, dass sie erst dann glücklich auf Erden leben können, wenn sie an sich selbst unaufhaltsam arbeiten und sich bemühen, edel denkend und gut zu werden. Sind alle Menschen gut und engelsrein - so möcht' auch ich gern Kommunisten sein, - so aber N e i n!"

So also wurden die Kommunisten mit ihren Zielen ins Lächerliche gezogen, so versuchte man die Masse des Volkes abzuhalten.

Zu einer Gründung der KPD war es am 31. Oktober, wie erwähnt, noch nicht gekommen. Das wurde nun am 9. November in Bluthlust nachgeholt. Wortführer war auch hier der Genosse Last. Nach kurzer Ansprache und Diskussion erklärten sich 9 Arbeiter bereit, Mitglied der Ortsgruppe der KPD zu werden. Danach wurde der Vorstand gewählt. Vorsitzender wurde der Tischler Albert Magull, Kassierer der Genosse Wilhelm Lübke und Beisitzer die Genossen Wilhelm Pfaadt und Stegemann. Als Hilfskassierer wurde der junge Genosse, der Tapezierer Ernst Lübke (Bruder von Wilhelm Lübke) bestätigt. Man bestellte die Parteizeitung "Die Rote Fahne" und stellte sich das Ziel, weitere Mitglieder zu werben.

Klein war die Gruppe, und wie wir uns denken können, schwer war auch der Anfang. Während diese kleine Gruppe in Bluthlust saß, hatte man sich, wie aus einem langen Zeitungsbericht hervorgeht, vor dem Gewerkschaftslokal in der Breiten Straße versammelt. Die Zeitung schrieb am

11. November 1919 darüber:

"Die Jahresfeier der Revolution gestaltete sich am gestrigen Sonntag Vormittag zu einer eindrucksvollen Kundgebung des sozialdemokratischen Wahlvereins, der freien Gewerkschaften und des Landarbeiterverbandes. Unter klingendem Spiel zweier Musikkapellen und mit wehenden Fahnen bewegte sich der annähernd 1.500 Teilnehmer zählende Festzug in mustergültiger Ordnung von der Breiten Straße, Steinstraße, die Peenstraße entlang zum Bollwerk, sodann die Burgstraße bis zum Markt.

Eine kurze Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der freien Gewerkschaften Neumann, der besonders der starken Beteiligung der jungen Landarbeiterorganisation gedachte, schloß mit einem "Hoch auf die Solidarität und Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft zwischen Stadt und Land".

Die nun folgende Festansprache des Vorsitzenden der hiesigen Arbeiter - Kreisleitung Friedrich Wilhelm Segebrecht bildete den Kernpunkt der kurzen aber würdigen Feier. Die begeisternden und flammenden Worte fanden bei allen Teilnehmern starken

Widerhall. Nicht zertrümmernd, sondern aufbauend mitwirken an unserem leider so zerrüttetem wirtschaftlichem Volksleben ist Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, aber gleichzeitig auch bereits errungenes und noch zu erringendes gegen jede Hetze, von welcher Seite sie auch kommen möge, zu verteidigen und wenn es sein muß, zu erkämpfen.

Hierauf ertönten die weihevollen Klänge des "Sozialistenmarsches" und der "Arbeiter-Marseillaise". Nunmehr begab sich der imposante Zug, begleitet von einer zahlreichen Menschenmenge nach dem Schützenhause. Dort widmete der Genosse Oelvitz allen Teilnehmern kernige Abschiedsworte und nochmals zur Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft auffordernd, wurde die denkwürdige Feier mit einem dreifachen "Hoch auf die junge Republik" geschlossen."

Wir erkennen aus diesem Bericht, die Anklamer Führer der SPD und der Gewerkschaften hatten in diesen Tagen doch einen großen Einfluß auf die Mehrheit der Arbeiterschaft. Anscheinend hatten auch die übrigen Schichten der Stadt ihre Vorteile aus der bisherigen Politik der Mehrheitssozialisten erkannt und billigten einen solchen geschwollenen Bericht in der Zeitung. Wenn man jedoch überlegt, dass am 19. Januar 1919, also 10 Monate früher, immerhin 4.160 Anklamer Wähler ihre Stimme für die SPD abgegeben hatten, waren selbst 1.500 Teilnehmer, unter denen sich, wie es hieß, noch recht viele Landarbeiter aus dem Kreisgebiet befanden, doch wohl kein Beweis für die volle Anerkennung der Politik der SPD. Trotzdem blieb der Kampf für die kleine Gruppe der KPD recht schwer. Man nahm sie oftmals nicht ernst, ja man verspottete sie sogar vielfach. Das geschah fast immer mit Hilfe von anonymen Berichten in der Anklamer Zeitung. So wurde am 30. November 1919 ein solcher Leserbrief über eine Versammlung der KPD vom 27. November 1919 in Bluthlust veröffentlicht. Darin hieß es:

"Der Kommunist Schulz sprach über die Frage: 'Was wollen die Kommunisten?'

Er faßte die Wünsche und Ziele des Kommunismus zusammen in:

1. Aburteilung der Schuldigen am 1. Weltkrieg
2. Sozialisierung des Wirtschaftslebens
3. Aufhebung des Privateigentums
4. Beseitigung der Riesenvermögen, die vom Volke abgewuchert sind
5. Verbindung mit Sowjet- Rußland und
6. völlige Umgestaltung der Produktionsgrundlage.

Er stützte sich in seinen Forderungen auf das Erfurter Programm, verwarf aber den Parlamentarismus und forderte dafür die Diktatur (der Minderheit) mit Rätesystem. Sehr übel kamen die Mehrheitssozialisten dabei weg. Er nannte sie Verräter ihres Parteiprogramms, inkonsequente Leute, die aus der Regierung heraus fliegen mußten. Recht spaßig war sein Wüten gegen die Hetzer zum Weltkrieg, zumal er mit dem gleichen Atemzuge die Verbrüderung mit Rußland und den Kampf gegen den Weltkapitalismus forderte. Ich bin wirklich gespannt, wie viele von den ihm Urteilslos Beifall klatschenden Leuten – klassen bewußte Arbeiter\_spendeten keinen Beifall - seinem Rufe zum bewaffneten Kampf gegen den Kapitalismus von England, Frankreich und Amerika Folge leisten würden. Herr Schulz selbst wird sich hüten, an die Spitze der Kämpfenden zu treten.

Von den "Segnungen" des Bolschewismus, wie wir ihn in Rußland, Ungarn und München von Augenzeugen kennengelernt haben, schwieg der Vortragende wohlweislich. Er verstand es überhaupt ausgezeichnet, das Krakeelbedürfnis der Leute zu befriedigen, denn hohle Phrasen schlagen vor der gedankenlosen Masse immer auf

fruchtbaren Boden.

Wie sah Herr Schulz die Diktatur des Proletariats ohne Maschinengewehr, ohne Zensur, ohne Gefängnis, ohne Belagerungszustand, das zu beweisen blieb er uns schuldig. Wer aber selbst zum gewaltsamen - denn friedlich nenne ich nur den Wahlzettel - Sturz der bestehenden Ordnung auffordert, darf sich nicht über gewaltsame Gegenmaßnahmen beklagen.

Die Redner, die sich bei der Aussprache zu Wort meldeten, forderten auch durchweg - von einigen Entgleisungen abgesehen - zur Einigkeit auf. Einigkeit macht stark und nur in der vollen Stärke, nicht zersplittert und geschwächt, können wir Gutes schaffen."

Soweit der Bericht. Wer ihn geschrieben hatte, ist unschwer zu erkennen. Er kam von der SPD, wer sollte sonst von "klassenbewußten Arbeitern" sprechen. Zur Einigkeit hatte man, wie am Schluss des Berichtes gesagt wurde, immer wieder aufgerufen. Man fragt sich unwillkürlich, wovon sollte sie kommen, bestimmt nicht durch solche Hetzereien in der Presse, über die die bürgerlichen Parteien nur frohlocken konnten.

Doch solche Berichte und Äußerungen von Vertretern der SPD waren anscheinend nicht nur gegen die KPD gerichtet. Am 16. November 1919 brachte die Zeitung zum Beispiel folgende Stellungnahme der Anklamer Handwerkervereinigung:

"In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde von Herrn Segebrecht die Äußerung getan, bei der Beratung der Statutenänderung der Fortbildungsschule käme es ihm vor, als hätte die Angelegenheit einen politischen Charakter.

Der Vorstand der Handwerkervereinigung weist dieses ganz entschieden zurück. Die Handwerkervereinigung beschäftigt sich grundsätzlich, wie auch in den Statuten festgelegt ist, nicht mit Politik, sondern vertritt nur seine wirtschaftlichen Interessen. In Anbetracht der ungünstigen wirtschaftlichen Lage des Handwerks erscheint dieses als dringend notwendig  
Der Vorstand."

Am 10. Dezember 1919 rief die SPD dann in der Zeitung zu einer großen Volksversammlung auf. Dazu hieß es:

"Sozialdemokratische Partei

Donnerstag, dem 11. Dezember, abends pünktlich 7 1/2 Uhr  
im Schützenhaus

große öffentliche Volksversammlung

Referent: Max Cohen (Reuß), Vorsitzender des Zentralrates in Berlin

Er spricht über die jetzige politische Lage - Rückblick und Ausblick.

Cohen ist der bekannte Sozialpolitiker, der Verfechter der Kontinentalpolitik.

Um zahlreichen Besuch aller Bevölkerungssichten wird dringend ersucht.

Zur Deckung der Unkosten - 10 Pfennig Eintritt.

Der Vorstand des soz. Wahlvereins Die soz. Wahlkreisleitung  
gez. Max Stein gez. Fr. W. Segebrecht"

Am 13. Dezember 1919 gab es diesmal nur diesen kommentarlosen Bericht über die durchgeführte "Öffentliche Versammlung!

800 - 1.000 Anwesende

Referent sprach über Fehler der Regierung und seiner Partei und stellte heraus:

1. Deutschland hat die Verständigung mit Rußland verpasst

2. Auch eine Verständigung mit Frankreich wurde nicht gesucht

3. Er verurteilte die schwankende Haltung der Regierung zur "Räte-Frage" – schlechte Bekämpfung des Schleichhandels und Schiebertums und

4. verurteilte er die kurzsichtige Finanzpolitik Erzbergers."

Gleichzeitig wurde die Versammlung gegen eine Veröffentlichung des Landbundes, in der Segebrecht angegriffen wurde, genutzt. Segebrecht selbst sprach zu dieser Veröffentlichung des Landbundes. Im Ergebnis nahm man folgende EntschlieÙung an:

"Die im Schützenhause versammelten organisierten Arbeiter Anklams sprechen dem Kollegen Segebrecht das volle Vertrauen aus. Sie verurteilen die hetzerische Art und Weise des Vorgehens des Landbundes gegen ihn und erklären sich bereit, den Kampf gegen den übermütigen Herrenstandpunkt der Großgrundbesitzer aufzunehmen!"

Soweit hatte man es gebracht. Die Kapitalisten und Großgrundbesitzer waren nicht nur geblieben, sondern sie fühlten sich bereits wieder recht stark. Ob die Form der Segebrecht'schen Abwehr allerdings die Richtige war, ist zu bezweifeln.

Auch die reaktionäre Seite vertrat ihre Politik. Dazu wurde am 14., 16. und 18 Dezember 1919 eine Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei wie folgt angekündigt:

"Am Freitag, dem 19. Dezember, nachmittags 6 1/2 Uhr in Kluges Gesellschaftshaus Anklam (heute Volkshaus)

Vortrag des Staatsministers a.D. Dr. Helfferich über die politische Lage.

Eintritt nur gegen Karten gestattet.

Auf dem Lande: bei Vertrauensmännern

in der Stadt: Mittwoch - Freitag vormittags von 10 - 12 Uhr

in der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei -Baustraße 45 a I

bei Geschäftsführer Müller.

Deutschnationaler Volksverein für den Kreis Anklam

gez. Prof. Beintker"

Am 21. Dezember 1919 informierte die Zeitung über den Inhalt der Rede und den Ablauf der Versammlung auf ihrer gesamten Hauptseite, überschrieben:

"Dr. Helfferich über die politische Lage!"

Er sagte unter anderem:

"In den 4 1/2 Jahren Krieg ist es uns gelungen, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, den Feind von unseren Grenzen fernzuhalten. Wenn uns im eigenen Lande die Schrecken des Krieges erspart geblieben sind, so haben wir jetzt um so mehr unter den Schrecken des Friedens zu leiden, die in mancher Beziehung schlimmer sind, als die des Krieges ...

Jetzt werden Deutschland die Stücke vom lebendigen Leibe gerissen, die große Kulturarbeit, die wir im Osten unseres Vaterlandes und in Polen geleistet haben, soll zerstört werden ...

Unsere Wehrmacht, einst unser Stolz, ist auf 100.000 Mann herabgesetzt - nur 100.000 Mann für ganz Deutschland ...

- unsere Marine existiert nicht mehr,

- die Kolonien sind uns entrissen und das deutsche Eigentum soll bis auf den letzten Rest zerstört werden ...

Und nun die Frage: Wie kommen wir hier heraus? Von innen muss die Erneuerung Deutschlands kommen, wir brauchen Arbeit, Ordnung und Vaterlandsliebe.

Von der Revolution konnte man überall den Ruf hören und auch lesen, dass - Sozialismus - gleich Arbeit - sei. Wenn dieses Schlagwort wahr wäre, dann stünde es heute besser um uns ...



Solche Führer, die nur die Lohnfrage, Streik und Klassenkampf zum Ziel haben, können keine Leute hervorbringen, die Deutschland wieder zu neuem Leben erwecken ...

Auch die gegensätzliche Gegenüberstellung von Obrigkeit und Volksstaat ist purer demagogischer Schwindel, denn kein Staat kann ohne Obrigkeit bestehen. Nach unseren Erfahrungen stehen wir auf dem Boden der Monarchie. Ebenso treten wir für ein starkes Preußen ein.

Wir haben einen Heldenkampf durchgeführt, wie kein zweites Volk in der Weltgeschichte. Wir haben die Hoffnung, dass das deutsche Volk in seiner Gesamtheit das Jahr der Verwirrung überwinden und einen neuen Aufstieg finden wird, - wenn nicht mehr für uns, dann für die Kinder und Enkel.

Dann wird das alte Reich in neuer Größe und Herrlichkeit erstehen und der stolze Sang erklingen: "Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!"

Es folgt ein stürmischer Beifall, da sich niemand zu Wort meldet, wird die Versammlung geschlossen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Anwesende Sozialdemokraten wahrten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine gute Versammlungsdisziplin, hieß es im weiteren Bericht. Dagegen glaubten einige nicht organisierter Elemente ihren Mangel an politischer Reife durch sinnlose Zwischenrufe zum Ausdruck bringen zu müssen, stellt die Zeitung abschließend fest.

Mit den Sozialdemokraten wollte man es also nicht gleich voll verderben. Doch die Ziele der Deutschnationalen waren klar und eindeutig, das ging aus der Rede ihres Referenten hervor. Wie man sie zu verwirklichen gedachte, sollten alle recht bald erfahren. Vielleicht fragt man sich, wie sah es bei dem politischen Durcheinander jener Tage eigentlich mit der Versorgung der Menschen aus?

Auch darauf gibt die Anklamer Zeitung am 21. Dezember 1919 eine klare Antwort durch folgende Bekanntmachung:

"Kriegshinterbliebene!

Die von der Nationalversammlung am 21. August 1919 beschlossene Beihilfe für notleidende Kriegshinterbliebene war mir für Anfang November angekündigt, die Anweisung ist aber erst heute in meine Hände gelangt. Das Geld ist noch nicht hier. So wird es zu meinem Bedauern nicht mehr möglich sein, Beihilfen zu Weihnachten auszusahlen.

Ansprüche haben nur wirklich Notleidende, in erster Linie noch nicht entlassene Schulkinder, Halb- und Vollwaisen und Eltern. Alleinstehende Witwen nur dann, wenn sie über 50 Jahre alt oder krank und dauernd arbeitsunfähig sind.

Die Beihilfen gelten nur für den Winter 1919/20. Die erste Zahlung war für Oktober/November bestimmt.

Alle solche Notleidenden wollen sich schleunigst unter Vorlegung der Papiere entweder persönlich oder durch die Gemeindevorsteher, die Leiter der Wohlfahrtsstellen oder der hiesigen Polizeiverwaltung an mich wenden.

Anklam, den 20. Dezember 1919

Der Ausschuß für Kriegshinterbliebenen-Fürsorg  
gez. Prof. Beintker - Friedländer Straße 6"

Das also hatte der Kreisvorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei wenige Tage nach ihrer so großen Versammlung den Ärmsten der Armen zu sagen. Für sie fiel damit das Weihnachtsfest 1919 aus. Doch weiter zur wirtschaftlichen Situation. Am 23. Dezember 1919 teilt der Verein für landwirtschaftliche Interessen (Arbeitgeberverein) mit:

"Auf der Versammlung am 12. Dezember 1919 wurde eine Eingabe an den

Landwirtschaftsminister beschlossen mit folgendem Inhalt:

Die heutige mehr als 100 Mitglieder zählende Versammlung des Vereins für landwirtschaftliche Interessen zu Anklam unterbreitet Eurer Exzellenz folgendes:

Die deutsche Landwirtschaft ist nicht mehr imstande, ihre volle Leistungsfähigkeit zu garantieren, wenn nicht

1. eine verlängerte Arbeitszeit, besonders in dringender Zeit als Zwang erklärt wird,
2. das Streikrecht der Landarbeiter auf's Äußerste eingeschränkt wird,
3. die Heranziehung ausländischer Arbeiter staatlich begünstigt wird,
4. das Vertragsrecht der Saisonarbeiter gesetzlich geschützt wird.

Wir bemerken, dass es trotz aller Anstrengungen und Opfer nicht möglich gewesen ist, die Hockfrüchte restlos zu ernten, dass alle anderen Arbeiten soweit zurück sind, dass es ausgeschlossen scheint, in absehbarer Zeit wieder in geregelte Bahnen zu kommen"

Wie die Antwort des Herrn Ministers aussah, wissen wir nicht.

So sah es also knapp 1 Jahr nach der November-Revolution in Deutschland und auch bei uns in Anklam aus. das zu feiern war am 9. November 1919 in Anklam gewesen.

## **48. Die Tage des Kapp-Putsches**

Im Anklamer Kreishaussaal saßen sich am 13. März 1920 Gewerkschaftler und Vertreter der Arbeitgeberverbände gegenüber, um über Tarifverträge zu verhandeln. Da hieß es plötzlich: "Die Regierung ist gestürzt. Kapp hat die Macht übernommen!"

Die Sitzung wurde sofort abgebrochen und um 15 Uhr trafen sich in der Burghalle (Gasthof Holke, Burgstraße) Vertreter von Parteien und Gewerkschaften und bildeten einen Aktionsausschuss. Ihm gehörten unter anderen an:

von der USPD: Erich König, Willi Neumann und Otto Seggert

von der SPD: Fritz Ahrendt, Hermann Setzkorn, Karl Frank, Friedrich Wilhelm Segebrecht, Willi Neumann und Rudolf Klühs

von der KPD: Wilhelm Pfaadt.

Man beschloss die Teilnahme am Generalstreik.

Inzwischen marschierten Arbeiter aus den größeren Betrieben in mehreren Gruppen zum Paradeplatz und nahmen vor dem Bezirkskommando Aufstellung. Hier standen Gewerkschaftler, Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige nebeneinander, vereint durch den festen Willen, die Republik gegen den Angriff der Junker und Militaristen zu verteidigen. Dazu brauchten sie Waffen. Die Waffenkammer des Bezirkskommandos war verschlossen. Die Verantwortlichen lehnten die Auslieferung von Waffen ab. Da mussten sich die Arbeiter selber helfen. Der Arbeiter Richard Fehlhaber schickte den jungen Genossen Ernst Lübke mit den Worten: "Ernst, loop schnell no'n Schmedt Friedrich un hol'n groten Hommer!" Einige Minuten später war der 17-jährige Bursche mit dem Hammer zurück. Wenige Schläge genügten, um das Schloss zu zertrümmern. Gewehre wurden verteilt und gegen 17.30 Uhr kontrollierten bereits bewaffnete Arbeiterposten die Post, den Bahnhof, die wichtigsten Zufahrtsstraßen und die Peenebrücke. Hier auf der Brücke stand mit umgehängtem Gewehr auch eine junge Frau unter den Männern. Es war die Genossin Anna Maaß, die zusammen mit ihrem Gatten Ernst Maaß zu den Mitbegründern der Ortsgruppe der KPD gehörte.

Alles schien aufs Beste organisiert, doch schon am nächsten Tage zeigten sich die ersten großen Schwächen.

Am Sonntag, dem 14. März 1920 fand im Garten des Stadttheaters, Friedländer Straße, eine Versammlung statt, die der Kartellvorsitzende des ADGB Otto Seggert einberufen hatte. Hier ging es um die Organisierung des bewaffneten Widerstandes und die Beschlagnahme weiterer Waffen, die in Ziethen, Relzow und Spantekow versteckt sein sollten.

Da wandte sich der SPD-Funktionär August Oelvitz gegen eine Bewaffnung. Er vertrat die Ansicht, es habe alles keinen Zweck mehr, denn die Kapp-Leute hätten so wie so bereits gesiegt. Ihm schloss sich der Genosse Rudolf Klühs an. Beide wurden jedoch niedergeschrien und verließen die Versammlung.

Dagegen waren es besonders die Kommunisten und Vertreter der USPD, die die Entwaffnung der Reaktion und damit die Beschlagnahme der Waffen forderten. Als weitere Mitglieder des Aktionsausschusses zu schwanken begannen, handelten sie selbst. Der Genosse Neumann (USPD) übernahm den Auftrag, einen LKW zu besorgen, mit dem die Waffen abgeholt werden sollten. Genosse Karl Meier begab sich mit einer Gruppe von etwa 20 Arbeitern zur Kriegsschule. Dem verantwortlichen Hauptmann wurde kurzentschlossen mitgeteilt:

"Wir haben den Auftrag, die hier lagernden Waffen zu beschlagnahmen!"

Der Hauptmann lehnte zunächst ab, doch angesichts der entschlossenen Haltung der Arbeiter änderte er seine Meinung recht schnell und meinte: "Ich beuge mich der Gewalt!"

Darauf wurden 200 Gewehre beschlagnahmt, doch es fehlten die Gewehrschlösser. Trotzdem wurden die Gewehre mitgenommen.

Vom ersten Erfolg zu neuen Taten angespornt, entschloss sich diese Gruppe zu weiteren gemeinsamen Aktionen mit der Gruppe Neumann. Mit einem LKW der Falk'schen Mühle fuhren sie nach Ziethen. Während hier weitere Waffen beschlagnahmt werden konnten, fand man in Relzow nichts. Die Waffen wurden am Töpferplatz auf dem Hofe des Genossen Neumann abgeladen und dann an die Arbeiter verteilt.

In der Nacht zum Montag versagte der Aktionsausschuss dann zum zweitenmal. Man ließ sich durch einen Telephonanruf der Kapp-Leute täuschen. Gegen den Protest der Kommunisten fuhren die Genossen Segebrecht, Fritz Ahrendt und W. Neumann (SPD) zu Verhandlungen nach Ziethen. Hier wurde ihnen jedoch nur kurz erklärt, wenn die Stadt nicht sofort übergeben würde, würden die Kapp-Einheiten zum Angriff übergehen. Darauf hatten die Delegationsmitglieder nichts Eiligeres zu tun, als alle Arbeiter zum Niederlegen der Waffen aufzufordern.

Am Montag Vormittag wurde die Stadt dann auch besetzt. Die Baltikumer ließen sich bei Stolpe über die Peene setzen und rückten dann von der Demminer Landstraße her in die Stadt ein. Inzwischen hatten sich auf dem Anklamer Sportplatz etwa 200 Arbeiter versammelt, die bereit waren, den Kampf fortzusetzen. In geschlossenem Zuge marschierten sie zum Markt. In der Steinstraße wurden sie dann jedoch von einer Kompanie der Kapp-Leute aufgehalten. Ein Offizier forderte sie auf, die Straße unverzüglich zu räumen. Als das nicht sofort geschah, gab er seinen Soldaten den Befehl, ihre Gewehre in Anschlag zu bringen. Die Arbeiter waren unbewaffnet und mussten daher der Aufforderung nachkommen. Schnell waren die wichtigsten Gebäude der Stadt besetzt und dann begann eine Verhaftungswelle. 13 Mitglieder des Aktionsausschusses, unter ihnen Wilhelm Pfaadt, Segebrecht, Willi Neumann und Fizefeldweibel Möller wurden verhaftet und verhört. Dann ließ man sie jedoch wieder frei.

Jetzt gingen die Genossen zu Einzelaktionen über. So wurden am Steintor 2 Kapp-Offiziere umzingelt. Da die Aktion jedoch beobachtet wurde, erhielten die Kapp-Leute schnell Hilfe. Es kam zu einer Schießerei, bei der der Maurer Griese am Bein getroffen wurde.

Selbstverständlich gab es in Anklam und besonders unter den Gutsbesitzern im Kreisgebiet auch Kräfte, die schon lange auf diesen Tag gewartet hatten. Für sie sollte der neue Militärstaat den Weg zur Rückkehr zur alten Monarchie ebnen. Zu diesen Kräften gehörte auf jeden Fall der Graf von

Schwerin aus Putzar. Er schrieb am 15. März 1920 einen Brief an seine Landarbeiter mit folgendem Inhalt:

"An die organisierte Arbeiterschaft von Putzar und Glien!

Jetzt wird nun der Diktator Kapp die Sozialdemokratie mit eisernem Besen aus dem Lande jagen, damit wir wieder Ordnung in unserem Lande bekommen. Wenn uns der Diktator rechtzeitig vom Joche der Sozialdemokratie befreit, dann wird sich unser junger König von Preußen mal recht freuen. Wir aber wollen dann an seinem Geburtstage, dem 4. Juli im Reformgasthause zusammentreffen und nach alter Putzarer Sitte einstimmen in den Ruf: "Seine Majestät der König, er lebe hoch!"

Doch diesmal galt die Stimme des Herrn Grafen anscheinend nicht mehr so viel, wie er es in der Vergangenheit gewöhnt war. Nicht nur die Arbeiter in der Stadt, sondern auch die Landarbeiter im Kreisgebiet kannten in diesem Tagen ihre Aufgaben und wussten zu handeln.

In Jargelin wohnten damals die Genossen Wilhelm Jost und Paul Maaß. Beide waren Mitglied des Landarbeiterverbandes. Sie waren zur Stelle, als am Abend des 13. März 1920 in Klein-Bünzow eine Versammlung stattfand. Hier sprach im Namen der KPD der Genosse Röhl aus Greifswald. Das ganze heutige Kreisgebiet nördlich der Peene gehörte damals noch zum Kreise Greifswald. Daher erfolgte auch die Anleitung von Greifswald aus. In den frühen Morgenstunden des nächsten Tages, Sonntag, dem 14. März 1920 trafen sich darauf mehrere hundert Arbeiter im Karlsburger Wald. Es ging um die Bewaffnung der Landarbeiter. Dazu sollten die in verschiedenen Gemeinden lagernden Gewehre der sogenannten Einwohnerwehren beschlagnahmt werden. Damit begann zugleich der aktive Kampf der Landarbeiter gegen die Reaktion. Man bildete mehrere Gruppen, die nun auf die einzelnen Güter gingen, um Waffen zu holen. Fast überall lagen die Waffen bei den Junkern für die Baltikumer bereit.

Genosse Paul Maaß gehörte zu einer Gruppe, die unter der Leitung des Genossen Hans Trapp aus Greifswald stand. Sie hatten den Auftrag, die Gewehre von Jargelin, Menzlin, Groß-Polzin und Daugzin zu holen. Durch schnelles und entschlossenes Handeln gelang es, in Jargelin 7 Gewehre zu beschlagnahmen. Der Stadthalter hatte sie versteckt, die Gewehrschlösser fand man beim Hofmeister und die Munition beim Inspektor. In Menzlin ging dann alles schon ein wenig leichter, denn man konnte den Forderungen mit 7 Karabinern entsprechenden Nachdruck verleihen. Der Baron von Malchus weigerte sich nicht mehr lange, sondern gab die Waffen sofort heraus. Darauf ging es weiter nach Groß-Polzin. Hier sollten, nach entsprechenden Informationen, 25 bewaffnete Baltikumer liegen. Man wollte sie überlisten und unschädlich machen. Daher wurden 2 Gruppen gebildet. Die 1. Gruppe besetzte den Haupteingang des Herrenhauses, während die 2. Gruppe es von hinten sichern sollte. Das Gebäude wurde in der Dunkelheit auch unerkannt erreicht. Auf das Klopfen an der Tür erschien der Sohn des Gutsbesitzers Höckert und schlug sofort auf den Genossen Trapp ein. Er wollte der Gruppe den Eingang versperren. Ein kurzer Schuss, der das Gutsbesitzersöhnchen verletzte, genügte, um ins Haus zu gelangen. Inzwischen hatte die 2. Gruppe das Gebäude von hinten betreten. Doch von Baltikumern war nichts zu finden. Sie waren, wie der Junker dann aussagte, in den Abendstunden abgezogen, um sich in Stralsund zu sammeln. Die Einwohnergewehre hatten sie mitgenommen. Als Ersatz beschlagnahmten die Genossen daher alle Jagdgewehre des Junkers. Die Gruppe wurde dann nicht mehr weiter eingesetzt. Ein Teil der Landarbeiter gab die Gewehre wieder ab, andere nahmen sie mit nach Hause.

Als der Generalstreik am 16. März 1920 abgebrochen wurde, nahmen auch die Jargeliner Landarbeiter am Nachmittag ihre Arbeit wieder auf.

Gegen 15 Uhr des gleichen Tages kam ein LKW mit etwa 30 Reichswehrleuten aus Richtung Gützkow. Er fuhr nach Ziethen. Von hier fuhrn einzelne Kommandos mit Gutsgespannen auf die umliegenden Dörfer und verhafteten insgesamt 18 Landarbeiter, die sich an der Aktion beteiligt

hatten. Aus Jargelin waren es die Genossen Jost, Uthes und Fehrmann. Sie wurden nach Ziethen gebracht, in eine Waschküche eingesperrt und mehrmals zusammengeschlagen. Der Genosse Jost galt als Haupträdelsführer und sollte daher an der Scheune in Ziethen erschossen werden. Doch die Landarbeiter von Jargelin und Ziethen protestierten entschlossen dagegen und konnten die geplante Erschießung schließlich verhindern. Genosse Jost wurde wieder in die Waschküche zurückgebracht. darauf wurde im Hause des Gutsbesitzers von Schwerin in Ziethen eine Gerichtsverhandlung durchgeführt, an der auch der Gauleiter des Landarbeiterverbandes Göbel teilnahm.

Jeder Angeklagte musste einzeln den Verhandlungsraum betreten. Draußen hatten sich die Kapp-Leute in 2 Reihen aufgestellt und bildeten so ein Spalier von niedersausenden Knüppeln und Gewehrkolben. Nach der Verhandlung wurden 7 Angeklagte auf einen LKW geladen und in Richtung Greifswald mitgenommen. Im Wald stießen sie plötzlich auf bewaffnete Arbeiter und wurden beschossen. Die Kapp-Leute hatten dabei 2 Tote. Trotzdem wurden die Verhafteten weiter mitgenommen und blieben in Greifswald noch 6 Tage eingesperrt. Erst als die Zeit der Kapp-Leute endgültig vorbei war, konnten auch der Genosse Jost und die übrigen 6 Landarbeiter wieder in ihre Dörfer zurückkehren.

Auch in anderen Teilen des Kreises war es den reaktionären Junkern gelungen, die Putschisten auf Landarbeiterfunktionäre zu hetzen. So auch in Preetzen. Dort wohnte seit 1913 der Genosse Paul Petri. Er hatte nach Kriegsende in Liepen die erste Gruppe des Deutschen Landarbeiterverbandes und eine Ortsgruppe der SPD gegründet und setzte sich immer wieder für gerechte Lohnforderungen der Landarbeiter ein. Das gefiel den Gutsherrn sicher nicht. Es war daher kein Wunder, dass man es in diesen Tagen auch auf ihn abgesehen hatte. Genosse Petri sagte selbst dazu:

"In den Tagen des Kapp-Putsches kamen auch 6 berittene Soldaten nach Preetzen. Sie stiegen vor meinem Hause ab. Ein Soldat kam in meine Wohnung und forderte mich auf, mitzukommen. Ich war jedoch schon darauf vorbereitet. Meine Pistole in der Hand, forderte ich den Soldaten auf, die Hände hoch zu heben. Mein 13-jähriger Sohn musste ihm dann die Waffen abnehmen. Dann sperrte ich ihn in die Kammer ein. Draußen hatten sich inzwischen meine Kollegen und 5 Genossen die restlichen Soldaten vorgenommen. Auch sie waren entwaffnet worden. Ebenfalls hatte man ihnen die Pferde abgenommen. Später ließen wir dann die entwaffneten Soldaten zu Fuß abmarschieren. Am gleichen Abend rückten erneut 12 berittene Soldaten an. Doch sie kamen nicht ins Dorf, weil alle Zugänge mit doppelten Posten besetzt waren. Wir hatten uns inzwischen Waffen vom Anklamer Bezirkskommando besorgt. Dazu waren wir mit 4 Mann nach Anklam gefahren. August Schulz, Wilhelm Steinmüller, Paul Zirzow als Fahrer und ich. Der Genosse Segebrecht wollte uns keine Waffen herausgeben. Mir blieb nichts weiter übrig, als ihn gewaltsam in sein Zimmer zurückzudrängen, bis meine 3 Genossen unser Fahrzeug beladen hatten. Wir nahmen mit: 1 leichtes MG, 30 Karabiner, 2 Kisten MG-Munition und 3 Kisten Gewehrmunition. Die Waffen wurden sofort ausgegeben und so konnten wir den 12 Berittenen jetzt mit einer gewissen Sicherheit entgegensetzen. Sie mussten sich auch unverrichteter Dinge wieder zurückziehen. Am nächsten Abend erschienen die Kapp-Leute wieder. Ihre Pferde brachten sie in die Lehmkuhle. Wir hatten sie wiederum rechtzeitig erkannt und empfingen sie mit einer MG-Salve. Die Kapp-Leute zogen sich darauf schnell wieder in die Lehmkuhle zurück und begannen zu schießen, ohne zu treffen. Dann zogen auch sie wieder ab.

Am nächsten Nachmittag erhielten wir aus Steinmocker die Nachricht, dass der General Lüttwitz in Neetzow stationiert sein sollte. Es wurde vereinbart, Neetzow am Abend zu besetzen. Wir zogen also nach Neetzow und schickten 3 Parlamentäre - Heinrich Schröder, Kagenow, Blanck, Priemen, sowie Hermann Gentz - Steinmocker zum Schloß. Sie überbrachten unsere Forderung, dass General

Lüttwitz Neetzow sofort zu verlassen habe. Gegen 1 Uhr nachts erfolgte auch sein Abzug in Richtung Jarmen.

Als wir am 4. Tage hörten, der Generalstreik sei beendet, nahmen auch wir die Arbeit wieder auf." Der Kapp-Putsch war zu Ende. Das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse im Kampf für die Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften zwang Kapp bereits am 5. Tage nach Beginn des Putsches, am 17. März 1920 zum Rücktritt. Er floh nach Schweden. Das Zusammenwirken der Arbeiter und anderer demokratischer Kräfte unabhängig von politischen und ideologischen Ansichten hatte zum Erfolg geführt.

Auf einer Versammlung des Gewerkschaftsaktivs im Anklamer Schützenhaus wurde dann auch für Anklam beschlossen, den Generalstreik abubrechen. Gleichzeitig stimmte die Anklamer Arbeiterschaft für die Bildung einer Räterepublik. Dafür fehlten jedoch die Bedingungen, und so wurde in Berlin am 27. März 1920 die Regierung Hermann Müller (SPD) als weitere Koalition der SPD mit der DDP und dem Zentrum gebildet.

Der Generalstreik wurde in der ganzen Republik beendet und die Kämpfe im Ruhrgebiet abgebrochen.

## **49. Neugründung der KPD und Arbeit in den zwanziger Jahren**

Der Kapp-Putsch hatte auch in Anklam gezeigt, dass die Masse der Arbeiter zum Kampfe bereit war. Die rechten SPD-Führer hatten dagegen im entscheidenden Augenblick zu wenig Vertrauen zur Arbeiterklasse und versagten in der Führung.

Die KPD besaß noch zu wenig Erfahrungen und musste sich in Anklam erst neu organisieren. Die Neugründung der Ortsgruppe der KPD Anklam erfolgte dann auch Pfingsten 1920 auf einer Versammlung im Anklamer Stadttheater. Diesmal gehörten zu den Mitbegründern: Genosse Hermann Jahnke, Fritz und Bertha Jokiel, August Böker, Paul Lewandowski, Gustav Markowski, Karl Packmoor, Robert Wolter, Karl und Amanda Meier, der Schneider Richard Harder, Ernst und Anna Maaß und der Genosse Wilhelm Pfaadt, der zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Die Genossen begannen sofort mit einer aktiven Aufklärungsarbeit. Sie scheuten keine Mühe und waren Sonntag für Sonntag besonders im Kreisgebiet unterwegs, verteilten Flugblätter, verkauften Zeitungen, sprachen mit Landarbeitern und warben auch neue Mitglieder. Die Anklamer Gruppe zählte schon bald an 100 Mitglieder, und bis 1922 wurden in Rosenhagen, Ducherow, Leopoldshagen und Lübs weitere Ortsgruppen gegründet.

In Vorbereitung auf die 1. Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 wurden Versammlungen und Kundgebungen organisiert, die in Ermangelung von Versammlungsräumen vorwiegend im Freien durchgeführt wurden. Als Wahlredner traten die Genossen Meienburg, Karl Schulz, Hesselbarth und Opendieck auf. Das Wahlergebnis brachte im Kreise Anklam 840 Stimmen für die Liste der KPD. Davon entfielen 488 auf die Stadt Anklam.

Damit trugen die Anklamer Genossen mit dazu bei, dass die beiden ersten Abgeordneten der KPD in den Reichstag einziehen konnten. Es waren bekanntlich die Genossen Paul Levi und Clara Zetkin.

Die Wahlagitation ging weiter, denn schon am 20. Februar 1921 wurden die preußischen Landtagswahlen durchgeführt. Diesmal gingen die Stimmen für die KPD in der Stadt auf 273 zurück. Doch das dürfte weniger an der Arbeit der Genossen, als an der allgemein wechselvollen Haltung vieler Wähler gelegen haben. Immer wieder wurden neue Parteien, Organisationen und Vereine gegründet, von denen man sich die Durchsetzung persönlicher Interessen versprach. Bis

Ende 1921 gab es allein in der Stadt Anklam 163 solcher Vereinigungen, darunter 10 Parteien am Wahlkampf beteiligt. Von 7.968 Wählern entschieden sich in der Stadt für

die Deutschnationale Volkspartei	3.067
die Deutsche Volkspartei	1.015
die Demokraten	341
die Sozialdemokraten	1.872
die Unabhängigen	1.304
die Kommunisten	273
den Völkischen Wahlverband	00
die Deutschsozialen	00
die Wirtschaftspartei	57 und
das Zentrum	39 Wähler.

Der Kampf ging weiter. Als an einem Sonntag nach der Wahl der Kreiskriegerbund auf dem Marktplatz eine öffentliche Versammlung durchführen wollte, hissten die Genossen auf dem Markt, wie Genosse Karl Meier berichtete, eine rote Fahne und führten eine Gegendemonstration durch.

Sonst stand 1921 besonders die Landagitation weiter auf dem Programm. Die Landarbeiter brauchten Unterstützung bei der Durchsetzung gerechter Forderungen gegenüber den Gutsbesitzern. Die Situation spitzte sich so zu, dass es zu Beginn der Ernte 1921 zu einem großen Lohnstreik der Landarbeiter kam, an dem sich etwa 70 bis 80 Prozent aller organisierten Landarbeiter des Kreises beteiligten. Als dann Vertreter der technischen Nothilfe für die Ernteeinbringung eingesetzt werden sollten, zogen etwa 700 empörte Landarbeiter zum Landratsamt und forderten die Zurücknahme der technischen Nothilfe. Landrat von Rosenstiel antwortete mit dem Einsatz von 2 Hundertschaften berittener Polizei, die zu dieser Zeit in der Kriegsschule stationiert waren. Der Streik brach zusammen und etwa 70 Funktionäre des Landarbeiterverbandes wurden gemäßregelt.

Im Sommer 1922 wurde dann eine Gruppe des Kommunistischen Jugendverbandes gebildet. Die Gründungsversammlung erfolgte im Stadttheater (Friedländer Straße).

Zu den Mitbegründern gehörten Reinhold Burmeister, Willi Breitsprecher, Ernst Alms, Willi Christen, Willi Jonas, Walter Rausch, Walter Grosch, Fritz Quandt, Willi Heitmann, Helmut Bartmann und Erich Kretschmer, der zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Viele dieser Jugendlichen traten dann auch bald der KPD bei. Sie unterstützten die Genossen besonders beim Kleben von Plakaten und beim Zeitungsverkauf. Im Sommer 1923 erhielten sie aktive Unterstützung durch 2 junge Genossen aus Stettin. Im Auftrage des Kommunistischen Jugendverbandes kamen die Genossen Karl Lawonn und Max Geier nach Anklam und meldeten sich beim Genossen Pfaadt. Der brauchte über ihren Einsatz nicht lange zu überlegen, denn Arbeit gab es genug. Er sagte daher nur kurz: "In der Ducherower Ziegelei werdet ihr arbeiten können und im KJV muß bei uns noch viel getan werden!"

Beide Genossen blieben und begannen in der Ducherower Ziegelei zu arbeiten. Leider hatten sie dazu nur kurze Zeit Gelegenheit. Als man sie näher kennengelernt hatte, wurden sie sofort wieder wegen kommunistischer Umtriebe entlassen. Doch beide blieben weiter in Anklam und wurden von den Genossen versorgt.

Als dann das Organ der KPD, die "Rote Fahne" nach der vom Reichspräsidenten Ebert am 10. August 1923 erlassenen Ausnahmeverordnung mehrfach verboten wurde, gab es Arbeit für die Jungkommunisten. Am 23. November 1923 folgte bekanntlich sogar das vorübergehende Verbot der KPD. Über diese Zeit berichtete die Genossin Amanda Meier:

"Wir wohnten damals in der Neuen Thorstraße 8. Karl Lawonn und Max Geier kamen oft zu uns.

Eines Tages, die KPD war schon verboten, kam Karl voller Spannung zu uns und berichtete etwa folgenden: 'Wir werden eine Zeitung herausgeben.' Nachdem wir lange überlegt hatten, meinte er plötzlich: 'Und wißt ihr, wir nennen sie einfach - Alarm -!' So erschien dann Ende 1923, ein gutes Jahr noch der Gründung des KJV in Anklam eine handgeschriebene illegale Zeitung, die wöchentlich einmal erschien und eine Auflage von 100 bis 150 Exemplaren hatte. Diese Zeitung wurde mit ganz primitiven Mitteln hergestellt. Als Druckunterlage diente eine Art Wachsplatte, die mit Glycerin eingerieben wurde. Nach dem Trocknen des Glycerins wurde das abgeschriebene Blatt auf die Platte gelegt, so dass sich die Schriftzüge in die Platte drückten. Die eingepreßten Schriftzüge wurden dann mit einigen Kunstgriffen auf die leeren Papierbogen übertragen. Um jedoch 150 Exemplare zu bekommen, mußte die Zeitung mehrmals abgeschrieben werden, denn man konnte nicht allzu viele Abzüge mit einer Platte machen. Diese Schreibarbeit fiel der jungen Genossin Amanda Meier zu.

Die Zeitung hatte bald großen Anklang im ganzen Kreisgebiet gefunden. Sie wurde heimlich von Hand zu Hand weitergegeben, so dass sie doch über 1.000 Leser hatte. Mehrere Wochen suchte die Polizei vergeblich nach der kleinen Druckerei und den Urhebern der Zeitung. Eines Tages wurde der Genosse Karl Lawonn verhaftet und sollte aussagen, wer die Zeitung schrieb. Man hatte ihn selbst in Verdacht, aber die Zeitung erschien auch nach seiner Verhaftung weiter. Genosse Lawonn schwieg natürlich und rettete so manchen Genossen vor dem Gefängnis. Die jungen Genossen arbeiteten auch weiter Nacht für Nacht und verteilten das Agitationsmaterial. Um von einem Verdacht abzulenken, trafen sie sich auch zum Einüben von kleinen Theaterstücken. Gute Erfolge hatten sie dabei mit "Eine Märznacht" und Szenen aus Gerhard Hauptmanns Drama "Die Weber". Die Theaterstücke wurden auch in Lassan und anderen Orten erfolgreich aufgeführt."

Das Verbot der KPD blieb bis zum 1. März 1924 bestehen. Damit hatte die Partei bis zu den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 nur wenige Möglichkeiten zur legalen Arbeit. Trotzdem erreichte die KPD einen bedeutenden Wahlerfolg. 12,6 Prozent der in der Republik für die KPD abgegebenen Stimmen brachten 62 Sitze im Reichstag. Daran hatten auch die Anklamer Genossen ihren Anteil. Es gab in der Stadt folgende Ergebnisse:

Deutschnationale Volkspartei	3.466 Stimmen	46,5 Prozent
Deutsche Volkspartei	324 Stimmen	4,4 Prozent
Demokraten	287 Stimmen	3,9 Prozent
Sozialdemokraten	1.472 Stimmen	19,8 Prozent
Kommunisten	1.116 Stimmen	15,0 Prozent
Völkischer Wahlbund	590 Stimmen	8,8 Prozent
Deutschsoziale	90 Stimmen	1,2 Prozent
Wirtschaftspartei	40 Stimmen	0,5 Prozent und
Zentrum	57 Stimmen	0,7 Prozent.

In Anklam hatten die Kommunisten also sogar 15 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Mit der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 wurden auch gleichzeitig die Neuwahlen für die Stadtverordnetenversammlung durchgeführt. Dabei gab es die nachstehenden Ergebnisse:

Einheitliche Deutschnationale und Nationale Volkspartei	3.632 Stimmen	13 Sitze
SPD	1.498 Stimmen	5 Sitze
KPD	894 Stimmen	3 Sitze
Deutsche Demokratische Partei	441 Stimmen	1 Sitz
Mieterverein	1.387 Stimmen	5 Sitze.

Als Vertreter der KPD zogen die Genossen Wilhelm Pfaadt, Paul Lewandowski und August Böker ins Stadtparlament ein. Die SPD hatte gegenüber 1921 insgesamt 1.704 Stimmen, also über die



Hälfte der Stimmen verloren und erhielt daher nur 5 der 27 Sitze. Abgeordnete waren hier die Genossen Segebrecht, Rudolf Klühs, der Schriftsetzer Willi Neumann, Oberpostsekretär Max Wedig und der Maurer Albert Häuser.

Da jedoch damit zu rechnen war, dass die Abgeordneten des Mietervereins in sozialpolitischen Fragen auf der Seite der Arbeitervertreter stehen würden, war den Deutschnationalen in solchen Fragen für die weitere Arbeit die Mehrheit genommen. Trotzdem musste man in Zukunft noch wachsamer sein, wenn die reaktionären Kräfte nicht noch stärker werden sollten.

Die nächsten Wahlen zum Reichstag und dem preußischen Landtag, die am 7. Dezember 1924 durchgeführt wurden, brachten bereits spürbare Veränderungen. Diesmal hatte die SPD in Anklam ihre Wahlmüdigkeit überwunden. Sie hatten einen Stimmenzuwachs von 813 Stimmen. Die Kommunisten hatten dagegen diesmal 595 Stimmen verloren.

Der Rückgang war erwartet worden. Er zeigte sich nicht nur in Anklam, sondern ebenso deutlich auch im Republikmaßstab. Die Ursachen lagen in der verstärkten antikommunistischen Hetze. Dabei spielte auch die sektiererische Politik der Fischer-Maslow-Gruppe eine Rolle.

Am 10. und 11. Mai 1924 demonstrierten zehntausende mitteldeutsche Arbeiter gemeinsam mit Arbeitern aus allen Teilen Deutschlands, besonders aus Berlin, Oberschlesien, Ostpreußen und dem Ruhrgebiet auf einem Arbeitertag in Halle unter Führung der KPD gegen einen Aufmarsch von Faschisten und Militaristen (Deutscher Tag). Die Polizei hatte bereits viele Arbeiter auf der Fahrt nach Halle verhaftet und setzte nun gegen die Demonstranten ihre mit MG's bestückten Fahrzeuge ein. Bei einer rücksichtslosen Schießerei wurden 3 Arbeiter getötet und viele verletzt.

Diese militärische Provokation zum Schutze der Faschisten gegen wehrlose Arbeiter war der Anlass zur Bildung der ersten Ortsgruppe des Rotfrontkämpferbundes am 29. Juli 1924 in Halle, der im August die Bildung einer provisorischen Bundesleitung des RFB folgte. Bald wurden in allen Teilen Deutschlands weitere Gruppen gebildet.

Auch die Anklamer Genossen brauchten ihren Selbstschutz und gründeten daher ebenfalls noch im Jahre 1924 ihre Gruppe des RFB. Vorsitzender wurde der Genosse Ernst Maaß, der diese Funktion auch bis zum Verbot der RFB in Jahre 1929 ausübte.

Viele, besonders jüngere Genossen traten der Gruppe bei. Aber es wurden auch parteilose Arbeiter geworben, so dass die Gruppe bald über 100 Mitglieder zählte.

Als am 1. Februar 1925 die erste Reichskonferenz des RFB in Berlin durchgeführt wurde, gab es in Deutschland bereits 255 Gruppen mit über 15.000 Mitgliedern. Man bildete die offizielle Bundesleitung und wählte den Genossen Ernst Thälmann zum Vorsitzenden.

Der RFB übernahm den Versammlungsschutz für die KPD und andere Arbeiterorganisationen gegen Anschläge der faschistisch-militaristischen Reaktion. Er widmete sich der politischen Aufklärung und Wehrerziehung seiner Mitglieder, bekannte sich zum proletarischen Internationalismus und setzte sich für die Verteidigung der Sowjetunion ein.

Nach diesen Grundsätzen begannen auch die Anklamer Genossen zu arbeiten. Es wurden Stürmergruppen gebildet, für die ein Gruppenführer zuständig war. Doch man beschränkte die Arbeit nicht nur auf die Übernahme des Saalschutzes, sondern man organisierte auch Wanderungen und kulturelle Veranstaltungen.

So wurde auf einer Mitgliederversammlung auch die Gründung einer Schalmeien-Kapelle beschlossen. Jedes Mitglied spendete dafür zunächst 2 Mark. Die restlichen benötigten Gelder wurden durch Zeitungsverkauf und weitere Spenden aufgebracht. So konnten bald die ersten Instrumente gekauft werden und es begann eine Zeit des fleißigen Übens, bis die Kapelle zum erstenmal die Agitationsgruppe begleiten konnte. Die Kapelle spielte, und die Genossen diskutierten und verkauften Literatur. Solche Einsätze waren oft mit großen Fußmärschen verbunden. So wurde zum Beispiel an einem Sonntag die Strecke von Anklam über Tramstow,

Krien, Dennin, Spantekow, Thurow und Bleschwitz, das sind rund 50 Kilometer, zu Fuß zurückgelegt. Doch bald blieb es nicht nur bei solchen Einsätzen im Kreisgebiet. Nicht alle Städte der Umgegend hatten eigene Schalmeien-Kapellen. Daher betreuten die Anklamer auch bald die Städte Lassan, Wolgast, Stralsund, Swinemünde, Usedom und Ückermünde.

Zu den besonderen Höhepunkten und größten Erlebnissen der Genossen zählten jedoch die von 1926 bis 1928 jährlich in Berlin durchgeführten Reichstreffen des RFB.

Das 2. Reichstreffen fand am 23. und 24. Mai 1926 statt. Gastgeber waren die Neuköllner Genossen. Doch lassen wir den Genossen Walter Fürstner berichten, der als junger zwanzigjähriger Genosse dabei war. Er sagte uns:

"Wir Anklamer Kommunisten fuhren mit dem Fahrrad nach Berlin. Es waren die Mitglieder des RFB Reinhard Jürgens, Walter Grosch, Willi Nehls, Walter Samuel, Fritz Saß, Fritz Quandt, Heinrich Laßmann und ich. Unsere Fahrt begann am 21. Mai abends gegen 22 Uhr. Mit roten Wimpeln an den Fahrrädern ging es über Friedland, Neubrandenburg und Fürstenberg nach Berlin. In verschiedenen Orten klebten wir noch Plakate und Aufrufe der KPF. Wir fuhren die Nacht durch und kamen am Vormittag, dem 22. Mai in Berlin-Neukölln an. Dort meldeten wir uns in der Waldstraße im Parteilokal und wurden sofort in Privatquartiere eingewiesen. In der Berlichener Straße wurden wir gepflegt.

Am nächsten Tag waren wir zur Hausagitation eingesetzt und nahmen an der großen Demonstration teil. Hier hatte ich zum ersten Mal das Glück, den Genossen Ernst Thälmann zu sehen. Er marschierte an der Spitze des Zuges. Vor dem Demonstrationzug wurden die Kriegsinvaliden mit ihren Rollstühlen geschoben. Die Versehrten trugen ihre Plakate um den Hals gehängt mit der Aufschrift: "Nie wieder Krieg - Es lebe die KPD!"

Wir marschierten zur Grabstätte von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Anschließend sprach unser "Teddy" auf einer Kundgebung im Neuköllner Volkspark. Es war ein Erlebnis, das man nie vergißt. Die Straßen waren überfüllt von Menschen. Die roten Matrosen mit ihrer Blaskapelle marschierten an der Spitze und trugen Transparente und Bilder der erschossenen Genossen Reichpietsch und Köbis. Wir kamen auf dem Marsch auch am Zuchthaus Moabit vorbei, wo die Gefangenen von Zörgiebels Bluthunden bewacht wurden. Die politischen Häftlinge winkten mit roten Taschentüchern und bekundeten damit, dass ihr Kampfeswille nicht gebrochen war. Immer wieder ertönte der Ruf: - Raus mit den politischen Gefangenen! - Dann ging es vorüber an der Kaserne der Polizei. Die mit uns sympathisierenden Polizisten standen dort mit geballten Fäusten, denn sie mussten in der Kaserne bleiben.

Auf unserem Wege begleiteten uns dafür die Fahrzeuge des Überfallkommandos mit aufgebauten MG's. Doch auf Grund der guten Disziplin der Genossen kam es zu keinem Zusammenstoß. Dieses große Treffen war ohne Zweifel der größte Höhepunkt in meiner bis dahin geleisteten politischen Arbeit. Wir erhielten neuen Auftrieb und gingen Zuhause begeistert und politisch bestärkt an die weitere Arbeit."

Doch der Kampf der Genossen wurde immer härter. Schon aus den Wahlergebnissen vom 4. Mai 1924 war zu erkennen, dass die Zahl der Wähler der Deutschnationalen Volkspartei stark zugenommen hatte. Bei den erneuten Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 erhielten sie in Anklam 44 Prozent aller Stimmen. Dazu kamen auf jeden Fall noch 3,6 Prozent der Stimmen, die für die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung abgegeben wurden und weitere 8,3 Prozent für die Deutsche Volkspartei. Die SPD erreichte 28,4 Prozent und die KPD mit 521 Stimmen 6,5 Prozent. Leider gab es oftmals keine Einigkeit, so dass die Genossen mit sozialen Forderungen alleine blieben. Doch sie ließen sich nicht einschüchtern, sondern führten ihren Kampf im Interesse der Arbeiterklasse entschlossen weiter.

Als sich die Anklamer Mitglieder des Stahlhelmbundes unter der Führung des Kriener

Gutsbesitzers Hauptmann Hertz und des Erzkjunkers Heinrich von Borcke aus Heinrichshof am 6. Mai 1927 auf dem Anklamer Bahnhof versammelten, um zum Reichstreffen nach Berlin zu fahren, bekamen sie die Faust der Anklamer Genossen zu spüren, so dass sie ihren Zug nur mit Mühe und Not mit blutigen Köpfen erreichten. Doch auch die Polizei war zur Stelle. Genosse Walter Fürstner wurde verhaftet und in Greifswald zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Was die Genossen in Anklam und vielen anderen Städten begonnen hatten, das fand seine Fortsetzung am 7. und 8. Mai 1927 in Berlin. Hier formierten sich zehntausende kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter unter Führung der KPD trotz des Verbots von Polizeipräsident Zörgiebel (SPD) an etwa 30 Stellen zu großen Gegendemonstrationen. Sie drangen stellenweise in den Stahlhelmzug ein oder säumten protestierend die Straßen. So wurde der beabsichtigte Triumphzug der Reaktion für sie zu einer Niederlage und zu einem Sieg für die Arbeiterklasse. Dazu hatten auch die Anklamer Genossen ihren Beitrag geleistet.

Einen Monat später, am 5. und 6. Juni 1927 fand dann das 3. Reichstreffen des RFB in Berlin statt. Wieder waren auch Anklamer Genossen dabei. Diesmal hatten sie fleißig gespart und so waren es mit Frauen und 15 Mitgliedern der Schalmeien-Kapelle insgesamt 80 Teilnehmer, die mit der Bahn nach Berlin fuhren, um an der großen Demonstration teilzunehmen. Diesmal demonstrierten die Genossen besonders gegen "Militarismus und Krieg". Immer wieder sah man Losungen, die "Für die Sowjetunion!" für die "Solidarität mit der chinesischen Revolution!" und "Gegen die imperialistischen Kriegstreiber!"

Mehr als 100.000 Rote-Frontkämpfer und Sympathisierende hatten sich zu einem gewaltigen Demonstrationzug vereinigt, an dessen Spitze wieder der Genosse Thälmann marschierte. So wurde dieses bisher größte Pfingsttreffen des RFB eine deutliche Antwort auf den provokatorischen Aufmarsch der Stahlhelmer am 7. und 8. Mai hier in Berlin. Auf der Schillerwiese sprach der Genosse Thälmann. Seine Rede endete diesmal mit dem "Eid der Hunderttausende!"

Darin hieß es unter anderem:

"Ich gelobe - Niemals zu vergessen, dass der Weltimperialismus den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet ...

Stets und immer meine revolutionäre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und dem Sozialismus zu erfüllen ...

Stets und immer ein Soldat der Revolution zu bleiben ...

Stets und immer in allen politischen Massenorganisationen, in Gewerkschaften, im Betrieb ein Pionier des unversöhnlichen Klassenkampfes zu sein ...

Den revolutionären Klassenkampf für den Sturz der Klassenherrschaft der deutschen Bourgeoisie zu führen ...

Stets und immer für die Sowjetunion und die siegreiche Weltrevolution zu kämpfen."

Mit erhobener Faust sprachen alle Rotfrontkämpfer das neue Gelöbnis zur Roten Kampffront.

Damit wurde auch dieses Treffen für viele Genossen zu einem unvergeßlichen Erlebnis.

## **50. Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den zwanziger Jahren**

Anklam hatte 1920 insgesamt 14.052 Einwohner. Darunter befanden sich 6.631 männliche und 7.421 weibliche Personen. Der Krieg hatte seine Opfer gefordert. 478 Väter und Söhne der Stadt waren gefallen.

Die Leitung der Stadt lag nach wie vor in den Händen von Bürgermeister Unglaube, der bereits 1903 als Beigeordneter oder stellvertretender Bürgermeister genannt wurde. Weitere

Magistratsmitglieder waren Beigeordneter Schulz, Stadtkämmerer Bartelt und die Stadträte Arendt (SPD), Prof. Beintker (MNVP), Herr Droysen, Direktor der Zuckerfabrik, der jüdische Kaufmann Mathias Goldstein und der Buchdrucker Lemke. Dazu kam noch der bereits 1911 als Stadtverordneter erwähnte Weißgerbermeister Malling.

Über den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung berichtet der Wohnungsanzeiger 1922. Danach gab es in Anklam zum Beispiel 18 eingetragene Genossenschaften zu denen der Anklamer Landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsverein, der Konsumverein für Anklam und Umgebung, die Möbelfabriken "Greif" und "Merkur" und die Anklamer Molkereigenossenschaft zu zählen sind. Aktiengesellschaften werden insgesamt 12 genannt, darunter die Pommersche Zuckerfabrik Anklam, die Maschinenfabrik Muskate und Bethke und die Möbelfabrik Stern.

Es folgen 84 eingetragene Firmen. Dazu gehören die Möbelfabrik Oldenburg, die Anklamer Brotfabrik, die Seifenfabrik Tancre, die Anklamer Eisenwerke Behr, das Kaufhaus Mathias Goldstein, der Zeitungsverlag Richard Poettke, die Henk'sche Reederei, das Hotel zur "Goldenen Traube" oder das "Café Hille", um nur einige zu nennen.

Unter den Anklamer Geschäfts- und Gewerbetreibenden finden wir 24 Bäcker, 22 Fleischer, 58 Lebensmittelgeschäfte und 50 Gaststätten.

Danach mussten Arbeit und Brot eigentlich gesichert sein. Die Anklamer waren auch, wie wohl überall in dieser Zeit, zur Arbeit bereit. Die Produktion erhöhte sich schnell, doch noch viel schneller stiegen die Preise. Waren sie 1920 auf das zehnfache der Vorkriegszeit angewachsen, so gab es 1921 eine weitere Verdoppelung.

1922 schnellten sie auf das Vierzigfache des Vorjahres hoch, um 1923 schließlich solche erschrecklichen Höhen zu erreichen, dass der Preis für ein Brot in die Billionen Mark ging. In Anklam kosteten 50 Kilogramm Kartoffeln am 1. Oktober 1923 bereits 60.000.000 Mark. Für ein Ei zahlte man 3.000.000 Mark.

Dazu hatten Städte und Gemeinden, auch Anklam, eigene Zahlungsmittel herausgegeben. Sie wurden als "Gutscheine" bezeichnet und sollten der Inflation entgegenwirken. Doch das Gegenteil trat ein, denn die Gutscheine wurden oft in unübersehbaren Mengen gedruckt und in Umlauf gebracht. Daher verbot die Regierung schon am 17. Juni 1923 durch ein Gesetz den weiteren Druck solcher Zahlungsmittel. Doch die Inflation ließ sich nicht so schnell aufhalten. Erst ab 15. Dezember 1923 wurden nur noch Rentenmark als wertbeständige Zahlungsmittel genutzt und anerkannt.

Die ganze Last des Krieges und seiner Folgen wurde damit auf die Werktätigen abgeschoben. Auch die Anklamer Sparkasse Rösler musste Konkurs anmelden. Die Guthaben der Sparer waren verloren. Einen Großteil ihrer Sparguthaben hatten die Anklamer allerdings bereits in den 9 Kriegsanleihen während des Krieges an den Staat verliehen. Dafür kamen alleine aus Anklam bis zum 23. September 1915 (3. Anleihe) 17.702.300 Mark. Bei der 6. und 7. Anleihe wurden nochmals 13.917.300 Mark gezeichnet. Bei den übrigen Anleihen, über die wir keine genauen Summen kennen, wird es keinesfalls anders ausgesehen haben, so dass wir damit rechnen können, dass die Anklamer über 40.000.000 Mark für die Finanzierung des Krieges bereitgestellt hatten. Das heißt, unsere Stadt hatte neben den Opfern auch noch das Völkermorden für Kaiser und Monopole in barer Münze zu bezahlen.

Mit der Inflation war nun alles verloren und man musste völlig neu anfangen. Doch es gab in dieser Zeit wenigstens noch Arbeit in unseren Anklamer Betrieben. Die Müntersche Eisengießerei war im Oktober 1920 von der Danziger Firma Muskate und Betcke aufgekauft worden. Doch nach 1922 wurde der Betrieb stillgelegt und etwa 300 Betriebsangehörige wurden arbeitslos.

Die Möbelfabrik Oldenburg war soweit ausgebaut, dass Ende der zwanziger Jahre hier auch schon an die 300 Arbeiter beschäftigt wurden.

1923 wurde die frühere Mehlhorn'sche Sprittbrennerei zur Kartoffelflockenfabrik umgebaut. 1928 entstanden durch Zusammenlegung mit der Friedländer, Pasewalker und Gützkower Flockenfabrik die "Vereinigte Anklam-Friedländer Kartoffelstärke- und Flockenfabrik" mit ihrem Sitz in Anklam. In der Anklamer Fabrik wurden jährlich 100.000 Dezitonnen Kartoffeln verarbeitet. Der Betrieb beschäftigte rund 70 Arbeitskräfte.

Im größten Anklamer Betrieb der "Pommerschen Zuckerfabrik Anklam" war die Produktion in den Jahren 1919 und 1920 noch spürbar zurückgegangen. Erst ab 1922 trat wieder eine leichte Steigerung ein. In der Kampagne 1923/24 wurde auch die alte Fabrik wieder angefahren. Im neuen Werk wurden ab 1923 wichtige Modernisierungen vorgenommen. Dazu gehörten eine neue Rübenwäsche, die Einführung der Elfa-Silospritzvorrichtung in den Rübenschwemmen, der Umbau der Sperber-Schnitzel-Dampftrocknung auf die Büttner-Trockentrommel, die Aufstellung einer dritten Diffusionsbatterie mit neuen Schneidmaschinen und ein neuer Kalkofen. Daher wurde das alte Werk ab 1926 stillgelegt. Doch der Betrieb brauchte auch weiter seine Arbeitskräfte. Bis 1931 ging die Produktion dann jedoch infolge der Weltzuckerkrise wieder spürbar zurück, so dass nur noch 633.384 Dezitonnen Zuckerrüben verarbeitet wurden.

Auch der Anklamer Landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsverein hatte den Krieg überstanden. Schon 1920 konnte man berichten, dass der Umsatz von 17,7 auf 22,4 Millionen Mark gestiegen war. Daher hatte man 1919 an der Stettiner Chaussee Nr. 12 (heute Pasewalker Allee) 1,5 Hektar Gelände aufgekauft und mit dem Bau einer Landmaschinenreparaturwerkstatt begonnen. Das erste Werkstattgebäude war 80 Meter lang und 15 Meter breit, mit einer Tischlerei, der Maschinenwerkstatt und einer Schmiede ausgerüstet in denen bald 100 Arbeitskräfte beschäftigt wurden.

Das Wichtigste für alle Betriebe und ihre weitere Entwicklung war doch wohl der 1921 erfolgte Anschluss ans Stromnetz. Anklam erhielt 1921 elektrischen Strom.

Auch mit dem Sparen sollte wieder begonnen werden. Daher wurde am 1. Juli 1925 die Anklamer Kreissparkasse gegründet. Sie war ein Spar- und Kreditinstitut, das sich bemühte, durch entsprechende Kreditgewährungen die wirtschaftliche Entwicklung mit voranzubringen. Als die Folgen des Krieges schon ein wenig überwunden waren, brach in Anklam 1925 plötzlich eine Typhusepidemie aus, an der 275 Einwohner der Stadt erkrankten und 41 Tote zu beklagen waren. Doch über eine weitere Krankheit ganz anderer Art wäre noch zu berichten. Die Anklamer hatten in den zurückliegenden schweren Jahren immer noch nicht erkannt, dass nur gemeinsames Handeln zu Erfolgen führt. Nach wie vor gab es unmöglich viele Vereine. Der Wohnungsanzeiger von 1922 führt insgesamt 163 verschiedene Vereine für Anklam auf. Darunter befanden sich: 19 gemeinnützige Vereine, 5 Frauenvereine, 5 Gesangsvereine, 7 Jugendvereine, 12 Militärvereine, 10 politische Vereine, 11 Sportvereine, 10 Vergnügungsvereine, 62 Wirtschaftsvereine (Gewerkschafter-Berufsverbände), 6 Zuchtvereine und 16 Innungen.

Daß damit auch die Meinungen sehr auseinander gingen, kann man sich denken. Es war daher nicht verwunderlich, wenn die Anklamer Zeitung am 13. April 1921 im Auftrage des Deutschen Offiziersbundes - Ortsgruppe Anklam im Zusammenhang mit dem Tode der Exkaiserin Auguste-Viktoria folgenden Aufruf brachte:

"Mit wärmster Teilnahme eilen die Gedanken aller guten Deutschen in diesen Tagen nach dem Hause Doorn in Holland. Eine stille Dulderin ist dahingegangen, ein Vorbild für alle Frauen als Gattin, als Mutter, unsere Kaiserin. Mit dem ganzen deutschen Volke trauern alle ehemaligen Offiziere um ihre Kaiserin, zu der sie über den Tod hinaus in tiefster Verehrung verharren werden ...

Die Mitglieder des Deutschen Offiziersbundes werden ersucht, von heute ab auf 8 Tage Trauer anzulegen!"

Auch der Anklamer Kriegerverein schloss sich diesem Aufruf an. Das gab es noch 2 1/2 Jahre nach Abschaffung der Monarchie. Doch es war kein Einzelbeispiel. Am 13. April 1921 brachte die Zeitung die Ankündigung eines Farblichtbilder-Vortrages, der im Auftrage des Deutschen Ostbundes, Ortsgruppe Anklam gezeigt werden sollte. Dazu schrieb die Zeitung:

"Der Herr Lehrer Meister wird uns in Verbindung mit über 100 meistens farbenprächtigen Bildern in seinem mit Heimatliedern und Gedichten vermischten Vortrage alles das vor Augen führen, was wir in unserer östlichen Heimat verloren haben, und was wir unbedingt wieder zurückhaben müssen."

Andererseits schrieb Prof. Max Sander im Heimatkalender 1922 über den Versailler Vertrag:

"Jenes teuflische Machwerk überhitzter Gehirne, Friedensvertrag genannt, ist aufgebaut worden auf der Lüge, von Deutschlands alleiniger Schuld am Kriege. Das Beweismaterial sind gefälschte Dokumente und Berichte, Fälschungen, die um so schlimmer waren, als ihrem Inhalt der Schein amtlichen Ursprungs gegeben wurde.

Jedenfalls darf das deutsche Volk nimmer aufhören, die Änderung des Vertrages von Versailles zu fordern, dessen Grundlagen Fälschungen sind. Das deutsche Volk muß geschlossen dastehen, dann wird es eine Bresche stoßen können, in die uns umgebende Mauer!"

Auch gegen diese offene Kriegshetze gab es keine staatlichen Einwände. Das ist um so verwunderlicher, als am 29. August 1921 die "Verordnung zum Schutze der Republik" erlassen worden war. Im Artikel 48 dieser Verordnung erhielt der Reichsinnenminister das recht, Druckschriften, Vereinigungen, Versammlungen und Kundgebungen zu verbieten, wenn er es zum Schutze der Republik für notwendig hielt. Solche Hetzen störten ihn also nicht. Dafür nutzte er die Verordnung um so mehr gegen die KPD aus, die doch nur für Frieden, Arbeit und Brot kämpfte. Man erkennt sicher, auch für die ehrlichen Anklamer Bürger war es eine Zeit der Verleumdung und harten Kampfes.

## **51. Die Weltwirtschaftskrise bekamen auch die Anklamer zu spüren**

Der Winter 1927/28 stand vor der Tür. Die Arbeitslosigkeit hatte stark zugenommen. Daher legte der Genosse Wilhelm Pfaadt dem Stadtparlament einen Antrag auf finanzielle Unterstützung der Arbeitslosen vor, damit sie sich die nötige Winterfeuerung kaufen konnten. Hier zeigte sich wieder einmal die Uneinigkeit mit den Genossen der SPD. Der Fraktionsvorsitzende der SPD Segebrecht meinte, der Antrag wäre zwar gut, doch woher sollte man die Mittel nehmen. Genosse Pfaadt verwies auf die 30.000 Mark für das Kriegerdenkmal bzw. 8.000 Mark für neue Kirchenglocken der Marienkirche, die mit Zustimmung der SPD bereitgestellt werden sollten.

Wie SPD lehnte den Antrag nicht nur ab, sondern setzte sogar noch die Einführung einer besonderen Bedürftigkeitsprüfung durch.

Danach musste jeder Empfänger einer Winterbeihilfe mindestens 8 Wochen erwerbslos gewesen sein. Das bedeutete, dass im Winter 1927/28 dreihundert Erwerbslose keine Beihilfe erhielten. Darauf fand am 12. Februar 1928 im Anklamer Schützenhaus eine Erwerbslosenversammlung statt. Man beschloss, eine Delegation zum Bürgermeister zu schicken, mit der Forderung, die Richtsätze in der Fürsorge zu erhöhen. Zu den gewählten Sprechern gehörten die Genossen Wilhelm Pfaadt, Paul Lewandowski und Ernst Maaß. Gleichzeitig sollte eine Demonstration stattfinden.

"So setzte sich", wie selbst der sozialdemokratische Volksbote schrieb, "ein Zug von 300 Erwerbslosen in Bewegung und zog ruhig und besonnen vor das Anklamer Rathaus."

Da der Bürgermeister nicht anwesend war, zog man weiter zu seiner Privatwohnung und von hier

wieder zurück zum Rathaus, denn er wurde auch Zuhause nicht angetroffen. Doch inzwischen war vor dem Rathaus die Polizei postiert, die die Massen zurückdrängte und nur den Abgeordneten Wilhelm Pfaadt und Paul Lewandowski den Zutritt zum Rathaus gestattete. Der Genosse Maaß hatte bei der Vorverhandlung, als der Bürgermeister nicht anwesend war, mit der Faust auf den Tisch geschlagen. Darum verwehrte man ihm jetzt den Zutritt.

Als einige Demonstranten versuchten, ins Rathaus einzudringen, wurden sie vom Polizeikommissar Belling aufgefordert, das Haus wieder zu verlassen. Es entstand ein Handgemenge, bei dem die Polizei sofort blank zog und ihre Gummiknüppel auf die Arbeiterrücken niedersausen ließ. So hofften sie, die Arbeiter zu zerstreuen, doch sie erreichten das Gegenteil. Zorn und Empörung wuchsen so, dass die Demonstranten jetzt der Polizei eine gehörige Abfuhr erteilten, bis der Bürgermeister sie kurzerhand zurückzog. Dabei wurden mehrere Polizisten verletzt, und auch dem Kommissar Belling war die Brille zerschlagen worden. Das durfte natürlich nicht ohne Folgen bleiben.

Am 29. Juni 1929 standen dann 18 Angeklagte, darunter eine Frau, vor dem erweiterten Schöffengericht. Der "Volksbote" schrieb darüber recht höhnisch: "Die Tragödie einer Demonstration vor Gericht!"

Doch es war keine Tragödie, sondern eine revolutionäre Tat, die den Kampfeswillen der geeinten Arbeiterschaft unter Führung der KPD demonstrierte. Als Tragödie konnte man höchstens die Handlung des Gerichts und die verräterische Haltung der Anklamer SPD-Führung bezeichnen. Die Beweisaufnahme vor dem Gericht dauerte 8 Stunden. Dann kamen die Urteile. Freigesprochen wurden der Steinsetzerlehrling Karl Meitzner, die Arbeiter Walter Müller und Alfred Kosmehl sowie der Tischler Willi Hannemann. Verurteilt wurden Paul Gehrt zu 3 Wochen, Johann Schädler zu 1 Monat und 2 Wochen, Karl Meitzner zu 2 Monaten und 1 Woche, Bäcker Otto Hartlapp zu 2 Wochen und 2 Tagen, Walter Jürgens zu 2 Wochen, Berthold Geisler zu 1 Woche, seine Frau zu 2 Wochen und 2 Tagen, Karl Krüger zu 2 Wochen, Ernst Maaß zu 1 Woche, August Wacholski zu 3 Wochen und Richard Jürgens zu 1 Woche Haft.

Die Weltwirtschaftskrise brachte einen weiteren Rückgang der Wirtschaft und mit der weiter zunehmenden Arbeitslosigkeit auch weitere Not und Elend. So manche Familie konnte ihre Miete nicht mehr bezahlen und wurde daher auf Antrag der Hausbesitzer von der Polizei auf die Straße gesetzt. Darauf war die Stadt verpflichtet, für Notunterkünfte zu sorgen.

Am 13. Februar 1930 hatte sich das Anklamer Stadtparlament mit einer entsprechenden Magistratsvorlage zu befassen. Diese Vorlage sah vor, in der ehemaligen Turnhalle der Kriegsschule 9 Räume von je 23 bis 25 Quadratmeter Größe zu schaffen. Die Anklamer Zeitung vom 15. Februar schrieb dazu:

"Die Baukommission, deren Beschluß der zu den Rechten zählende Stadtverordnete Breitsprecher bekanntgab, wünschte unter Ablehnung der Magistratsvorlage zur Unterbringung von 5 Familien für sie jeweils 2 Räume.

Bürgermeister Bauer bemerkte, diese Vorlage sei anscheinend falsch verstanden worden. Es handele sich nicht um Wohnungen, sondern um Obdach zur vorübergehenden Unterbringung von Personen, die verschuldet oder unverschuldet ohne Unterkommen sind.

Der allgemeinen Wohnungsfürsorge solle eine weitere Magistratsvorlage gewidmet sein, die der Stadtverordnetenversammlung demnächst zugehen würde. Es gelte Kleinwohnungen zu schaffen, deren Miete sich niedriger als 23 bis 28 Mark monatlich stelle.

Stadtverordneter Klühs (SPD) wandte sich gegen die Magistratsvorlage, deren Zustandekommen nach seiner Meinung nur der alten Zusammensetzung des Magistrats zuzuschreiben sei.

Darauf bat Bürgermeister Bauer den Stadtverordneten-Vorsteher Neumann (SPD) die Ausführungen des Vorredners zurückzuweisen, andernfalls er sich veranlasst sehe, den Saal zu

verlassen. Neumann kam der Forderung des Bürgermeisters nach und bezeichnete die Ausführungen seines Parteigenossen als eine Entgleisung, die zu unterlassen sei. Stadtverordneter Pfaadt (KPD) meinte, ein Raum für eine Familie mit 3 und 4 Kindern reiche doch keinesfalls aus. In der ehemaligen Kriegsschule müsse auch für weitere Kochgelegenheiten gesorgt werden. Eine vor 4 Wochen dem Magistrat unterbreitete Eingabe der Interessenten hätte bis heute noch keine Antwort gefunden. Stadtverordneter Max Burwitz (Mietergemeinschaft) sprach von einem unsozialen Recht, demgegenüber die Stadt zu Opfern bereit sein müsse. Bürgermeister Bauer verwies wiederholt auf den Zweck der Vorlage, Raum für Obdachlose zu schaffen, die vor Witterungsunbill vorübergehend zu schützen sind. Bei Vergebung oder Benutzung des von der Polizeiverwaltung bereitzuhaltenden Raumes könne man das gute Herz ungehindert schalten und walten lassen. Wenn 9 Räume vorhanden und nur 5 Familien vorübergehend unterzubringen wären, ständen diesen selbstverständlich alle verfügbaren Räume zur Verfügung.

Stadtverordneter Peters (Rechte) glaubte, dass die Obdachlosigkeit eine noch größere Not darstelle, als die beschränkte Notwohnung. Im Falle der Ablehnung der Magistratsvorlage müsste der vorhandene Bestand an Wohnraum noch mehr verringert werden, da der Polizeiverwaltung das Recht der Beschlagnahme zustehe.

Stadtverordneter Dr. Ranke (DDP) kritisierte die Magistratsvorlage. Die Obdachlosenräume im Rathauskeller seien wiederholt beanstandet worden. Im Steintor zu schaffende Räume sei nicht zugänglich gewesen. Vom Bau einer Baracke habe man schließlich auch Abstand genommen, weil man in der ehemaligen Kriegsschule bessere und auch billigere Räume zu schaffen glaubte.

Bürgermeister Bauer versicherte, wenn der augenblickliche Druck in der Unterbringung Obdachloser nachlasse, würden die zu schaffenden Räume leer stehen. Die in der Versammlung herrschende scheinbare Erregung sei nicht am Platze.

Stadtverordneter Wunsch (Rechte) betonte, die Zustände im Ratskeller seien unhaltbar. Ihre Verlängerung bedeute aber die Ablehnung der Magistratsvorlage, für die man dem Bürgermeister danken müsse.

Stadtverordneter Möller (Rechte) verwies auf die gesetzlichen Bestimmungen, Obdach zu schaffen, sei wichtiger, als über eine andere Aufteilung zu streiten. Die Ablehnung der Magistratsvorlage wäre eine unsoziale Handlung.

Stadtverordneter Klühs erklärte sich nochmals für den Baukommissions-Beschluß, für den sich auf der Abgeordnete Breitsprecher (Rechte) aussprach, der im übrigen noch einen Austausch zwischen kinderreichen und kinderarmen Familien anregte.

Dann wurde der Antrag der Baukommission auch angenommen.

Am 13. März 1930 schrieb dann der "Volksbote" unter der Überschrift: "Anklamer Obdachlosenasyly" -

"In der letzten Stadtverordnetenversammlung brachte der Stadtverordnete Wunsch (Vertreter der Rechten) zum Ausdruck, dass die in den Obdachlosenasylyen in der damaligen Kriegsschule untergebrachten Familien sich recht wohl fühlen und gar nicht wieder heraus wollen. Diese Behauptung ist schon öfter ausgesprochen worden, aber niemand hat hierfür den Wahrheitsbeweis angetreten. Zutreffend mag sein, dass die in dem Hauptgebäude eingebauten Wohnungen zufriedenstellend sind, anders verhält es sich aber mit den im Pferdestall, in der Badestube und in der ehemaligen Leichenhalle eingerichteten Unterkünften. Es wäre zu empfehlen, dass diese Leute, die solche Behauptungen aufstellen, sich die Wohnungen der Obdachlosen einmal an Ort und Stelle ansehen möchten. Sie würden ganz bestimmt zu einem anderen Urteil kommen.

In der Badestube ist eine Familie in zwei kleinen Räumen untergebracht. In beiden Räumen besteht der Fußboden aus Fliesen. Der Bewohner hat sich dadurch geholfen, dass er den Fußboden mit alten Läufern belegte, um die dauernde Fußkälte abzuwehren.



Ein Kapital für sich ist die frühere Leichenhalle, in der eine Familie untergebracht ist. Es ist ein vollständig zerfallenes Fachwerkgebäude, durch dessen Risse man glatt hindurch sehen kann. Die Fenster sind so durchlässig, dass das Wasser ungehindert bis in die Mitte des Zimmers treibt. Die Innenseiten der Wände sind mit Schimmel und Pilzen bedeckt. Dass die Bewohner dieser "Villa" dauernd unter Krankheit leiden, ist erklärlich, sie haben nur den einzigen Wunsch, aus dieser Wohnhöhle herauszukommen.

Die im ehemaligen Pferdestall untergebrachten Familien haben in der Mehrzahl nur einen einzigen Raum, in dem sie wohnen und schlafen. Die alten Stallfenster sind geblieben und erhöhen noch das Trostlose dieses Polizeiobdaches. In einem langen Fang ist für alle Familien auf den überbauten Pferdekruppen Kochgelegenheit geschaffen worden. Jede Familie hat einen Gaskocher. Die Herstellung des Mittagessens stellt sich dadurch erheblich teurer, als auf Kochherden. Die Bewohner, meistens erwerbslos, müssen mit jedem Pfennig rechnen.

Die Decken bestehen aus Brettern und sind äußerst durchlässig. Wir haben nicht eine Familie gefunden, die sich in diesen Räumen wohl fühlte, alle hatten den Wunsch, eine andere Wohnung zu bekommen. Es zeigte sich auch, dass der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Antrag, Obdachlosenasylo mit 2 Räumen herzustellen, auch Wunsch der Bewohner war.

Auch der von Herrn Wunsch angeführte Fall der Familie Kuhs ist eine Irreführung. Diese Familie fühlt sich durchaus nicht glücklich in ihrem jetzigen Heim. Sie möchte gern wieder ihr altes Heim beziehen, das leider polizeilich geräumt werden musste.

Wir haben den Tatbestand nur aufgeführt, weil in öffentlicher Stadtverordnetensitzung von Herrn Wunsch, der doch einer der markantesten Fraktionsmitglieder der Rechten ist, Ausführungen gemacht wurden, die von der Öffentlichkeit nicht verstanden werden, und die geeignet sind, unter den Betroffenen, die nun einmal gezwungen sind, in diesen Räumen zu wohnen, nur böses Blut zu wecken."

Soweit der Zeitungsbericht, der doch recht deutlich zeigte, was die Weltwirtschaftskrise auch vielen Anklamer Bürgern gebracht hatte.

## **52. Kampf gegen die faschistische Gefahr**

Wenn man erfährt, dass nach dem 1. Weltkrieg 69,6 Prozent, das sind rund 43.243 Hektar land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen des Kreises Anklam 74 Großgrundbesitzern und Erzjunkern gehörten, wird man sicher erkennen, dass hier damit zugleich die reaktionär-politische Basis für die Deutschnationale Volkspartei und die immer stärker werdende NSDAP gegeben war. Das aber hieß, die Genossen hatten neben ihrem Kampf um Arbeit, Unterkunft und Brot zugleich einen harten Kampf gegen den aufstrebenden Faschismus zu führen.

Schon bei den Wahlen am 7. Dezember 1924 konnten die Deutschnationalen zusammen mit der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung 55,6 Prozent aller Stimmen im Kreise Anklam auf sich vereinen. SPD und KPD kamen zusammen auf 31 Prozent der Stimmen (SPD = 25 Prozent und KPD = 6 Prozent).

Vier Jahre später am 20. Mai 1928 wurden erneut Reichstagswahlen durchgeführt. Diesmal ging der Anteil der reaktionären Seite zwar auf 50,8 Prozent zurück, doch zum erstenmal tauchte der NSDAP offiziell mit 94 Stimmen (0,6 Prozent) im Anklamer Ergebnis auf. Die SPD konnte ihren Anteil auf 41,4 Prozent erhöhen, während der Anteil der KPD auf 5,7 Prozent zurückging.

Aus den Ergebnissen der Wahl ist unschwer zuerkennen, dass die SPD ihren enormen Stimmenzuwachs aus den Reihen der bisherigen Anklamer Anhänger der DNVP erhalten hatte.

Dafür mußte es Ursachen geben. Schließlich betrug der Zugang der Stimmen für die SPD im Republikmaßstab nur 3,8 Prozent gegenüber 16,4 Prozent im Kreise Anklam. Was hatte die Anklamer Wähler zu diesem Schritt bewogen?

Die SPD hatte schließlich in Anklam für die Einführung einer Bedürftigkeitsprüfung für Winterbeihilfeempfänger gesorgt. Sie hatte für die Bereitstellung von 30.000 Mark für das Kriegerdenkmal gestimmt und weitere 8.000 Mark für neue Kirchenglocken mit bewilligt. Die Parteiführung hielt sich zurück, als die Arbeitslosen demonstrierten. Mit all diesen Maßnahmen hatte sie sicher im Interesse der Steuerzahler, vor allem der Mittelschichten, gehandelt. Doch sie entfernte sich dadurch zugleich immer mehr von den Grundzielen der Arbeiterklasse. Das war jedoch nicht nur in Anklam so. Schließlich gab es SPD am 18. März 1931 einer auf Betreiben der DNVP und der NSDAP verfaßten Entschließung des Provinziallandtages an den Reichstag über Ausdehnung des Osthilfegesetzes auf die gesamte Provinz Pommern ebenfalls ihre volle Zustimmung. Darauf wurden, wie die Greifswalder Volkszeitung am 28. Juli 1931 berichtete, auch die Regierungsbezirke Stettin und Stralsund in die Osthilfe mit einbezogen. Da der § 15 dieses Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für notleidende Gebiete des Ostens festlegte, dass die Entschuldungsdarlehn mindestens in dem Verhältnis verteilt werden sollten, das dem Anteil der bäuerlichen Betriebe an der landwirtschaftlich genutzten Fläche entsprach, entfiel der Hauptanteil auf die am wenigsten verschuldeten junkerlichen Großbetriebe. Im Kreise Anklam wurden darauf 106 Umschuldungsanträge gestellt. Damit war die Existenz der Junker unseres Kreises auch weiterhin gesichert.

Trotzdem waren sie noch nicht zufrieden, sondern versuchten darüber hinaus, die Krise auch noch zum Lohnabbau auszunutzen. So wies ihr Pommerscher Landbund für Arbeitgeber 1930 in einem Rundschreiben auf die Notwendigkeit der Senkung der Löhne hin, mit der Begründung, die Lohnkonten seien allgemein überlastet. Es heißt dazu in heuchlerischer Weise:

"Es ist eine Tatsache und allgemeiner Erfahrungssatz, dass gerade die pommerschen landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer aus alter Tradition und mit einem gewissen Anstands- und Pflichtgefühl alteingesessenen Arbeiterfamilien gegenüber, die ganze Zeit hindurch einen zu großen Stamm von ständigen Arbeitern das ganze Jahr mit hindurch geschleppt haben, obgleich die hierdurch entstehende unproduktive Belastung längst erkennt ist."

Das war eine glatte Verhöhnung der Notleidenden und maßlos ausgebeuteten Landarbeiterschaft unseres Kreises, denn so sahen die Tarifverträge für Deputatarbeiter damals aus:

Die jährliche Arbeitszeit betrug 2.900 Stunden, das heißt, an 100 Tagen im Winter täglich 7 Stunden und an 200 Tagen im Sommer täglich 11 Stunden.

Dafür erhielten die Landarbeiter dann: freie Wohnung, 625 Quadratmeter Gartenland, Weide und Futter für eine Kuh oder täglich 4 Liter Milch, 45 Dezitonnen Stechtorf und 4 Raummeter Knüppelholz, 2.500 Quadratmeter mit Kartoffeln, 12 Dezitonnen Roggen, 10,5 Dezitonnen Gerste, 0,5 Dezitonnen Erbsen oder 1 Dezitonne Hafer.

Dann durfte der Landarbeiter noch 2 Schafe und 2 Zuchtgänse halten. Allerdings mußte er von 10 jungen Gänsen jeweils eine Schlachtgans an den Arbeitgeber abliefern.

An Barlohn erhielt er pro Stunde 7 Pfennige, das waren jährlich 203 Mark oder wöchentlich 3,90 Mark. Arbeitete die Frau, so erhielt sie 20 Pfennige pro Stunde ohne weitere Naturalien.

Von diesem Lohn gingen noch die Abzüge für die Krankenversicherung und Steuern ab.

Dieser Hungertariflohn wurde am 30. September 1932 trotzdem noch, als zu hoch, von der Kreisgruppe des Pommerschen Landbundes in Anklam aufgekündigt.

Doch aus Furcht vor der Eingliederung ins große Arbeitslosenheer der damaligen Zeit hielten die meisten Landarbeiter aus und wagten nicht, sich dagegen zu wehren.

Doch andererseits waren die Gutsbesitzer stets bemüht, jegliche Opposition der Landarbeiter im

Keime zu ersticken. Dabei hatten sie gewöhnlich die Unterstützung der Staatlichen Einrichtungen und besonders der Gerichte. Auch dafür ein Beispiel:

Der Genosse Paul Petri, Funktionär des Deutschen Landarbeiterverbandes, hatte im Herbst 1927 im Volksboten darüber berichtet, dass in seinem Heimatort Preetzen 2 Weizenmieten praktisch verfault waren, so dass statt 600 Dezitonnen nur noch 40 Dezitonnen brauchbares Korn ausgedroschen werden konnte. Sein Gutsbesitzer verklagte ihn vor dem Arbeitsgericht wegen Verleumdung und erreichte, dass Genosse Petri zur Entlassung am 1. Oktober 1927 verurteilt wurde.

Nicht viel anders erging es dem Genossen Paul Maaß, der ab 1925 als Landarbeiter in Gellendin tätig war. Er hatte hier bald alle Landarbeiter für den DLV geworben und war nicht nur ihr Zahlstellenleiter, sondern auch stets ihr Wortführer. Daher wurde er 1928 von seinem Gutsherrn mit der Begründung "zu rot" entlassen. Dieser Entlassung folgte 1930 sogar noch der Ausschluß aus dem DLV. Genosse Maaß hatte Kritik geübt an der versöhnlerischen Haltung der Leitung des DLV gegenüber der rechten SPD-Führung.

Aber auch der politische Kampf besonders gegen den aufstrebenden Faschismus ging weiter,. Darüber berichtete der Literaturobmann der Anklamer KPD-Gruppe Genosse Walter Schulz: "An manchem Sonntag packte ich den Rucksack, nahm mein Fahrrad und fuhr alleine hinaus auf's Land. Dort überließ ich bestimmten Genossen Material zum weiteren Vertrieb und den Rest versuchte ich selbst abzusetzen. Manchmal wurde es spät, und ich blieb bei Genossen über Nacht. Dann kam ich montags früh manchmal gerade noch zurecht, um auf dem Arbeitsamt meinen Arbeitslosenstempel zu empfangen.

Die Arbeit war oft sehr schwer, aber wenn es dann bei der Einschätzung des Bezirkes hieß, die Ortsgruppe Anklam gehörte im Literaturvertrieb wieder zu den Besten, dann freute man sich über den Erfolg und bekam neuen Mut für die weitere Arbeit. Doch gegen Ende der zwanziger Jahre wurde unsere Arbeit immer schwerer. Die Nazis wurden immer stärker und gingen daher immer offener zum Kampf gegen uns vor. Doch wir stellten uns darauf ein, das heißt, wir führten unsere Einsätze in Gruppen durch und hatten damit auch Erfolg."

Die Anklamer Genossen verteilten und verkauften jedoch nicht nur zentrale Literatur, sondern sie gaben wöchentlich auch eine eigene Zeitung den "Pulverturm" zum Preise von 5 Pfennig heraus. Darüber erzählte uns der Genosse Karl Lange:

"Wir hatten einen kleinen Abziehapparat, mit dem wir Flugblätter druckten. Die Kapazität reichte jedoch nicht mehr aus, als wir mit dem Druck unserer Ortszeitung "Der Pulverturm" begannen, sie erschien wöchentlich. Wilhelm Pfaadt kaufte aus diesem Grunde einen leistungsfähigeren Apparat, den ich gemeinsam mit dem Genossen Walter Fürstner in Züssow auf dem Bahnhof übernahm. Wir brachten ihn sicher auf Umwegen mit dem Fahrrad nach Anklam, da die Polizei uns überwachte.

An der Ausarbeitung der Artikel und der Herstellung der Matrizen arbeiteten die Genossen Wilhelm Pfaadt, Konrad Pawlack, Dr. Bruno Tiegs, Paul Lewandowski und andere mit. Meine Frau und ich stellten den "Pulverturm" und auch andere Flugblätter in unserer Wohnung her.

Die Zeitung hatte eine Auflage von 1.200 Exemplaren bei durchschnittlich 6 Seiten Umfang. Als die Zeitung mehrmals verboten wurde, haben wir sie illegal hergestellt und verbreitet. Wir wohnten damals direkt an der Peene und brachten das Material nachts mit einem Ruderboot auf die Stadtseite, damit es der Polizei nicht in die Hände fiel. Hierbei half uns der Genosse Walter Fürstner. Gemeinsam mit ihm haben wir vom Boot aus nachts auch an Kähnen im Hafen und an anderen sichtbaren Stellen große Losungen unserer Partei für die Wahlen gemalt.

Beim Verkauf des "Pulverturm" vor dem Rathaus, hier bekamen die Arbeitslosen ihre Wohlfahrtsunterstützung, wollten mich einmal zwei Polizisten verjagen, denn der "Pulverturm" war

für sie ein rotes Tuch. Es kam zu einer Auseinandersetzung und ich wurde verhaftet. Auf der Polizeiwache wurde ich von 6 Polizisten bewußtlos geschlagen, ins Polizeigefängnis geschleppt und später wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt, weil ich mich gegen die Mißhandlungen gewehrt hatte. Die Polizei machte darauf nochmals Haussuchungen in unserer Wohnung. Der doppelten Rückwand der Kaninchenbucht kam man nicht auf die Spur, denn dort war der Abzugsapparat versteckt."

Zu den Hauptredakteuren des "Pulverturm" gehörte ohne Zweifel der Genosse Bruno Tiegs, der an 66 Ausgaben der Zeitung einen entscheidenden Anteil hatte. Er war 1925 nach Anklam gekommen und gehörte bald zu den eifrigsten und unermüdlichsten Agitatoren. Obwohl in kleinbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen, er war Sohn eines Arztes, setzte er sich schon recht früh für die Interessen der Arbeiterklasse ein. Er arbeitete als Bankkaufmann und studierte an der Berliner Universität im Abendstudium Rechtswissenschaft. Da er, obwohl nicht politisch organisiert, schon während des Studiums seine Meinung stets offen zum Ausdruck brachte, erhielt er auch nach erfolgreicher Promotion im Jahre 1921 keine Anstellung und arbeitete zunächst weiter in einer Berliner Konservenfabrik.

Nebenbei betätigte er sich als Redakteur bei den verschiedensten Arbeiterzeitschriften. Da der Inhalt seiner Artikel jedoch nicht den Zielen der herrschenden Klasse entsprach, wurde er bald für längere Zeit arbeitslos.

So kam Genosse Dr. Tiegs dann 1925 mit seiner Familie nach Anklam, in der Hoffnung, hier Arbeit und Brot in seinem Beruf zu finden. Obwohl er immer noch parteilos war, suchte er auch hier sofort Verbindung zu den Genossen der KPD, schrieb für die "Rote Fahne" und später auch für den "Pulverturm". 1929 wurde Genosse Dr. Tiegs dann Mitglied der KPD. Bei Demonstrationen fand man ihn fast immer an der Spitze des Zuges. Sonst traf man ihn oft auf der Straße beim Literaturverkauf, den er stets mit einer nie ermüdenden Agitation verband. So schrieb er auch in einem Artikel des "Pulverturm":

"Nicht unter dem Hakenkreuz,  
nicht unter den schwarz-weiß roten Fahnen des Stahlhelm und  
der monarchistischen Reaktion,  
nicht unter dem schwarz- rot- gold der Weimarer Republik -  
das neue, das kommende Deutschland marschiert unter dem  
leuchtenden Freiheitsbanner, das heute schon als Siegeszeichen  
über einem Sechstel des Erdballs weht, es marschiert  
unter dem Banner mit Hammer und Sichel!"

Damit sagte er dem Faschismus mit aller Deutlichkeit den Kampf an, den er an der Seite der Genossen auch unerschrocken bis zu seinem Tode am 15. Februar 1933 führte.

Nach dem 4. Reichstreffen des RFB am 24. Mai 1928 in Berlin, an dem wiederum 80 Anklamer Genossen und die inzwischen 60 Mitglieder zählende Schalmeienkapelle teilgenommen hatten, wurde der Rotfrontkämpferbund am 3. Mai 1929 zunächst in Preußen und danach in ganz Deutschland verboten.

Die Anklamer Polizei versuchte sofort die Instrumente der Schalmeienkapelle zu beschlagnahmen. Doch die Genossen waren wachsam. Ehe die Polizei zulangen konnte, waren die Instrumente verschwunden. Einen Teil hatte der Genosse Ernst Maaß mit dem Handwagen ins Kreisgebiet geschafft. Als sich später die Sportvereinigung "Fichte" eine Schalmeienkapelle anschaffte, ließen die Genossen ihre Instrumente nach und nach wieder auftauchen. Die Polizei verlangte jetzt lediglich eine Erklärung, dass jeder Genosse sein Instrument persönlich erworben hatte.

Weiter bestand dagegen in dieser Zeit, die ebenfalls 1924 gegründete Schutzorganisation der SPD, der DDP und des Zentrum, die Reichsbannerorganisation. Diese Gruppe hatte zeitweilig in Anklam

über 400 Mitglieder und einen Fanfarenzug mit 30 Fanfaren, Becken und Glockenspiel. Vorsitzender war hier lange Zeit Wilhelm Kohn.

Trotz der 1926 angenommenen Bundessatzung, die die Aufnahme von KPD-Mitgliedern und gemeinsame Aktionen mit dem RFB verbot, kam es gegen Ende der zwanziger Jahre im Kampf gegen den Faschismus auch in Anklam mehrmals zu gemeinsamen Aktionen von Reichsbannerleuten und Mitgliedern der KPD.

Zu einer solchen gemeinsamen Aktion ist auf jeden Fall die am 20. Mai 1930 in Kluges Gesellschaftshaus (heute Volkshaus) durchgeführte, von den Nazis organisierte Versammlung zu zählen. Die Nazis hatten also am 20. Mai 1930 eine Versammlung in Kluges Gesellschaftshaus einberufen, auf der der frühere Sozialdemokrat und spätere Nazi Mossakowski aus Berlin sprechen sollte. Die KPD forderte darauf sofort den Genossen Harder aus Stettin als Gegenredner an, während die SPD-Führung eine Beteiligung an der Versammlung ablehnte. Doch sie konnte nicht verhindern, dass hier sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter gemeinsam handelten. Die Versammlung sollte um 20.30 Uhr beginnen. Bereits um 19.30 Uhr waren viele Arbeiter vor der Gaststätte erschienen und forderten Einlaß. Der Saal wurde jedoch erst nach 20 Uhr geöffnet. Dabei kam es zu einem großen Gedränge. sofort griff die SA ein und schlug mit Schlagringen auf die einlaßbegehrenden Arbeiter ein, die sich trotz den Zutritt verschafften. Als die Polizei dann später eintraf, forderten die Arbeiter sie auf, die SA auf Waffenbesitz zu überprüfen.

Polizeikommissar Belling, der mit einem verstärkten Polizeiaufgebot erschienen war, lehnte jedoch ab und sperrte dafür den Saal, obwohl er noch längst nicht gefüllt war. Dafür rückten etwa 300 bewaffnete und uniformierte SA-Leute ein und nahmen vor der Bühne, an den Seiten des Saales und den Zugängen Aufstellung. So sicherten sie sich mit Unterstützung der Polizei die absolute Mehrheit im Saal, in dem sich jetzt wohl etwa 800 Besucher befanden. Ein Großteil der SA-Leute war mit Lastkraftwagen aus Greifswald, Stralsund, Pasewalk, Ückerkmünde und anderen Städten gekommen, denn man rechnete mit Zusammenstößen.

Gegen 20.45 Uhr konnte die Versammlung dann endlich beginnen. Dem Genossen Harder wurde auf Befragen eine Redemöglichkeit am Schluß der Versammlung zugesichert.

Als dann der Referent, der ehemalige Berliner Sozialdemokrat Mossakowski das Wort ergriff, wurde er von den Arbeitern mit dem Ruf "Arbeiterverräter" empfangen. Das genügte der SA, um erneut zuzuschlagen. Wer glaubte, die Polizei würde eingreifen und wieder für Ruhe und Ordnung sorgen, der hatte sich geirrt. Die Polizei griff zwar zum Gummiknüppel, doch sie schlug damit, wie die SA auf die wehrlosen Proleten ein.

Damit war die Saalschlacht im Gange. Wer den Saalausgang nicht erreichte, der sprang durch die Fenster auf den Hof, von der Polizei verfolgt, die weiter auf die Arbeiter einschlug. Auch auf der Straße war der Kampf noch nicht zu Ende. Darüber berichtete am 24. Mai 1930 in der "Volkswacht" der Genosse Gehrt:

"Ich stand mit einigen Bekannten an der Ecke Badstüber Straße und Baustraße, ungefähr 100 Meter von meiner Wohnung entfernt, als ein Trupp Polizisten unter Führung des Polizeikommissars Belling und zwar die Polizisten Krause, Kuschel, Müller und Nowatzki auf mich zu gestürmt kamen. Letztere war total betrunken, so das er schon auf eine Entfernung von 2 Metern nach Schnaps roch. Der Polizeibeamte Krause sagte wörtlich zu uns, als wir schon gehen wollten.

"Herrschaften, ich mache jetzt keine Aufforderung mehr, jetzt gibt's erst mal ein paar Anzeigen. Aha, da ist ja unser Freund Gehrt, kommen sie doch mal her."

Ich drehte mich um und fragte, was ich solle. In diesem Moment schlug mir Kommissar Belling mit dem Gummiknüppel auf den Kopf. Das war das Signal für die anderen Beamten, nun auf mich einzuschlagen, wobei sich Müller besonders hervortat. Selbst als ich auf der Erde lag, schlug dieser Mensch noch wie besessen auf mich ein, mit den zynischen Worten: 'Du stirbst noch nicht!' Hierauf

wurde ich zur Wache geschleppt, wo ich bis nachts um 1.15 Uhr festgehalten wurde." Inzwischen wurde die Versammlung im Saale fortgesetzt und war gegen 23.30 Uhr beendet. Genosse Harder sprach in der Diskussion und schloß seine Ausführung mit einer scharfen Kampfansage gegen das faschistische Banditentum. Die Nazis begannen beim Verlassen des Saales ihr Hitlerlied zu singen. Sie hatten ihr Ziel erreicht, wenn auch nur mit Unterstützung der Polizei. Die Empörung unter der Anklamer Arbeiterschaft war natürlich groß. Daher rief die KPD bereits einen Tag später, am Mittwoch, dem 21. Mai zu einer Protestkundgebung auf dem Anklamer Marktplatz auf. Wie die "Volkswacht" vom 28. Mai 1930 berichtete, waren dem Rufe der Partei weit über 1.000 Personen gefolgt. Genosse Paul Maaß zeigte in seiner etwa einstündigen Rede die Entstehung, Ursachen und Gefahren sowie das wahre Gesicht der Faschisten auf und wies an Hand der Vorkommnisse nach, wie die Polizei mit ganzer Brutalität zum Schutze der faschistischen Mordbanditen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vorging.

Dann wurde nachstehende Resolution angenommen:

"Die Arbeiterschaft Anklams protestiert auf's Schärfste gegen den brutalen Polizeiterror zum Schutze der faschistischen Mordbanditen. Wir geloben, den Kampf der Einheitsfront gegen die kapitalistischen Zuhälter, die Faschisten, bis zu deren endgültiger Beseitigung zu führen.

Arbeiter Anklams! Jetzt liegt es an euch, den Faschisten und ihren Zuhältern die gebührende Antwort zukommen zu lassen!

Hinein in die KPD. Führt mit uns den Kampf gegen Faschismus und Klassenjustiz, gegen den Hungerkurs der Brüning-Regierung.

Für Arbeit und Brot! - Für den Siebenstundentag! - Für ein Sowjetdeutschland!"

Obwohl die Leitung der Anklamer SPD eine Beteiligung an der Versammlung abgelehnt hatte, sah sie sich wegen der Beteiligung vieler SPD-Mitglieder ebenfalls zu einer Protestversammlung veranlaßt. Sie wurde im Anklamer Schützenhaus durchgeführt.

Darüber berichtete das Organ der SPD der "Volksbote" am 24. Mai 1930: Die Versammlung verurteilte einmütig das Vorgehen der Polizei. Auch hier wurde eine Resolution angenommen, die dem Landrat übergeben wurde. Darin hieß es: "Das Reichsbanner schwarz- rot- gold, Ortsgruppe Anklam und die SPD-Ortsgruppe Anklam nehmen mit Empörung Kenntnis von dem unverständlichen und unbegreiflichen Vorgehen der Anklamer Polizei gegen ruhige Anklamer Bürger und Arbeiter im Anschluß an die nationalsozialistische Versammlung am 20. Mai 1930. Sie erblicken in den tätlichen Mißhandlungen einer Anzahl völlig unbeteiligter Personen eine schwere Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und erwarten von den staatlichen Behörden eine gründliche Untersuchung der bedauerlichen Vorfälle und die rücksichtslose Bestrafung der schuldigen Beamten. Bis zur völligen Klärung dieser Angelegenheit fordern sie die Außerdienststellung des in erster Linie für die Übergriffe verantwortlichen Kommissars Belling. Mit besonderem Befremden stellt die Versammlung ferner Fest, dass die Polizei es unterlassen hat, die uniformierten Nationalsozialisten nach Waffen zu untersuchen. In dieser Unterlassung und dem gemeinsamen Vorgehen gegen ruhige Versammlungsteilnehmer und Straßenpassanten erblickt die Versammlung eine tatsächliche Unterstützung der staatsumstürzlerischen Pläne der Nationalsozialisten, die von der Versammlung schwerstens verurteilt wird. Partei und Reichsbanner stellen sich den Behörden zu einer restlosen Aufklärung der Vorgänge zur Verfügung.

gez. Klühs

gez. Segebrecht"

Und wie reagierte darauf der Herr Landrat?

Er teilte der Ortsgruppe der SPD mit dass er den Polizeiverwalter mit der eingehenden Untersuchung beauftragt habe. Damit war klar, das alles im Sande verlaufen würde. Die

Funktionäre brachten darüber ihr Mißfallen zum Ausdruck, ohne jedoch weitere Schritte zu unternehmen. Es war daher kein Wunder, wenn die Nazis sich in ihrer Zeitung "Diktatur" vom 7. Juni 1930 über das Verhalten der SPD-Führer amüsierten. Wörtlich heißt es dazu in dem Bericht: "Hören Sie doch gefälligst mit ihrem ekelhaften heuchlerischen Getue auf, und bekennen auch Sie sich, wie der kommunistische Gegenredner, ganz offen zu der Mordparole" 'Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!' Dann würden Sie wenigstens ehrlich sein."

Im Übrigen sahen die Nazis die Handlungsweise der Polizei natürlich als gerecht und notwendig an.

So ähnlich drückte sich auch die "Anklamer Zeitung" in ihrem Bericht vom 22. Mai 1930 über die "Politische Massenkundgebung in Anklam" aus. Darin heißt es unter anderem: "Von kommunistischer Seite kam es kurz nach Beginn des Referats zu Ruhestörungen. Der Redner wurde von den Kommunisten mit dem Rufe "Arbeiterverräter" empfangen.

Schließlich wurden die meisten jungen Burschen drohender und handgreiflich. Das gab natürlich Veranlassung, polizeilich einzugreifen."

Die bürgerliche Anklamer Zeitung betrachtete danach das Eingreifen der Polizei als notwendig. Andererseits sah sie keine Veranlassung, über Verfehlungen der SA zu berichten. Das war ganz im Sinne der bürgerlich-reaktionären Kreise der Stadt geschrieben, die die Meinung vertraten, die Polizei habe noch längst nicht genug geprügelt, und die Nazis müßten alle 8 Tage eine solche Versammlung durchführen, auf der laufen Schläge ausgeteilt würden.

Das war die politische Situation im Jahr 1930 in unserer Heimatstadt Anklam. Beiden Reichstagswahlen am 14. September 1930 erhielt die NSDAP in der Stadt bereits mit 2.212 Stimmen, 25,5 Prozent. Zusammen mit der DNVP (17,9 Prozent), dem Pommerschen Landverein (4,3 Prozent), der DVP, dem Zentrum und der Konservativen Partei erreichten die reaktionären Parteien insgesamt 45 Prozent aller Stimmen. SPD und KPD kamen mit 34,4 Prozent bzw. 13,4 Prozent insgesamt auf 47,8 Prozent. Wollte man nicht alles verlieren, mußte man in Zukunft endlich gemeinsam handeln. Doch die rechte SPD-Führung lehnte weiter gemeinsame Maßnahmen mit der KPD ab. Daher sahen die Arbeiter sich veranlaßt, zur Selbsthilfe überzugehen.

Da der Rotfrontkämpferbund seit 1929 verboten war, fehlte der KPD ein offizieller Versammlungs- oder Saalschutz. Darum gründeten sie 1930 den "Kampfbund gegen den Faschismus".

Am Vorabend der Wahlen am 14. September 1930 war es übrigens erneut zu Zusammenstößen mit den Nazis gekommen, die noch am Abend des 13. September eine Versammlung einberufen hatten. Wieder hatten Kommissar Belling und seine Polizeibeamten brutal auf Arbeiter und Bewohner der Stadt eingeschlagen und sie auf die Polizeiwache geschleppt. Diesmal gab es auf der folgenden Stadtverordnetenversammlung harte und stürmische Auseinandersetzungen. Die Fraktion der SPD stellte dazu folgende Anträge:

1. Das Mißtrauensvotum gegen die Polizei, wegen ihres Verhaltens am 13. und 14. September und
2. Das Verlangen, ein Vertreter des Regierungspräsidenten möge die Angelegenheit persönlich untersuchen.

Wie nicht anders zu erwarten, waren die Rechten wieder mal die Wortführer ihres Bürgermeisters. Sie behaupteten, Kommunisten und andere links eingestellte Kräfte hätten am Sonnabendnachmittag für eine Störung der für den Abend geplanten nationalsozialistischen Versammlung geworben. Damit hätten sie Anlaß für ein Einschreiten der Polizei gegeben, die schließlich für Ruhe und Ordnung zu sorgen hätte. Sie lehnten daher jede weitere Debatte ab und verließen den Sitzungssaal, gefolgt vom Bürgermeister Bauer. Doch es nutzte ihnen nichts, denn der Antrag der SPD wurde trotzdem mit 15 Stimmen angenommen.

In der gleichen Sitzung ging es aber auch erneut um die Situation der Obdachlosen in der

Kriegsschule. Man forderte im Namen der Obdachlosen den Bau von gemauerten Kochherden oder 50 Prozent Gaspreismäßigung, die Schaffung von weiteren Ausgängen, Verputzen der Decken usw., weil der angebliche vorübergehende Zustand zu einem Dauerzustand für die Obdachlosen zu werden schien.

Trotz aller Einwände von Bürgermeister Bauer und der Rechten, die auch diesmal für ihn in die Bresche sprangen, wurde auch dieser Antrag angenommen. Trotz einiger Änderungen blieben die Wohnbedingungen in der Kriegsschule nach wie vor unzureichend. Darüber berichtete der Genosse Karl Lange:

"Als auch wir unsere Miete nicht mehr bezahlen konnten, wurden wir Ende 1932 aus unserer Wohnung exmittiert und in einem Pferdestall der ehemaligen Militärschule, der notdürftig hergerichtet war, untergebracht. Hier hausten wir mit über 20 Familien unter menschenunwürdigen Bedingungen. Doch alle Schwierigkeiten und Schikanen haben uns nur noch enger mit der Partei verbunden.

1930 hatten wir in Anklam den "Kampfbund gegen den Faschismus" gegründet, dessen Leiter der Genosse Paul Lewandowski wurde. Ich hatte die Ehre, bei Kundgebungen und Demonstrationen unsern roten Wimpel voranzutragen. Bald darauf wurde ich arbeitslos. Damals gab es in Anklam etwa 16.000 Einwohner, darunter rund 2.000 Arbeitslose, die mit ihren Angehörigen etwa 1/3 der Bewohner unserer Stadt ausmachten. Unsere Parteiorganisation war nicht sehr groß. Wir waren in den letzten Jahren vor 1933 immer so 110 bis 120 Genossen. Aber Mitglied der "Roten Hilfe" waren etwa 400 bis 500 Werktätige, und auch der "Rot-Sport-Fichte" hatte eine erhebliche Anhängerschaft. Die Zahl der mit uns Sympathisierenden war jedoch weitaus größer, denn bei Kundgebungen und Demonstrationen versammelten sich oft weit über 1.000 Menschen. Bei Arbeitslosendemonstrationen, die wir organisierten, waren die Straßen von mehreren Tausend Teilnehmern gefüllt.

Wir waren auch oft in den Dörfern unterwegs und unterstützten mit unserer Landagitation und Propaganda die auf dem Lande lebenden Genossen. Wir verkauften die "Rote Fahne", die "Volkswacht" und verteilten Flugblätter, so zum Beispiel in Leopoldshagen, Ducherow, Relzow, Murchin, Jargelin, Menzlin und Ziethen."

Die Zahl der Erwerbslosen nahm weiter zu, daher mußte die Anklamer Zeitung am 1. April 1932 selber zugeben:

"Die Versorgung der Wohlfahrtserwerbslosen gestaltet sich von Jahr zu Jahr immer schwieriger. Die katastrophale Entwicklung dieses Aufgabengebietes im Kreise Anklam ergibt sich schon alleine aus der Tatsache, dass die Aufwendungen für die sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen von 7.700 RM im Jahre 1928 auf 101.800 RM im Jahre 1929, auf 167.400 RM im Jahre 1930 und schließlich auf rund 303.000 RM im Jahre 1931 gestiegen sind." 1932 war der Kreis dann auch nicht mehr in der Lage, die erforderlichen Mittel aus eigener Kraft aufzubringen, so dass die Regierung aushelfen mußte.

Trotz aller Not ging der Kampf gegen die faschistische Gefahr weiter. "Der Pulverturm" schrieb im Juli 1932:

"Sprachrohr für die werktätige Bevölkerung von Anklam und Umgebung!  
SPD und KPD in antifaschistischer Aktion!

Diese Woche gab in den ersten Tagen den Auftakt für die Herstellung der sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter. Die harte Tatsache, dass die Nazibanden von Tag zu Tag frecher in Anklam auftraten, ließ nicht mehr lange Zeit zum Reden. Es mußte gehandelt werden.

Sonntag, gegen 9 Uhr abends organisierten die SA-Banden einen Überfall auf die "Neue Siedlung", deren Einwohnerschaft sich zum größten Teil aus Arbeitern und kleinen Beamten zusammensetzt. Lediglich, dass die Einwohner den Hitlergruß nicht erwiderten, wurde zum Anlaß



genommen, zum Sturm vorzugehen.

Mit Knüppeln und Steinen versuchten die Nazis, die Einwohner von der Richtigkeit des Hitler-Programms zu überzeugen. Die Arbeiter wehrten sich. Die Polizei erschien zwar, verhaftete jedoch nicht einen einzigen dieser braunen Prügelhelden.

Dieser Überfall hatte die Nazis zu Revolvertaten angereizt. In der Nacht veranstalteten sie in Anklam eine Schießerei, bei der ein Arbeiter von einer Kugel getroffen und gefährlich verletzt wurde. Die Polizisten, die von Einwohnern Anklangs aufgefordert wurden, die Nazis festzuhalten und zu verhaften, lehnten es ab, die flüchtenden Braunhosen zu verfolgen.

Am Montag früh diskutierten die Erwerbslosen diese Vorgänge auf dem Arbeitsnachweis. Plötzlich erschien einer der Rauf- und Pistolenhelden vom Sonntag, provokatorisch mit dem Hakenkreuz geschmückt, auf der Stempelstelle. Die Arbeiter stellten diesen Banditen sofort. Da er weiter provozierte, bekam er die notwendige Tracht Prügel. Der Nazi flüchtete."

Auch hier handelten die Arbeiter wieder gemeinsam, doch die SPD-Führung unter Friedrich Wilhelm Segebrecht war immer noch nicht dazu bereit. Darum wandten sich die Genossen der KPD immer wieder an die sozialdemokratischen Arbeiter. So auch Ende 1932 in einem Streikaufruf, der mit folgenden Worten begonnen:

"Millionen hungriger Mägen,  
Millionen verzweifelte, empörte Gehirne,  
Millionen von Haß gefüllte Herzen,  
Millionen, die doppelte Zahl geballter Fäuste!  
So gehen wir aus diesem Sommer in den neuen Winter,  
von dem jeder Werktätige weiß, dass er unter der Herrschaft  
der kapitalistisch-faschistischen Bankrotteure noch  
grausamer sein wird, als der letzten.

Eine Hölle des Elends!

Es ist an der Zeit, all denen, die auf die 'erlösende Tat'  
der Herrschenden warten, mit aller Deutlichkeit zu sagen,  
daß die Geduld von Millionen Unentschlossener die stärkste  
Waffe unserer Bedrücker ist.

Es gibt raffinierte 'Volksfreunde', die diese Geduld als Tugend preisen und zu einem  
Schacherobjekt mit den Herrschenden machen, um bedrohte Posten zu retten.

Unter der Losung:

'Laßt ihr unsere Bonzen ungeschoren, so garantieren wir euch die Ruhe unserer Anhänger!'  
Das ist Verrat, - aber die Sozialdemokratie muß die Arbeiterklasse verraten, weil sie  
nicht kämpfen will!

Papen hat in seiner Rede in Münster der Arbeiterklasse den Fehdehandschuh  
hingeworfen. Was soll geschehen?

Seht nach Belgien, seht nach England!

Dort haben die Klassengenossen durch die Tat bewiesen, daß die Arbeiterklasse trotz  
der Krise und Arbeitslosigkeit streikfähig ist.

Seit mehr als 3 Monaten streiken die belgischen Bergarbeiter ...

In England haben 250.000 Textilarbeiter die Brocken hingeworfen und die  
Börsenjobber der ganzen Welt in Panik gesetzt ...

Deutsche Arbeiter, zieht aus diesen Beispielen die Lehre.

Reiht auch ein in das große Kampfheer der antifaschistischen Aktion!"

Wir sehen immer wieder, alle Argumente und Vorschläge der Genossen der KPD waren stets

überzeugend und kaum zu widerlegen. Darum griffen die Gegner oft zu anderen Mitteln, den Mitteln der Verleumdung, so dass sich die Genossen auch damit auseinandersetzen mußten. Sie taten das gewöhnlich in satirischer Form. Auch dafür ein Beispiel aus einer September-Ausgabe des Jahres 1932.

Die Faschisten und Gegner der KPD nutzten oft die Vorliebe ihrer Frauen zu Kaffeeklatschgesprächen für ihre Agitation und Propaganda aus, indem sie ihnen entsprechenden Gesprächsstoff lieferten, den die Frauen begeistert von Haus zu Haus trugen. Zu den aktivsten unter ihnen gehörte die Frau des Gütermaklers Schmidt aus der Stettiner Straße 15. Sie erzählte zum Beispiel, sie habe von einer Frau, die es selber gesehen hätte, erfahren, dass kürzlich bei einem Standarten-Aufmarsch in Greifswald Kommunistenfrauen mehrere harmlose SA- Männer in der Langen Straße mit Kartoffelhacken blutig und totgeschlagen hätten.

In einem Artikel unter der Überschrift:

"Vorsicht - Giftschlangen im Hohenzollernpark!" bekam Frau Schmidt im "Pulverturm" die entsprechende Antwort.

Darin hieß es unter anderem:

"Auch Sie, Gnädigste, haben wir in unser Herz geschlossen, und daher wollen wir Ihnen den Gefallen erweisen, Ihnen kostenlos weiteres Material über Kommunistenfrauen zu liefern, das Sie nach Belieben im Kreise befreundeter Klatschbasen durchkauen können.

Zunächst:

Die Kommunistenfrauen pflegen in ihren Markttaschen ganze Waffenlager mit sich herumzutragen. Handgranaten, die als Gurken getarnt sind usw.

Doch das ist Ihnen, dank Ihrer blühenden Phantasie wohl schon selber ein- und aufgefallen. Doch vielleicht können Sie folgende Begebenheit als neuen Gesprächsstoff verwenden:

Kürzlich wurde von der Polizei bei einer Anklamer Kommunistenfrau ein Hündchen beschlagnahmt. Bei der chemischen Untersuchung wurde festgestellt, dass das arme bemitleidenswerte Tierchen jahrelang mit Ekrasit und Nitrozellulose gefüttert worden war, so dass es eine Bombe von nicht auszudenkender Sprengwirkung darstellte. Vielleicht können sie diese Geschichte noch ein wenig ausschmücken, wenn Sie Ihnen zu harmlos erscheinen sollte.

Den Kommunisten kann man ja doch schließlich das Unmöglichste nachsagen, geglaubt wird es auf alle Fälle von alten Weibern beiderlei Geschlechts.

Frau Schmidt, als Sie kürzlich verbreiteten, alle Kommunisten wären Verbrecher und hätten im Zuchthaus gesessen, da charakterisierten wir Sie entgegenkommender weise nur als Unschuldslamm. Jetzt sind wir der Überzeugung, dass Sie ein Naturwunder sind, nämlich ein 'Unschuldslamm mit Giftzähnen!'

Wir halten es mit der Bibel:

'Liebe deine Feinde, aber reiße ihnen vorher erst die Giftzähne raus!'

Diese Giftzähne waren der Frau Schmidt damit zumindest für eine bestimmte Zeit gezogen.

Doch es gab in den bürgerlichen Kreisen auch Vertreter, die die Arbeiterklasse in ihrem Kampf unterstützten.

Zu ihnen gehörte auf jeden Fall der Dr. med. Freiherr von Loudon, der seit 1927 in Anklam wohnte und seine Praxis in der Burgstraße 45 hatte. Dieser, wie der Name sagt, aus adligem Hause stammende Doktor unterstützte die Anklamer Genossen laufend bei der Ausbildung ihrer Sanitäter und war Kolonnenarzt der Samariterkolonne "Fichte" in Anklam. Als er im September 1932 verstarb, würdigte auch der "Pulverturm" die Verdienste dieses Mannes durch folgende Anzeige:

"Wir geben bekannt, dass unser Kolonnenarzt Dr. med. Loudon am 4. September 1932 gestorben ist. Wir rufen über sein Grab ein 'Rot Sport'! Er war ein Freund des klassenbewußten Proletariats!

Samariterkolonne "Fichte Anklam"

Bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 verloren die Nazis im Republikmaßstab 4,3 Prozent ihrer Stimmen gegenüber der Wahl am 31. Juli 1932. Und so sah das Ergebnis in Anklam aus:

Reichstagswahlen

<u>Partei:</u>	<u>31. 07. 1932</u>	<u>6. 11. 1932</u>	<u>Zugang</u>	<u>Abgang</u>
KPD	13,9 Prozent	15,8 Prozent	1,9 Prozent	-
SPD	33,1 Prozent	31,8 Prozent	-	1,3 Prozent
NSDAP	43,0 Prozent	34,8 Prozent	-	8,2 Prozent
DNVP	6,2 Prozent	13,2 Prozent	7,0 Prozent	-

Wir sehen, die NSDAP verlor in Anklam sogar 8,2 Prozent, doch der größte Teil, nämlich 7 Prozent gingen zurück an die DNVP. Und die Ursache?

Die Vertreter der Reaktion hatten es Hitler nicht verzeihen können, dass er mit seiner Partei gegen die Papenregierung in Opposition gegangen war.

Doch es nutzte wenig, denn am 17. November 1932 erfolgte trotzdem der Rücktritt des Kabinetts Papen.

Am 19. November forderten Vertreter des Monopolkapitals und Großagrarier den Reichspräsidenten von Hindenburg auf, Hitler zum Kanzler zu berufen. Doch es war anscheinend noch zu früh. Hitler mußte seine Abhängigkeit vom Finanzkapital erst selber erkennen und begreifen. Darum fiel die Wahl auf den bisherigen Reichswehrminister von Schleicher, der sein Kabinett überwiegend aus Vertretern der Papenregierung bildete.

Inzwischen verhandelten Hitler, Papen und der Bankier Freiherr von Schröder in Köln über die Bildung einer faschistischen Koalitionsregierung, deren Zusammensetzung bis zum 29. Januar 1933 ausgehandelt war.

Die Anklamer Genossen hatten sich inzwischen auf die illegale Arbeit vorbereitet. Das ZK der KPD schickte im Sommer 1932 den Genossen Ernst Klähn mit dem Auftrag nach Anklam, den Genossen bei der Organisierung der illegalen Arbeit zu helfen.

Genosse Klähn wohnte damals beim Genossen Reichelt. Für die Leitung der Ortsgruppe wurde ein Dreierkopf gebildet, zu dem die Genossen Wilhelm Pfaast, Paul Lewandowski und Konrad Pawlack gehörten.

Gleichzeitig teilte man die Gruppe in kleinere Zellen auf und ging dazu über, sich innerhalb dieser Zellen in den Wohnungen von Genossen zu wichtigen Beratungen zu treffen.

Der Genosse Klähn war übrigens Reichstagsabgeordneter und gehörte später zu den Genossen, die von den Faschisten in Plötzensee ermordet wurden.

Doch zunächst ging die legale Arbeit weiter. Noch für Sonnabend, den 14. Januar 1933 organisierten die Genossen, wie aus einer Bekanntmachung im "Pulverturm" hervorgeht, im Anklamer Schützenhaus eine Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Gedenkfeier. Dabei wirkten mit:

"Roter Alarm" - Kindergruppe Greifswald und die Gruppe des KJV Anklam, die Agitprop-Gruppe des Arbeitersportklubs "Fichte" Anklam und die proletarische Musikvereinigung Anklam.

Das war für lange Zeit die letzte legale Veranstaltung der Genossen in Anklam.

### **53. Faschismus - brachte Terror, Mord und Krieg!**

"Alarm - Alarm!" hieß es am 29. Januar 1933 in der "Roten Fahne". Man warnte erneut vor den faschistischen Staatsstreichplänen und der Bildung eines Hitlerkabinetts.

Schon einen Tag später am 30. Januar 1933 beauftragte Reichspräsident von Hindenburg auftragsgemäß Adolf Hitler mit der Neubildung der Regierung, denn die Schleicherregierung war am 28. Januar 1933 zurückgetreten.

Sofort rief die KPD zum Generalstreik gegen die Hitlerregierung auf. Dazu wurden in den ersten Februartagen 1933 überall, auch in Anklam öffentliche Kundgebungen durchgeführt. Auf dem Anklamer Marktplatz sollte der Berliner Genosse Erich Wiesner sprechen. Als bekannt wurde, dass Genosse Wiesner bereits verhaftet war, sprach für ihn der Genosse Paul Maaß. Anschließend führten die anwesenden Genossen und Reichsbannerleute noch eine gemeinsame Demonstration durch, bei der es vor Grimm's Gesellschaftshaus (heute Volkshaus) zu Zusammenstößen mit der SA kam.

Und wieder hieß es eine Reichstagswahl vorzubereiten, denn Reichspräsident von Hindenburg hatte den Reichstag am 1. Februar 1933 aufgelöst und Neuwahlen für den 5. März 1933 ausgeschrieben.

Doch zunächst fand im Sporthaus Ziegenhals bei Niederlehne (Kreis Königswusterhausen) eine illegale Tagung des ZK der KPD statt, auf der Ernst Thälmann die Aufgaben der KPD entsprechend der eingetretenen Lage formulierte. Er forderte die entschlossene Fortführung des Kampfes, trotz aller Anschläge des faschistischen Terrors und bezeichnete erneut die Einheitsfrontpolitik zur Mobilisierung aller Werktätigen in der antifaschistischen Aktionseinheit mit der SPD und den freien Gewerkschaften als die entscheidende Hauptaufgabe.

Doch auch die Faschisten und ihre Hintermänner, die Monopolherrscher waren in diesen Tagen nicht untätig.

Der Preußische Naziinnenminister Göring erließ am 17. Februar 1933 eine Verordnung, durch die die Polizei zum rücksichtslosen Gebrauch ihrer Waffen gegen Kommunisten und zur Unterstützung von SA und SS sowie des Stahlhelms verpflichtet wurde.

Am 20. Februar 1933 stellten die deutschen Monopolherrscher auf Vorschlag des Bankiers Schacht der NSDAP 3 Millionen Mark für die Bekämpfung der KPD zur Verfügung, und schließlich stand am Abend des 27. Februar 1933 plötzlich der Reichstag in Flammen. Hitler bezeichnete den Brand als "ein von Gott gegebenes Zeichen", um die Kommunisten, die ja nur als Brandstifter in Frage kamen, "mit eiserner Faust zu vernichten".

Sofort setzte eine große Verhaftungswelle ein, bei der im ganzen Reiche über 10.000 Kommunisten, Mitglieder der SPD und der oppositionellen bürgerlichen Demokraten in die Gefängnisse wanderten. Dabei berief man sich auf die am 28. Februar 1933 erlassene Notverordnung "Zum Schutze von Volk und Staat".

Sie war, wie es hieß, zur "Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" erlassen worden. Sie setzte wichtige Artikel der Weimarer Verfassung außer Kraft.

Trotz des faschistischen Terrors und der großen Verhaftungswelle erhielt die KPD am 5. März 1933 noch annähernd 5 Millionen Stimmen und damit 81 Sitze im Reichstag. Die NSDAP blieb mit 43,9 Prozent der Stimmen weit unter der absoluten Mehrheit. Darum annullierte die Hitlerregierung wider Rechts und Gesetz die 81 Mandate der KPD und ließ zahlreiche Abgeordnete verhaften.

In Anklam lag die Wahlbeteiligung bei 86 Prozent. Hier erhielten die

SPD	-	29,6 Prozent	
KPD	-	11,2 Prozent	
NSDAP	-	46,3 Prozent	und die

Kampffront schwarz-weiß-rot - 10,0 Prozent der Stimmen.

Eine Woche später, am 12. März 1933 wurden dann die Wahlen zum Landtag, Kreistag und der Stadtvertretung durchgeführt. Das war zugleich für lange Zeit die letzte Wahl, an der sich die Arbeiterparteien beteiligen konnten. Für den Kreistag des Kreises Anklam gaben die Wähler ihre Stimmen wie folgt ab:

NSDAP	9.602 Stimmen	-	52,5 Prozent
SPD	4.705 Stimmen	-	25,7 Prozent
KPD	897 Stimmen	-	4,9 Prozent
Kampffront schwarz-weiß-rot	2.945 Stimmen	-	16,1 Prozent
Handwerk-gewerbebefreie Berufe	192 Stimmen	-	1,0 Prozent

Und so sah das Ergebnis für die Anklamer Stadtverordnetenversammlung aus:

NSDAP	4.039 Stimmen	-	46,3 Prozent	-	13 Sitze
SPD	2.870 Stimmen	-	33,0 Prozent	-	9 Sitze
KPD	656 Stimmen	-	7,5 Prozent	-	2 Sitze
Nationaler Bürgerblock	1.160 Stimmen	-	13,2 Prozent	-	3 Sitze

Für die KPD zogen erneut die Genossen Wilhelm Pfaadt und Paul Maaß, für die SPD die Genossen Max Burwitz, Wilhelm Gellendin, Friedrich Wilhelm Segebrecht, Rudolf Klühs, Willi Neumann, Max Wedig, Otto Menge, Hans Hannemann und der Genosse Nowotka ins Stadtparlament ein. Doch wie im Reichstag, so wurden auch im Kreistag und der Stadtverordnetenversammlung die Mandate der KPD annulliert. Die Genossen Wilhelm Pfaadt und Paul Maaß wurden verhaftet und ins Konzentrationslager überführt.

Während in den Februartagen des Jahre 1933 die faschistische Verfolgungsjagd in vielen deutschen Städten begonnen hatte, verstarb am 15. Februar 1933 in Anklam der Genosse Dr. Bruno Tieg. Ungeachtet des auch in Anklam einsetzenden faschistischen Terrors gingen die Genossen daran, ihm ein würdiges Parteibegräbnis zu organisieren. Die Beisetzungsfeier wurde daher von einem Stettiner Überfallkommando überwacht. Doch die Genossen ließen sich nicht einschüchtern. der Sarg wurde trotzdem unter den Klängen der Internationale aus dem Hause getragen. Viele Anklamer standen am Straßenrand und bildeten Spalier, als der mit der roten Fahne der KPD geschmückte Sarg des Genossen Bruno Tieg vor den Augen des Überfallkommandos zur letzten Ruhestätte geleitet wurde. Seine Genossen und Kampfgefährten, die den Sarg begleiteten, trugen ihm zu Ehren, schwarze Hemden und rote Krawatten. Sie riefen dadurch den Zorn der faschistischen Polizei hervor und sollten unbedingt am Betrieben des Friedhofs gehindert werden. Doch nicht nur die Genossen, sondern mit ihnen viele weitere Freunde des Verstorbenen durchbrechen die Polizeikette und senkten unter dem Trauermarsch "Unsterbliche Opfer" den Sarg in die Gruft. Ehrende Worte des Gedenkens sprach der Genosse Friedel aus Stettin.

Diesmal kam es noch nicht zu Verhaftungen, doch schon knapp vier Wochen später, nach den Wahlen am 12. März begann die Verhaftungswelle auch in Anklam.

Der langjährige Vorsitzende der Anklamer Ortsgruppe der KPD Genosse Wilhelm Pfaadt wurde wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet und ins Polizeipräsidium nach Stettin überführt. Sein weiterer Weg führte dann über das Zuchthaus Gollnow, das KZ Esterwegen erneut ins Zuchthaus nach Brandenburg. Weihnachten 1933 kam der Genosse Pfaadt dann im Zuge einer Massenentlassung wieder nach Hause.

Fast zur gleichen Zeit wurden die Genossen Paul Maaß und Karl Lange verhaftet. Ihr Weg führte über das Zuchthaus Gollnow ins KZ Sonnenburg. Beide wurden erst im Mai 1934 wieder entlassen.

Doch die Arbeit ging weiter. So wurde der Genosse Karl Krüger beauftragt, Kurierdienste zu leisten und die laufende Verbindung von Anklam zur Bezirksleitung nach Stettin zu halten. Er brachte oft Flugblätter und Broschüren mit, die dann an die Mitglieder verteilt wurden. So hatten Genosse Krüger und der Literaturobmann Genosse Walter Schulz bald wieder Verbindung zu etwa 80 Genossen hergestellt. Zur Übernahme des Materials waren stets bestimmte Treffs vereinbart, und die finanzielle Abrechnung erfolgte gewöhnlich auf dem Anklamer Friedhof. Doch lassen wir den Genossen Krüger selber zu Wort kommen:

"Im Mai 1933 nahm ich an einer illegalen Konferenz der Bezirksleitung in Stettin teil. Nachts gegen 24 Uhr wurde ich von einem Genossen zum Stettiner Bahnhof begleitet, denn ich war, wie immer, beladen mit Flugblättern und Broschüren. Die Gefahr war besonders groß, seit ein früherer Bezirksleiter der Partei Werner Krause, der inzwischen SA-Mann geworden war, uns laufend nachspionierte. Auch diesmal fühlte ich mich beobachtet. Kurz vor dem Bahnhof sah ich den Genossen Ernst Fehrmann, der mit einem Bauchladen Obst und Bananen verkaufte. Genosse Fehrmann war vor seinem Umzug nach Stettin Landarbeiter in Jargelin gewesen. Im nächsten Moment faßte mich ein kleines Mädchen an die Hand und sagte: "Komm Papa!"

Obwohl ich das Mädchen nicht kannte, ging ich mit. Ernst Fehrmann folgte uns. Wir gingen in ein Haus und Genosse Fehrmann, um dessen Tochter es sich handelte, brachte mich dann auf einigen Umwegen zum Bahnhof. Ich erreichte den Zug und fuhr bis Borkenfriede. Dort setzte ich bei Genossen und Bekannten noch während der Nacht das ganze Material ab und fuhr dann am andern Morgen weiter nach Anklam. Vor dem Anklamer Bahnhof stand wirklich der Verräter Krause. Er hatte mich erwartet und fragte, woher ich käme. Meine Antwort: 'Ich habe Karten gespielt.' Da ich kein Material mehr bei mir hatte, konnte er mir nichts anhaben.

Doch schon am 15. Juni 1933 wurde dann auch ich verhaftet und dem getarnten Empfänger unserer Post, dem Kollegen Uthes gegenüber gestellt. Wir kannten uns natürlich nicht. So kam auch ich nach Gollnow und später ins KZ Esterwegen, wo ich bis zum 18. April 1934 verblieb."

Ähnlich erging es dem Genossen Walter Schulz. Er berichtet wie folgt:

"Die Partei war verboten und die besten Genossen bereits verhaftet. Überall setzen Haussuchungen ein. Ich bekam noch immer Pakete mit Material und Literatur vom Bezirk übersandt. Da auch ich jeden Tag mit einer Haussuchung rechnen mußte, gelang es mir, das Material für kurze Zeit beim Nachbarn abzustellen. Schließlich fand ich den Genossen Janneck. Er war frisch nach Anklam zugezogen und daher kaum bekannt. Genosse Janneck holte sich das Material in der Dunkelheit und versteckte es in seinem Hause.

Über den Genossen Karl Krüger hatten wir weiterhin eine illegale Verbindung nach Stettin. Als Deckadresse hatten wir einen Kollegen Ernst Uthes gewonnen. Bald kam auch ein Genosse Grothe aus Stettin nach Anklam und nahm Verbindung zu uns auf. Er nahm von mir die restlichen Parteigelder und noch vorhandene Literatur mit. Doch als er damit in Stettin ankam, wurde er verhaftet.

Inzwischen hatte ich neue Beitragsmarken bekommen. Sie sahen wie Rabattmarken aus. Ich versuchte daher erneut Verbindung zu meinen Genossen aufzunehmen, um die Kassierung durchzuführen. Die Beitragsmarken hatte ich dazu in einem Jackenärmel, der unten schon durchgestoßen war, versteckt. Unter der Hose in den Strümpfen steckten Literatur und Flugblätter. So kam ich auch zum Genossen Miwolleck, um zu kassieren. Er lehnte jedoch ab, weil er den Leuten im Hause nicht traute. Kurz danach wurde ich auch schon verhaftet. Zunächst mußte ich mit einer Gruppe verhafteter Genossen, zu der auch der Genosse Konrad Pawlack gehörte, unter Polizeiaufsicht unsere hier und da noch sichtbaren Losungen mit Salzsäure abwaschen und abbürsten. Nach Beendigung der Arbeit hatte ich die Eimer zur Polizeiwache zu bringen. Man hielt mich dort fest mit der Begründung, ich hätte ja wohl noch etwas zu gestehen. Man warf mir vor,

ich sei mit dem Ziel der Weiterführung der Parteiarbeit bei Miwolleck gewesen. Trotz körperlicher Nachhilfe bestritt ich hier und natürlich auch vor dem Amtsgericht alles. Daher führte auch mein weiterer Weg über das Polizeipräsidium in Stettin ins Zuchthaus nach Gollnow und weiter ins KZ Neu-Südrum ins Moor nahe der holländischen Grenze. Dort blieb ich bis Januar 1934. Es waren zwar nur 6 Monate, die ich hier verbringen mußte, aber sie haben mir gereicht, um nochmals zu erkennen, was Faschismus wirklich bedeutete."

Der Genosse Ernst Saß wurde ebenfalls 1933 verhaftet und kam über Gollnow ins KZ Esterwegen/Börgermoor. Später wurde er ins Zuchthaus Brandenburg überführt und dann erneut ins KZ Lichtenberg gebracht, von wo er 1935 entlassen wurde. Wie vom Genossen Pawlack wollte man auch von ihm wissen, wo sich der Abzugsapparat für die frühere Zeitung "Der Pulverturm" befand. Genosse Saß schwieg. Er wußte es auch wirklich nicht.

Sicher wird man fragen, wo war der Abzugsapparat denn abgeblieben?

Er war auf dem Boden des Hauses Hirtenstraße 1 bei den Eltern des Genossen Walter Grosch versteckt. Da Walter als einziges Familienmitglied der KPD angehörte, Bruder Max war Mitglied der SPD, hoffte man, hier wäre der Abzugsapparat sicherer aufgehoben, als in anderen Wohnungen von Genossen. Nach langem Suchen fanden die Nazis den Apparat jedoch und Genosse Walter Grosch wanderte für 5 Jahre ins KZ.

Auch der Genosse Pawlack sollte nach seiner Verhaftung aussagen, wo der Abzugsapparat versteckt war. Er wurde im April 1933 verhaftet und im Juni 1933 ins Zuchthaus nach Gollnow überführt. Er sagte später dazu:

"In Gollnow blieb ich 8 Tage und kam dann zusammen mit dem Genossen Karl Krüger ins Lager III des KZ Esterwegen. Dort mußten wir täglich im Moor arbeiten, neue Gräben ausheben und bestehende reinigen. Es war alles nicht einfach, doch noch viel schwerer war es zu wissen, dass die Frau zu Hause mit 2 Kindern im Alter von 3 und 4 1/2 Jahren nur eine wöchentliche Wohlfahrtsunterstützung von 9,50 Mark erhielt und dafür noch täglich im Stadtwald arbeiten mußte.

Ich war froh, als ich Ende Januar 1934 nach Hause entlassen wurde. Ich stand zwar noch ein Jahr unter Polizeiaufsicht, das heißt, ich mußte mich täglich morgens und abends um 7 Uhr auf der Polizeiwache melden, doch ich konnte jetzt wieder für meine Familie sorgen, wenn ich vom Arbeitsamt auch als "politisch unzuverlässig" eingestuft war und daher nur für Notstandsarbeiten eingesetzt werden durfte."

Auch den Genossen Walter Fürstner hatten die Faschisten schon kurz nach der Machtübernahme in "Schutzhaft" genommen. Auch er sollte Auskunft über den Verbleib des Abzugsapparates geben. Doch außer dem Genossen Wilhelm Pfaadt wußte niemand, wohin er gebracht wurde, auch nicht der Genosse Fürstner. Nach 4 Wochen wurde er darauf wieder entlassen. Doch schon im Juli 1933 erfolgte die 2. Verhaftung. Man hielt Genossen Fürstner widerrechtlich im Anklamer Polizeigefängnis fest und übergab ihn dem Amtsgericht zur Aburteilung. Doch am 15. November 1933 wurde er auf Anweisung des Amtsgerichtsrates Hofmeister ohne Prozeß aus dem Gefängnis entlassen.

Alle Genossen standen nach ihrer Entlassung unter Polizeiaufsicht, so dass kaum noch an eine organisierte politische Arbeit zu denken war. Aber die Faschisten machten auch in Anklam nicht bei den Kommunisten halt, sondern sperrten auch Funktionäre anderer Parteien, besonders der SPD in ihre KZ. So wurden im Juli 1933 sieben Mitglieder der Leitung der "Freien Turnerschaft" Anklam verhaftet und ins KZ Esterwegen überführt. Unter ihnen befanden sich die Mitglieder der SPD Rudolf Klühs und Karl Meier. Zum Gerichtstermin wurden alle wieder nach Anklam gebracht, doch wider Erwarten wurde die Verhandlung dann verschoben, und die Angeklagten wurden ins Zuchthaus Brandenburg eingeliefert. Endlich im März 1934 fand die

Gerichtsverhandlung statt. Da die "Freie Turnerschaft" nicht offiziell verboten war, wurden die Angeklagten freigesprochen. Damit hatten 7 Sportfunktionäre 8 Monate lang unschuldig im KZ und im Zuchthaus gesessen.

Doch bei den Faschisten war das alles möglich. Die am 28. Februar 1933 erlassene, bereits erwähnte Notverordnung "Zum Schutze von Volk und Staat" setzte auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung zur "Abwehr kommunistischer, staatsgefährdender Gewaltakte" die Artikel 114, 115, 117, 118, 123 und 153 außer Kraft und rechtfertigte damit solche Terrorakte. In dieser Zeit wurden viele Hitlergegner ohne Rechtsgrundlage und Gerichtsurteil in sogenannte "Schutzhäft" genommen und wanderten in die KZ.

Wie aus einer Meldung des damaligen Polizeipräsidenten an den Regierungspräsidenten in Stettin hervorgeht, befanden sich im Regierungsbezirk Stettin am 30. Mai 1933 insgesamt 324 und am 15. August 1933 sogar 594 Antifaschisten in Haft. In den Listen findet man aus Anklam auch die Namen von Hans Hannemann, Rudolf Klühs, Karl Lange, Emil Reppin und des Genossen Ernst Krumm.

1934 kamen der größte Teil der Genossen und Antifaschisten wieder nach Hause und wurden unter Polizeiaufsicht gestellt. Genosse Walter Schulz berichtete darüber:

"Nach meiner Entlassung waren dann auch alle illegalen Verbindungen weg. Dazu kam dass wir streng überwacht wurden. Wie wenig man uns traute, zeigte meine spätere nochmalige Verhaftung zusammen mit dem Genossen Konrad Pawlack. Angeblich sollten wir Waffen besitzen. Zur Vernehmung waren sofort Gestapovertreter aus Berlin zur Stelle. Doch zum Glück stellte sich diesmal heraus, dass alles nur Verleumdung war. Nach meiner erneuten Entlassung meldete sich auch der Genosse Janneck, der 1933 die Literatur übernommen und sie noch versteckt hatte. Auch er hatte nun keine Ruhe mehr. Da ich selbst nichts unternehmen konnte, hat er dann alles verbrannt. Er meinte später zu mir: 'Was glaubst du wohl, wie ich geschwitzt habe und wie schwarz ich aussah, als alles im Herd verbrannt war!' Uns blieb jetzt nichts anderes übrig, als zur Flüsterpropaganda überzugehen. Doch um sie richtig nutzen zu können, brauchten wir Informationen. Sie erhielten wir durch die Sendungen von Radio Moskau!"

Von solchen geheimen Gemeinschaftsempfängen wußte der Genosse Pawlack zu berichten: "Um auf dem Laufenden zu sein, ging ich, da ich selber kein Radio besaß, oft mit meiner Frau abends zum Genossen Walter Fürstner. Hier hörten wir gemeinsam die deutschen Nachrichten des Moskauer Rundfunks. Genosse Walter Schulz war auch oft zugegen. Er brachte dann gewöhnlich sein Bandonium mit und spielte zur Tarnung einige flotte Märsche. Genosse Fürstner wohnte damals in der Leipziger Allee 40. Sein Nachbar war seit einiger Zeit ein aus dem Rheinland zugezogener Oberfeldwebel Terhardt, der auf dem Flugplatz tätig war. Dieser Oberfeldwebel überraschte uns einmal beim Abhören der Moskauer Nachrichten. Da es nichts mehr zu verheimlichen gab, unterhielten wir uns mit ihm darüber und merkten bald, dass er nicht die Absicht hatte, uns zu melden, obwohl er nicht mit uns gleicher Meinung war.

Später in der Zeit vor Ausbruch des 2. Weltkrieges saßen wir öfter mit ihm zusammen. Er wußte von Truppenkonzentrationen an der Ostgrenze und wir waren uns klar darüber, dass der Krieg bei uns im Osten beginnen würde.

Ich erhielt damals vom Genossen Reinhard Burmeister mehrfach einige Exemplare der Miniausgabe der "Roten Fahne" und auch Handzettel, die ich hier verteilte. Auch der Oberfeldwebel, der manchmal noch ein bis zwei Kameraden zu unseren Gesprächen mitbrachte, erhielt jedesmal ein Exemplar."

Die Ausführungen des Genossen Pawlack zeigen uns, dass es schon damals vor Ausbruch des Krieges auch unter den Berufssoldaten Vertreter gab, die nicht daran interessiert waren, im Massengrab eines Krieges zu enden.



Der Faschismus hatte durch viele Maßnahmen für eine zunehmende Unsicherheit gesorgt, die selbst vor Mitgliedern der Nazi-Partei nicht halt machte. Darüber schrieb der Anklamer Landrat Dr. Becker am 27. März 1935 an den Regierungspräsidenten in Stettin:

"Vielfach begegnet man selbst bei aufrechten und ehrlichen Partei- und Volksgenossen der Auffassung, dass es nicht gut sei, das zu sagen, was man beobachtet. Für den einzelnen persönlich sei das gefährlich ...

Die große Tat des Nationalsozialismus sehen viele nicht und wollen sie nicht sehen ...

Festzustellen ist auch die geringe Bereitschaft, Ehrenämter zu übernehmen, Amtswalter zu sein, SA-Dienst zu machen. Das mangelnde Interesse und die geringe Beteiligung an Versammlungen und Schulungsabenden hält an ...

In den Kreisen der hiesigen Partei- und Volksgenossen ist, wie mir übereinstimmend Kreisleiter, SA- und SS-Führer berichten, ein starkes Mißtrauen eingezogen, nachdem bekannt geworden ist, dass eine geheime Überwachung erfolgt. Das Mißtrauen ist derart, dass sich Volksgenossen ganz zurückhalten aus Sorge, ein verkehrtes Wort zu sagen, oder dass ihnen das Wort im Munde verdreht werden könnte ..."

Sicher hatten die inneren Auseinandersetzungen der Nazis und die Ereignisse vom 30. Juni bis 2. Juli 1934, als Hitler über 1.000 Personen im KZ Lichtenberg erschießen ließ, mit dazu beigetragen. Unter ihnen befanden sich bekanntlich der Stabschef der SA Ernst Röhm, General Schleicher, Generalmajor von Bülow, der Reichsorganisationsleiter der NSDAP Strasser und Führer der katholischen Opposition wie Beck, Klausner, Probst und Pfarrer Stempfle.

An der so entstandenen Unsicherheit konnten anscheinend auch die Wochenendschulungen für Nazi-Funktionäre in der Kreisschule der NSDAP, die 1934 im Schloß Dargibell eingerichtet wurde, nichts ändern. Aus einem Bericht im Heimatkalender 1937 geht hervor, dass sie für 35 Hörer Möglichkeiten zur Übernachtung bot. Bis 1937 waren 18 Wochenendlehrgänge mit 428 Teilnehmern durchgeführt worden. Dabei galt es, wie der Verfasser schrieb: "... den deutschen Menschen wieder zur Gemeinschaft und zur Nation zurück zuführen!"

Über die wahren Ziele des Faschismus ließ man jedoch auch sie im Unklaren.

Unter solchen Bedingungen der Unsicherheit, des verschärften Terrors und der Überwachung versuchten die Genossen immer wieder, ihren antifaschistischen Kampf zu organisieren. Dabei erhielten sie unerwartet Hilfe und Unterstützung. Im Frühjahr 1935 kam die junge Berliner Genossin Grete Walter, das jüngste Mitglied des ZK der KJVD dienstverpflichtet als Landhelfer nach Wahlendow. Genossin Walter hatte an der internationalen Leninschule in Moskau studiert und sich dann besonders um die Arbeit der Roten Jungpioniere bemüht. Schon im März 1933 war sie daher verhaftet worden. Nach der Haftentlassung folgte die Dienstverpflichtung nach Wahlendow. Doch die junge Genossin gab nicht auf, sondern organisierte mehrfach den Transport illegaler Materialien über andere Landhelfer. Darunter befanden sich Ausgaben der "AIZ", "Junge Garde", "Rote Fahne" und als Romanzeitschriften getarnte Druckschriften. Sie nahm Verbindung zu jungen Genossen in Anklam und Pasewalk auf und unterstützte deren Arbeit. Doch schon am 9. Oktober 1935 wurde sie erneut verhaftet und ins Gestapogebäude Prinz-Albrecht-Straße nach Berlin gebracht. Hier wurde sie so grausam gefoltert, dass sie fürchtete, die Qualen nicht mehr überstehen zu können. Daher stürzte sie sich am 21. Oktober 1935 aus dem 3. Stock des Gefängnisses in einen Lichtschacht. Sie wollte nicht zum Verräter werden und ging daher lieber in den Tod.

Im März 1935 führten die Faschisten die allgemeine Wehrpflicht ein und begannen mit einer fieberhaften Aufrüstung. Darüber konnte man am 25. März 1935 in der Anklamer Zeitung in der Stellungnahme des Nazi-Propagandaministers Goebbels lesen:

"Nicht das bewaffnete, sondern das unbewaffnete Deutschland hat Europa beunruhigt. Durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde jene Balance wieder hergestellt, die notwendig ist, um zu

fruchtbaren Diskussionen zu kommen, um die großen ungelösten Probleme der Weltpolitik. Deutschland will den Frieden. Es hat ihn so nötig, wie alle andern Völker!"

Wie diese "fruchtbaren Diskussionen" aussehen würden, erfuhr man übrigens bereits auf der nächsten Seite der gleichen Zeitungsausgabe. Dort gab es unter der Überschrift: "Die Hauptstadt im Dunkeln" folgende kurze Mitteilung:

"Dienstag, den 19. März 1935, wurde in Berlin von 22 bis 24 Uhr eine Verdunkelungsübung durchgeführt. Um 23 Uhr lag die Stadt völlig im Dunkeln."

Darauf begann auch in Anklam die Zeit, wo es im 1922 stillgelegten Betrieb von Muskate und Betcke (vormals Münter) wieder lebendig wurde. Der Betrieb wurde von den Arado-Flugzeugwerken übernommen und bis 1937 als Zweigbetrieb für den Bau von Kriegsflugzeugen ausgebaut.

Noch im Heimatbuch des Kreises Anklam von 1935 hatte man im Bericht über "Die Industrie im Kreise Anklam" geschrieben:

"Ganz besonders ist die Verschrottung der ehemals durch ihren schmiedbaren Hufeisenguß sehr bekannten Münterschen Eisengießerei zu bedauern, und alle Versuche, an deren Stelle neue Industrie herzuführen oder die alten Industrien wieder aufleben zu lassen, dürften in absehbarer Zeit wohl wenig Aussicht auf Erfolg haben."

Die neue Industrie kam also schneller, als erwartet, doch sie wurde später im 2. Weltkrieg zum großen Verhängnis für unsere Stadt.

Fast gleichzeitig mit dem Bau der Aradowerke entstand auch der Anklamer Flugplatz. Anklam wurde Fliegergarnison mit einer Luftwaffenavigationsschule unter Major Klitsch, die jedoch am 1. Mai 1939 verlegt wurde. Kommandeur der Fliegergarnison war ein Oberstleutnant Deunert. Die Arbeiter der Arado-Werke und die Offiziere, Berufssoldaten und Zivilangestellten des Fliegerhorstes brauchten Wohnungen, denn sie waren überwiegend aus Hinterpommern oder anderen Teilen Deutschlands nach Anklam gekommen. Schon in der Schulchronik der Anklamer Knabenschule konnte man Ende 1935 lesen:

"Eine hiesige Fliegergarnison ist in Vorbereitung. Es gab Zuzüge und damit Neuaufnahmen von Kindern. Die unteren Klassen sind schon so voll, dass keine Bänke mehr hineingehen. Die Klassenstärken der 6. und 7. Klassen (7- und 8-jährige Schüler) liegen zwischen 56 und 59 Kindern."

Da mußte sich die Einwohnerzahl in dieser Zeit doch gewaltig geändert haben. Am 16. Juni 1933 hatte Anklam 15.834 Einwohner. Am 1. Oktober 1937 waren es bereits 18.285 Personen. 1939 wurden dann die 20.000 überschritten.

Die Zugezogenen brauchten alle eine Wohnung. Damit begann nach der Gründung des "Anklamer gemeinnützigen Wohnungsbauvereins eGmbH" der Aufbau der Siedlungshäuser (links und rechts der heutigen Pasewalker Allee). In einem Bericht des Anklamer Heimatkalenders von 1939 beißt es dazu:

"Am 1. Oktober 1938 sind die Siedlungsbauten hinter dem Stadtwäldchen und auf der gegenüberliegenden Seite innerhalb des Bogens, der von den Kleinbahn- und Reichsbahngleisen eingefasst wird, zu einem gewissen Abschluß gekommen. Hier sind alleine im Geschäftsjahr 1937/38 insgesamt 800 neue Wohnungen entstanden, in denen rund 4.000 Personen wohnen. In der ersten Hälfte 1938/39 haben sich die Zahlen noch wesentlich erhöht. Auf der Gellendiner Seite stehen jetzt 687 Wohnungen für etwa 2.500 Personen. Auf der Ostseite (auch Arado-Siedlung genannt) sind es 375 Wohnungen mit 2.000 Einwohnern. Hier wurden allein in den letzten 2 Jahren etwa 250 Wohnungen gebaut.

Die Häuser sind teils in großen Blöcken zusammen gesetzt, teils aber auch als Doppel- und Reihenhäuser in zwei- und eingeschossiger Bauweise entstanden, wobei auch die Dachgeschosse

ausgebaut wurden. Die Häuser umfassen alle Größen von der kleinen Einzimmerwohnung mit Wohnküche bis zur 4 1/2 Zimmerwohnung."

1939 baute man dann in der damaligen "Horst-Wessel-Allee" (heute Hospitalstraße) gegenüber vom Krankenhaus, das von 1934 bis 1937 gebaut worden war, weitere 218 Wohnungen in etwa der gleichen Bauweise, wie in der Siedlung.

Dahinter war auch bereits eine 4. Volksschule geplant. Damit sollten die übrigen Schulen entlastet werden. Doch dieser Plan kam nicht mehr zur Ausführung. Dafür sorgte der 2. Weltkrieg.

Bis 1936 war auch der neue Getreidespeicher an der Peene neben dem Stichkanal fertig. Das brachte einen weiteren Aufschwung in der Hafengewirtschaft. So wurden 1938 insgesamt 529 Schiffe mit 44.000 Tonnen Waren gelöscht, während 391 Schiffe mit 72.000 Tonnen auf die Reise gingen. Damit hatte sich der Umschlag gegenüber 1937 um 30 Prozent erhöht. Die Peenebrücke mußte 1938 insgesamt 4.660 mal geöffnet werden.

Um dem immer stärker werdenden Schiffsverkehr gerecht zu werden, wurde der Hafen verbreitert und das Nordufer mit einer festen Spundwand versehen. Durch stark einsetzenden Frost, bei dem die Peene und das Haff mit einer 30 Zentimeter dicken Eisschicht bedeckt waren, wurden 23 Schiffe vom 23. Dezember 1938 bis 18. Januar 1939 zu einem unfreiwilligen längeren Aufenthalt im Anklamer Hafen gezwungen.

Wie in Anklam, so entstanden auch in vielen anderen Städten neue Bauten, Betriebe und Kasernen. Dazu kam der Bau der Autobahnen. Sicher fragt man sich, woher kamen dazu die finanziellen Mittel?

Auch dafür fanden die Faschisten einen Weg. Die planmäßige Ausrottung der Juden durch ihren Rassenwahn, und die Kassierung ihres Vermögens brachte ihnen dafür alleine über 7 Billionen Mark.

Daneben klapperten die Sammelbüchsen für das "Winterhilfswerk" auf den Straßen, wurden "Eintopfsonntage" mit Sonderspenden organisiert und auch sogenannte "Opferbücher" ausgelegt. Auch der größte Teil dieser Gelder diente der Finanzierung für die Kriegsvorbereitungen.

Die Anklamer Zeitung vom 3. März 1938 teilte dazu mit:

"Das Opferbuch des WHW (Winterhilfswerks) im Kreise Anklam brachte bisher 8.122,54 Mark. Warum fehlt dein Name noch???"

Das war eine Mahnung, die man nicht überhören durfte.

1939 brachte das Opferbuch des WHW dann schon 15.317,62 Mark. Damit waren Hitlers Worte bei der Eröffnung des WHW:

"Ich erwarte, dass sich das WHW angleicht der gesellschaftlichen Größe der Zeit!" im Anklamer Kreis auf fruchtbaren Boden gefallen.

Der faschistische Reichstag beschloß am 15. September 1935 die "Nürnberger Gesetze" in denen festgelegt wurde, daß "deutscher Staatsbürger nur sein kann, wer deutschen oder artverwandten Blutes ist".

Das sogenannte "Gesetz zum Schutze deutschen Blutes und der deutschen Ehre" verbot Ehen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes. Am 18. Oktober 1935 folgte das "Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes". Diese Gesetze bildeten die juristische Grundlage für die Diskriminierung, Terrorisierung und Ermordung von Millionen rassistisch Verfolgter in ganz Europa und für die "Endlösung der Judenfrage".

So schrieb auch die Anklamer Zeitung am 8. November 1935:

"Ein neues Volk ist's, was wir schaffen wollen! Das Schicksal von Volk, Staat und Kultur schwebt nicht im leeren Raum, sondern ist eng verknüpft mit der Rasse und ihrer Gesundheit ...

Wir müssen die Erbwerte, die rassische Substanz unseres Volkes in Ordnung halten,

damit keine dieser Gefahren größer werde. An diese Pflicht soll der Kalender des rassenpolitischen Amtes täglich auf's Neue erinnern."

Damit setze auch in Anklam die Verfolgung und planmäßige Ausrottung der jüdischen Bürger ein. In der Stadt lebten 1934 nur noch 30 Juden, doch das Geschäftsleben lag bis dahin vorwiegend in ihrer Hand. So befand sich am Markt in der Nr. 9/10 das Kaufhaus Goldstein (später Rohde und Heinius), in der Nr. 11 das Geschäft des Kaufmanns Dunkelberg, in Nr. 19/20 das Kurz- und Weißwarengeschäft von Artur Neumann und in der Nr. 23 die Geschäfte der Brüder Hermann und Erich Silbermann. In der Steinstraße gab es 3 weitere jüdische Geschäfte. In der Nr. 10 bot Ison Nathan Herrengarderoben an, im Hause Nr. 13 befand sich das Mode- und Manufakturwarengeschäft von Ernst Albrecht-Nachfolger, das die Witwe Hedwig Cohn leitete. Dazu kam das Herren- und Knabenbekleidungs-geschäft von Artur Grüneberg in der Nr. 27. In der Keilstraße 16 befand sich das Schuhwarengeschäft des Kriegsinvaliden Martin Wagner. Zwei Häuser weiter in der Nr. 18 bot Schuhmachermeister Albert Neumann seine Waren an, und in der Nr. 20 lag das Geschäft der Witwe Rosalie Schwarz. Weiter könnte man aufzählen Albert Bernhard in der Brüderstraße 20 oder das Geschäft von Louis Schweriner am Marienkirchplatz 4. In der Burgstraße 41 hatte der Getreidegroßhändler Rubensohn seinen Sitz. Und schließlich gab es noch den Fellhändler Philipp in der Brüderstraße 18 und die Altstoffhandlung Alfred Kreide in der Frauenstraße 14.

Das waren 17 jüdische Familien, die bis 1933 das Geschäftsleben der Stadt mitbestimmten. Bis 1938 waren jedoch alle ihre Geschäfte geschlossen und an nicht jüdische Geschäftsleute vergeben. Enteignung und Deportation führten dazu, dass es 1942 keinen jüdischen Bürger mehr in Anklam gab. Wir wissen, dass die Familien Erich Silbermann und Albert Grüneberg sowie die Schwestern Cohn im Vernichtungslager umgekommen sind.

Die erwachsene Tochter Gertrud, des erwähnten Kaufmanns Grüneberg war als Halbjüdin mit einem nicht jüdischen jungen Mann verlobt. Sie wurde auf Grund der Nürnberger Gesetze wegen Rassenschande für 1 Jahr ins KZ Ravensbrück gebracht, während der Verlobte 1 Jahr Gefängnis erhielt. Nach ihrer Entlassung emigrierte Gertrud Grüneberg dann in die Niederlande und entging so weiteren Verfolgungen und dem Tod, wie ihn Vater, Mutter und der jüngere Bruder erleiden mußten.

Die an der Ecke Mägde- und Mauerstraße gelegene Synagoge wurde natürlich auch in der Pogromnacht 1938 angezündet. Sie brannte jedoch nicht aus und wurde daher bis zum völligen Abbruch Anfang 1942 noch als Getreidelager genutzt.

Sicher wird auch interessieren, was aus dem jüdischen Friedhof an "Min Hüsung" wurde. Die letzten Beerdigungen erfolgten hier vermutlich 1936, doch die Faschisten wagten nicht, den Friedhof sofort zu zerstören. Das Gelände wurde am 20. August 1940 von der Mecklenburg-Pommerschen-Schmalspurbahn AG Friedland käuflich erworben. Dieser Kaufvertrag ist erhalten geblieben und befindet sich im Archiv der Reichsbahndirektion Greifswald. Dazu waren vor dem Anklamer Notar Gustav Neumann erschienen:

Als Käufer der Direktor der Mecklenburg-Pommerschen-Schmalspurbahn AG Friedland, Herr Gustav Witthöft und sein Prokurist Herr Rambow, als Verkäufer für die sich in Liquidation befindliche Synagogengemeinde Anklam der Kaufmann Alfred Israel Kreide aus Pritzwalk. Bei ihm handelt es sich um den früheren Anklamer Altstoffhändler aus der Frauenstraße 14.

Der jüdische Friedhof, die Parzelle 459 in Größe von 8,88 Hektar wurde für 250 Mark verkauft mit der Vereinbarung, dass auf dem Kaufgrundstück in den nächsten 30 Jahren keine Veränderungen vorgenommen werden durften. Auch sollte den Angehörigen von auf dem Friedhof Beerdigten zu jeder Zeit der Zutritt zum Friedhof weiterhin gestattet sein.

Man merkt sofort, dass es dem Käufer in der Person des Direktors Witthöft, der nicht der NSDAP

angehörte, hier nur um den Erhalt des Friedhofs ging.

Die grundbuchamtliche Umschreibung erfolgte dann jedoch erst am 21. April 1942. Wie wir wissen gelang es nicht, den Friedhof bis zur Befreiung vom Faschismus zu erhalten. Er wurde noch zerstört, die Grabsteine umgeworfen und zum Teil zerstört. Doch 32 Grabsteine konnten nach 1945 wieder aufgerichtet werden. Dazu wurde eine Gedenkstele aufgestellt, die der Anklamer Bildhauer Bruno Giese geschaffen hat. Der Friedhof gehört heute der Jüdischen Landesgemeinde Mecklenburg-Schwerin und ist für die Anklamer zur Mahn- und Gedenkstätte hergerichtet worden. Rassenkunde und Sippenlehre gehörten nach 1933 bald zum Lehrstoff der Anklamer Schulen. Dazu hatte der Anklamer Magistrat am 2. April 1933 einen aus Greifenhagen kommenden Faschisten und Hauptmann der Reserve Friedrich Hayn als Rektor der Anklamer Knabenschule eingesetzt. Hayn war als überzeugter Nationalsozialist zugleich ein fanatischer Verfechter der Rassenkunde und Sippenlehre.

"Vererbungslehre und Rassenkunde" gehörten damit auch ab sofort zu den neuen Lehrstoffen in der Schule. Hayn ließ die Lehrerbibliothek entsprechend erweitern und führte bereits am 29. November 1933 im Rahmen des NS-Lehrerbundes dazu eine ganztägige Schulung durch. Das Thema lautete: "Familien- und Rassenkunde sowie Vererbungslehre in der Schule". Nach einem einführenden Referat folgten zwei Unterrichtsstunden, in denen Rektor Hayn den Begriff "Erbe" behandelte. Am Nachmittag wurde die Arbeit im Turnerheim fortgesetzt mit dem Thema: "Wie arbeite ich mir eine erbbiologische Familienchronik aus?" Rektor Hayn benutzte dabei als praktisches Beispiel seine eigene Familie.

Zu diesem Vortrag waren neben den Lehrern geladen und erschienen: die Vertreter der Anklamer Geistlichkeit, der SA, des NS-Hilfswerks, die Feldmeister des FAD (Freiwilliger Arbeitsdienst) und der Landrat Dr. Becker.

Nach einer gemeinsamen Kaffeetafel beendete Rektor Hayn die Tagung mit dem Vortrag: "Die Bedeutung der Rassenkunde für unser Volk!" Dabei behandelte er den Begriff "Rasse" und wies auf Gefahren der Rassenvermischung hin. Die Zeitung brachte einen langen Bericht über diese erste größere Schulung der Lehrer und Funktionäre unserer Stadt im Sinne des 3. Reiches und schrieb zum Schluß:

"Die Tagung schloß mit einem "Sieg Heil" auf den Führer und dem Absingen des "Horst-Wessel-Liedes". Sie diente, schulisch gesehen, der Auswertung neuer Lehrstoffe, politisch gesehen, unterbaute sie ideell die Maßnahmen des 3. Reiches, weltanschaulich schulte sie deutsche Volksgenossen."

Das gab es in Anklam also schon 1933. So wurden Schulkinder und Erwachsene planmäßig auf die Ziele des Faschismus ausgerichtet. Und die Folge? - Jüdische Kinder wurden von den Schulen verwiesen. Keiner durfte Verbindungen zu ihnen unterhalten. In Judengeschäften sollte nicht mehr gekauft werden. Mitglieder der NSDAP und SA- Leute überwachten diese Geschäfte und stellten Käufer zur Rede. Darüber berichtete der Anklamer Bürger Günter Beyer aus seiner Kinderzeit wie folgt:

"Meine Mutter ging einmal mit mir in das Grüneberg'sche Textilgeschäft in der Steinstraße 27. Ich sollte einen Anzug erhalten. Vor der Tür standen SA- Männer mit einem Schild: 'Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter!' Die Schaufenster hatten sie beschmiert. Einen der 'braunen' Kerle sprach meine Mutter an und forderte sie auf, wo anders zu kaufen. Doch meine Mutter war nicht um eine Antwort verlegen. Sie sagte: 'Noch kaufe ich, wo ich es für nötig halte!' Ich bekam meinen neuen Anzug und war glücklich. Doch ein paar Tage später wußte mein Lehrer Pankow in der Schule, wo mein Anzug gekauft war. Mich scharf durch seine Brille ansehend, meinte er zur Klasse: 'Das stinkt hier so nach Juden.' Daß ich fortan öfter was mit dem Rohrstock übergezogen bekam, ist wohl daraus zu schließen."

## *Stadtchronik Heinz Bemowky 1989*

Wie die faschistische Propaganda über die Kinder auch auf die Eltern ausstrahlte, zeigt der am 19. März 1935 in Grimm's Gesellschaftshaus (heute Volkshaus) durchgeführte Elternabend der Anklamer Knabenschule zum Thema: "Ahnen und Enkel!" Laut Schulchronik gab es dazu folgendes Programm:

Beginn: 20.15 Uhr mit Begrüßung

Vorspruch: "Aus den Kampfzielen der Deutschen Schulen" von Reichsinnenminister Dr. Frick

Lied: "Uns ward das Los gegeben"

Vortrag: "Gedenke, dass du ein deutscher Ahnherr wirst!" - Rektor Hayn  
Er behandelte dabei

a) Die Bedeutung der Familienchronik

b) Was lernen wir aus ihr?

c) Welche Aufgaben stellt die Familienchronik der Schule?

d) Führerehrung

Es folgten Gedichte von Schülern vorgetragen:

"Mit den Vätern eins!" v. Schüler

"Ihr" v. Miegel

"Mauer und Menschheit" v. de Nora

"Volksgerichte" v. Bauer

"Dem Führer" v. Vesper

Daran schlossen sich Lieder an, wie

"Weit laßt die Fahnen wehen" und andere.

Dann gab es Sportvorführungen mit

a) Hechtrollen und

b) Vorschule des Faustkämpfers

Mit Schülern der 1 a (14-jährige) demonstriert Lehrer Nätke ein Unterrichtsbeispiel aus der Lebenskunde.

Den Abschluß bildete das Lied: "Wenn alle Brunnlein fließen", mit den Gedichten:

"Die Mutter an der Wiege" Claudius

"Der Apfelbaum" Sergel

"Meine Gräber" Fontane

und dem gemeinsamen Schlußgesang: "Kein schöner Land ..."

Außerdem waren Schülerzeichnungen ausgestellt, die unter dem Thema standen:

"Anklamer Jungen - ihre Ahnen und ihre Sippe!".

So wurde die faschistische Ideologie geschickt mit Volksliedern und Gedichten garniert dem Volke serviert.

Inzwischen war für die Schulen auch der Sonnabend zum "Reichsjugendtag" erklärt worden. Das heißt, an diesem Tage war kein Unterricht, sondern Dienst in den Faschistischen Jugendorganisationen (Jungvolk, BDM und HJ).

Am 27. Mai 1938 erhielten die drei Anklamer Volksschulen auf Antrag ihrer Rektoren auf einer Feierstunde in der Aula der Luisen-Schule auch ihre Namen verliehen. Sie hieß die Stadtschule I (Knabenschule) ab sofort "Cothenius-Schule", die Stadtschule II (Mädchenschule) "Friederike-Krüger-Schule" und die Stadtschule III (Wörderländerstraße) "Günther-Roß-Schule".

Christian Andreas Cothenius war der Sohn eines Anklamer Arztes. Auch er studierte Medizin und wurde Leibarzt des Preußenkönigs Friedrich II., Generalstabsarzt und Chef des gesamten Medizinalwesens in Preußen.

Friederike Krüger stammte aus Friedland. Sie erlernte in Anklam das Schneiderhandwerk und

beteiligte sich als Soldat verkleidet aktiv an den Freiheitskriegen 1813 bis 15. Erst nach einer Verwundung wurde sie als Frau erkannt, zum Unteroffizier befördert und für ihre Tapferkeit ausgezeichnet.

Günther Roß war ein aktiver Nazi und Adjutant eines pommerschen SA-Standartenführers. In eine Schlägerei verwickelt, wurde er so stark verletzt, dass er an den Folgen verstarb.

Die Stadtschulen II und III sind dann beide beim Bombenangriff am 9. Oktober 1943 völlig zerstört worden. Zum Glück waren gerade Herbstferien, so dass sich keine Kinder in den Schulen befanden.

Nach einer Mitteilung im Heimatkalender 1939 gab es auch in Anklam einen Reichsluftschutzbund, der sicher nach dem Reichsluftschutzgesetz vom 26. Juni 1935 gegründet worden war. Orts- und Kreisgruppenführer war hier Luftschutzführer Dr. Fritz Kohls (sonst Rektor der Mädchenschule). Die Ortsgruppe des LS-Bundes war im Rathaus untergebracht und besaß sogar eine Luftschutz-Hauptschule in Anklam mit ihrem Leiter Paul Kunow.

Doch gleichzeitig war man anscheinend bemüht, die Masse des Volkes von den wahren Zielen abzulenken und sie in guter Stimmung zu erhalten. Vielleicht hat dazu auch die 1939 erfolgte Eröffnung des 2. Anklamer Kinos "Capitol-Lichtspielhaus" in der Stettiner Straße beigetragen. Die NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" sorgte ebenfalls für ein umfangreiches Programm mit Theaterveranstaltungen, Konzerten, Vorträgen und Schulungen. Alleine der Theaterring umfaßte 1939 rund 500 Mitglieder. Das Greifswalder Stadttheater und die Pommersche Landesbühne brachten Schauspiele, Opern und Operetten immer vor einem vollen Haus.

Auf dem Anklamer Fliegerhorst hatte man schon am 2. September 1937 mit der Durchführung von Werkpausen-Programmen vor Betriebsangehörigen begonnen. Es wurde von Mitarbeitern gestaltet und lief unter der Bezeichnung "Frohe Werkpause".

Für die Freizeitgestaltung standen ab 1939 in der Jahnstraße auch zwei neue Tennisplätze zur Verfügung.

Die Stettiner Straße erhielt ebenfalls 1939 eine neue Asphalt-Decke. Die Durchfahrtsstraßen von der F 109 über die Peene, die Stettiner Landstraße, Stettiner Straße, Stein- und Peenstraße erhielten elektrische Straßenbeleuchtung. Am "Adolf-Hitler-Platz" (Rudolf-Breitscheid-Platz) wurde eine Verkehrsinsel und ein Grünstreifen vor dem Steintor geschaffen.

Dann kam der Krieg.

## **54. Der 2. Weltkrieg und das Ende des Faschismus**

Am 1. September 1939 war es dann so weit. 55 Divisionen mit 2.500 Panzern, unterstützt von 2.000 Flugzeugen fielen in Polen ein, besetzten schnell den größten Teil des Landes und schlossen die Hauptstadt Warschau ein.

Am 3. September 1939 erfolgten zwar die offiziellen Kriegserklärungen Frankreichs und Großbritanniens an Deutschland, ohne dass sie jedoch, trotz militärischer Überlegenheit an der Westfront, aktiv in die Kriegshandlungen eingriffen.

Das heißt, wieder wurden Anklamer Väter und Söhne als Soldaten verabschiedet, doch diesmal, wie sich bald zeigen sollte, zum größten Völkermorden in der bisherigen Geschichte.

Sie fehlten nun in den Betrieben und bei der Einbringung der Ernte in der Landwirtschaft. Die oberen Klassen der Schulen wurden daher zur Ernteeinbringung eingesetzt. Nicht ganz so einfach war es mit dem Einsatz von Ersatzkräften in den Betrieben. Die Zuckerfabrik, als größter Betrieb der Stadt, bekam etwa 80 polnische Gefangene, die später auch in der Zelmühle die schwere gesundheitsschädigende Arbeit zu verrichten hatten.

Schon in den ersten Monaten nach Ausbruch des Krieges wurden Lebensmittelkarten eingeführt, zu deren Verteilung die Lehrer herangezogen wurde. Damit sollte eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung gesichert werden.

Am 25. Dezember 1939 setzte starker Schneefall ein. Dazu kam ein harter Frost, der bis zum März 1940 andauerte. Da fehlten bereits vielfach die nötigen Kohlen. Für jeden der 9 beheizten Klassenräume der Cothenius-Schule wurden täglich 50 Kilogramm Kohlen gebraucht. Trotzdem erreichte man auch damit nur Raumtemperaturen von plus 10 Grad Celsius. Daher wurden am 24. Januar 1940 alle Schulen in Pommern wegen Kälte geschlossen. Die in den Schulen noch vorhandenen Briketts verteilte man an die Bevölkerung.

Doch die Beschaffung von Lebensmitteln und Heizmaterial bereiteten in diesen Tagen nicht nur die einzigsten Sorgen. In Erwartung eines Bombenkrieges erhielten neben den Hausbesitzern auch alle öffentlichen Gebäude und die Schulen den Auftrag, Splitter sichere und Gasdichte Räume zu schaffen. Es sollten nur noch so viele Kinder in der Schule unterrichtet werden, wie in den Schutzräumen untergebracht werden konnten. Da in der Cothenius-Schule jedoch noch keine Möglichkeit zur Schaffung solcher Räume bestand, wurden der Schule die Kellerräume der Molkerei Lange, Peenstraße 7 zugewiesen. Dort konnten auch nur 4 Klassen mit 150 Kindern untergebracht werden. Daher wurden später im Schulgebäude die bis dahin zugemauerten Kellerräume wieder geöffnet und ausgebaut.

Im November 1939 begann auf Grund einer Vereinbarung mit der Sowjetunion die Umsiedlung der Baltendeutschen. Davon hatte der Kreis Anklam 2.500 Personen aufzunehmen. In die Stadt selbst kamen davon 800. Die ersten Umsiedler trafen am 18. November 1939 in Anklam ein. "Sie wurden," wie es hieß, "auf dem Bahnhof von Vertretern der Behörden, der Partei, des Militärs, der Jugendverbände und des Roten Kreuzes begrüßt. Die Jugend half beim Transport der Sachen in die zugewiesenen Wohnungen."

Die Zeitung schrieb dazu wörtlich:

"Die Balten kamen mit großer Begeisterung und in dem stolzen Bewußtsein, dem Führer Helfer zu sein, beim Aufbau in Posen."

Wer sollte das glauben?

Im Januar 1940, also während der größten Kälte begann der Abtransport nach Posen und Lietzmannsstadt. Die letzten Baltendeutschen zogen im März 1940 ab. Damit hatten die Anklamer die erste Umsiedler-Einquartierung überstanden.

Nach Beendigung des Feldzuges gegen Frankreich kamen im Sommer 1940 dann auch französische Kriegsgefangene und bald danach französische Fremdarbeiter nach Anklam. Sie wurden vor allem in den Arado-Werken zur Arbeit eingesetzt und wohnten in Barackenlagern in der Werkstraße.

1939 hatte man noch mit dem Bau eines festen Damms zur Insel "Anklamer Fähre" begonnen. Die Arbeiten mußten dann jedoch zeitweise unterbrochen werden. Im August 1940 wurden 30 französische Kriegsgefangene eingesetzt und damit der Damm endgültig fertiggestellt.

Doch wenn man von der Zeit des Krieges in Anklam berichtet, darf man nicht am Anklamer Militärgefängnis und der damit verbundenen faschistischen Militärjustiz vorbeigehen.

In den Jahren 1939/40 war in der Friedländer Landstraße, hinter der damaligen Kriegsschule ein als Frauengefängnis vorgesehener Neubau errichtet worden. Nach seiner Fertigstellung wurde der Bau jedoch von der faschistischen Heeresleitung übernommen und bis zum 28. April 1945 als Militärstrafanstalt genutzt. Obwohl die Kapazität der Anstalt im Normalfalle nur 600 Personen betrug, waren hier in den letzten Kriegsjahren zeitweilig bis zu 1.500 Häftlinge stationiert. Dabei gab es drei Kategorien von Häftlingen:

1. Untersuchungshäftlinge
2. von Feldgerichten Verurteilte, die ihre Strafen verbüßten und



3. zum Tode verurteilte Häftlinge, die auf die Bestätigung ihres Gnadengesuches oder ihre Hinrichtung warteten.

Die Häftlinge wurden in den verschiedensten Anklamer Betrieben als Arbeitskommandos eingesetzt, so in den Arado- Flugzeugwerken, in der Möbelfabrik Oldenburg, der Zuckerfabrik, der Kohlenhandlung Breitsprecher und im Sägewerk Burmeister. Aber man traf auch Anklamer Kommandos in der Versuchsanstalt Peenemünde, beim Grafen Schwerin in Ziethen, auf dem Ausweichflugplatz in Sanitz und schließlich 1945 beim Bau von Panzergräben und Verteidigungsanlagen am Rande der Stadt.

Alle zum Tode verurteilten Häftlinge waren im Kellergeschoß des südlichen Seitenflügels in den sogenannten "Todeszellen" untergebracht. In einer Zelle mit einer Grundfläche von 3,80 Meter mal 1,80 Meter waren manchmal bis zu 6 Häftlinge eingesperrt. Nachweisbar wurden in der Zeit von 1941 bis April 1945 mindestens 130 Todesurteile vollstreckt. Doch die wirkliche Zahl, die sicher weitaus höher ist, wird wohl nie bekannt werden, weil die Faschisten nicht nur alle Unterlagen darüber vernichtet haben, sondern ab 1944 auch die Beerdigungen der Erschossenen auf dem Anklamer Friedhof selbst vornahmen und darüber hinaus die Greifswalder Anatomie belieferten. Die fast täglichen Erschießungen wurden praktisch bis zum letzten Tage fortgesetzt. Am 26. April 1945, also 3 Tage vor der Befreiung unserer Stadt durch die Rote Armee wurden hier im Wehrmachtsgefängnis noch 2 Soldaten erschossen. Es handelte sich um den Obergefreiten Albert Raddatz aus Nienburg und den Soldaten Hans Jessel aus Wollstein.

Der Krieg brachte den Genossen neue Aufgaben. Hatte man ihn nicht verhindern können, so waren jetzt alle Möglichkeiten zu nutzen, um ihn schnell zu beenden. Dazu gehörte auch die Unterstützung der Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter. Darin sah auch unser Genosse Walter Fürstner seine Aufgabe. Er war 1941 mit Hilfe seines Arbeitgebers, des Tiefbauingenieurs Hose, nach zweijähriger Militärdienstzeit für den Straßenbau freigestellt worden und arbeitete mit sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem Ausweichflugplatz in Sanitz. Es waren etwa 150 Mann. Alle hatten Hunger, denn die Verpflegung war sehr schlecht. Doch aus eigenen Beständen konnte auch Genosse Fürstner nicht spürbar helfen. Daher nahm er Verbindung mit Butzower Bauern auf. Sie erhielten heimlich ein paar Kriegsgefangene zur Arbeit und lieferten dafür Brot und Kartoffeln. Da auch das noch nicht reichte, organisierte er über französische Kriegsgefangene weitere Kartoffeln und für ein paar Strauchbesen und Forken lieferte Bäcker Genz aus Nerdin noch einige Brote.

Zeitweilig wurden auch Gefangene aus dem Wehrmachtsgefängnis zum Bau der Holzhäuser in der Ringstraße eingesetzt. Als bekannt wurde, dass ein Teil von ihnen mit einer Strafeinheit an die deutsch-sowjetische Front verlegt werden sollten, nutzte Genosse Fürstner seine Verbindung zu den sowjetischen Kriegsgefangenen und ließ für die betroffenen Wehrmachtsgefangenen Briefe in russischer Sprache anfertigen, die ihnen beim Überlaufen zur Roten Armee als Legitimation dienen sollten. Er sagte selbst dazu:

"Mehrere Male konnte ich den Wünschen der Wehrmachtsgefangenen nachkommen und ihnen entsprechende Papiere besorgen, doch dann wurde ich gewarnt und 1944 wurde ich auch selbst wieder eingezogen."

Wie gefährlich diese Arbeit für die Genossen war, zeigt ein Beispiel des Genossen Ernst Saß. Er wurde 1940 zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er, wie es in der Urteilsverkündung hieß, öffentlich politische Gefangene freundlich behandelt hatte.

Wie viele deutsche Städte, so wurde auch Anklam noch in den letzten Kriegsjahren durch mehrere Bombenangriffe stark zerstört. Grund dafür waren die Arado- Werke und der Flugplatz. Doch zerstört wurde vor allem auch das Zentrum unserer Stadt. Über den 1. Bombenangriff am 9. Oktober 1943 schreibt der amtierende Direktor der Cothenius- Schule Hermann Scheel in der

Schulchronik:

"Es war am 9. Oktober 1943, einem Sonnabend in den Herbstferien. Sonniges Spätsommerwetter lag über dem Land. Ich arbeitete im Rektorzimmer an neuen Stundenplänen, denn in einigen Tagen sollte der Unterricht wieder beginnen. Da ertönte um 11.30 Uhr plötzlich die Sirene. Ich lief nach Hause, um meine Luftschutzausrüstung zu holen. Auf den Straßen gingen die Anklamer gemächlichen Schrittes, als ginge sie der Alarm nichts an. Es war ein reger Sonnabendverkehr, wie er besonders lebhaft ist, zur Zeit der Kartoffelernte.

Viele Fuhrwerke vom Lande standen in den Straßen und auf dem Markt. Die Gefahr mußte aber diesmal als besonders groß erkannt worden sein, denn die Polizei brachte die Leute förmlich mit Gewalt von der Straße. Dann brauste es auch schon in dichten Wellen heran. 108 Flugzeuge wurden gezählt. Während ich im Rektorzimmer die wichtigsten Bücher zusammenraffte und die 8 Schüler meiner Klasse, die mit mir zusammen den Luftschutztrupp der Schule bildeten, noch Wasser in den Keller brachten, fielen bereits die ersten Bomben.

Die Detonationen waren nicht besonders stark, und ich glaubte sie in größerer Entfernung. Es waren aber Brandbomben, die auf dem Adolf-Hitler-Platz (heute Rudolf-Breitscheid-Platz) niedergegangen waren und Steinbrocken bzw. Eisensplitter über den Schulhof streuten, als ich mit dem Hausmeister in den Luftschutzkeller ging. Kaum waren wir dort eingetroffen, als ein Orkan einsetzte, der gar nicht zu beschreiben ist. Mit furchtbarem Getöse gingen jetzt Sprengbomben nieder. Die Erde erzitterte und alles hüllte sich in eine große Staubwolke. Das elektrische Licht ging aus, und es wurde ganz finster in unserem Raum. Furchtbar aufgeregt stürmten weitere Nachbarleute, aus ihren beschädigten Gebäuden flüchtend, zu uns in den Keller. Die Kinder weinten und Mütter jammerten.

Wie lange der gesamte Angriff dauerte, war schlecht zu schätzen. Uns schien es sehr lange, und als man uns später sagte, alles hätte nur 8 Minuten gedauert, konnten wir es fast nicht glauben. Es wird aber stimmen, denn um 11.45 Uhr waren alle elektrischen Uhren stehengeblieben.

Ein trostloser Anblick bot sich uns, als wir den Keller verließen. Steine, Bretter und Eisenstäbe lagen über den Hof verstreut, und alles war mit einer lehmfarbigen dicken Staubschicht bedeckt. Vom Nebenhause (Schulstraße 5 - Eggebrecht) fehlte die ganze Giebelwand, so dass man in alle Zimmer hineinsehen konnte. Eine Sprengbombe war unmittelbar vor dem Torweg der Schule niedergegangen. Torweg und Mauer waren wie weggeblasen. Die Fassade des großen gegenüberstehenden Hauses war stark beschädigt und drohte einzustürzen. Sie mußte niedergerissen werden. Vor dem ehemaligen Tore gähnte ein tiefer Trichter von 6 Meter Durchmesser, der sich schnell mit Wasser füllte, da das Wasserrohr getroffen war. Staub legte sich auf das Wasser und täuschte eine feste Decke vor. Eine Frau wollte hinübergehen. Sie fiel mit ihren Paketen bis zum Hals ins Wasser. Fuhrwerke, die in der engen Straße Schutz gesucht hatten, lagen zertrümmert an den Hauswänden. Ein großer Blutfleck am Dachsimms des Hauses Nr. 5 zeigte an, wohin der Luftdruck das eine Pferd geschleudert hatte. Der Besitzer lag, stark blutend, am Torweg von Nr. 14. Die Südwest-Ecke der Cothenius-Schule war eingedrückt, die Südwand nach außen vorgewölbt und die Räume im Südflügel stark verwüstet. Alle Öfen des Hauses waren auseinander gesprengt.

Das Haus nördlich der Schule (Nr. 7/8) war ein Trümmerhaufen. Die Einwohner hatten sich in den kleinen Bunker im Garten gerettet. Erschreckend war auch der Anblick der Nikolaikirchstraße. Die Mädchenschule (Friederike-Krüger-Schule) hatte zwei Volltreffer erhalten, in der Mitte des Gebäudes und am Nordflügel. Am Stelle der drei folgenden Häuser war ein riesiger Bombentrichter von etwa 20 Meter Durchmesser. Um ihn herum lagen die Trümmer der Häuser. Mehrere Menschen waren darunter begraben worden.

Da auch die Günther-Roß-Schule in der Wördeländerstraße ganz zerstört worden war, waren alle 3

Anklamer Volksschulen ohne Gebäude. Es war ein Glück, dass die Ferien noch nicht zu Ende waren, sonst wäre das Unheil unabsehbar gewesen. 30 Kinder der Volksschulen (Cothenius-Schule - 12, Friedericke-Krüger-Schule - 12 und Günther-Roß-Schule - 6) waren trotzdem beim Angriff, teils auf der Straße, teils in ihren Wohnungen ums Leben gekommen.

Brandbomben waren in der Nähe der Schulen nicht gefallen. So konnten später auch aus den beiden zerstörten Schulen noch manche Sachen geborgen werden, vor allem Bänke, Bücher und Akten. Dieser Luftangriff am 9. Oktober 1943 war das größte Unglück, das die Stadt im Laufe der 700-jährigen Geschichte betroffen hatte. Etwa 400 Bürger fanden dabei den Tod."

Soweit der Bericht des Lehrers und bekannten Heimatforschers Hermann Scheel, den er mit den Worten: "Von den Zerstörungen im gesamten Stadtgebiet zu berichten, würde den Rahmen der Schulchronik überschreiten" beendete.

Darüber berichtete dann sein Berufskollege Abshagen in seinen Tagebuchaufzeichnungen, die im Anklamer Heimatmuseum aufbewahrt werden. Er beginnt mit der Feststellung: "Wir Anklamer wußten nicht davon, dass in der Zuckerfabrik Teile der V2-Waffen hergestellt wurden. Die Engländer wußten es besser, die vielen ausländischen Arbeiter hatten anscheinend ihre nationale Pflicht getan.

Der 9. Oktober 1943 - ein herrlicher Herbsttag, Wochenmarkt, wie immer beschickt von vielen Bauern aus den umliegenden Dörfern. Alles ist ruhig und geht seiner Beschäftigung nach.

Da! Gegen 11 Uhr - Radio-Meldung:

Kampfgeschwader über Schleswig-Holstein, in Richtung Stralsund – Stettin!

Ein eigenartiges Unruhegefühl befällt mich, so dass ich das Büro verlasse (Kreisstelle für Unterrichtsmittel) und nach Hause eile (Stettiner Landstraße 15).

Plötzlich - um 11.30 Uhr wird für unsere Stadt Fliegeralarm gegeben. Die Anklamer sind jedoch von den vielen Alarmen, auf die kein Angriff folgte, schon ziemlich gleichgültig geworden und kümmern sich wenig darum. Auch ich lese Zuhause die Zeitung und meine Frau putzt die Fenster. Da! - Von Süden kommen Flugzeuge näher. - Deutsche Geschwader? Prächtig glänzen sie im Sonnenschein.

Und plötzlich - "Caracho" - ein Schuppen des Anklamer Ein- und Verkaufsvereins steht in Flammen.

Schon folgt ein fürchterlicher Krach ganz in der Nähe. -

Schnell in den Keller!

Die erste 5 Zentnerbombe ist 50 Meter von uns auf der Straße explodiert. Und dann geht's im schnellen Tempo.

Krach - bums - krach - Phosphorbomben - ihr Ziel? - Die Stettiner Landstraße (heute Pasewalker Allee), das Bahnhofsgelände und die Arado- Werke hinter dem Güterbahnhof.

Verflucht und zugenäht - jetzt sind wir an der Reihe - das halbe Dach unseres Hauses saust runter - dann ist alles still. Doch 10 Minuten später - Mutti! - schnell wieder rein in den Keller. Die zweite Welle in derselben Aufmachung ist da. Schon wieder fallen die ersten Bomben, diesmal in der Krankenhausgegend, der Innenstadt und im Hafengebiet.

Dann scheint alles zu Ende zu sein. Also, raus aus dem Keller und zur Hilfe geeilt, doch wo soll man anfangen? Wie sieht alles aus? Rundherum stehen etliche Häuser in Flammen. Es gibt Tote und Verletzte. Sie werden aus den Trümmern geborgen und auf die Straße gelegt. 40 Tote zähle ich schon nach kurzer Zeit.

Der Bahnhof selbst steht, doch die Gleise sind völlig zerstört. Ich zähle hier alleine 26 Bombentrichter.

In der Wördeländer Straße ist die Schule nur noch ein rauchender Trümmerhaufen. Sie erhielt zwei

Volltreffer.

Auch in der Stettiner Straße (Pasewalker Straße) stehen etliche Häuser in Flammen, dazwischen das alte Steintor ohne Dach. -

Wie sieht es in der Schulstraße aus?

Die Knabenschule ist stark beschädigt. Die Südwand muß neu aufgezogen werden.

Und die Mädchenschule? - Auch sie ist völlig zerstört. Ein Glück, dass noch Ferien sind. Kinder, was wäre sonst aus euch geworden? In der Innenstadt bis hinunter zur Peene stehen viele Häuser in Flammen. Im neuen Silo am Stichkanal (1936 gebauter Getreidespeiche) hat ein Volltreffer die Dicken bis zum zweiten Stock durchschlagen. Marth's Fischkahn ist in der Peene verschwunden. Auch am Markt brennen die meisten Häuser. Wie ein Wunder ist dazwischen die Nikolaikirche verschont geblieben. Dafür hat die Marienkirche ganz schön was abbekommen. Der Turmhelm ist zerstört und brennt. Das Dach ist fast abgedeckt und hat ebenfalls Feuer gefangen. Überall brennt es. Doch wo ist eigentlich die Feuerwehr? Hier könnte doch noch so manches gerettet werden! Schon eine Stunde nach dem Angriff waren alle Feuerwehren des Kreises zur Stelle. Doch sie warten und warten auf den Einsatzbefehl des Kreisleiters, der immer noch nicht kommt. So kann das Feuer weiter um sich greifen. Man möchte vor Wut ...

Dann fehlt plötzlich das Wasser. Schläuche müssen zur Peene gelegt werden. 400 Meter verbrennen und müssen neu verlegt werden. Hilfsautos aus Greifswald und Stettin versuchen durch die Trümmerhaufen vorzudringen. Stunden vergehen. Hilfszüge der Eisenbahn haben inzwischen viele Anklamer in Sicherheit gebracht. Meine Frau ist mit den Kindern zu Bekannten nach Borkenfriede gefahren.

Acht Tage später werden über 400 Tote feierlich auf dem Ehrenfriedhof beigesetzt. Doch was nützt das? Keine noch so schöne Leichenrede bringt die Toten zu neuem Leben zurück.

Über 400 Verletzte müssen im Krankenhaus oder in den Lazaretten stationär behandelt werden und können zum Teil nur als Krüppel entlassen werden."

Das war der erste Luftangriff auf unsere Stadt. Doch es sollte nicht der Einzige bleiben. Auch darüber hat Herr Abshagen seine Tagebuchaufzeichnungen gemacht, die er mit den Worten beginnt: "Seit dem ersten Angriff haben die Anklamer eine große Angst vor jedem weiteren Fliegeralarm. Heult die Sirene, so sind sofort die Ausfahrtstraßen schwarz von Menschenströmen, denn den Luftschutzkellern traut niemand mehr.

Wir schreiben den 4. August 1944 - herrliche Augustsonne - man träumt davon im Frieden zu leben und hält vielleicht gerade ein Mittagsschläfchen.

Es ist 13.30 Uhr - plötzlich wird die Radiosendung unterbrochen und wieder heißt es:

Kampfgeschwader über Schleswig-Holstein in Richtung Swinemünde - Stettin!

Sofort ist die Ruhe weg - alles bricht auf, doch mancher sagt sich auch, wir haben unseren Teil doch schon weg, wir können doch wohl nicht gemeint sein! -

Doch da! - Fliegeralarm!!!

Schnell ein paar Sachen und ab zum Bunker im Garten!

Und da! - In Richtung Usedom steht der erste Tannenbaum, also sind wir doch gemeint!

Der erste Anflug erfolgt, das immer stärker werdende Brummen der Motoren läßt den Atem stocken. Man wagt nicht hinaus zuschauen. Doch alles bleibt zunächst still, bis dann in einiger Entfernung das Explodieren von Bomben hörbar wird ...

Für uns wirkt das zunächst, wie ein Erlösung, obwohl die Gefahr noch nicht vorbei ist. Zunächst ist der Ausweichflugplatz bei Lüskow an der Reihe. Etwa eine halbe Stunde bleibt alles ruhig - aber Entwarnung wird nicht gegeben.

Es ist kurz nach 14 Uhr - und da! - Wieder ein Tannenbau - nein, gleich drei!

Dann wird es jetzt sicher ganz gefährlich für uns.

Und schon erfolgt auf dem Flugplatz eine Detonation nach der andern. Davon kann kaum noch etwas übriggeblieben sein. Es war ja ein militärisches Ziel - wir haben anscheinend nichts zu befürchten. Also, raus aus dem Bunker - Gelände erkunden. Doch da, - schon wieder drei Tannenbäume aus Richtung Swinemünde! Das kann nur der Stadt gelten, also schnell wieder Schutz gesucht! Und schon geht's los!

Man kann es nicht schildern - ein Höllenlärm bricht los, als wollte die Welt untergehen. Ziele sind die Bluthsluster Straße, die Zuckerfabrik, die Arado- Werke, der Bahnübergang und der Kleinbahnhof.

Ein Bombenteppich geht nieder, der diese Ecke fast dem Erdboden gleich macht.

Und immer noch keine Entwarnung. Inzwischen ist es 15.30 Uhr geworden und erneut 2

Tannenbäume am blauen Himmel und dann - ja dann. Ein Sausen und Brausen vom Himmel setzt ein, doch was ist das??

Das kennen wir ja noch gar nicht!

Stäbchenbrandbomben werden in Bündeln abgeworfen - an die 7.000 schätzen wir später. Ein Stäbchen geht dicht vor mir nieder. Man hat Mühe, sich mit dem nassen Taschentuch vor dem ekelhaften Rauch, der sofort aufsteigt, zu schützen.

Es zischt und lodert überall rings umher. Eine Unzahl von kleinen Feuerwerken, die sich schnell zum großen Flammenmeer vereinigen. Ich zähle in meinem Garten auf 1.600 Quadratmeter insgesamt 46 Stäbchenbrandbomben. Alles was bisher noch heil war, steht anscheinend jetzt in Flammen.

Vom Bahnhof über die Stettiner Landstraße zum Krankenhaus und weiter zum Flugplatz - ein großes Feuerwerk.

Das soll anscheinend genügen. Also schnell rüber zum Haus (Stettiner Landstraße 15) - doch - das war einmal. Es steht ebenfalls in Flammen, also retten, was noch zu retten ist. 5 Brandbomben werden noch gelöscht. Eine liegt auf dem Bett, eine andere hat den Kleiderschrank durchschlagen. Doch ich muß aufgeben, denn ich bin einer Rauchvergiftung nahe.

Wo bleibt bloß die Feuerwehr?

Wieder steht sie nur 600 Meter entfernt und wartet auf den Einsatzbefehl, der viel zu spät kommt. Schon ist das Wasser wieder alle. Abends um 8 Uhr stehe ich dann vor den rauchenden Trümmern meines Hauses. Ich halte Wache bei den im Garten liegenden geretteten Sachen. So vergeht die Nacht, die erste ohne ein eigenes Heim!"

Wie viele Menschen nicht nur in Anklam haben damals das Gleiche erlebt?

Die Arado- Werke wurden am 9. Oktober 1943 und auch diesmal am 4. August 1944 jedes mal stark beschädigt. Doch man beschäftigte vorwiegend Gefangene und Fremdarbeiter. Sie mußten bei Wind und Wetter in notdürftig wiederhergerichteten Werkstätten weiterarbeiten. Der Betrieb beschäftigte in dieser Zeit etwa 2.000 Arbeiter.

Etwa zur gleichen Zeit, als in Anklam zum zweitenmal Bomben niedergingen, gelang es der zum Tode verurteilten Berliner Krankenschwester Charlotte Holzer mit Hilfe evangelischer Pastoren nach Anklam zu entfliehen und hier im französischen Fremdarbeiterlager unterzutauchen. Charlotte Holzer gehörte zu den Jungkommunisten der Widerstandsgruppe Baum und war dabei, als Mitglieder dieser Gruppe versuchten, die Nazihetzausstellung "Das Sowjetparadies" im Berliner Lustgarten in Brand zu stecken. Den Nazis gelang es nach und nach fast alle Mitglieder der Gruppe Baum aufzuspüren und zu verhaften. Das galt auch für Charlotte Holzer. Im Mai 1943 erfolgten die Verhandlungen vor dem Volksgerichtshof in Leipzig. Charlotte Holzer wurde in Abwesenheit, denn sie lag mit Scharlach in einer Zelle des Untersuchungsgefängnisses, zum Tode verurteilt. Nach ihrer Genesung brachte man sie zur späteren Hinrichtung nach Berlin in das provisorische Gefängnis in der Iraner Straße. Es war die frühere Pathologie des ehemaligen jüdischen

Krankenhaus in dem Charlotte Holzer mehrere Jahre als Krankenschwester gearbeitet hatte. Hier kannte sie sich gut aus, und so gelang es ihr im Sommer 1944 im Bombenhagel durch einen Lichtschacht zu entfliehen.

In wilder Flucht wurde sie, wie erwähnt mit Hilfe von Pastoren nach Anklam gebracht und konnte unter dem Namen Louise Franquelin im französischen Fremdarbeiterlager untertauchen. Sie wohnte, wie aus ihrem Betriebsausweis hervorgeht, im Gemeinschaftslager 2, Baracke 5, Zimmer 30 in der Werkstraße 1 und ging mit ihren französischen Freunden auch täglich mit zur Arbeit in die Arado-Werke, ohne entdeckt zu werden. Am Ende des Krieges verließ sie gemeinsam mit ihren französischen Freunden unsere Stadt und wurde unterwegs von Soldaten der Roten Armee endgültig befreit. Sie ging zurück nach Berlin und ist dort nach langer aktiver gesellschaftlicher Arbeit im September 1980 verstorben.

Doch zurück zum Jahre 1944. Der Krieg war immer noch nicht zu Ende. Fast täglich mußte die faschistische Heeresleitung neue Erfolge der Roten Armee zugeben. Daneben führten Bombenangriffe auf deutsche Städte, wie auch auf Anklam, nicht nur zu großen Zerstörungen, sondern auch zu immer größerer Unzufriedenheit unter den Daheimgebliebenen. Als dann die deutschen Monopolherrscher erkannten, dass die endgültige Niederlage nicht mehr aufzuhalten war, suchten auch sie nach einem Ausweg und hofften dabei auf das Entgegenkommen der Westmächte. Hatte man 1932 alles darangesetzt, Hitler an die Macht zu bekommen, suchte man jetzt nach einer Möglichkeit zur Beseitigung des faschistischen Regimes, in der Hoffnung, so die Existenz des deutschen Imperialismus zu retten. Es bildeten sich Verschwörergruppen um den reaktionären Kommunalpolitiker und Juristen Karl-Friedrich Goerdeler und um Oberst Graf Schenk von Stauffenberg.

Als dann am 20. Juli 1944 der Attentatsversuch auf Hitler mißglückte, setzte eine wilde Verfolgungsjagd, nicht nur gegen die Mitglieder der Verschwörergruppe, sondern gegen alle Gegner des Faschismus ein. Zehntausende wurden verhaftet und 4.980 Personen hingerichtet. Zu den in diesen Tagen erneut Verhafteten gehörten auch die Anklamer Genossen Wilhelm Pfaadt, Rudolf Klühs, Ernst Wolter und Otto Menge. Sie kamen nach Pölitz und erlebten hier das Ende des Krieges.

Wollten die Nazis noch weiter an der Macht bleiben, so mußten sie abschreckende Beispiele schaffen. Als ein solches Beispiel muß auch die Hinrichtung des Ducherower Kaufmanns August Winkelmann angesehen werden. Als es im Februar 1945 zeitweise kein Speisesalz mehr gab, hatte dieser siebzigjährige Kaufmann, gestützt auf ein ärztliches Gutachten, seinen Kunden vorgeschlagen, in kleinen Mengen abgekochtes Viehsalz zu nutzen, das er ihnen liefern konnte. Das aber genügte den Nazis, um ihn als Volksverräter zu verhaften und einzusperren. Nach kurzem Verhör kam Herr Winkelmann vor ein Standgericht, wo ihn der Nazirichter Dr. Paulick zum Tode durch den Strang verurteilte. Das Urteil wurde am 24. März 1945 auf dem damaligen Anklamer Adolf-Hitler-Platz (heute Rudolf-Breitscheid-Platz) vollstreckt. 24 Stunden lang hing die Leiche an der sogenannten "Friedenseiche" zum Schrecken und zur Warnung für alle Anklamer Bürger.

Als ein weiteres Beispiel der Abschreckung ist die Ermordung des Anklamer Soldaten Horst Geiling anzusehen. Geiling hatte genug vom Krieg und daher seine Unzufriedenheit während seines Urlaubs auch offen zum Ausdruck gebracht. Er wurde verhaftet und im Oktober 1944 ins Anklamer Militärgefängnis eingeliefert. Später überführte man ihn ins Militärgefängnis nach Berlin, wo er noch am 29. April 1945, also an dem Tage, als seine Heimatstadt Anklam von der Roten Armee befreit wurde, faschistischen Mordkugeln zum Opfer fiel.

Obwohl unser Anklam, wie wir hörten, gegen Ende des Krieges bereits ein großes Trümmerhaufen war, sollte die Stadt auf Weisung des Nazigauleiters Schwede-Coburg, der Stettin bereits verlassen hatte und nun beim Grafen Schwerin im Ducherower Schloß wohnte, bis zum letzten Mann

verteidigt werden. Anklam hatte, wie viele andere Städte, in den letzten Monaten auch einen Stadtkommandanten bekommen. Unter seiner Leitung wurden alle Vorbereitungen zur Verteidigung der Stadt getroffen. Täglich hatten Männer, Frauen, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Angehörige der Strafkompagnien des Wehrmachtsgefängnisses Panzergraben und Infanteriestellungen auszuheben. Es wurden Straßensperren am Gneveziner Damm und in der Stettiner Landstraße errichtet und alle Brücken zur Sprengung vorbereitet.

An den Häusern klebten inzwischen auch Plakate auf denen stand:

"Merkt Euch! - Jeder der Maßnahmen, die unsere Widerstandskraft schwächen, propagiert oder billigt ist ein Verräter! Er ist augenblicklich zu erschießen oder zu erhängen!

23. April 1945  
gez. Adolf Hitler"

Doch weder die Schützengräben und Straßensperren, noch die Plakate oder Angehörige des Volkstums und Wehrwölfe der Hitlerjugend konnten noch etwas ändern.

Die Front rückte von Tag zu Tag näher. Auf dem Flugplatz war die 1. Gruppe der 1. Fliegerdivision der faschistischen Luftwaffe stationiert. Sie war vor allem zur Bekämpfung von Erdzielen eingesetzt worden. Der Stab befand sich bereits seit März 1945 in Neubrandenburg. Doch in der Nacht vom 26. zum 27. April war auch auf dem Flugplatz der geordnete Dienst zu Ende.

Nachrichtenhelferinnen und Zivilangestellte erschienen nicht mehr zur Arbeit. Überstürzt wurde daher die Verlegung der gesamten Gruppe organisiert.

Auch der Nazi-Landrat Dr. Becker erklärte am 27. April 1945 seinen Angestellten ganz unmißverständlich, daß die Arbeit der Verwaltung bis zum "Endsieg" eingestellt würde. Jeder sei sich ab sofort selbst überlassen. Damit flüchteten mit ihm alle leitenden Angestellten, die ausnahmslos Mitglied der NSDAP waren, nachdem sie das Landratsamt angezündet hatten. Der Brand wurde jedoch rechtzeitig bemerkt und konnte wieder gelöscht werden.

Als in der Nacht zum 28. April 1945 Geschützdonner die baldige Ankunft der Roten Armee unüberhörbar ankündigte, hißten die Arbeiter Max Grosch und Karl Bröker auf dem Turm der Nikolaikirche eine weiße Fahne als Zeichen der kampflösen Übergabe der Stadt. Beide hatten beobachtet, dass der berüchtigte SS- Obersturmführer Koch und ein höherer Offizier, der für die Verteidigung der Stadt mitverantwortlich war, am 27. April ihre Sachen verladen ließen. Damit war klar, dass auch sie Anklam in wenigen Stunden verlassen würden.

Der Elektriker Karl Bröker hatte die Sirenenanlage auf dem Kirchturm auf ihre Funktionstüchtigkeit zu überwachen. Unter dem Vorwand der Kontrolle begaben sich beide daher zur Kirche und hißten aus einem der obersten Fenster an der Ostseite des Turmes die weiße Fahne. Bis in die Vormittagsstunden des 28. April hing sie dort oben. Dann ließ sie Naziführer Koch noch von Hitlerjungen herunter holen. Zur Verfolgung der beiden Männer blieb ihm jedoch keine Zeit mehr.

Während er nochmals die Verteidigung der Stadt bis auf den letzten Mann anordnete, floh er selber feige auf einem Motorrad. Vorher ließ er noch das neben dem Landratsamt stehende Nazi-Parteihaus in Brand stecken. Das Gebäude wurde auch restlos vernichtet.

Wo war nun die Rote Armee in diesen Tagen und Stunden?

Die 2. Belorussische Front nahm in den ersten Apriltagen am Unterlauf der Oder Aufstellung. Die unter dem Kommando vom Marschall der Sowjetunion Rokossowski stehenden Truppen erhielten Befehl, die Oder zu überqueren, die um Stettin zusammengezogenen Kräftegruppen des Gegners zu zerschlagen und in etwa 14 Tagen die Linie Anklam - Wittenberge zu erreichen. Dabei war der Hauptstoß aus dem Raum nördlich von Schwedt in Richtung Neustrelitz zu führen. damit sollte die 3. deutsche Panzerarmee zur Küste abgedrängt werden, um der 1. Belorussischen Front günstige

Bedingungen für ein Umfassen der Hauptstadt Berlin von Norden her zu schaffen.

Am 20. April trat die 65. Armee zum entscheidenden Vorstoß an, ging über die Oder und bildete zwischen Kurow und Kolbitzow einen Brückenkopf. Am 26. April erfolgte die Besetzung von Stettin und dann ging es weiter über Pasewalk, Torgelow und Ückermünde in Richtung Anklam. In den frühen Morgenstunden des 27. April 1945 überschritten Truppenteile der 2. Stoßarmee und der 65. Armee die Grenze des heutigen Kreises Ückermünde und erreichten, ohne großen Widerstand, in den Vormittagsstunden Eggesin, das sich kampflös ergab.

In der Nacht vom 27. zum 28. April versuchten die deutschen Einheiten eine neue Hauptkampflinie aufzubauen. Sie ging quer durch den Kreis Ückermünde. Dabei sollten die Stützpunkte Ferdinandshof, Heinrichshof und Ückermünde auf jeden Fall gehalten werden, um den Rückzug der deutschen Truppen über Usedom nach Dänemark zu sichern.

Doch der Vormarsch der Roten Armee war nicht mehr aufzuhalten. So wurden am 28. April 1945 nach kurzen Gefechten auch die Orte Blumenthal, Lübs und Annenhof von deutschen Truppen bereinigt und die Truppen der Roten Armee vereinigten sich entlang der F 109 zum Stoßkeil gegen Anklam.

In den frühen Morgenstunden des 29. April setzte dann sowjetischer Artilleriebeschuß ein. Die noch in der Stadt verbliebenen Einwohner eilten in die Luftschutzkeller. Auch im Keller des Gymnasiums in der Leipziger Allee saßen viele Frauen - darunter Lucie Zorn, Ida Kasch und Martha Saß - sowie Kinder, alte und kranke Leute, die verängstigt auf die Detonationen in der Umgebung lauschten. Alle bangten um ihr Leben. Als sie erfuhren, dass die Nazis das Gebäude der NSDAP- Kreisleitung in der Demminer Straße in Brand gesteckt hatten und geflohen waren, faßten einige Frauen einen kühnen Entschluß, getrieben vom Willen zu überleben und vom Haß gegenüber den Verantwortungslosen.

Ida Kasch, Martha Saß und weitere Frauen eilten zum Rathaus an der Peene, um die Einstellungen des sinnlosen Widerstandes von Seiten der Wehrmacht zu fordern. Lucie Zorn, als Frauenschaftsführerin bekannt, lief mit weiteren Frauen zum Funk'schen Bierkeller in der Leipziger Allee (gegenüber der Molkerei), um von dort noch weitere Verstärkung zu holen. Sie hofften so, ihre gemeinsame Forderung noch besser durchsetzen zu können. Johanna Breitsprecher, Annemarie Kasch, Frieda Hannemann und andere eilten darauf ebenfalls zum Rathaus. Hier redeten auch sie auf die restlichen Wehrmachtssoldaten ein, doch jene schlugen das Ansinnen der Frauen ab. Auch der verantwortliche Offizier lehnte mit einem kurzen "Nein" die Kapitulation ab. Aber keiner wagte es mehr, gegen die Frauen vorzugehen. Wenn auch unsere beherzten Frauen keinen Erfolg hatten, ihre mutige Tat im Interesse der Anklamer Mitbewohner wird unvergessen bleiben.

Über die Befreiung unserer Stadt aus sowjetischer Sicht erfuhren wir später aus Tagebuchaufzeichnungen des Sergeanten Iwanow, der zu den Befreiern Anklams gehörte. Der spätere Lehrer und Genosse Iwanow sprach gut deutsch, besuchte unsere Heimatstadt 1962 und übergab uns die folgenden Aufzeichnungen:

"29. April 1945 - Unsere Truppen bereiten sich auf die Einnahme Anklams vor. Mit drei Soldaten - wir gehörten zum 3. Bataillon des Regiments Nelnikow, der mit dem Suworow- Orden 2. Klasse ausgezeichneten Lugaer Schützendivision - ging ich, die Stellungen des Gegners zu erkunden. Es war sehr früh am Morgen, als wir am Südrande der Stadt Ausschau hielten. Die Bäume und Häuser hoben sich in der Dunkelheit kaum ab. Hinter jedem Baum suchten wir Deckung, bewegten uns bald springend, bald kriechend an einer Straße entlang vorwärts. Plötzlich zerschnitt eine Maschinengewehrgarbe die Stille. Es fielen Blätter von den Bäumen, von den Kugeln abgerissen. Inzwischen war es heller geworden und wir erkannten Unterstände, einige Vierlingsflakgeschütze sowie andere Verteidigungsstellungen. Aus einer dieser Stellungen wurden wir beschossen. Der Kampf um Anklam hatte begonnen. Als wir zum Gefechtsstand zurück kamen, machte ich



Meldung. Da erläuterte unser stellvertretende Bataillonskommandeur Hauptmann Prijatkin den Zugführern gerade die nächsten Aufgaben. Unsere Marschrichtung ging quer über den Flugplatz zu den Flugzeughallen. Wir sollten die Straße erreichen, die von Westen in die Stadt führt. Das Signal zum Angriff gab uns eine Salve der "Katjuscha". Wir gingen in Schützenkette vor, mußten infolge feindlichen Maschinengewehrfeuers in Deckung gehen, setzen aber unseren Sturmangriff fort. Wir erreichten die Chaussee (Spantekower Landstraße). Die Panzer vor uns hatten schon die Stadt erreicht. Unaufhörlich dröhnte das Artilleriefeuer. Einen verwundeten Kameraden, den ich schnell verband, ließ ich von einigen gefangenen Deutschen zu unserem Verbandsplatz tragen. Schließlich erreichten auch wir die ersten Häuser. Vorsichtig bewegten wir uns von Haus zu Haus weiter, immer bestrebt, jede sich bietende Deckungsmöglichkeit auszunutzen. Wir mußten eine der großen Wohnhäuser durchsuchen, denn wir wurden von dort beschossen. Als ich die Kellertür mit einem Ruck aufstieß, fuhr ich erschreckt zurück. Vor mir saßen, standen und lagen Dutzende vor Schreck fast erstarrte Menschen. Ängstlich klammerten sich die Kinder an die Mütter. 'Sind hier Soldaten?!' fragte ich auf deutsch. 'Nein - Nein!' erhielt ich zur Antwort. Erst jetzt löste sich die beklemmende Spannung. Welcher Gedanke mochte wohl diesen Menschen jetzt durch den Kopf jagen? Wußten wir doch, dass die Rote Armee von der faschistischen Propaganda als das schlimmste Schreckgespenst hingestellt worden war. 'Niemand braucht sich zu fürchten, euch geschieht nichts. Es brennt in der Stadt, geht und rettet eure Sachen!' sagte unser Hauptmann und ich gab seine Worte in Deutsch wieder. Erleichtertes Aufatmen. Vielen von ihnen fiel ein Stein vom Herzen.

Wir drangen weiter vor, mit der Maschinenpistole im Anschlag, einen Häuserblock nach dem andern durchkämmend. 'Sind hier Deutsche?' fragte ich einen Vorübergehenden 'Nein - alle weggelaufen!' hauchte er, es war ein Pole.

In der Stadt griffen die Brände um sich. Die Straßen waren voll von Autos und Unmengen von Trümmern. Wir nahmen uns Fahrräder und suchten den Stab. Neben einer Kirche fanden wir das Haus, ein Gasthaus (Gaststätte Dabers) in dem sich unser Stab niedergelassen hatte. Hier konnten wir uns von dem umher laufen ein bisschen ausruhen. Von der Wirtin ließen wir uns etwas zu essen geben. Inzwischen legten die Nachrichtenleute Leitungen, Kuriere kamen und gingen. Auf der Straße ratterten Fahrzeuge. Nach kurzer Rast wurden wir an den Flußübergang befohlen. Wir eilten durch die an vielen Stellen brennende Stadt zur Peene, über die unsere Pioniere eine Pontonbrücke gebaut hatten. Am jenseitigen Ufer wurde noch gekämpft. Ein Granatwerfer nahm die Brücke systematisch unter Beschuß. Wie sich herausstellte, saß der Beobachter, der das Feuer leitete, in einem Kirchturm. Der Kampfärm dauerte an. Deutsche Bomber versuchten das Übersetzen unserer Truppen über den Fluß zu verhindern. Unsere Flakartillerie griff ein und holte zwei der Angreifer herunter. Mit langem Heulton stürzten sie, eine dicke Rauchwolke hinter sich ziehend, ab."

Soweit der Bericht des Genossen Iwanow.

Im Keller der heutigen Rosa-Luxemburg-Schule saß zur gleichen Zeit der damals 13-jährige Gunter Kiesow, heute Staatsbürgerkundelehrer in Klein-Machnow. Er berichtete aus seiner Sicht:

"In der Schule war zunächst ein Lazarett eingerichtet. In den letzten Wochen wurde sie jedoch von einer Polizeieinheit als Unterkunft genutzt. Sie zogen kurz vor der Befreiung wieder ab. Am 29. April saßen wir dann im Keller der Schule und hörten, wie Bomben und Granaten auf die Stadt fielen. Als eine Granate die Toilettenanlage der Schule traf, wurde die Stromverbindung unterbrochen. Das Licht ging aus. Kinder begannen zu weinen, Frauen schrien auf. Einige Stimmen mahnten zur Ruhe. In mir der Gedanke: 'Was nun - was tun?' Ich zerschnipselte meinen Ausweis vom Jungvolk und warf die Papierstückchen in ein hinter mir liegendes leeres Benzinfäß. Fänden die Russen bei mir den Ausweis, würden sie mich vielleicht erschießen. Das war meine Vorstellung.

Und dann kam alles ganz anders. Die Tür ging auf. Ich hörte die ersten russischen Worte. Dann fragte jemand in gebrochenem Deutsch: 'Sind hier deutsche Soldaten versteckt?'

Da das nicht der Fall war, ließ man uns in Ruhe. Ja, in den folgenden Stunden und Tagen sorgten Soldaten der Roten Armee sogar dafür, dass wir den Schüssen und Granaten nicht unnötig ausgesetzt waren.

Wir waren zurück in unsere Häuser gegangen, doch wenn der Beschuß zu stark wurde, führten uns die Soldaten der Roten Armee wieder zurück in den Keller der Schule. Dabei, ich erinnere mich genau, sah ich einmal auch den brennenden Turm der Nikolaikirche und hörte, wie er einstürzte. Auch das Haus meiner Großeltern, Burgstraße 9 war inzwischen ein Trümmerhaufen geworden. Nachdem sich dann alles ein wenig beruhigt hatte, trieb mich die Neugier auf die Straße. In der Gaststätte Dabers war in den ersten Tagen die sowjetische Kommandantur untergebracht. In der Stadt waren viele Läden, besonders Lebensmittelgeschäfte geplündert worden. Hunger tat weh. In der Marienkirche lagerten erbeutete Waffen, Maschinengewehre, Panzerfäuste und Munition. In der Nähe des Wasserturmes standen noch deutsche Flakgeschütze. Als ich über den Friedhof ging, kam ein schwarzer Leichenwagen gefahren. Ich sah, wie er an einer großen Grube hielt, in die die mitgebrachten Leichen geworfen wurden. Schließlich hatte besonders die Bombardierung unserer Stadt durch deutsche Flugzeuge nochmals 370 Einwohnern das Leben gekostet. Dazu kamen 76 Soldaten der Roten Armee, die bei den Kämpfen um Anklam gefallen waren und etwa auch eben so viele deutsche Soldaten."

Die Bombardierung unserer Stadt, von der Genosse Kiesow sprach, erfolgte in den Abendstunden des 29. April 1945. Etwa 10 Stunden nach der Besetzung der Stadt, als die Rote Armee längst die Peene überschritten hatte und gegen Greifswald vorrückte, fielen nochmals Bomben und zerstörten die Reste unserer Innenstadt. Diesmal waren es keine amerikanischen oder britischen Bomber, sondern diesmal waren es Piloten der faschistischen deutschen Armee, die kaltblütig und befehlsgemäß ihre Bomben über Anklam ausklinkten, um die Stadt nochmals in ein Flammenmeer zu verwandeln. Das waren keine Abwehrmaßnahmen, sondern ein weiteres Beispiel der Durchsetzung der wahnsinnigen Hitlerlösung von der "verbrannten Erde", die der Sieger nur noch vorfinden sollte.

Doch der Nachthimmel mit seinem weithin sichtbaren Feuerschein wurde für die Nachbarstädte zur großen Mahnung. Wer das Schicksal Anklangs vermeiden wollte, der mußte schnellstens für eine kampflose Übergabe seiner Stadt sorgen. Das taten dann auch mutig und entschlossen der Greifswalder Stadtkommandant Oberst Petershagen und seine Freunde, Professor Engel, Professor Katsch und Oberst d.R. Wurmbach.

Auch Greifswald sollte, wie Oberst Petershagen später in seinem Buch "Gewissen in Aufruhr" schrieb auf Befehl des deutschen Generalkommandos bis zum letzten Stein und Mann verteidigt werden. Wörtlich hieß es darin: "Wer gegen diese selbstverständliche nationale Pflicht verstößt, verliert Ehre und Leben!"

Das war den Parlamentären bekannt, doch sie nahmen die Gefährdung des eigenen Lebens, alle Drohungen mit Todesurteil und Sippenhaft auf sich, um ihre Stadt vor der Zerstörung zu retten. So fuhren dann am 29. April 1945 kurz vor Mitternacht zwei Personenkraftwagen mit Greifswalder Parlamentären und einem Dolmetscher in Richtung Anklam. An der Schmiede in Möckowberg tauchten plötzlich entgegenkommende Gestalten auf. Der Wagen mußte halten. Waren es Rotarmisten oder Deutsche? Dr. Wurmbach und Prof. Engel stiegen aus dem Wagen und schenkten die weiße Fahne. Im nächsten Augenblick waren beide Wagen von Rotarmisten umringt. Dann kam ein Panzer, dem ein Major entstieg. Der Dolmetscher rief ihm zu: "Nicht schießen - hier sind deutsche Parlamentäre aus Greifswald!"

Nach kurzer Information und Meldung an den Armeekommandeur bestieg der Major den 1.

Parlamentärwagen und gegen 1.30 Uhr ging es weiter in Richtung Anklam. Die Straßen waren vollgestopft mit sowjetischen Panzern und Geschützen, die gegen Greifswald eingesetzt werden sollten. Obwohl die Zeit drängte, kamen sie nur langsam vorwärts.

Da - endlich kam Anklam in Sicht, von Feuersbrünsten gespenstisch beleuchtet. Die Nacht glich einem Flammenmeer. Prof. Engel schrieb später darüber: "Halb rechts vor uns glühte der Nachthimmel im blutig-roten Feuerschein. Als wir den Hang zum Peenetal hinabfahren, sahen wir, dass es die in hellen Flammen stehende Stadt Anklam war. Ich habe sowohl in diesem Kriege, wie auch im vergangenen viele grausige Zerstörungen gesehen, doch nicht, was dem Inferno der feurigen Hölle von Anklam vergleichbar gewesen wäre. Schon in der Vorstadt, dem Peendamm, fuhren wir durch einen wahren Feuerorkan. Auf den Straßen lagen überall Trümmer umher, die von zerstörten Häusern heruntergefallen waren. Fast aus jedem Haus schlugen knisternd lodernde Flammen. Vor der behelfsmäßig wiederhergestellten Peenebrücke mußten wir an einer langen Kolonne von Pferdewagen vorbei. Das Stadttinnere von Anklam war dann ein einziges Flammenmeer. Glühender Funkenregen prasselte wie ein Hagelschauer auf unsere Wagen. Hier schien kein Haus von der Feuersbrunst verschont zu sein."

So kamen beide Wagen zum Stab des kommandierenden Generals der 2. Stoßarmee, der sich in der Bluthsluster Straße befand. Die Verhandlungen führte Generalmajor Borstschew. Dr. Wurmbach trug das Angebot der kampflosen Übergabe vor und Generalmajor Borstschew erteilte schnellstens Weisungen an seine Offiziere. Es war inzwischen schon 2.17 Uhr geworden und um 3 Uhr sollte der Angriff auf Greifswald beginnen. Die Truppen waren auf einem Raum von 100 Kilometer um Greifswald verteilt, so dass es nicht leicht war, den neuen Befehl in 40 Minuten allen Einheiten zu übermitteln. Die Parlamentäre hatten nochmals bange Minuten zu überstehen. Es wurde 3 Uhr und kein Schuß fiel. Damit war Greifswald gerettet. Die offizielle Übergabe der Stadt erfolgte dann am 30. April um 11 Uhr im Greifswalder Rathaus durch den Stadtkommandanten Oberst Petershagen. Das Beispiel zeigt, nicht sinnlose Zerstörung und Vernichtung, sondern Befreiung von Faschismus, das war das Ziel der Roten Armee. Dazu sagte der sowjetische General Ljatschenko:

"Ich war damals mit der mir anvertrauten Division in Anklam. Wir griffen den Feind an, bekundeten zugleich Humanität gegenüber der Zivilbevölkerung. Dort, wo der Gegner versuchte, die Städte oder Dörfer zu verteidigen, umgingen wir ihn und zwangen die faschistischen Abteilungen, sich zu ergeben oder diese Städte kampflos zu überlassen und zu fliehen. Damit wollten wir unseren Soldaten und der deutschen Bevölkerung unnütz Opfer und Zerstörungen ersparen. Am 29. April nahmen wir ohne große Kampfhandlungen Anklam ein. Jedoch traf ein Bombenangriff faschistischer Luftstreitkräfte die Stadt und forderte unter unseren Soldaten und der deutschen Bevölkerung ziemlich große Opfer." (Aus Befreiung und Wiederbeginn, Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz des Historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. April 1965, Staatsverlag Berlin 1966, Seite 112)

## **55. Vom schweren Anfang 1945**

Die Hitlerleute waren gegangen, die Rote Armee hatte uns von ihnen befreit. Das deutsche Volk war geblieben. Es sollte und wollte weiter leben. Da gab es viel Arbeit. Doch vom ersten Tage an waren unsere Befreier auch unsere Helfer beim Kampf ums tägliche Brot und die Wiederbelebung der Wirtschaft. Noch am 29. April 1945, also wenige Stunden nach der Befreiung der Stadt, setzte der erste sowjetische Stadt- und Kreiskommandant Hauptmann der Garde Wenikow den früheren Stadtkämmerer Hans Falke als kommissarischen Bürgermeister ein und übertrug den Arbeitern

Konrad Pawlack, Paul Ricks und Brunow Jager Polizeifunktionen.

Bürgermeister Falke erhielt den Auftrag, sich zunächst geeignete Mitarbeiter für die Stadtverwaltung zu suchen. Da die zu erwartende Arbeit auf die Dauer jedoch für den bereits pensionierten ehemaligen Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu schwer werden würde, mußte bald ein anderer Bürgermeister gefunden werden.

Am 5. Mai 1945 traf in Begleitung des sowjetischen Majors Belajew und des Armeebefehlshabers der 65. Armee, Genosse Gottfried Hamacher der Genosse Heribert Hövelmans, bisher Mitarbeiter des Nationalkomitees Freies Deutschland in Anklam ein und wurde als Bürgermeister eingesetzt. Anklam war im Gegensatz zu Greifswald, das sie kurz vorher durchfahren hatten, ein großer Trümmerhaufen und brannte noch an verschiedenen Stellen. Es war daher gar nicht so leicht, mit dem Fahrzeug über den Markt und durch die Steinstraße bis zur sowjetischen Kommandantur am heutigen Rudolf- Breitscheid- Platz vorzudringen. Auf dem kleinen Platz vor der Kommandantur stand eine Gruppe älterer Herrn, die anscheinend auf sie warteten. Diese Männer sollten, wie Genosse Hövelmans recht bald erfuhr, seine ersten Mitarbeiter sein und mit ihm den neuen Stadtrat bilden. Unter ihnen befanden sich, soweit sich Genossen Hövelman erinnert, die Genossen Konrad Pawlack, Wilhelm Pfaadt und Otto Dohs sowie die Kollegen Hans Falke, Franz Bose und Albert Horstmann, die bereits früher in der Stadtverwaltung tätig waren. Man kann sich unschwer vorstellen, welche Gedanken jeden einzelnen in diesem Augenblick der ersten Begegnung bewegten. Immerhin stand dieser Gruppe älterer Herrn ein siebenundzwanzigjähriger junger Mann gegenüber, den niemand kannte, von dem man jedoch bereits wußte, dass er nicht die geringsten Fachkenntnisse über die Verwaltungsarbeit besaß. Und dieser junge Mann sollte nun in Zukunft Bürgermeister von Anklam sein. So etwas hatte es in der Geschichte der alten Hansestadt noch nicht gegeben, doch die Entscheidung lag beim sowjetischen Kreiskommandanten.

Genosse Hövelmans trug im Gegensatz zum Genossen Hamacher bereits Zivilkleidung. Er war vorher in Greifswald extra neu eingekleidet worden. Der Genosse Otto Dohs nahm ihn zu sich mit nach Hause, denn mit eigenem Wohnraum konnte man in der so stark zerstörten Stadt nicht sofort aufwarten. Wie uns Genosse Hövelmans berichtete, erhielt er jedoch bereits am nächsten Tage in der Stettiner Straße 9eigenen Wohnraum zugeteilt. In diesem zuletzt unbewohnten Hause war in den ersten Wochen auch die neue Stadtverwaltung untergebracht. Der Kreiskommandant Hauptmann der Garde Wenikow unterstützte ihn in jeder Weise. So erhielt Genosse Hövelmans von ihm gleich am selben Tage einen schwarzen Anzugsstoff, aus dem er sich einen 2. Anzug nähen lassen sollte. Schon einen Tag später bekam er auch seinen PKW zugeteilt, damit er sich um die Arbeit im Kreisgebiet kümmern konnte. Es gab kein Landratsamt, da mußte der Anklamer Bürgermeister diese Arbeiten mit übernehmen. Und der junge Bürgermeister ging ohne Furcht an die Lösung der fast unlösbar erscheinenden Aufgaben in Stadt und Land.

Am 6. Mai 1945 führte er auch bereits die erste Einwohnerversammlung durch. In anderen Städten wurde eine solche Versammlung auf dem Marktplatz abgehalten, doch der Anklamer Markt war ein riesiger Trümmerhaufen. Daher ging man auf den Schulhof des Gymnasiums in der Leipziger Allee. Genosse Hövelmans konnte der Anklamer Bevölkerung zwar noch kein fertiges Aufbauprogramm vorlegen, doch er sagte ihnen:

"Hitler und seine Handlanger gingen unter. Das deutsche Volk aber wird weiter leben. In Anklam wird selbstverständlich die Wiederaufbauarbeit schwer und langwierig sein. Jeder muß dabei an seinem Platze sein Bestes geben, der Arzt in der Krankenanstalt, der Tischler an der Hobelbank und der Schuster an seinem Leisten, um das Leben in der Stadt in kurzer Zeit wieder in normale Bahn zu bringen. Arbeit wird es in Hülle und Fülle geben, aber ich möchte den Deutschen sehen, den es nicht drängt, unsere durch eine verantwortungslose Führung zerstörte schöne deutsche Heimat wieder aufzubauen. Wir werden unsere Aufgaben lösen. Und nun wollen wir die Arbeit

aufnehmen!"

Wenn auch nur ein kleiner Teil der Einwohner der Stadt diesen ersten Appell ihres Bürgermeisters hören konnte, so wurden es trotzdem von Tag zu Tag immer mehr Hände, die mit zupackten und mit dafür sorgten, dass Schritt für Schritt auch die größten Schwierigkeiten überwunden wurden. Und ihnen unermüdlich voran ging der junge Genosse Heribert Hövelmans als Bürgermeister und Landrat.

Schon am 10. Mai 1945 konnte er den Bürgern der Stadt in seiner ersten öffentlichen Bekanntmachung mitteilen:

"Es wird wieder Wasser aus der städtischen Wasserleitung abgegeben. Die Abgabe von Wasser ist nur in beschränktem Umfange möglich, und ist deshalb damit sparsam zu wirtschaften. Das Wasser ist nur in abgekochtem Zustande genußfähig!"

Die Bekanntmachung erfolgte durch Ausrufen in allen Straßen. Das Leben sollte weitergehen. Die Menschen benötigten das Notwendigste zum Leben, etwas zu Essen und zu Trinken. Tausende Umsiedler und ausgebombte Anklamer brauchten eine Unterkunft und draußen auf den verlassenem Feldern rückte die Erntezeit von Tag zu Tag näher. Wollte man nicht verhungern, so mußte die Ernte geborgen werden. Doch wer sollte das alles organisieren?

Nicht alle Bürger waren sofort zur Arbeit bereit. Daher sah sich Bürgermeister Hövelmans bereits am 13. Mai 1945 zu folgender Bekanntmachung gezwungen:

"Es ist festgestellt worden, dass ein großer Teil der Bevölkerung nicht arbeitet. Ich rufe jetzt die arbeitsfähige Bevölkerung noch einmal auf, sich beim Arbeitsamt zum Einsatz zu melden.

Zu widerhandlungen werden streng bestraft und die Personen zwangsweise zur Arbeit herangezogen, außerdem werden ihnen keine Lebensmittel verabfolgt."

Eine weitere Strafanordnung enthielt die am gleichen Tage herausgegebene Bekanntmachung Nr. 4. Darin hieß es:

"Stehlen und Plündern ist verboten. Bei diesen Untaten betroffene Personen sind mir zur Anzeige zu bringen. Ich warne hiermit die Anklamer Einwohner, sich so zu vergessen und ihren Mitbürgern vielleicht noch das Letzte zu stehlen. Es erfolgt schwere Bestrafung."

Das galt auch für das Entwenden von Möbeln und Gegenständen aus verlassenem Wohnungen.

Dazu erließ Genosse Hövelmans am 17. Mai 1945 die folgende Verordnung:

"Das Entwenden von Möbeln und sonstigen Gegenständen aus nicht bezogenen Wohnungen oder Büroräumen ist streng verboten. Die bereits entwendeten Gegenstände sind sofort an Ort und Stelle zurück zu bringen. Zu widerhandlungen werden gerichtlich bestraft. Von der Polizei werden Kontrollen durchgeführt."

Wir sehen, auch die Arbeit mit den Menschen war am Anfang nicht gerade leicht. Der Kreis der leitenden Mitarbeiter dagegen war noch recht klein. Dazu sagte Genosse Hövelmans in seinem 1. Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 6. Mai bis 16. Juli 1945:

"Als ich am 5. Mai 1945 als Bürgermeister eingesetzt wurde, fand ich einen kleinen bescheidenen Verwaltungsapparat vor, der sich stützte auf ein Wirtschaftsamt, ein Bauamt, Melde- und Arbeitsamt. Daneben hatte sich gleich nach der Besetzung ein sogenannter Arbeiterrat gebildet, der aus 5 Antifaschisten bestand und die Verwaltung kontrollierte. Dieser Rat wurde im Laufe der Zeit erweitert und besteht seit Beginn meiner Tätigkeit als Stadtrat.

Meine erste Arbeit war die Säuberung der Verwaltung von allen faschistischen Elementen, sowie solchen, die als Beamte wegen ihrem Verhalten gegenüber der Bevölkerung in einem schlechten Ruf standen. Dann begann ich mit dem Neuaufbau der Verwaltung. Da es kein Landratsamt mehr gab, fiel auch die Organisierung der gesamten Arbeit im Kreisgebiet dem Anklamer Bürgermeister zu. Zunächst wurden in allen Gemeinden und Großgemeinden Dorfälteste bzw. Gemeindevorsteher und Polizisten eingesetzt. Dabei handelte es sich zum größten Teil um aktive Antifaschisten. Die

nächste Aufgabe war die Bildung der Polizei. Zum Polizeichef wurde auf meinem Vorschlag das Mitglied des Stadtrates der Genosse Konrad Pawlack von der Roten Armee ernannt. Das Personal der Polizei besteht selbstverständlich aus Antifaschisten. Ferner wurden eingerichtet: das Amtsgericht, ein Schulamt, ein Fürsorgeamt, ein Jugendamt und die Stadtkämmerei.

Soweit der Bericht des Genossen Hövelmans. Der Kreis Anklam umfaßte damals noch Teile des heutigen Kreises Ückermünde, während alle Orte jenseits der Peene zu Greifswald gehörten. Zur besseren Organisation der Arbeit wurden die Dörfer zu Großgemeinden zusammengefaßt. Es gab die Großgemeinden Boldekow, Borkenfriede, Bugewitz, Ducherow, Krien, Leopoldshagen, Medow, Pelsin und Spantekow. Hier hatten die Gemeindevorsteher ihren Sitz. Sie leiteten die Dorfältesten der ihnen unterstellten Dörfer an und kontrollierten die Arbeit. Andererseits wurden sie zu wichtigen Beratungen vom Anklamer Bürgermeister zusammengerufen und erhielten auch von hier ihre Weisungen. Erst nach dem 26. Juli 1945, als das Landratsamt unter der Leitung des Genossen Hövelmans die Arbeit aufnahm, war nur noch der Landrat für die Gemeindevorsteher weisungsberechtigt. Diese Organisationsform blieb im Kreisgebiet bis zum 1. August 1946.

Durch die vielen Umsiedler, die auch von den Dörfern aufgenommen werden mußten, war die Ernährungslage auch hier oft sehr kritisch, so dass der Rat der Stadt sich auf seiner Sitzung am 26. Mai 1945 mit dieser Frage zu beschäftigen hatte. Dazu hieß es im Protokoll:

"Der Wirtschaftsleiter Jentsch hat festzustellen, wie viel Brot auf dem Lande pro Kopf gebraucht wird, wenn kein Brotkorn mehr vorhanden ist."

Andererseits war natürlich auch der Hunger der Stadtbevölkerung und der Flüchtlinge zu stillen. Eine wichtige Maßnahme war dabei die Einrichtung einer Volksküche. Hier standen die Genossin Anna Maaß, Mitbegründerin der Anklamer KPD, und die Genossin Marie Wenzel am Kochherd und hatten manchmal Übermenschliches zu leisten, denn an einem Tage wurden bis zum 1.800 Portionen Essen ausgegeben. Kochen und nochmals Kochen, das war die eine Seite, doch die laufende Beschaffung der dazu notwendigen Lebensmittel war manchmal noch schwerer. Aber wenn die Lebensmittel, wie Kartoffeln, Gemüse, Nahrungsmittel oder Milch einmal ganz ausgingen, dann half der Kommandant durch entsprechende Freigaben so gut er konnte.

Mit Unterstützung der Wirtschaftsoffiziere der Kommandantur wurden die noch vorhandenen Restbestände an Getreide, Kartoffeln, Kartoffelflocken und Zuckerschnitzel für die Versorgung der Bevölkerung sicher gestellt. Ebenfalls durch Vermittlung der Kommandantur erhielt die Stadt 10 Milchkuhe zur Versorgung der Kleinkinder mit Milch.

Andererseits waren die Straßen von Trümmern zu befreien und die Strom- und Gasversorgung wieder in Gang zu bringen. Da brauchte der Bürgermeister schon einen Stab von aktiven Mitarbeitern. Zum Glück kamen täglich brauchbare Kader nach Hause, die sich fast immer sofort zur aktiven Mitarbeit bereit erklärten. Zu ihnen gehörten auch die Genossen Rudolf Klühs und Wilhelm Pfaadt, die beide am 18. Mai 1945 zur Kommandantur gerufen wurden. Genosse Rudolf Klühs wurde als Bürgermeister eingesetzt und Genosse Pfaadt wurde sein Stellvertreter. Dadurch wurde der Genosse Hövelmans entlastet und konnte sich nach der Organisierung der Ernteeinbringung schon mit dem Aufbau des Landratsamtes beschäftigen. Wie aus den Ratsprotokollen hervorgeht, arbeiteten sie jedoch noch bis zum 26. Juli 1945 zusammen. Die Ratsprotokolle sind bis zu diesem Zeitpunkt noch vom Genossen Hövelmans und dem Protokollführer Otto Dohs unterschrieben.

Am 26. Juli 1945 wurde Genosse Hövelmans offiziell zum Landrat berufen. Sein Arbeitsplatz war nun das Gebäude des Heutigen Rates des Kreises in der Demminer Straße. Der Rat der Stadt nutzte dagegen die frühere Luisenschule (heute Käthe-Kollwitz-Schule) als Rathaus. Bürgermeister Klühs hatte sein Arbeitszimmer in den heutigen Büroräumen der Schule im Erdgeschoß. Zu seinen ersten Mitarbeitern gehörten dort die Genossen Wilhelm Pfaadt, Hermann Manteufel, Berthold Geisler,

der Kollege Hans Falke und als Protokollführer der Genosse Otto Dohs. Die Vielzahl der zu treffenden Entscheidungen zwang sie anfangs, ihre Ratssitzungen fast täglich, oft noch abends durchzuführen. Doch die Genossen und Funktionäre der ersten Stunde entschieden nicht nur im Kollektiv, sondern setzten die gefaßten Beschlüsse auch gemeinsam durch.

Die Entscheidungen waren nicht immer ganz leicht und setzten oft umfangreiche Vorkenntnisse und Erfahrungen voraus. Immer kam es aber darauf an zu prüfen, ob die Entscheidung den Interessen der Gesellschaft diene. Dabei waren Härten für den Einzelnen manchmal nicht zu vermeiden.

Nicht alle arbeitsfähigen Bürger der Stadt waren sofort bereit, dort zu arbeiten, wo sie im Moment am dringendsten benötigt wurden. Etwa 400 Arbeitskräfte wurden zur Ernteeinbringung auf dem Lande eingesetzt. Doch noch mehr wurden für die Aufräumarbeiten oder Instandsetzung von lebenswichtigen Betrieben gebraucht. Wenn man im Winter nicht frieren wollte, mußte tüchtig Torf gestochen werden. So könnte man noch viele Arbeiten nennen, die dringend zu erledigen waren. Da blieb dem Bürgermeister nichts anderes übrig, als eine Arbeitseinsatz-Ordnung zu erlassen und zu veröffentlichen. Darin hieß es:

"Die bisherige, auf die Einsicht der Bevölkerung vertrauende Arbeitseinsatz-Ordnung hat versagt. Bevor ich von schärferen mir zu Gebote stehenden Maßnahmen Gebrauch machen, sei versucht, durch folgende Anordnung die Arbeitsdisziplin herzustellen:

1. Wer nicht am Arbeitseinsatz teilnehmen kann, entschuldigt sich eine halbe Stunde vor Arbeitsbeginn oder durch Boten bei seinem Kolonnenführer.
2. Arbeitsversäumnisse wegen Krankheit erfordern eine ärztliche Bestätigung, falls sie länger als 5 Tage dauern.
3. Wer einmal unentschuldigt fehlt, wird verwahrt.
4. Wer mehrmals unentschuldigt fehlt, ist vom Kolonnenführer der Polizei zu melden, die auf dem Lebensmittelbezugsnachweis eine Sperre der Lebensmittel für jeden unentschuldigt gefehlten Tag einträgt.
5. Wer zweimal polizeilich mit Lebensmittelentzug bestraft wurde, kommt als Saboteur des Aufbaus in ein Sonderkommando.
6. Kaufleute, die ungeachtet einer vermerkten Lebensmittelkartensperre Waren an Bestrafte ausliefern, setzen sich der Schließung ihres Geschäftes aus.
7. Die Anordnung tritt mit dem 21. Mai 1945 in Kraft.

Anklam, den 18. Mai 1945

gez. Klühs  
Bürgermeister

Für alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP galten besondere Bestimmungen. Sie wurden in besonderen Arbeitsgruppen zusammen gefaßt und zu körperlichen arbeiten in der Stadt eingesetzt. Dabei ging es besonders um Aufräumarbeiten, aber auch um Instandsetzung von Straßen und Brücken.

Der Anklamer Verkehrspolizei war am 28. Mai 1945 die Aufsicht über alle Straßen des Kreises übertragen worden. Dazu gehörte auch die Kontrolle der Instandhaltung der Verkehrswege. Dabei gab es zunächst noch viel Arbeit. Ein Teil der Straßen war durch ausgebrannte LKW, PKW und Geschütze versperrt. Sie mußten weggeräumt werden. An vielen Stellen war das Pflaster für den Bau von Panzersperren oder durch Bomben und Granaten aufgerissen und damit unpassierbar gemacht. 8 Brücken waren beschädigt oder zerstört. Sie mußten wenigsten wieder behelfsmäßig instandgesetzt werden. Alle diese Arbeiten waren neben der Ernteeinbringung durchzuführen. Sie waren laut Bericht des Genossen Hövelmans an die Landesregierung bis Ende Oktober 1945

beendet. Die gesamte Arbeit wurde besonders erschwert durch das Fehlen von Transportfahrzeugen, die fast restlos für die Einbringung der Ernte eingesetzt werden mußten. Die Brücken über die Peene und die Eisenbahnunterführung an der F 109 wurden mit Hilfe der Roten Armee in guter behelfsmäßiger Ausführung instandgesetzt.

Doch neben der Forderung zur täglicher Arbeit stand, wie aus alten Protokollen hervorgeht, die Sorge um den Menschen immer wieder im Mittelpunkt der Arbeit des Rates der Stadt. Schon am 5. Juni 1945 erhielt zum Beispiel die Firma Oldenburg den Auftrag, Betten und Möbel herzustellen, die auf Bezugsscheine an Bedürftige ausgegeben wurden.

Ungenutzte Ländereien und Schrebergärten von flüchtigen Einwohnern wurden besonders an Umsiedler und kinderreiche Familien aufgeteilt. Für die gerechte Verteilung sorgte laut Ratsbeschluß vom 28. Mai 1945 der stellvertretende Bürgermeister Genosse Wilhelm Pfaadt.

Am 15. Juni 1945 konnte der Stadtrat zur Kenntnis nehmen, dass der Hafenmeister Hartmann 50 Angelscheine ausgestellt hatte. Er wurde beauftragt, weitere 50 Angelscheine an Kriegsbeschädigte und Rentner auszustellen.

Und an einer anderen Stelle des Ratsprotokolls vom 28. Mai 1945 heißt es wörtlich: "Um aus gesundheitlichen Gründen den Unrat von Straßen und Hinterhöfen zu beseitigen, die Verwendung von Kartoffelschalen und brauchbaren Futtermitteln sicherzustellen, soll durch die städtische Verwaltung die Viehhaltung in der Demminer Straße (später Schweinemastbetrieb) wieder aufgenommen werden. Die Leitung übernimmt der Arbeiter Karl Meier."

Gleichzeitig erhielt der Fuhrunternehmer Röhl den Auftrag, den städtischen Fuhrpark zu organisieren und für die Müllabfuhr zu sorgen.

Angesichts drohender Seuchengefahr gehörte auch die Organisierung gesundheitlicher Maßnahmen mit zu den ersten Aufgaben.

Neben der Sicherung der täglichen Versorgung mußte man natürlich auch an die Zukunft, besonders an den nächsten Winter denken. Daher wurde am 5. Juni 1945 auf Vorschlag des Bürgermeisters Klühs ein Torfwerk eingerichtet, das Heizmaterial für den Winter zu beschaffen hatte.

Am 15. Juni 1945 konnte auch die erste Gewerbebegenehmigung an den Schneidermeister Richard Jahnke ausgegeben werden.

So versuchten die Genossen neben allen Maßnahmen, die das tägliche Leben forderte, auch für die allmähliche Entwicklung normaler Lebensverhältnisse zu sorgen. Dazu gehörte auch die Organisiertheit im politischen Leben. Nach dem Befehl Nr. 2 der SMAD, der die Bildung und Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften zuließ, erfolgte am 25. Juli 1945 auch in Anklam die Neugründung der KPD. Zwei Tage später, am 27. Juli 1945 wurde die SPD gegründet. Diesmal war man vom ersten Tage an bemüht, eng zusammen zu arbeiten. Dazu gab es genügend Möglichkeiten, denn inzwischen hatte der Kampf um die Einbringung der Ernte begonnen. Die letzten Maßnahmen dazu waren am 17. Juni 1945 mit den Gemeindevorstehern des Kreises in Gegenwart des sowjetischen Wirtschaftsoffiziers Oberleutnant Daniloff beraten und beschlossen worden. Während die Stadt die Erntehelfer bereitstellte, hatten die Gemeindevorsteher sofort eine Übersicht über vorhandene Zugkräfte und Erntemaschinen zu geben.

Neben den Arbeitskräften, die zeitweilig aufs Land gingen, waren bestimmte Familien für dauernd aufzunehmen. Für sie war sofort entsprechender Wohnraum zu beschaffen. Für diese Familien stellte der Rat der Stadt als Übergangslösung zunächst weiterhin die nötigen Lebensmittel zur Verfügung. Um jedoch eine gerechte Verteilung zu sichern, hatten die Gemeinden trotzdem die in den Dörfern vorhandenen Vorräte an Erbsen, Kartoffeln und Getreide zu melden.

Das Melden war damals gar nicht so einfach, denn es gab zunächst kaum eine Telefonverbindung



und auch der Postverkehr war noch nicht wieder eingerichtet. Das geht aus dem Protokoll der Ratssitzung vom 15. Juni 1945 hervor. Der Rat legte hier fest, daß die Zeitungsausgabe über die Stadtverwaltung an die Großgemeinden erfolgen sollte. Dazu hatte jede Großgemeinde täglich einen Radfahrer nach Anklam zu schicken, der die Zeitungen und die Briefpost abzuholen hatte. Am Donnerstag, dem 21. Juni 1945 begann dann der Ernteeinsatz offiziell. Dazu waren, wie erwähnt, etwa 400 Erntehelfer verpflichtet worden. Schwieriger war es, die nötigen Zugkräfte zu beschaffen. Schließlich gab es auf den 54 Gütern und 6 Staatsdomänen unseres Kreises damals nur 328 Pferde. Dazu kamen noch einige halb verrostete alte Schlepper, die kaum noch einsatzfähig waren. Doch geschickte Schlosserhände brachten auch sie vielfach wieder zum Laufen. Weitere Pferde wurden zunächst mit Hilfe der alten pommerschen Verordnung über Hand- und Spanndienste für die Erntearbeiten erfaßt. Am 19. Juli 1945 kam dann ein Befehl des Chefs der SMA des Landes Mecklenburg/Vorpommern Generaloberst Fedjuninski. Darin erhielten die Landräte und Bürgermeister das Recht, die gesamte arbeitsfähige Land- und Stadtbevölkerung, wie auch das gesamte landwirtschaftliche Inventar, das Zugvieh, den Träcker- und Autopark bei der Einbringung der Ernte zwangsweise heranzuziehen. Außerdem stellte die SMA 2.500 Tonnen Rohöl für die Ernteeinbringung zur Verfügung. Davon erhielt auch der Kreis Anklam 70 Dezitonnen zugeteilt. Doch das Rohöl lagerte auf dem Güterbahnhof in Stralsund und mußte von dort geholt werden. Doch womit und wie? Das war die Frage.

Kurz entschlossen schwang sich Genosse Hövelmans selbst auf einen am Vortage beschlagnahmten Sattelschlepper und ab ging es in Richtung Stralsund, auf der Straße, die er am 5. Mai 1945 in Erwartung seines großen Auftrages in entgegen gesetzter Richtung in einem sowjetischen Militärfahrzeug befahren hatte. Heute war er erneut dabei, diesen Auftrag in die Tat umzusetzen. Große Sorgen bereitete in diesen Tagen auch die Versorgung mit Milchprodukten. Die tägliche Milchlieferung in der Anklamer Molkerei lag bei 1.000 Liter. Für die dringendste Versorgung der Bevölkerung der Stadt wurden 300 Liter Vollmilch für Kleinkinder und 1.700 Liter Magermilch für die übrige Bevölkerung gebraucht. Wie Molkereiverwalter Lange den Ratsmitgliedern mitteilte, müßte die tägliche Anlieferung mindestens 3.000 Liter betragen. Der Mitarbeiter der Stadtverwaltung Kollegen Wulfert wurde darauf beauftragt, die entsprechende Milchlieferung aus Neetzow und umliegenden Dörfern zu organisieren. Gleichzeitig wurde erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinde Spantekow sich bereit erklärt hatte, der Anklamer Bevölkerung wöchentlich 1,5 Faß Butter zur Verfügung zu stellen. Die Butter wurde darauf immer Straßenweise verteilt.

Während die Getreidemahd im vollen Gange war, wurde am 29. Juni 1945 die Verordnung über die Sicherstellung der landwirtschaftlichen Produktion, die von der SMA herausgegeben wurde, allen Gemeindevorstehern verbindlich mitgeteilt. Sie lautete:

1. Nicht alle Produkte brauchen abgegeben zu werden, sondern nur ein Teil. Der Rest kann auf dem Markt frei verkauft werden.

2. Alle Erzeugnisse sind zur Versorgung der Stadtbevölkerung und der Roten Armee abzuliefern und zwar

Getreide	-	pro Morgen	6,5 Zentner
Kartoffeln	-	pro Morgen	30,0 Zentner
Hackfrüchte	-	pro Morgen	40,0 Zentner
Ölfrüchte	-	pro Morgen	4,0 Zentner

3. Die Lieferung wird aufgeteilt (Angabe in Prozent)

	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Getreide	--	10	20	30	40	--

Kartoffeln	5	10	10	35	40	--
Hackfrüchte	10	10	10	30	40	--
Ölfrüchte	--	--	--	40	40	20

4. Diese Verpflichtungen hat jeder zu erfüllen, weitere können nicht auferlegt werden. Der Rest darf jedoch erst frei verkauft werden, wenn der Bauer einen Schein der Ortsbehörde hat, aus dem hervorgeht, dass er alles ordnungsgemäß abgeliefert hat.
5. Die Gemeindevorsteher arbeiten die Normen für die Ablieferung aus. Die Ablieferung ist danach für jede Wirtschaft zu berechnen. Sie ist dann dem zuständigen Kommandanten zur Bestätigung vorzulegen. Für verschiedene Böden können verschiedene Normen festgelegt werden, die Gesamtmenge muß jedoch auf jeden Fall erreicht werden.
6. Die zu erwartenden Mengen haben die Gemeinden sofort nach Kulturen zu registrieren (namentliche Auflage für jeden Bauer). Die Liste ist in doppelter Ausfertigung aufzustellen, eine für den Bürgermeister (Anklamer Bürgermeister) und die 2. für den Starosten (Gemeindevorsteher).  
Zugleich ist die Inventaraufnahme bei jedem Besitzer und Arbeiter durchzuführen, der Vieh- und Wirtschaftsproduktion hat. Die Aufstellungen haben ebenfalls in doppelter Ausfertigung zu erfolgen und sind von den Bauern und Arbeitern zu unterschreiben.
7. Alle Bauern achten darauf, dass die Saat nicht abgefressen wird. Alle landwirtschaftlichen Maschinen sind in Ordnung zu halten.
8. Von dieser Pflichtablieferung sind befreit, alte und invalide Leute, wenn sie über 60 Jahre alt sind und keine landwirtschaftlichen Arbeitskräfte haben.
9. Zur Abnahme der landwirtschaftlichen Produkte sind 5 Organisationen zu gründen, die 1. für Getreide, die 2. für Kartoffeln, die 3. für Vieh, eine 4. für Milch und Butter und die 5. für Heu und Stroh.
10. Formulare für die Ablieferung werden den Bauern 15 Tage vor der Ernte zugestellt.
11. Die Abrechnung erfolgt durch die Genossenschaften nach den 1944 gültigen Preisen.
12. Jeder Bauer erhält für die gelieferten Produkte eine Quittung in drei Exemplaren.
13. Für die Rote Armee dürfen die Genossenschaften nur nach spezieller Order ausliefern.
14. Die Verteilung der Produkte an die Verbraucher und Geschäfte wird durch den Militärkommandanten geregelt.

Das waren die ersten Bestimmungen über die Veranlagung und Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte, wie sie in der Grundform bis in die fünfziger Jahre bestehen blieben.

Nach der Verlesung der Verordnung erfolgte eine lebhafte Diskussion, bei der immer wieder auf die Schwierigkeiten bei der Einbringung der Ernte durch unzureichende Anspannung verwiesen wurde. Trotzdem ging die Arbeit weiter, und was keiner für möglich gehalten hatte, wurde erreicht, die Ernte wurde verlustarm eingebracht.

Genosse Hövelmans sagte später über diese erste große Bewährung:

"Wir sahen uns vor einer Aufgabe, von der wir selbst nicht glaubten, dass wir sie meistern würden. Es fehlte an Arbeitskräften, an Gespannen, Treckern, landwirtschaftlichen Maschinen, an tüchtigen Betriebsführern, Transportmitteln und Brennstoffen. Es fehlte einfach an den wichtigsten Voraussetzungen. Trotzdem haben wir die Ernte eingebracht und nicht nur das Getreide, sondern auch die Hackfrüchte."

So weit seine Ausführungen. Doch nicht nur in dieser Hinsicht hatte es Probleme zu überwinden gegeben. Ebenso viele Sorgen gab es durch die uneinsichtige Haltung mancher Bauern. Sie kannten bisher keine Wirtschaft nach staatlichen Plänen und fühlten sich auch nicht verantwortlich für die Versorgung der Mitbürger. Da mußten die Behörden im Interesse der Bevölkerung hart gegen

solche Elemente vorgehen und sie zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zwingen.

Die Ernte war eingebracht. Doch das Korn mußte gedroschen werden und die Felder waren neu zu bestellen. Jeder Bauer hatte seinen Plan mit den abzuliefernden Produkten erhalten. Er war verpflichtet, ihn termingerecht zu erfüllen. Der größte Teil der Bauern hielt sich auch an diese Termine, doch wenn die Ernährungslage gesichert werden sollte, mußten es alle Bauern tun. Dafür hatten in erster Linie die Dorfältesten und Gemeindevorsteher zu sorgen.

Am 14. Oktober 1945 erhielten sie ein Schreiben ihres Landrats, in dem es unter anderem hieß: "Die Arbeitsleistungen in der Landwirtschaft haben auf allen Gebieten erheblich nachgelassen. Es entsteht der Eindruck, dass auf dem Lande und in der Stadt Anklam offen gegen die Anordnungen der militärischen Administration und der Provinzialverwaltung Mecklenburg/Vorpommern in Bezug auf die Ernteeinbringung, Dreschen, Ablieferung und Pflügen sabotiert wird. Diese Tatsache ist in erster Linie auf das Versagen der nachgeordneten Dienststellen, wie Bürgermeister und Dorfältesten zurück zu führen. Die Verantwortlichen unterstützen Säumige und Saboteure sogar noch dadurch, dass sie nichts gegen derartige Elemente unternehmen."

Er fordert dann auf, das Versäumte sofort in Ordnung zu bringen, mit dem Hinweis, dass der Kreiskommandant in den nächsten Tagen seine Offiziere zur Überprüfung der Gemeinden beordern würde. Die Offiziere hätten den Auftrag, jeden Fall der Sabotage dem Militärtribunal zu übergeben. Diese Überprüfung fand dann auch statt. Dabei zeigte sich, dass man in Pelsin noch keine Schlußfolgerungen gezogen hatte. Hier gab es anscheinend die größten Rückstände. Bis zum 20. Oktober war der Jahresplan in Getreide erst zu 39 Prozent erfüllt. Gedroschen waren 52 Prozent des Getreides. Die Fleischablieferung war zu 16 Prozent, die Milch zu 12 Prozent und Eier zu 5,3 Prozent erfüllt.

Die Ackerflächen waren erst zu 51 Prozent gepflügt und 41 Prozent des Wintergetreides hatte man bisher ausgesät.

"Eine solche Arbeit ist nicht zu verantworten!" stellte der Kreiskommandant Oberstleutnant Alexejew mit Recht fest und belegte den Bürgermeister von Pelsin mit einer Geldstrafe.

Gleichzeitig gab er ihm 3 bis 4 Tage Zeit, das Versäumte nachzuholen. Auch der Verwalter des noch nicht aufgeteilten Gutes Dargibell wurde bestraft, weil er trotz vorhandener Lokomobile nicht genügend Korn gedroschen hatte. Hier gab es Härten für den Einzelnen, doch sie dienten dem Wohle des Ganzen und waren damit eine echte Hilfe. Der Erfolg blieb nicht aus. Am Jahresende konnte Landrat Hövelmans befriedigt feststellen, daß das Ablieferungssoll in fast allen Produkten erfüllt und bei Getreide sogar übererfüllt wurde. Im Kreise Anklam wurden 1945 neben der Eigenversorgung abgeliefert:

Getreide	15.028 Tonnen	
Kartoffeln	15.395 Tonnen	
Gemüse	1.476 Tonnen	
Fleisch	500 Tonnen	und
Milch	2.600.000 Liter.	

Die Felder der verlassenen Güter waren abgeerntet und mußten wieder neu bestellt werden. Doch wer sollte sie bearbeiten? Sie brauchten neue Besitzer. Gleichzeitig sollte altes Unrecht wieder gut gemacht werden. Das gesamte Junkerland gehörte schließlich in Bauernhand.

Am 4. September 1945 trafen sich daher auch in Anklam die Vertreter des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um über diese Frage zu beraten. Und das war ihre Stellungnahme:

"Die hier versammelten Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien Anklangs begrüßten den Aufruf des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien Schwerins vom 3. September 1945 und machen sich seine Forderungen zu eigen. Sie begrüßen den Erlaß der

Provinzialverwaltung Sachsens, wodurch den gerechten Forderungen der Bauern und Landarbeiter Genugtuung geschehen ist, und die Bodenreform zum Gesetz wurde. Sie erkennen die große Bedeutung der schnellen Durchführung der Bodenreform an und stellen sich hinter die Forderungen der Bauern und Landarbeiter Mecklenburg/Vorpommerns. Sie erwartenden baldigen Erlaß eines entsprechenden Gesetzes für das Land Mecklenburg/Vorpommern. In gemeinsamen Versammlungen werden die antifaschistisch-demokratischen Parteien das schaffende Volk für die Durchführung mobilisieren."

Die Landesregierung ließ nicht lange auf sich warten, sondern beschloß am 5. September 1945 die Verordnung über die Bodenreform im Lande Mecklenburg/Vorpommern. Danach waren bis zum 15. September 1945 in allen Gemeinden Ortsbodenkommissionen zu bilden. Sie unterstanden der Kreiskommission zur Durchführung der Bodenreform. Vorsitzender war der Genosse Hövelmans als Landrat. Zu seinen Mitarbeitern gehörten der Genosse Karl Lawonn, die Genossin Meta Suckow und die Genossen Franz Darga und Berthold Geißler. Im Kreisgebiet wurden 54 Gemeindebodenkommissionen gebildet. Sie hatten bis zum 10. Juli 1946 insgesamt 33.144,95 Hektar Boden aufgeteilt. 2.796 Familien erhielten damit eigenen Grund und Boden, darunter 1.025 Umsiedler und 1.365 Landarbeiterfamilien.

Neben dem Boden wurden an Gebäuden vergeben: 540 Wohngebäude, 284 Pferde- und Viehställe, 896 Schweineställe, 707 andere Stallgebäude, 23 Geflügelhäuser, 124 Scheunen und 59 sonstige Gebäude.

Die Landesregierung hatte angeordnet, die Aufteilung des Grund und Bodens bis zum 31. Dezember 1945 abzuschließen. Auf einer Auswertung am 10. Dezember 1945 mußte Landrat Hövelmans die Arbeit der Gemeinde Ducherow und Medow kritisieren, weil sie nicht in jedem Falle die gesetzlichen Bestimmungen beachtet hatten. Da gab es für seine Mitarbeiter nochmals, diesmal sogar über Weihnachten, zusätzliche Arbeit.

Im Stadtbereich wurden die Wirtschaften Paul Funk und Tschirnhorsky enteignet und aufgeteilt. Dazu kam das Gut Gellendin. Insgesamt konnten 82 Neubauern Land erhalten, davon alleine 55 in Gellendin.

Am 17. Februar 1946 wurde in Gellendin zum Abschluß der Aufteilungen nochmals ein Schautag der Bodenreform durchgeführt. Man überprüfte die bisherige Arbeit, das Vorhandensein der Grenzsteine und die richtige Verteilung der Gebäude, Maschinen und Viehbestände. Von den 82 Neubauernwirtschaften der Stadt besaßen zu diesem Zeitpunkt bereits 53 eine eigene Anspannung. Für den Nachmittag hatte man ein Kinderfest organisiert, dem zum Abschluß des Tages am Abend ein Ball folgte.

## **56. Entwicklung der Industrie, von Handwerk und Gewerbe bis 1947**

Anklam war industriell nur schwach entwickelt. Doch auch die wenigen vorhandenen Betriebe waren am Ende des Krieges fast alle zerstört. Kaum ein Betrieb konnte sofort wieder mit der Arbeit beginnen. Durch die Befehle 124 und 126 der SMAD vom 30. und 31. Oktober 1945 wurden die Pommersche Zuckerfabrik Anklam, die Vereinigte Kartoffelstärke- und Flockenfabrik, die Möbelfabrik Oldenburg und die Maschinenabteilung des landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsvereins beschlagnahmt und später durch Verordnung des Landesregierung Mecklenburg/Vorpommern in Volkseigentum überführt. In allen Betrieben fanden sich alte Facharbeiter, die nicht lange nach einer Bezahlung fragten, sondern sofort daran gingen, brauchbare Maschinen und Maschinenteile aus den Trümmern zu bergen, um sie wieder instand zu

setzen. So waren in der Möbelfabrik unter der Leitung des Genossen Gransow bald wieder die ersten Maschinen aufgebaut und man konnte daran gehen, den Beschluß des Rates der Stadt vom 5. Juni 1945 in die Tat umzusetzen. Darin wurde die Firma Oldenburg beauftragt, für die Bevölkerung Betten und Möbel herzustellen. Die Möbel wurden auf Bezugsscheine an bedürftige Bewohner, Ausgebombte und Umsiedler ausgegeben, doch sie reichten bei weitem nicht aus.

Die Vereinigte Kartoffelstärke- und Flockenfabrik wurde im Rahmen der Wiedergutmachung abgebaut. Bis zum 1. August 1945 hatten Soldaten der Roten Armee alles verladen. Durch entsprechende Verhandlungen wurde jedoch noch erreicht, dass ein Dampfkessel und ein Flockenapparat im Betrieb verblieben. Damit begann man auch hier zu arbeiten. Doch die Arbeiter begnügten sich nicht damit, sondern bauten ihren Betrieb bis zum Herbst 1946 soweit aus, dass in 24 Stunden bereits wieder 400 Zentner Kartoffeln zu Flocken verarbeitet werden konnten. Dabei stand für den gesamten Aufbau nur ein Kredit von 25.000 RM. Nebenbei wurden in einer Klempnerei laufend Kochtöpfe repariert. Auch die dabei erzielten Einnahmen wurden für die Lohnzahlungen genutzt.

In der Zuckerfabrik waren die Zerstörungen so groß, dass der Wiederbeginn der Produktion doch ein wenig länger auf sich warten ließ. Auch hier begannen bereits wenige Tage nach der Befreiung bewußte Arbeiter unter der Leitung des Bodenmeisters Hermann Heitmann mit den Aufräumungsarbeiten. Zu seinen ersten Helfern gehörten Hermann Setzkorn, Max Jahnke, Max Krüger, Richard Aepler, Heinrich Pieritz, Ernst und Ludwig Köster. Täglich kamen weitere Männer und auch Frauen dazu. Unter der Überschrift: "Die größte Baustelle im Lande Mecklenburg/Vorpommern" schildert die Landeszeitung vom 9. Oktober 1946 recht ausführlich den gesamten Wiederaufbau des Werkes. Sie schreibt:

"Das Werk war schwer zerstört, alleine auf dem Betriebsgelände wurden 115 Bombentrichter gezählt. Trotzdem waren die Gebäude zum größten Teil noch durch Brandbomben zerstört worden. Alle Nebenanlagen, wie Wiegehäuser, Gleis- und Bollwerksanlagen, die Rübenwäsche, Krananlagen, Straßen, Werkstätten, die gesamte Umzäunung, sämtliche Werkwohnungen und das Verwaltungsgebäude waren total zerstört. Für den Wiederaufbau des Betriebes standen zusätzlich keine Geldmittel zur Verfügung. Als erstes mußten die Schuttmassen weggeräumt, die Gleisanlagen instand gesetzt und die Dächer der Werkhallen wieder repariert werden. Daran arbeiteten anfangs 70 Mann, doch schon bald entwickelte sich diese Baustelle zur größten des Landes Mecklenburg/Vorpommern, auf der heute 750 Arbeiter am Aufbau beschäftigt sind. Täglich werden weitere Arbeiter eingestellt. Auch der Einsatz an technischen Mitteln ist weitgehend vorangetrieben. So sind zum Beispiel 3 kleine Lokomotiven für den Transport der Baumaterialien eingesetzt, Förderbänder, Bauaufzüge und Steinbrecher sind ebenfalls im Einsatz. Der Wiederaufbau des Werkes wurde inzwischen durch den Befehl Nr. 195 der SMA vom 31. Mai 1946 geregelt. Damit wurde jedoch gleichzeitig der Termin gestellt, im Herbst 1946 mit der Kampagne zu beginnen. Heute läßt sich schon sagen, dass dieser Termin gehalten wird. Auf der Baustelle der Zuckerfabrik sind alle Handwerkszweige vertreten. Gußeiserne Kleinersatzteile werden sogar in eigener Werkstatt gegossen und bearbeitet. Alle Maschinenteile, die der Brandeinwirkung ausgesetzt waren, mußten auseinander genommen, gereinigt und gestrichen werden. Nach entsprechender Abdichtung erfolgte dann wieder der Zusammenbau. Die Beschaffung des Dichtungsmaterials bereitete oft die größten Schwierigkeiten. Doch auch sonstige Ersatzteile konnten meistens nicht geliefert werden. Alles, von der Schraube bis zum fertigen Gußstück mußte in eigener Werkstatt entstehen. Allein für die Dachkonstruktion mit Spannweiten von 22 Meter waren Tausende von Bolzen notwendig, die in der eigenen Schmiede angefertigt wurden. Auch die gesamte Elektroanlage mußte völlig neu installiert werden.

Der als Baustoff benötigte Kalk konnte im Betrieb hergestellt werden. Zum Teil wurde er auch

noch zum Wiederaufbau der Stadt ausgegeben. Die Werkküche des Betriebes kann auf Gemüse zurück greifen, das auf freiem Betriebsgelände angebaut wurde.

Auch der Hausbrandbedarf der Belegschaftsmitglieder wurde durch eigenen Torfstich abgesichert. Wichtig zu wissen ist, dass Betriebsleiter und Belegschaft in allen Fragen stets eng zusammenarbeiten. Das Werk wird zur Raffinerie ausgebaut werden, um so auch für Nachbarwerke die Herstellung von Weißzucker zu übernehmen.

Im Betrieb werden zur Zeit 200 fleißige Frauen beschäftigt, die für gleiche Leistungen auch gleichen Lohn erhalten.

Nun möchte die Betriebsleitung und der Betriebsrat auch noch für einen Teil ihrer Mitarbeiter entsprechenden Wohnraum beschaffen. Dazu wurden zerstörte Gebäude, die sich für den Wiederaufbau eignen, nach Absprache mit dem Bürgermeister und Landrat bereits ausgewählt und übernommen."

Soweit der wirklich interessante Bericht der Landeszeitung. Vielleicht wird der Leser fragen, und woher kamen die Grundmaterialien, wie Mauerstein, Roheisen und Holz? Mauersteine und Eisenteile wurden aus dem zerstörten Arado- Werk geborgen. Das Holz kam aus den Wäldern bei Leopoldshagen.

Am 5. November 1946 konnte dann wirklich die erste Nachkriegskampagne angefahren werden. Das Zuckerhausdach fehlte zwar noch, doch die Rohzuckererzeugung lief und man verarbeitete immerhin bereits 33.433 Tonnen Rüben zu Zucker.

Und was wurde aus der Maschinenabteilung des Anklamer Ein- und Verkaufsvereins? Sie wurde zunächst vom Raiffeisen-Verband übernommen. Doch die eigentliche Arbeit begann erst im Frühjahr 1946 unter der Leitung des Genossen Hermann Konscholke, als der Betrieb zu einer Traktoren- und Landmaschinen-Reparaturwerkstatt des Kreises Anklam ausgebaut wurde. So konnten hier bereits bis Ende 1946 insgesamt 386 Reparaturen an Traktoren vorgenommen werden. Auch 47 Dreschmaschinen wurden instand gesetzt. Dazu kamen 61 Binder und 364 sonstige Landmaschinen. Im Gerätebau für Neubauern wurden zusätzlich 175 Pflüge, 18 Eggen, 3 Kreissägen, 3 Kultivatoren, 5 Torfstichmaschinen und 5 Schleifmaschinen neu hergestellt. "Bei besserer Materialbereitstellung," so heißt es in einem Bericht, "könnte jedoch noch bedeutend mehr geleistet werden. Bis zum Frühjahr sollen alle benötigten Maschinen und Geräte einsatzfähig sein."

Bis zum Ende des Jahres 1945 arbeiteten im Kreise Anklam bereits wieder 16 Betriebe mit insgesamt 322 Arbeitskräften. So gab es 4 Sägewerke mit 110 Arbeitern, 3 Möbelfabriken mit 71 Arbeitskräften, 5 Reparaturwerkstätten für landwirtschaftliche Maschinen mit 58 Mitarbeitern, 3 Reparaturwerkstätten für Kfz mit 72 Mitarbeitern und eine Feilenhauerei mit 10 Arbeitern. Aber auch die Handwerksmeister waren nicht untätig geblieben.

Schon am 15. Juni 1945 erteilte der Rat der Stadt die erste neue Gewerbe genehmigung an den Schneidermeister Richard Jahnke und seine Ehefrau Anna Jahnke. Nach und nach kehrten die Handwerker wieder nach Anklam zurück und begannen, soweit ihre Werkstätten heil geblieben waren mit der Arbeit. Mancher Handwerksmeister suchte jedoch auch aus den Trümmern seiner ehemaligen Wirkungsstätte noch brauchbare Werkzeuge heraus, um an anderer Stelle neu zu beginnen. Zu ihnen gehörte auch der Druckereibetrieb Herbert Rauchmann. Die ehemalige Werkstatt am Marienkirchplatz 2 (heute Kaufhaus) war durch Bomben restlos zerstört worden. Der Rest einer alten Schnellpresse, aus den Trümmern geborgen, bildete den Grundstock für den neuen Betrieb, der zunächst auf dem Hofe des Volkshauses in der Baustraße eingerichtet wurde. Zur besseren Betreuung der Handwerker und Gewerbetreibenden hatte der Rat der Stadt am 30. Mai 1945 bestimmte Referenten für die Zusammenarbeit mit ihnen benannt. Alle Handwerksmeister hatten sich zum Beispiel mit ihren Fragen an den Genossen Manteufel zu wenden. Für die

Verkehrsbetriebe war Herr Röhl zuständig. Alle Vertreter der Ernährungsbetriebe hatten sich bei Herrn Reichow zu melden. Das Handwerksamt wurde jedoch erst am 5. September 1946 gegründet. Vorsitzender wurde Bäckermeister Schumacher und Geschäftsführer der Genosse Hermann Manteufel. Die Geschäftsräume befanden sich in der Baustraße 11. Das Handwerksamt stellte sich die Aufgabe, zunächst alle vorhandenen Handwerksbetriebe zu erfassen. Daraus wurden 5 Handwerker-genossenschaften gebildet. Am 23. September begann auch bereits der erste Vorbereitungskurs für die Meisterprüfung.

Bis zum 1. Oktober 1946 gab es im Kreise Anklam 73 Fuhrunternehmen, deren Einsatz überwiegend zentral gelenkt wurde.

Etwa zur gleichen Zeit waren bereits wieder 351 Handelsbetriebe und 70 Gaststätten eröffnet.

Schon am 18. Juni 1945 hatte Bürgermeister Klühs bekannt gegeben:

"Auf Anordnung des Kommandanten sollen alle Restaurations- und Gartenlokale geöffnet werden. Alle Besitzer werden gebeten, sich zwecks Zulassung ihrer Betriebe beim Bürgermeister zu melden."

Am 1. April 1946 konnte auch in Anklam die Neugründung der Konsumgenossenschaft erfolgen.

Bis Oktober 1946 gab es im Kreise Anklam schon wieder 6 Konsumverkaufsstellen und eine Konsumbäckerei. Die Zahl der Mitglieder lag inzwischen bei 930 Personen. Auch war die Konsumgenossenschaft zu diesem Zeitpunkt bereits mit 35 Prozent am Großhandel beteiligt.

Mit der Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens in Stadt und Land wurde auch ein fachgerechter Einsatz vieler Arbeitskräfte immer besser möglich, so dass man auf Arbeitseinsatz-Ordnungen verzichten konnte. Doch zunächst hatten, wie es in der Arbeitseinsatz-Ordnung Nr. 4 hieß: "Alle Volksgenossen die Pflicht, dort zu arbeiten, wo es das Gemeinwohl erforderlich macht. Wer sich vor dieser Arbeitspflicht drückt, wird mit Gefängnis von 1 Jahr bis zu 5 Jahren, mit Lebensmittelentzug und mit Geldstrafen oder einer dieser Maßnahmen bestraft. Das Urteil ist sofort vollstreckbar und wird veröffentlicht."

Zu solchen Maßnahmen war man in den ersten Wochen und Monaten, in der Zeit des großen Chaos von staatlicher Seite gezwungen, wenn alle überleben sollten.

Am 13. September 1945 führte der Rat der Stadt eine Berufserhebung durch. Alle männlichen Personen der Jahrgänge 1885 bis 1931 und alle weiblichen Personen der Jahrgänge 1890 bis 1930 hatten entsprechende Formulare über ihre Berufsausbildung auszufüllen.

Die Formulare waren bei der Lebensmittelkartenausgabe ausgefüllt zu übergeben. Und wieder

hieß es zum Schluß:

"Wer diesen Schein nicht ausfüllt, erhält keine Lebensmittelkarten."

Am 28. September 1945 fand im Thälmann-Haus (heute Volkshaus) eine Versammlung aller Baubetriebe und Bauarbeiter statt. Daran hatten alle Betriebsführer, Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Steinsetzer und Töpfer teilzunehmen. Auf der Tagesordnung, der von Bürgermeister Klühs und Stadtrat Meier geleiteten Versammlung, stand die Gründung des Verbandes für das Baugewerbe. Damit sollte die gesamte Bauwirtschaft angekurbelt werden.

## **57. Von der Zulassung antifaschistischer Parteien bis zur Gründung der SED**

Im Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der SMA vom 10. Juni 1945 hieß es:

"Seit der Besetzung Berlins durch die Truppen der Sowjetunion besteht im Gebiet der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland eine feste Ordnung, sind örtliche Organe der Selbstverwaltungen

und die nötigen Bedingungen für eine freie gesellschaftliche und politische Betätigung der deutschen Bevölkerung geschaffen worden. In Anbetracht des oben Ausgeführten befehle ich:

1. Im Bereich der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland die Schaffung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Reste des Faschismus und die Festigung der Grundlagen der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland zum Ziel setzen und in dieser Richtung die Initiative und freie Betätigung der breiten Massen der Bevölkerung fördern."

Im Punkt 2 wird die Bildung der Gewerkschaften und weitere Organisationen zugelassen. Schon einen Tag später, am 11. Juni 1945 appellierte die KPD in einem ersten Aufruf an das schaffende Volk in Stadt und Land, sich im Kampf für eine antifaschistisch-demokratische Republik zusammen zu schließen.

Der Befehl Nr. 2 und der Aufruf der KPD blieben auch in Anklam nicht ungehört. Besonders die alten Genossen waren sofort an der Neugründung von Ortsgruppen ihrer Parteien interessiert.

Die Neugründung der Ortsgruppe der KPD erfolgte am 25. Juli 1945 auf Initiative des Genossen ernst Maaß. Zwei Tage später, am 27. Juli 1945 wurde auch die Ortsgruppe der SPD gegründet.

Zum Ortsvorstand der SPD gehörten der Genosse Karl Meier als Vorsitzender und die Genossen Bernhard Schulz, Hermann Manteufel, Rudolf Klühs und Karl-August Lattner.

Von den bürgerlichen Parteien folgte die CDU am 20. August 1945 und eine Ortsgruppe der LDP wurde am 1. Juni 1946 gegründet. Ortsvorsitzender der CDU war Hans Falke und die Leitung der LDP lag in den Händen von Herrn Herbert Bock.

Nachdem sich am 14. Juli 1945 in Berlin Vertreter der KPD, SPD, CDU und LDP zur ersten gemeinsamen Beratung und Bildung eines antifaschistisch-demokratischen Blocks getroffen hatten, kamen schon einen Tag später am 15. Juli 1945 auch in Anklam als Vertreter der KPD die Genossen Karl Lawonn und Alfred Hahn, der SPD die Genossen Rudolf Klühs und Karl Meier und als Vertreter der CDU Hans Falke und Hermann Schirmer zur Gründung des Ortsblocks zusammen. Diese Zusammenkunft fand also bereits vor der offiziellen Neugründung der Ortsgruppen der Parteien statt.

Bis Ende August 1945 gab es in Anklam (Kreisgebiet) bereits 208 Mitglieder der KPD und 136 Mitglieder der SPD. Auf der Delegiertenkonferenz der KPD am 3. September 1945 wurde folgende Leitung gewählt:

Kreissekretär:	Bitter, Georg
stellvertretende Kreissekretär:	Pfaadt, Wilhelm
Sekretär für Agitation und Propaganda:	Pillokat, Elle
Sekretär für Wirtschaft:	Lühmann, Alfred
Kassierer:	Pfaadt, Wilhelm

Am 7. September 1945 kam es auch zur Neuwahl der Stadtleitung der KPD. Hier wurden als Leitungskader genannt:

Politleiter: Genosse.	Ernst Maaß
Organisationsleiter:	Genosse Berthold Geisler
Kassierer: Genosse.	Wandt
Kulturorganisator:	Fick
Literaturobmann:	Krüger
Gewerkschaftsvertreter:	Jost

Die beiden Arbeiterparteien arbeiteten von Anfang an überall eng zusammen und lösten gemeinsam alle anfallenden Aufgaben. So gehörten zur staatlichen Leitung der Stadt die Kommunisten Hövelmans, Pawlack, Pfaadt und Geisler und die Mitglieder der SPD Rudolf Klühs, Hermann Manteufel und Otto Dohs.



Am 9. November 1945 organisierten beide Parteien eine Großkundgebung an der über 7.000 Personen teilnahmen. Dort sprachen für die KPD der Genosse Karl D, für die SPD der Genosse Moritz vom Landesvorstand und für die CDU ein Herr Schalke.

Gemeinsam bemühte man sich auch um die Bildung der Massenorganisationen, besonders der Gewerkschaftsverbände. So trafen sich am 14. Juli 1945 die Genossen Karl Meier, Bernhard Martens, Max Kuhlmann, Ernst Gransow und Wilhelm Jost zur Vorbereitung der Gründung des FDGB, die kurz danach erfolgte.

Am 12. August 1945 wurde der Holzarbeiterverband mit dem Genossen Gransow als Vorsitzenden gegründet. Etwa zur gleichen Zeit entstand auch der Landarbeiterverband, dem am 21. September 1945 der Bauarbeiterverband folgte.

Am 6. September 1945 trafen sich die Genossen Bitter, Pfaast und Pillokat von der KPD, die Genossen Klühs und Meier von der SPD, mit den Vertretern der CDU Hermann Schirmer und Arndt, sowie den Gewerkschaftern Martens, Kuhlmann und Gransow im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um über die Durchführung der Bodenreform zu beraten und zu beschließen. Einstimmig forderten sie den schnellen Erlass eines entsprechenden Gesetzes auch für das Land Mecklenburg/Vorpommern.

Neben der Zusammenarbeit bei der Lösung solcher entscheidenden Aufgaben bereiteten sich beide Arbeiterparteien auch planmäßig auf die Vereinigung vor.

Am 9. Dezember 1945 organisierte man gemeinsam eine Feierstunde zum 125. Geburtstag von Friedrich Engels.

In Auswertung der Berliner Konferenz vom 20. und 21. Dezember 1945 im Parteihaus der SPD führten die Genossen am 17. Januar 1946 in Anklam eine gemeinsame Mitgliederversammlung durch, auf der die anwesenden Genossen beider Parteien einstimmig die Bildung der Einheitspartei forderten.

Am 26. Januar 1946 fand dann im Volkshaus eine vorbereitende Kreiskonferenz der KPD und SPD statt. Daran nahmen 131 Genossen der KPD und 108 Genossen der SPD und parteilose Arbeiter teil. Im Ergebnis der Beratungen wurde folgende Resolution verabschiedet:

"Die heute tagenden Funktionäre und Aktivisten der Einheitskonferenz der SPD und KPD des Kreises Anklam, an welcher auch parteilose Delegierte aus Betrieben und Neusiedler teilnahmen, geloben, in kameradschaftlicher Zusammenarbeit alle Hindernisse zu beseitigen, die der Einheit im Wege stehen, weil sie der Überzeugung sind, dass Deutschland nur durch die Einheit vor den Klauen der Reaktion und des Zerfalls bewahrt werden kann und gibt hiermit ihrer Forderung in dem Wunsche Ausdruck, die bald mögliche Vereinigung beider Parteien vorzunehmen und dadurch den Frieden und die Freiheit für Deutschlands Zukunft zu sichern."

Einen weiteren Schritt zur Vereinigung stellte dann am 5. Februar 1946 die Gründung eines Organisationsbüros und Organisationsausschusses beider Parteien dar. Der Kreissekretär der KPD, Genosse Karl Lawonn erläuterte Ziele und Zweck des Organisationsbüros und gab dazu bekannt:

1. Es sind alle Vorbereitungen für den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien zu treffen.
2. In das Organisationsbüro sind zu wählen: 2 Vorsitzende und von jeder Partei 3 weitere Mitglieder.

Gewählt wurden dann:

als Vorsitzende:

Karl Lawonn (KPD)

Paul Hagemann (SPD)

Vertreter der KPD:

Paul Maaß, Ernst Hahn, Ernst Saß

Vertreter der SPD:

August Böker, Karl Meier, Rudolf Klühs

Damit begann die organisatorische Vorbereitung der Vereinigungskonferenz. Am 25. Februar 1946

hieß es in der "Volksstimme", dem Organ der SPD Mecklenburg/Vorpommern:

"Die Arbeiterparteien Mecklenburg/Vorpommerns sind zur Vereinigung bereit!"

Am 31. März 1946 war es dann in Anklam soweit. Dazu hieß es im Bericht über die Gründung der SED:

"Nach dem der einheitliche Wille aller Arbeiter in vielen Versammlungen und Aussprachen im Kreis zum Ausdruck gekommen war und die Delegierten für eine gemeinsame Delegiertenkonferenz in allen Ortsgruppen der beiden Parteien gewählt waren, fand am 31. März 1946 im festlich geschmückten "Thälmannhaus" (Volkshaus) die entscheidende Konferenz statt. Die Redner beider Parteien brachten den Willen zum Ausdruck, den ihre Mitglieder zur Vereinigung hatten. Viele Delegierte nahmen das Wort, alle sprachen für die Vereinigung. Nein, doch nicht alle, 2 Stimmen gab es dagegen. Für die Zusammenarbeit waren auch sie, aber nicht für den Zusammenschluß. Sie hatten zu diesem Zeitpunkt noch nicht erkannt, dass die Einheit der Arbeiterklasse die Voraussetzung für alle Erfolge ist. Sie durchschauten noch nicht die verderbliche Rolle der rechten SPD-Führer. Diese 2 Stimmen konnten jedoch das Ergebnis der Abstimmung nicht beeinflussen."

Über die Atmosphäre und Stimmung in diesen Tagen und besonders auf der Vereinigungskonferenz berichtete die "Volkszeitung" als Organ der KPD Mecklenburg/Vorpommerns in der Ausgabe vom 2. April 1946:

"Das politische Leben unseres Kreises Anklam stand in der letzten Woche ganz im Banne der beiden Kreiskonferenzen der SPD und der KPD. Die Betriebe und Selbstverwaltungen hielten Versammlungen ab, in denen einmütig der Beschluß gefaßt wurde, die beiden Arbeiterparteien ohne zögern zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammen zu schließen. Aus den Betrieben liefen Resolutionen bei den Parteileitungen ein, in denen die Wünsche der Belegschaften zum Ausdruck gebracht wurden.

Nachdem die Konferenz der SPD am letzten Sonntag schon in voller Übereinstimmung aller Vertreter der Partei die sofortige Vereinigung beschlossen hatte, faßten auf der jetzt statt gefundenen Tagung die Delegierten der KPD den Beschluß, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sofort zu gründen.

Die Vertreter der beiden Parteien aus allen Orten des Kreises fanden sich zu einer gemeinsamen Tagung in Anklam zusammen und ließen diese Beschlüsse Wirklichkeit werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Kreis Anklam wurde unter lebhaftem Beifall und starkem Jubel gegründet.

An der Stirnwand des Saales leuchtete der Name der neuen Partei. Männer, Frauen und Jugendliche, entsandt von ihren Ortsgruppen, gaben dem Willen, der von ihnen vertretenen Arbeiterinnen und Arbeiter Ausdruck.

Mit Begeisterung sangen sie: "Brüder in eins nun die Hände ..." und spontan ergriff jeder die Hand des Nächsten. Dieser gemeinsame Gesang und das Ergreifen der Hände waren Sinnbild und Ausdruck des neuen Wollens der sozialistischen Bewegung.

Nach Jahren der Zerrissenheit und des vergeblichen Sehnsens ist jetzt in feierlicher Kundgebung die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entstanden. Jeder war sich der Größe dieses historischen Augenblicks bewußt. In der unter nicht enden wollendem Beifall angenommenen Entschließung heißt es:

Wir wissen, dass unsere Pflichten und Aufgaben jetzt noch größer sind und wir geloben in dieser Stunde, mit aller Kraft für die Arbeiterklasse zu wirken, der Nazischutt muß weg. Die Schutt- und Geröllhalden auf den Straßen, aber auch der Nazischutt in den Büros der Verwaltungen, der Wirtschaft und Justiz muß verschwinden. Die Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei rufen den schaffenden Männern und Frauen und den Jugendlichen zu:

Reiht Euch ein und helft mit,  
die ihr noch abseits steht.  
Kommt zu uns, sorgt mit für die  
Sicherung Eures Lebens und für Eure Familien!"

Symbolisch für alle reichten sich die Genossen Karl Lawonn und August Böker brüderlich die Hände. Danach erfolgte die Wahl des neuen Kreisvorstandes. Ihm gehörten bei paritätischer Besetzung alle Funktionen an:

1. Sekretär	Lawonn, Karl
1. Sekretär	Zapel, Albert
2. Sekretär	Maaß, Paul
2. Sekretär	Durst, Artur
3. Sekretär	Ständer, Hermann
3. Sekretär	Pank, Paul
Jugend	Jost, Heinz
Frauen	Schmidt, Charlotte und Pank, Leonie
Gewerkschaft	Pank, Karl und Schreiber, Otto
Wirtschaft	Strecker, Hans und Durst, Artur
Landwirtschaft	Maaß, Paul
Genossenschaft	Durst, Artur und Schreiber, Otto
Kommunalverwaltung	Durst, Artur und Pank, Karl
Umsiedler	Pank, Karl

Als Delegierte zum Landesparteitag wurden gewählt:

Genosse Rost, Genossin Pillokat, Genosse Lawonn, Rothers, Prick, Jost, Steffen,  
Genossin Lawonn,  
Genossin Leupold, Genosse Becker, Ehrke, Siefke, Walkowiak, Stelter, Specht,  
Schulz, Rieger.

Delegiert zum Reichsparteitag am 21 und 22. April 1946 in Berlin wurden die Genossen Paul Maaß und August Böker.

Der Ruf der Genossen der jungen Sozialistischen Einheitspartei blieb nicht ungehört. Wie aus Archivunterlagen hervorgeht, hatte die SED des Kreises Anklam am 10. April 1946 bereits 1.875 Mitglieder. Bei den Wahlen am 15. September 1946 entschieden sich 75,24 Prozent der Wähler für die Politik der SED.

## **58. Entwicklung des Schulwesens und der Jugendarbeit**

Der Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der SMA vom 10. Juni 1945 eröffnete der Jugend mit der antifaschistischen Umgestaltung des Erziehungs- und Bildungswesens, des kulturellen und geistigen Lebens neue Wege. Auch der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 gab eine klare Orientierung für ihr Wirken bei der Entwicklung der jungen Generation. Die organisatorische Grundlage dafür bildeten zunächst die Jugendausschüsse, die schon bald als antifaschistische Jugendausschüsse gegründet wurden.

Die demokratische Schulreform gab der Jugend neue Perspektiven, denn das gesamte Bildungs- und Erziehungswesen wurde nicht nur von allen Faschistischen und reaktionären Elementen gesäubert, sondern jedem begabten jungen Menschen standen jetzt auch alle Schul- und

Bildungsmöglichkeiten offen. Dafür gab es konkrete Beschlüsse und Zielstellungen. Doch das Umsetzen in die Tat war fast ebenso schwer, wie die Organisierung der ersten Friedensernte. Auch hier fehlte am Anfang fast alles. Nach einer Übersicht vom 18. August 1945 gab es damals im Kreise Anklam nur noch 54 Lehrkräfte, die nicht Mitglied der NSDAP gewesen waren. Der größte Teil von ihnen war bereits über 60 Jahre alt. Auf sie warteten etwa 6.000 Schulkinder. Dazu kamen zerstörte und beschädigte Schulen und Unterrichtsräume, fehlende Lehrmittel und nicht mehr brauchbare Lehrpläne und Lehrbücher. Es mußte völlig neu begonnen werden. Darum konnte auch die Weisung der Anklamer Stadtväter, am 28. Mai 1945 in der Cothenius-Schule mit dem Unterricht zu beginnen, nicht verwirklicht werden. Es blieb bei einer Erfassung der Schüler und Einteilung in Klassen. Dabei wurden die Jungen und Mädchen noch getrennt erfaßt. Die Cothenius-Schule (heute Karl-Marx-Schule) war Knabenschule, während die Mädchen in der Lilienthal-Schule (heute Geschwister-Scholl-Schule) unterrichtet werden sollten. Die älteren Schüler halfen zunächst bei der Einbringung der Ernte.

Mit dem Befehl Nr. 40 der SMAD vom 25. August 1945 wurde der Neubeginn des Unterrichts unter neuen Bedingungen eingeleitet. Hauptziel war dabei, die Jugend frei zu machen von "nazistischer und militaristischer Ideologie", sie zu erziehen im Geiste einer kämpferischen Demokratie, der Freundschaft unter den friedliebenden Völkern zu fortschrittlichem und freiheitlichem Denken und Handeln.

Darum war es notwendig, die leitenden Schulfunktionen mit bewährten Antifaschisten zu besetzen, die Bildungsprivilegien zu beseitigen, Schule und Kirche zu trennen und das Lehrpersonal von faschistischen und militaristischen Elementen zu säubern. Die Benutzung aller Lehrbücher mit faschistischer Propaganda oder Rassentheorie wurde verboten und die Vorbereitung neuer Lehrbücher mit demokratischem Inhalt in Auftrag gegeben.

Unter diesen Bedingungen begann dann in der gesamten sowjetischen Besatzungszone der Unterricht am 1. Oktober 1945.

Die Anklamer Jungen gingen also in die Cothenius-Schule, während die Mädchen, wie bereits erwähnt, in der Lilienthal-Schule unterrichtet wurden. Die heutige Rosa-Luxemburg-Schule war noch Hilfskrankenhaus und die Luisenschule (heute Käthe-Kollwitz-Schule) wurde als Rathaus genutzt.

Für alle Anklamer Kinder, deren Zahl von Tag zu Tag durch hinzukommende Umsiedler immer größer wurde, standen damit am Anfang nur zwei Schulen zur Verfügung. Sie waren so überfüllt, dass zunächst nur schichtweise unterrichtet werden konnte und sich der Unterricht bis in die späten Nachmittagsstunden ausdehnte. Im Kreisgebiet sah es vielfach nicht besser aus. Dazu kam, dass die Schulgebäude in Rosenhagen, Leopoldshagen, Neuenkirchen, Kagendorf und Stolpe teilweise zerstört waren und erst wieder instand gesetzt werden mußten.

Lehrbücher gab es am Anfang noch nicht. Hefte, Bleistifte und Federhalter mit Tinte waren ebenfalls nur selten vorhanden. Da mußten alte Schieferplatten als Tafel verwendet werden. Altes Packpapier, Tapeten und manchmal sogar einseitig beschriebenes oder bedrucktes Papier mußte genutzt werden und wurde in Schreibhefte verwandelt. Jeder mußte sich selbst helfen. Später gab es dann Hefte auf Zuteilung, die gewöhnlich über den Lehrer ging. Doch die wichtigste Aufgabe und Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungs- und Erziehungsarbeit war die Heranbildung von Neulehrern, deren Zahl sich auch im Kreise Anklam laufend erhöhte. An der am 25. Januar 1946 in Anklam durchgeführten Kreislehrertagung nahmen immerhin bereits 125 Lehrkräfte teil. Bis zum Ende des Jahres 1946 erhöhte sich die Zahl der im Kreise Anklam tätigen Lehrer auf 192, von denen 80 Mitglied der SED, 16 der CDU und 10 der LDP waren.

"Und wie hatte sich die Zahl der Kinder verändert?" wird man jetzt sicher fragen. Ihre Zahl hatte sich inzwischen auf 9.965 Kinder erhöht. Dazu kamen 450 Berufsschüler und 48

Landwirtschaftsschüler. Auf jeden Lehrer entfielen also durchschnittlich noch immer 55 Schüler. Am 22. Juli 1946 konnte man in der Landeszeitung unter der Überschrift "Zentralschulen im Kreise Anklam" lesen, dass durch das neue Schulgesetz solche Zentralschule in Anklam, Ducherow, Altwigshagen, Sarnow, Spantekow, Janow, Krien, Liepen und Medow eingerichtet werden sollten. Die Einrichtung konnte jedoch nur schrittweise erfolgen. Schlechte Kleidung und zum Teil fehlendes Schuhzeug machten vielfach auf dem Lande den Besuch einer Zentralschule noch nicht möglich, denn hier war der Weg zur Schule oft kilometerweit.

Gegen Ende des Jahres 1946 gab es im Kreise Anklam dann schon 2 Russischlehrer, die in den 8. Klassen Russisch-Unterricht erteilten.

Auch an das leibliche Wohl der Kinder wurde gedacht. So erhielten zum Beispiel seit dem 14. September 1946 etwa 3.200 Kinder unseres Kreises täglich ein Brötchen und warmen Kaffee. Die Lernarbeit ging trotz vieler Schwierigkeiten planmäßig voran. Das zeigte auch die Kreislehrerkonferenz am 24. September 1946 in Anklam. Schüler der Oberschule eröffneten sie mit dem Lied: "Brüder reicht die Hand zum Bunde" und dem Goethewort "Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!" Dann sprach Schulrat Niedrig über "Anregungen, die uns das sowjetische Schulwesen gibt!" Ihm folgte Bezirksschulrat Genosse Friese (verantwortlich für den Schulbezirk Krien). Er sprach über die Ergebnisse der Weiterbildung unserer Neulehrer, und dann wertete der Genosse Vogel die Ergebnisse des pädagogischen Kongresses in Schwerin und Berlin aus und forderte die Teilnehmer zur weiteren Auswertung in ihren Schulen auf.

Die Hauptaufgabe lag danach weiter in der Fortbildung der Neulehrer und der Ausarbeitung und Einführung der neuen Lehrpläne. Um den Neulehrern das Hineinwachsen in den Beruf zu erleichtern, wurde der Kreis in die vier Ausbildungsbezirke Anklam, Ducherow, Krien und Sarnow aufgeteilt. Dort fanden unter der Leitung erfahrener Dozenten und Lehrkräfte regelmäßige Schulungstage statt. Dabei dienten die ersten Stunden gewöhnlich immer Praxis. So stellte zum Beispiel am 22. November 1946 eine Lehrprobe den Sprachschatz fest, den die Schulanfänger mitbringen, während eine weitere Stunde den Kindern ein Märchen bot. Darauf folgte ein Vortrag über die Bedeutung unserer Märchen im Unterricht. Ein anderer Vortrag behandelte das Grenzgebiet zwischen Mensch und Tier, dabei ging es um "Organentwicklung und Instinkt". Die körperliche Entwicklung des Kindes und die dadurch bedingten Leistungen waren Inhalt eines dritten Vortrages. Man kann sich sicher denken, dass so organisierte Weiterbildungsveranstaltungen ihr Ziel erreichten und auch sehr viel Anklang bei den Hörern fanden.

Bei einer am 20. November 1946 durchgeführten Revision in der Oberschule, der Knabenschule und mehrerer Landschulen konnte festgestellt werden, dass die Lehrkräfte bemüht waren, die durch die Kriegsjahre und Nazizeit entstandenen Lücken zu schließen. Die Arbeit, so wurde festgestellt, könnte noch besser vorangehen, wenn der große Mangel an Lehr- und Lernmitteln schneller behoben werden könnte, doch das dauert seine Zeit.

Neben der Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Schulen gehörte die Entwicklung der Jugendarbeit zu den Hauptaufgaben jener Zeit. Sie begann praktisch unmittelbar nach der Gründung der KPD, als dem Genossen Erich Honecker Anfang Juli 1945 die Funktion des Jugendsekretärs des ZK der KPD übertragen wurde. Als dann die SMAD am 31. Juli 1945 die Bildung von antifaschistischen Jugendausschüssen gestattete, kam es in kurzer Zeit in vielen Städten unserer heutigen DDR, darunter auch in Anklam, zur Bildung solcher Jugendausschüsse. Zu den Mitbegründern des Anklamer antifaschistischen Jugendausschusses gehörten Heinz Jost, Horst Wittstock, Bruno Malchin, Gerda Fensch und Wolfgang Schmidt. Ihnen schlossen sich bald die Jugendfreunde Heinz Marggraff, Günter Beutler, Annemarie Wesenberg, Edith Manzke und Horst Schmidt an. Wolfgang Schmidt war zunächst Leiter des Anklamer Antifa-

Jugendausschusses.

Die Jugendfreunde wurden in ihrer Arbeit besonders angeleitet und unterstützt durch den damaligen Jugendoffizier der sowjetischen Kommandantur Leutnant Kussow und den 1. Kreissekretär der KPD und früheren Funktionär des KJVD Genossen Karl Lawonn. Die Arbeit war nicht immer ganz leicht, denn die Jugendausschüsse erfaßten alle Schichten des Volkes. Sie vereinten Christen, Sozialisten, Demokraten, Kommunisten und Jugendliche, die mit der Hitlerjugend und ihrem Ungeist gebrochen hatten, mit den unterschiedlichsten Anschauungen in ihren Reihen. Die große Hauptaufgabe bestand daher in der politisch-ideologischen Umerziehung der jungen Menschen. Dazu mußten zunächst die jungen Leitungskader befähigt werden. Wie ernst es den Genossen der KPD damit war, geht aus der Tatsache hervor, dass der Leiter der Anklamer Antifa-Jugend Wolfgang Schmidt bereits zum 2. Lehrgang der Landespartei-schule der KPD vom 29. November bis 18. Dezember 1945 nach Schwerin delegiert wurde.

Der Genosse Horst Schmidt war in dieser Zeit auch schon hauptamtlich in der Jugendarbeit tätig. Er sagte über die Unterstützung durch den sowjetischen Jugendoffizier: "Wenn ich heute zurück denke an die ersten Anfänge der Antifa-Jugend 1945 in unserer Stadt, dann verbindet mich dieser Gedanke sofort mit dem damaligen Jugendoffizier der sowjetischen Kommandantur Leutnant Kussow. Wir alle, damals noch unerfahren in der politischen Arbeit mit der Jugend, haben durch seine beharrlichen Aussprachen und klugen Ideen die ersten Schritte in der politischen Tätigkeit gelernt. Oft bis in die späten Nachtstunden diskutierten wir mit ihm und wälzten Probleme der Umerziehung unserer jungen Menschen. Von ihm ging dabei immer ein Elan und eine Begeisterungsfähigkeit aus, die uns manchmal über uns selbst hinaus wachsen ließ. Wir waren selbstverständlich dabei, als es um die Einbringung der ersten Friedensernte ging, oder wenn es hieß, Trümmer und Ruinen in unserer so schwer zerstörten Stadt zu beseitigen."

Im zentralen antifaschistischen Jugendausschuß, in dem damals so bewußte Antifaschisten, wie die Genossen Erich Honecker, Paul Verner, Edith Baumann und Heinz Keßler arbeiteten, wurden inzwischen alle Vorbereitungen zur Gründung einer demokratischen Jugendorganisation getroffen. Am 26. Februar 1946 konnte ein entsprechender Gründungsantrag an die SMAD gerichtet werden. Für die neue Jugendorganisation wurde der Name "Freie Deutsche Jugend" beantragt und ihr Symbol sollte die aufgehende Sonne auf blauem Hintergrund sein.

Die Zustimmung der SMAD erfolgte bekanntlich am 7. März 1946, so dass dieser Tag heute als der Gründungstag der ersten einheitlichen demokratischen Jugendorganisation in der deutschen Geschichte gefeiert wird.

Am 18. März 1946 erfolgte die Gründung und Wahl der Landesleitung Mecklenburg/Vorpommern im Schweriner "Capitol". Daran nahmen als Beauftragte des Zentralrates die Genossen Edith Baumann und der Genosse Heinz Keßler teil. Zu den Delegierten aus Anklam gehörten Gerda Fensch, Horst Wietstock, Horst Schmidt und Gerhard Lemke.

Am 23. März war es dann auch in Anklam so weit. Das damalige "Haus der Arbeiter und Bauern" (Volkshaus) war bis auf den letzten Platz gefüllt. Zur Eröffnung sprach der Genosse Karl Pank. Ihm folgte der Kreissekretär des FDGB der Genosse Anselm Kluth. Das Hauptreferat hielt Genosse Burwitz, der spätere Oberbürgermeister von Greifswald. Alle Mitglieder des Antifa-Ausschusses traten geschlossen der FDJ bei. Damit gab es am Ende der Gründungsversammlung bereits 180 FDJ-Mitglieder. Zu ihrem Kreissekretär wählten sie die junge Genossin Gerda Fensch. Sekretär der Stadtleitung wurde der Genosse Horst Schmidt.

Ihre erste große Bewährungsprobe hatten die Jugendfreunde zu bestehen, als die Umsiedleraktion aus dem Sudetengau durchgeführt wurde. Zu jedem ankommenden Transport war eine Abordnung der FDJ mit Handwagen und Karren zur Stelle. Darauf wurde das schwere Gepäck transportiert. Aber auch bei der Einrichtung der Unterkünfte halfen die Jugendfreunde oftmals.

Die Zahl der Mitglieder nahm täglich spürbar zu. Schon im Mai 1946 gab es im Kreisgebiet 987 FDJ-Mitglieder.

Am 10. Juli 1946 berichtet die Landeszeitung: Die FDJ Anklam beginnt mit der Durchführung politischer Schulungskurse für ihre Mitglieder. Die Kurse werden wöchentlich in den einzelnen Gruppen durchgeführt, um so, namentlich in der Diskussion den Jungen und Mädchen Gelegenheit zu geben, alle sie berührende Fragen zu klären und sich im demokratischen Sinne ihre eigene politische Meinung zu bilden.

Auf der am 2. September 1946 durchgeführten 2. Kreiskonferenz der FDJ, an der etwa 80 Delegierte aus dem Kreisgebiet teilnahmen, wurde ein Sofortprogramm beschlossen in dem die Jugend forderte, das Wahlrecht auf 18 Jahre und die Wählbarkeit auf 20 Jahre herabzusetzen. Außerdem wünschten die Jugendlichen eine aktivere Unterstützung durch die Gemeinden und die Kreisverwaltung.

Andererseits verpflichteten sie sich, tatkräftig am Wiederaufbau mit zu helfen. So wurde am 1. Oktober 1946 mit der Herstellung von Holzschuhen begonnen. Als Arbeitsraum hatte der Rat der Stadt dafür die ehemalige Turnhalle Ecke Leipziger Allee zur Verfügung gestellt. Das benötigte Holz wurde im Walde bei Leopoldshagen geschlagen und nach Anklam gebracht. Davon sollten monatlich 700 Paar Schuhe angefertigt werden, die zum Preise von 7,50 RM vor allem an Werktätige und Kinder abgegeben werden sollten.

Die Jugendlichen konnten auf ihren Zusammenkünften und Konferenzen immer wieder feststellen, dass sie bei der Lösung all ihrer Aufgaben stets von den Genossen der SED aktiv unterstützt wurden. Damit gewann die Jugend recht schnell Vertrauen zu den Aufgaben und Zielen der Partei. Das zeigte sich nicht zuletzt auch in der ständig wachsenden Mitgliederzahl. Sie hatte sich bis zum 1. November 1946 auf 1.547 Mitglieder erhöht.

Die Jugendfreunde sorgten auch selbst für ein frohes Jugendleben. So bestand bereits ein Jugendchor, der unter der Leitung des Lehrers Hubert Rhode schon 1946 bei einem Wettsingen in Stralsund einen ehrenvollen 3. Platz erreichte. Auch die Laienspielgruppe verstand es, die Anklamer Bevölkerung mit dem Lustspiel "Der Diener zweier Herrn" so zu begeistern, dass die Aufführung wiederholt werden mußte. Daneben bestand eine Märchengruppe der FDJ, die regelmäßig für die Kinder spielte.

Und mancher Jugendfreund von damals erinnert sich sicher auch noch gerne an die Anklamer Jugendkapelle, die für Tanz- und Unterhaltungsveranstaltungen sorgte.

So konnte die Anklamer FDJ, deren Leiter inzwischen der Genosse Gerhard Voß war, am 21. März 1947 zum einjährigen Bestehen ihres Verbandes eine gute Bilanz ziehen und drei besonderen Förderern der Jugendarbeit, dem Landrat Genossen Hövelmans, Bürgermeister Klühs und dem Lehrer Hubert Rohde die Ehrenmitgliedskarte überreichen.

Das Kulturprogramm gestaltet vom FDJ-Chor und der Kapelle Torbritz fand so viel Anklang, daß es auf Wunsch der Bevölkerung wiederholt wurde.

Vielleicht taucht nun die Frage auf: "Wie sah es mit der Sportarbeit aus?"

Nach den damaligen Bestimmungen lag die Sportarbeit voll in den Händen der FDJ. Eine Ausnahme bildete lediglich der Kegelsport, der am 28. Dezember 1946 gesondert zugelassen worden war. Seit dem Herbst 1946 spielten die Anklamer auch schon wieder Fußball und gehörten zur Bezirksklasse.

Zusammenfassend läßt sich sagen, schwer war die Arbeit in jenen Tagen. Viel Schutt, auch aus den Köpfen der jungen Menschen, mußte beseitigt werden. Täglich gab es Neues zu lernen. Doch die Arbeit hat sich auch hier in Anklam gelohnt. Aus jenen FDJ- lern der ersten Jahre wurden bewußte Genossen, die heute in unserer Republik hohe Funktionen bekleiden. Erwähnt seien nur der Genosse Alfred Marter, Botschafter in Syrien und zur Zeit Botschafter in Frankreich, oder der

damalige Kreissekretär der FDJ, Genosse Gerhard Voß ist heute Präsident des DDR-Radsportverbandes, Genosse Professor Dr. Heinz Voßke ist als Mitarbeiter im Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED bekannt geworden als Verfasser der Biographien von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. Bekannt sind auch die beiden Fernseh-Journalisten, Die Genossen Manfred Schröder und Eberhard Fensch. Ihre Namen stehen für viele. Sie alle drückten einmal in Anklam die Schulbank oder besuchten als junge FDJ-ler die ersten Schulungskurse des Verbandes.

## **59. Auch die Kulturarbeit wurde nicht vergessen**

Trotz der harten täglichen Arbeit hatten die Anklamer Bürger von Anfang an auch ein großes Interesse für die Entwicklung der Kulturarbeit und eine regelmäßige kulturelle Betreuung. Es gab zwar anfangs in der Stadtverwaltung oder im Landratsamt noch keine Abteilung Kultur, dafür aber fühlten sich die Parteien, Massenorganisationen und besonders der Kulturbund für diese Arbeit verantwortlich. Dem Rat lag bereits am 25. Mai 1945 ein Antrag einer Frau Nietsch auf Eröffnung einer Leihbücherei vor, der jedoch noch nicht gleich genehmigt werden konnte. Zunächst mußten alle Buchbestände überprüft und die gesamte faschistische und Kriegsliteratur abgegeben und vernichtet werden. Die Anklamer Bevölkerung hatte auf Weisung des Bürgermeisters derartige Bücher und Schriften bis zum 25. Juni 1945 auf dem Hofe der damaligen Bürgermeisterei in der Stettiner Straße 9 (heute Pasewalker Straße 9) abzuliefern. Das galt natürlich auch für öffentliche und betriebliche Büchereien.

Bereits am 18. August 1945 wird dann eine Volksbücherei in Anklam erwähnt, die Frau Kahlemann leitete. Sie umfaßte 1946 immerhin schon 3.500 Bände und hatte rund 500 Leser. Im Oktober 1945 wurden auch die Anklamer Lichtspiele wieder eröffnet.

Nach dem Umzug der Bürgermeisterei in die Luisenschule (KKS) sorgte man auch bald für die Renovierung und Bestuhlung der Aula der Schule, so dass sie wieder für Konzerte und Liederabende genutzt werden konnte.

Im Haus der Arbeiter und Bauern (Volkshaus) wurden nach entsprechenden Instandsetzungsarbeiten Theater- und Varietee-Veranstaltungen durchgeführt. Und schon 1946 trug man sich mit dem Gedanken, ein eigenes Theater zu gründen. Wenn auch die Eröffnung eines eigenen Theatergebäudes noch bis 1950 auf sich warten ließ, so konnte trotzdem bereits am 17. September 1947 die Eröffnungsveranstaltung des Anklamer Theaters der "Peene-Kammerspiele" mit Lessings Lustspiel "Der junge Gelehrte" erfolgen.

Einen spürbaren Aufschwung nahm die Kulturarbeit nach der Gründung des Kulturbundes, die in Anklam am 6. März 1946 erfolgte. Die Leitung lag in den ersten Jahren in den Händen von Herrn Lattner, der als Mitglied der SED ab 15. September 1946 auch Stadtverordneter war. Er war es auch, der dem Rat der Stadt den Vorschlag machte, die ungenutzte Turnhalle der Luisenschule als Lesesaal für die Volksbücherei einzurichten. Sein Vorschlag wurde am 8. August 1946 von der beratenden Versammlung der Stadt beschlossen.

Der Kulturbund war dann vielfach der Organisator und Träger entsprechender Kulturveranstaltungen. So hatte der Kulturbund zum Beispiel am 6. September 1946 zu einem "frohen Abend" ins Haus der Arbeiter und Bauern eingeladen. Dazu waren etwa 400 Anklamer Arbeiter erschienen. Saal und Bühne waren festlich geschmückt. Die 25 Orchestermitglieder zählende Kapelle Torbritz gab ihr 7. Konzert. "Besonderen Wert", so schrieb die Landeszeitung, "erhielt der Abend durch die Mitwirkung des Lehrers Rohde, der Lieder sang und der Frau



Scheunemann, die mit viel Charme Lieder aus der Operette "Die Csardasfürstin" vortrug." Eine ähnliche eintrittsfreie Veranstaltung gab es am 8. Dezember 1946 in der Aula der Luisenschule für verdiente Arbeiter und Arbeiterinnen, die sehr viel Anerkennung fand. Aber auch bekannte Bühnen anderer Städte gastierten laufend in unserer Stadt. "Vom 23. bis 25. September 1946" so berichtet wieder die Landeszeitung, "welte das Berliner Operettentheater zu einem Gastspiel in Anklam. Die Veranstaltung wurde im Hause der Arbeiter und Bauern durchgeführt. Da das Theater ein eigenes Orchester mitbrachte, war die Unterbringung der Teilnehmer nur durch gastfreundliche Bürger der Stadt abzusichern, was jedoch keine Schwierigkeiten bereitete. Die frohen und anregenden Stunden, die sie mit der Aufführung der "Csardasfürstin" boten, entschädigten in reichem Maße. Das ausverkaufte Haus dankte mit reichem Beifall."

Am 2. November 1946 stand dann sogar die bekannte Schauspielerin Lucie Englisch in einem Lustspiel "Ich kenne die Männer!" auf der Anklamer Bühne. Und wieder hieß es: "Es gab viel Beifall im ausverkauften Haus!"

Die kulturbegeisterten Anklamer nahmen dabei manchmal sogar die größten Opfer mit in Kauf. Auch dafür gab es ein Beispiel. Die Operette "Land des Lächelns" von Lehar wurde am 6. Februar 1947 zum dritten Mal im ausverkauften Haus der Arbeiter und Bauern durchgeführt. Die zweieinhalb Stunden dauernde Aufführung erfolgte im ungeheizten Saal bei Außentemperaturen von Minus 15 Grad Celsius.

Ab 1. Januar 1947 bestand ein Vertrag über regelmäßige Gastvorstellungen mit dem Theater Greifswald. Auch hier mußten Übernachtungsmöglichkeiten für die Schauspieler beschafft werden. Trotz beengter Wohnverhältnisse nach der starken Zerstörung der Stadt wurden die notwendigen Privatquartiere stets bereit gestellt.

Die Kulturarbeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Durchführung von Operettenveranstaltungen, sondern in gleichem Maße wurden auch Feierstunden oder Gedenkfeiern organisiert und gestaltet. So veranstaltete die SED zur 28. Wiederkehr des Todestages von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg eine eindrucksvolle Gedenkfeier. Unter den überlebensgroßen Bildern von Karl und Rosa vereinigten sich die Anklamer Werktätigen. Der Geist der beiden großen Toten belebte und beherrschte den Abend. Dazu trug ein vielseitiges und eindrucksvolles Programm, dargeboten von der Musikkapelle "Europa", dem gemischten Chor der Kreispartei-schule und mehreren Rezitatoren bei. Der Ansprache des Genossen Ernst Maaß folgten der Sozialistenmarsch und 2 weitere Rezitationen, bevor die Feierstunde mit dem Gesang der "Internationale" ihren Abschluß fand.

Am 17. Juli 1946 organisierte der Kulturbund einen Abend mit russischer Musik und Dichtung, den der Musiklehrer Hubert Rohde gestaltete.

In einer Bekanntmachung für die Mitarbeiter der damaligen Stadtverwaltung hieß es: "Der Kulturbund veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Kreiskommandantur am Mittwoch, dem 18. Juni 1947 eine "Maxim Gorki Gedenkfeier".

Beginn um 20 Uhr.

Es singt Frau Margarete Falk, Greifswald.

Am Flügel Fräulein Giesela Grigoleit, Anklam, Lesung aus Werken von Gorki Dr. Heydel und Hubert Rohde, Anklam.

Auch diese Veranstaltung, in der Aula der Luisenschule durchgeführt, ist ein Beispiel für das Bemühen der Anklamer Kulturfunktionäre um die Entwicklung einer neuen sozialistischen Kultur. Zur Gesamteinschätzung kann man wohl sagen, eine interessante und abwechslungsreiche Kulturarbeit war damals der beste Ausgleich für die harte tägliche Arbeit, die fast jeder zu leisten hatte.

## **60. Gesundheits- und Sozialwesen - Umsiedlerbetreuung**

Wie sah das Erbe im Gesundheits- und Sozialwesen aus?

Der Rat beschäftigte sich am 5. Juli 1945 mit den Fragen des Gesundheitswesens und erfuhr im Bericht der Leiterin des Gesundheitsamtes Fräulein Dohse, dass im Krankenhaus nur noch 2 Schwestern und 2 Helferinnen tätig waren. Auf der Entbindungsstation arbeitete die Hebamme Frau Brötzmann. Zum Glück war das Krankenhaus in dieser Zeit nur mit 26 Kranken, 9 Müttern und 7 Kindern belegt, die über die Anklamer Volksküche versorgt wurden. Medikamente gab es so gut wie gar nicht. Daher erhielt Fräulein Dohse einen Vorschuss von 1.000 RM für den Einkauf von Medikamenten in Greifswald. Am 3. Juli 1945 wurde Dr. Kalb als Chefarzt für das noch nicht betriebsfähige Krankenhaus berufen. Ihm oblag neben der Behandlung der Patienten die Organisation der Wiedereinrichtung des Krankenhauses.

Nach einer statistischen Übersicht gab es 1945 in Anklam 3 praktische Ärzte, 4 Apotheker und eine Hebamme. Als praktische Ärzte waren Dr. Souvant ab 11. Juli 1945 und Dr. Nähnke ab August 1945 in Anklam tätig. Dazu kam Dr. Mix, der sich besonders für die Seuchebekämpfung einsetzte, bis er selbst ein Opfer der Typhusepidemie wurde. 1945 wurden für den Kreis Anklam 501 Typhuseerkrankungen, 116 Diphtherie- und 15 Fleckfieberfälle registriert. Da hieß es keine Mühe und keine Mittel scheuen im Kampf gegen eine weitere Verbreitung der Seuchen. Der Rat der Stadt beschloß am 16. Oktober 1945 eine Zwangsimpfung gegen Typhus und stellte dafür die benötigten Geldmittel bereit. So wurden in Anklam schon bald 11.450 Impfungen vorgenommen. Um eine weitere Ausbreitung der Fleckfiebererkrankungen zu vermeiden, wurde das Krankenhaus genutzt und eine 2. Entlausungsanstalt eingerichtet. Die Seuchenerkrankungen wurden jedoch besonders in Behelfskrankenhäusern behandelt. Dazu standen die Berufsschule (heute Rosa-Luxemburg-Schule) und eine Einrichtung am Pulverturm zur Verfügung.

1946 erkrankten 336 Personen an Typhus. Weitere Fälle traten noch bis 1960 vereinzelt auf, so dass für die Zeit von 1946 bis 1960 insgesamt 676 Personen im Kreis Anklam als Typhus erkrankt registriert wurden, von denen 74 Personen verstorben sind. Zu ihnen zählte leider auch der Obermedizinalrat Dr. Cüppers, der sich 1949 eine Infektion zuzog und trotz aller Bemühungen der Universitätsklinik Greifswald verstarb, während 2 seiner ebenfalls erkrankten Mitarbeiter gerettet werden konnten. Die wirkliche Zahl der Seuchenerkrankten wird sicher noch wesentlich höher gewesen sein, weil besonders aus den Hilfskrankenhäusern in Löwitz, Krien, Ducherow und Spantekow nicht alle behandelten Personen registriert und gemeldet wurden.

Dem Leser wird es sicher nicht schwerfallen, die Ursachen für den Ausbruch der Seuchenerkrankungen zu erkennen. Sie waren zu suchen in der so starken Verschlechterung der Wohnbedingungen, durch die Zerstörung vieler Wohnhäuser, die ungenügende Wasser- und Lebensmittelhygiene, den Hunger, den Zusammenbruch der Müll- und Abwasserbeseitigung und nicht zuletzt durch die Überbelegung durch die vielen Umsiedler. Besonders die Massenquartiere in denen die Umsiedler anfangs untergebracht waren, stellten große Gefahrenherde dar.

In den ersten Wochen und Monaten gab es noch ein ständiges Hin- und Herziehen der Flüchtlinge und Umsiedler von Ost nach West und umgekehrt. Da wurde in Scheunen, Strohmieten und behelfsmäßigen Unterkünften auf die primitivste Art übernachtet. Oft besaßen diese Menschen nur noch, was sie auf dem Leibe hatten. Darin schliefen sie auch, denn Decken oder gar Betten fehlten erst recht. Wie oft gab es keine Waschgelegenheiten. Da war es kein Wunder, wenn unter solchen Bedingungen Seuchen ausbrachen, die dann noch verschleppt wurden. Damit gehörte es zu den

Hauptaufgaben der damaligen staatlichen Organe, dieses Umherziehen zu beenden und die Umsiedler seßhaft zu machen.

In Anklam gab es damals nur behelfsmäßige Auffanglager in der Cothenius-Schule und im Schützenhaus. Auch hier fehlten zunächst noch Betten, Bade- und Entlausungsanlagen. Zum Baden und Entlausen mußten die Flüchtlinge ins Anklamer Warmbad, das notdürftig hergerichtet war. Die Verpflegung erfolgte über die Volksküche, soweit notwendig auch morgens und abends.

Die Zahl der Umsiedler wuchs so schnell und so stark, dass man bald das "Lager Raupe" und auch die Anklamer Kriegsschule als Auffang- und Quarantänelager einrichten mußte. Während das Lager Raupe 500 Personen aufnehmen konnte, waren es in der Kriegsschule etwa 1.000. Auch hier war es am Anfang nicht leicht, die Räume mit elektrischem Licht, mit Waschgelegenheiten und Toiletten auszustatten. Im Lager Raupe wurde ein Baderaum mit einer Kapazität von 100 Personen pro Stunde und eine Entlausungsanstalt für 60 Personen pro Stunde eingerichtet. Die ärztliche Betreuung übernahm ein Lagerarzt mit Schwestern und Sanitätern.

Die ehemalige Kriegsschule hatte man in 3 verschiedene Stationen aufgeteilt. So gab es eine Station für Mütter und Kleinstkinder, eine für alte Leute und die dritte für Familien. Die Einrichtungen waren bis September 1946 soweit fertig, dass immer 2 Familien einen gemeinsamen Wohnraum erhalten konnten. In jeder Station gab es dann eine Küche. Tagsüber konnten sich die Umsiedler in einem großen Gemeinschaftsraum aufhalten. Doch wenn auch die Umsiedler bald wieder ein richtiges eigenes Heim haben wollten, mußten sie selbst mit zupacken. So wurden alle Bauhandwerker sofort für den Wiederaufbau in der Stadt eingesetzt. Aber auch beim Brückenbau oder dem Wiederaufbau der Zuckerfabrik fanden viele Umsiedler wieder Arbeit.

Doch wie umfangreich die gesamte Arbeit mit den Umsiedlern war, kann man sich leicht vorstellen, wenn man hört, dass die Zahl der Einwohner unseres Kreises von 39.544 im Jahre 1945 bis November 1946 auf 52.895 Personen angewachsen war. Da mußten ständig private Unterkünfte und Wohnungen beschafft werden. Unsere so stark zerstörte Stadt hatte bis Ende 1946 insgesamt 5.500 Umsiedler zusätzlich aufgenommen und untergebracht. Von den Dörfern des Kreises waren weitere 19.395 Umsiedler aufgenommen worden. Ganz war das Hin- und Herwandern auch 1946 noch nicht überwunden, denn bis zum 1. Oktober 1946 hatte unser Kreis insgesamt 30.318 Umsiedler über die Auffanglager aufgenommen, von denen jedoch ein Teil weiter nach dem Westen abwanderte. Im August 1946 trafen die letzten Transporte aus der Tschechoslowakei ein und wurden zunächst in die Quarantänelager "Lager Raupe" und "Kriegsschule" gebracht. Es waren erneut 1.208 Personen. Alle brauchten, um seßhaft zu werden, eigenen Wohnraum und Arbeit. Um die Interessen der Umsiedler noch besser wahrnehmen zu können, wurde im Februar 1946 ein Umsiedler-Ausschuß gebildet. Ihm gehörten an: von der KPD die Genossen Brieger und Rothers, von der SPD die Genossen Blietz und Schössler und von der CDU die Freunde Tiedt und Brandenburg. Der Ausschuß sah seine Hauptaufgabe vor allem in der Überwachung der gerechten Verteilung des Wohnraums und der Vermittlung von Arbeitsplätzen entsprechen der beruflichen Ausbildung. So konnten im Mai 1947 zwei Transporte mit je rund 1.000 Textil- und Glasarbeitern sowie Bergleuten, die aus der CSSR aufgenommen worden waren, in die Lausitz und ins sächsische Voigtland umgesiedelt werden, wo sie wieder als Facharbeiter in ihrem Beruf eingesetzt wurden. Es vergingen jedoch noch einige Jahre bis auch der letzte Umsiedler sich wirklich wieder heimisch fühlen konnte.

## **61. Baufachleute hatten viel Arbeit**

Die große Wohnungsnot zwang vielfach zur Eigeninitiative beim Ausbau von behelfsmäßigem Wohnraum. Alte Stallgebäude, Schuppen oder stehengebliebene Ringmauern wurden dazu genutzt. Zwischen Trümmern und Ruinen entstanden so durch Verwendung des aus Trümmern geborgenen Materials neue Unterkünfte. Der Rat der Stadt ließ die Grundstücksbesitzer nicht nur gewähren, sondern gab auf städtischen Grundstücken ähnliche Ausbauarbeiten in Auftrag. Es war daher kein Wunder, wenn man in der Ratssitzung vom 1. Juli 1945 schon zu der Feststellung kam: "Es sind Bauarbeiten aller Art ausgeführt worden. Rechnungen liegen vor. Eine Bezahlung kann jedoch erst erfolgen, wenn ein normaler Zahlungsverkehr gegeben ist. Es ist daher notwendig, die Wiedereröffnung der Stadthauptkasse und der Stadtparkasse in kürzester Frist abzusichern!" Um eine planmäßige Arbeit im Bauwesen zu erreichen führten Bürgermeister Klühs, selbst von Beruf Maurer, und sein Stadtrat für Wirtschaft Genosse Karl Meier am 21. September 1945 im Thälmannhaus (Volkshaus) eine Versammlung mit Bauunternehmern, Maurern, Zimmerleuten, Bauhilfsarbeitern, Steinsetzern und Töpfern durch. Dabei wurde auch der Bauarbeiterverband neu gegründet.

Da viele Ruinen noch eine große Gefahrenquelle für die Bewohner der Stadt bildeten, stellte der Rat am 3. November 1945 entsprechende Geldmittel zur Beseitigung der Gefahrenquellen im Bereich der städtischen Grundstücke und auch bei Privatgrundstücken, deren Besitzer sich nicht am Ort befanden, bereit und ließ zunächst diese Arbeiten durchführen. Die zweite zu organisierende Hauptaufgabe war die Enttrümmerung. Dabei ging es nicht nur um Aufräumarbeiten, sondern vor allem um die Bergung von Mauersteinen, Rohrleitungen, Kabel und sonstigen Materialien, denn neue gab es kaum.

Zur Unterstützung und Lenkung der ersten Aufbauarbeiten wurde am 5. Januar 1946 ein Betreuungsausschuß für den Wiederaufbau der Stadt gebildet. Bis zum 8. Juni 1946 hatte der Rat der Stadt dann bereits 86 Baugenehmigungen erteilt.

An Materialien konnten bis zum 16. Oktober 1946 insgesamt 3.270.000 Mauersteine, 51.237 Zementfalzziegel, 1.690 Quadratmeter Dachpappe und 57.250 Kilogramm Kalk ausgegeben werden. Die Zementfalzziegel wurden überwiegend von vier Betrieben des Kreises angefertigt. In Ducherow arbeitete die Ziegelei Diewald wieder. Sie stellte allein im III. Quartal 1946 insgesamt 505.000 Ziegelsteine und 815.000 Rohlinge her. Das war sicher eine spürbare Hilfe für den Wiederaufbau. Doch es ging ja nicht nur um den Aufbau der Stadt, sondern die Durchsetzung des Befehls 209, das Neubauernbauprogramm stand zunächst im Vordergrund. Die Ernährungslage konnte auf die Dauer nur gesichert werden, wenn die Neubauern schnell seßhaft und damit voll arbeitsfähig gemacht wurden. Die ersten beiden neugebauten Siedlungshäuser konnten am 9. August 1946 in Görke bezogen werden. Etwa zur gleichen Zeit befanden sich im Kreisgebiet 54 weitere Neubauerngehöfte im Bau und zwar in Ducherow, Spantekow, Thurow, Nerdin, Preetzen, Kagenow, Gellendin, Görke, Pelsin, Kosenow, Bugewitz, Lepoldshagen und Schwerinsburg. Die Baustellen waren also übers ganze Kreisgebiet verteilt. Da gab es natürlich manche Problem und Schwierigkeiten, nicht nur bei der Finanzierung und Materialbeschaffung, sondern besonders auch beim Transport der Materialien und der Facharbeiter.

Bis Ende 1946 lagen im Kreisgebiet rund 4.000 Bauanträge für Wohn- und Wirtschaftsgebäude vor. Das Neubauernbauprogramm zu verwirklichen war also fast ebenso schwer, wie 1945 die Einbringung der ersten Ernte. Da wurden sogar noch die aus Bauschutt erworbenen Trümmersteine bereitgestellt, obwohl sie in der Stadt auch dringend für den Wohnungsbau gebraucht wurden. Doch bis Ende 1946 wurden auch in der Stadt 399 Wohnungen wieder instand gesetzt und 20

ausgebaut. Weitere 87 Wohnungen waren noch bewohnbar zu machen. Das erste wirklich neu gebaute größere Wohngebäude entstand erst 1953 in der Hospitalstraße. Es war im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes entstanden. Die Wohnungen erhielten die besten Aufbauhelfer.

## **62. Zum Post- und Verkehrswesen**

Der Postverkehr des Kreises ruhte vom 30. April bis 19. Juli 1945 vollständig. Als erste Notlösung beschloß der Rat der Stadt am 15. Juni 1945 einen täglichen Kurierdienst der Großgemeinden einzurichten. Danach hatte jede Großgemeinde des Kreises täglich einen Radfahrer nach Anklam zu schicken, der Briefpost und Zeitungen abzuholen hatte. Mit Wirkung vom 3. Juli 1945 wurde dem Postinspektor Max Wedig die Wiedereinrichtung des Postamtes übertragen. Ab 19. Juli 1945 wurde zunächst der Briefverkehr wieder aufgenommen. Gleichzeitig begann man mit der Organisierung der Zustellbezirke. Am 1. Dezember 1945 wurden mehrere Bezirke zusammengelegt und 7 neue Poststellen eingerichtet. Das frühere Postamt Ducherow mit den Poststellen Borkenfriede und Leopoldshagen wurde dem Postamt Anklam unterstellt. Die größten Sorgen bei der Wiedereinrichtung des Postverkehrs bereiteten auch hier wieder die Transportmittel. Selbst am 1. November 1946 standen erst 1 LKW und sechs Botenposten zur Verfügung. Dazu kam die Nutzung der Eisenbahnverbindungen.

In der Stadt wurden Brief-, Geld- und Zeitungssendungen täglich einmal zugestellt. In den Landzustellbezirken wurde die Post zunächst dreimal wöchentlich zugestellt. Paketempfänger wurden benachrichtigt und hatten ihre Pakete selbst vom Postamt abzuholen.

Für den Fernspreverkehr konnte bald ein neues Fern- und Verstärkeramt in Betrieb genommen werden. Bis Ende 1946 war auch das erste Wählamt fertig. Zu dieser Zeit gab es 140 Fernsprechteilnehmer.

Bei der Organisierung des Verkehrs- und Transportwesens sah es keinesfalls besser aus. Hier beauftragte der Rat der Stadt am 15. Juni 1945 den Fuhrunternehmer Röhl, einen städtischen Fuhrpark einzurichten und machte ihn am 3. Juli 1945 zum Fahrbereitschaftsleiter. Zum Fuhrpark gehörten anfangs nur Pferdegespanne. Die wurden von Herrn Röhl planmäßig eingesetzt. Im Oktober 1945 wurde auf Veranlassung von Landrat Hövelmans die Kreiskraftfahrkolonne mit einer eigenen Reparaturwerkstatt gegründet. Leiter war der Genosse Pank. Man begann mit einer Zugmaschine, zu der jedoch bald 2 LKW kamen. Trotz vieler Schwierigkeiten beschäftigte der Betrieb bis August 1946 bereits 38 Kollegen. Aus Trümmern waren weitere Fahrzeuge zusammen gestellt worden, so dass jetzt schon 4 LKW, 3 Trecker und 1 Zugmaschine zur Verfügung standen. Auch die Werkstatt war inzwischen weiter ausgebaut worden. Hier gab es bereits eine Drehbank, elektrische Bohrmaschinen, zwei Schmieden, eine autogene Schweißanlage und weitere Spezial- und Montagewerkzeuge.

Die Fahrzeuge waren täglich im Durchschnitt 11 Stunden im Einsatz und erreichten im Juli 1946 eine monatliche Leistung von 19.999 Kilometer. Als Ende 1945 die privaten Autoreparatur-Werkstätten Bresemeister, Mussehl und Gebrüder Ewald eröffnet wurden, ging der Wiederaufbau aufgefundener Autowracks doch ein wenig schneller voran. Bis Ende 1945 liefen schon wieder 19 PKW.

Im Oktober 1946 waren es insgesamt 59 LKW, 36 PKW, 18 Trecker und 57 Motorräder. Die PKW durften jedoch nur mit Berechtigungsschein der Landesverwaltung gefahren werden. Sie wurden genutzt für lebenswichtige Zwecke, für das Landratsamt, für Ärzte, Tierärzte und Krankentransporte. Sorgen bereiteten dabei jedoch der Benzinmangel, Bereifung und Ersatzteile.

Der bereits eingerichtete Omnibusverkehr auf den Linien Anklam - Jarmen und Anklam - Lüssan mußte im Sommer 1946 zeitweilig wegen Benzinmangel wieder eingestellt werden. Die vor 1945 vorhandenen Kleinbahnverbindungen wurden überwiegend als Reparationsleistungen demontiert, aber auch teilweise durch Kampfhandlungen zerstört. Seit Herbst 1945 konnte die Strecke Anklam - Dennin - Friedland wieder fahrplanmäßig im Güter- und Personenverkehr befahren werden.

### **63. Der Kampf um Einheit und gerechten Frieden - Beginn des Zweijahrplanes**

Neben dem Kampf ums tägliche Brot, die Wiederbelebung der Wirtschaft und der Schaffung neuen Wohnraums in der zerstörten Stadt, stand immer wieder die Sorge um das weitere Schicksal unseres Volkes, der Kampf um einen gerechten Frieden und ein geeintes Deutschland.

Vom 25. November bis 15. Dezember 1947 fand dazu eine Konferenz des Rates der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA in London statt. Man beriet über die Grenzen Deutschlands, über einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Bildung einer deutschen Regierung sowie über wirtschaftliche Grundsätze und Reparationen, ohne zu einer Einigung zu kommen.

Die UdSSR schlug vor, dazu eine deutsche Delegation anzuhören, doch die Vertreter der Westmächte waren dagegen.

In Deutschland bereitete man sich inzwischen auf den Empfang einer solchen Delegation in London vor.

Man traf sich in vielen Städten und Orten zu entsprechenden Konferenzen für Einheit und gerechten Frieden.

Auch in Anklam nahmen am 5. Dezember 1947 im Hause der Arbeiter und Bauern (Volkshaus) 200 Delegierte der antifaschistischen Parteien Stellung zum bisherigen Verlauf der Londoner Konferenz.

Bürgermeister Klühs eröffnete als Vorsitzender des Antifa-Blocks die Versammlung. Als Vertreter der Besatzungsmacht sprach zunächst Major Spiridonow über die Bedeutung des Antifa-Blocks und wünschte der Konferenz einen guten Erfolg.

Ihm folgte Stadtrat Meier (SED), der die weiteren Aufgaben im Kampf um die Einheit Deutschlands erläuterte.

Der Vertreter der CDU Herr Schulze forderte: "Die Verbindung der Blockparteien muß im gemeinsamen Kampf nach inniger werden!"

Die Vorsitzenden der SED, CDU und LDP gaben Erklärungen ab, dass ihre Parteien sich durch Delegationen am Volkskongreß in Berlin beteiligen wollten. Ihre Auffassungen legte die Konferenz jedoch in 3 verschiedenen Entschlüssen fest.

Vom 6. bis 7. Dezember 1947 tagte dann in der Deutschen Staatsoper (Admiralspalast) in Berlin der 1. Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden. Von den 2.215 Delegierten kamen 1.551 aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin. Trotz eines Verbots waren auch 664 Delegierte aus den 3 westlichen Besatzungszonen angereist.

Aus Anklam hatte jede der 3 Parteien einen Delegierten nach Berlin gesandt.

Dieser Kongreß war zugleich die erste gesamtdeutsche Vertretung nach dem Kriege. Er forderte, neben einem Friedensvertrag das Recht, durch eine Volksabstimmung selbst über die demokratische Einheit Deutschlands und die Bildung einer zentralen Regierung aus Vertretern aller

demokratischen Parteien zu entscheiden. Man wählte eine aus 17 Vertretern bestehende Delegation, die der Londoner Konferenz der Außenminister diesen Beschluß vortragen und überreichen sollte. Doch die Delegation konnte ihren Auftrag nicht ausführen, denn die Mitglieder erhielten keine Einreiseerlaubnis.

Die Vertreter der Westmächte widersetzten sich allen Vorschlägen der UdSSR und traten für eine Revision der früheren gemeinsamen Abkommen von Jalta und Potsdam ein. Unter der Regie des Außenministers der USA Marshall erreichten sie schließlich den Abbruch der Konferenz. Diese Konferenz zeigte bereits recht deutlich, dass die Westmächte nicht gewillt waren, die Verpflichtungen der alliierten Abkommen zu erfüllen. Am 16. Dezember 1947 wandten sich darauf die Vorsitzenden der SED Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck in gleichlautenden Telegrammen an alle Parteien der Westzonen, jeden Versuch einer Spaltung Deutschlands abzulehnen. In dem Telegramm wurde erklärt, dass der von den imperialistischen Westmächten erzwungene Abbruch der Londoner Konferenz die Erhaltung der Einheit Deutschlands aufs äußerste bedrohe. Demgegenüber beschloß der Parteivorstand der westdeutschen Sozialdemokratie am 20. Dezember 1947 Richtlinien eines Besatzungsstatuts, die dem alliierten Kontrollrat überreicht wurden und erklärte gleichzeitig, die Teilnahme an den Volkskongressen und die Unterstützung der Bewegung für Einheit und Frieden sei unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD. Man hatte also selbst aus der Zeit des Faschismus und ihren Folgen immer noch nichts gelernt.

Noch am gleichen Tage forderte der ständige Ausschuß des Deutschen Volkskongresses in einem Appell alle Deutschen und alle Parteien auf, jeden Plan der Zerreißung Deutschlands abzulehnen und sich für einen Volksentscheid für die Einheit Deutschlands einzusetzen, doch der Westen schwieg.

Das Jahr 1948 begann. Die tägliche Arbeit ging auch in Anklam weiter. Doch, was hatte man bisher erreicht, und wie sollte es weitergehen?

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln bereitete nach wie vor bestimmte Sorgen. Auf der Stadtverordnetenversammlung am 31. Dezember 1947 wurde der Rat aufgefordert, eine Erklärung für die Verzögerung der Lebensmittelzuteilungen abzugeben. Der Rat konnte nur darauf verweisen, dass der Grund in der allgemeinen Lage der Versorgung zu suchen sei.

Doch sie mußte Ursachen haben. Eine davon gab es auch in Anklam, denn in einem kurzen Überblick über die Arbeit im Jahre 1947 mußte Bürgermeister Klühs den Abgeordneten leider auch mitteilen, dass das Ablieferungssoll nicht in allen Produktion erfüllt wurde. Andererseits gingen noch zu viele Produkte im Schwarzhandel nach Berlin und in andere Städte.

Darum hatte man am 13. Dezember 1947 in Anklam einen Volkskontrollausschuß gegründet, in dem alle Parteien und Organisationen vertreten waren. Ihm gehörten an.

Pawlack, Theodor	(FDGB)
Pigors, Heinz	(Volkssolidarität)
Fischer, Helmut	(VdgB)
Brendemühl, Hans	(FDJ)
Beyer, Hermann	(LDP)
Saß, Ernst	(SED)
Leppin, Karl	(Stadtvertretung)
Schimmel, Berta	(DFD)
Meier, Amanda	(VVN)
Tiedt, Elisabeth	(CDU)

Der neu gewählte Volkskontrollausschuß bat die Anklamer Bevölkerung sogleich um Mitteilungen über alle Fälle von Schwarzhandel und Schiebertum und versprach, in dem Falle eng mit der Bevölkerung zusammen zu arbeiten. Wie darüber hinaus die Kontrolle der Arbeiten im Kreisgebiet

aussah, geht aus folgender Bekanntmachung des Rates des Kreises hervor:

"Für Sonntag, dem 27. Juni 1948 vormittags 10 Uhr wird im Hause der Arbeiter und Bauern (Volkshaus), Baustraße in Anwesenheit des Herrn Kreiskommandanten und Vertretern der antifaschistischen Parteien eine Tagung anberaumt, in welcher

1. die Bürgermeister der Gemeinden, die Vorsitzenden der VdgB und die Leiter der Maschinenhöfe Bericht über die Einbringung der Ernte geben und
2. die Vorsitzenden der Gemeindebaukommissionen Bericht über den Stand der Durchführung des Befehls 209 zu erstatten haben.

Es wird versucht, ein Eintopfessen zu verabfolgen, wozu Teller und Löffel mitzubringen sind.

Rat des Kreises - Hauptverwaltung

gez. Böker, Kreisrat

Am 18. Juni 1948 hatten die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen mit dem Erlaß des Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens und des Emissionsgesetzes eine separate Währungsreform für ihr Gebiet verkündet. Das Gesetz trat am 20. Juni 1948 in allen drei Westzonen in Kraft.

Daher sah sich die Deutsche Wirtschaftskommission am 21. Juni 1948 ebenfalls zur Herausgabe einer Verordnung über den Geldumtausch in der sowjetischen Besatzungszone veranlaßt. Danach wurden ab 24. Juni 1948 Reichsmark und Rentenmark alten Musters mit Kupons versehen, in Umlauf gebracht.

Ab 26. Juni war dann der Umlauf der alten Reichs- und Rentenmark eingestellt. Dazu gab Bürgermeister Klühs am 23. Juni 1948 bekannt:

"Anweisung zum Geldumtausch auf Grund des Befehls Nr. 111 der SMAD vom 22. Juni 1948. Der Umtausch der Geldmittel aus Anlaß der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone erfolgt in der Zeit vom 24. bis 28. Juni 1948 in der Stadt Anklam in folgenden Umtauschstellen:

1. Landeskreditbank Mecklenburg; Großer Wall (Staatsbank)
2. Bezirkskasse; Landratsamt
3. Postamt Anklam; Steinstraße
4. Sach- und Personenversicherungsanstalt; Friedländer Straße
5. Sozialversicherungskasse; Leipziger Allee
6. Städtische Sparkasse Anklam; Am Markt
7. Stadthauptkasse; Leipziger Allee (heute Kreisleitung der SED)
8. Stadtwerke; Wördeländer Straße
9. Steuerkasse Anklam; Demminer Straße (Oldenburg)

Der Umtausch erfolgt pro Person in Höhe von 70 Mark im Verhältnis 1 : 1, 70 bis 5.000 Mark im Verhältnis 10 : 1. Beträge über 5.000 Mark unterliegen einer Sperre. Zum Umtausch in der Stammabschnitt der Lebensmittelkarte des Monats Juni abzugeben. Dazu ist der Personalausweis vorzulegen. Auch Konten und Sparbücher werden umgewertet. Dazu ist eine Meldung bei den zuständigen Instituten notwendig."

Am 16. Juli 1948 erhielt der Rat der Stadt dann die Mitteilung, dass sie Darlehenschuldvertragsverpflichtungen, die in den Jahren 1945 bis 1947 nicht geleistet wurden, nachzuzahlen habe. Dafür waren fällig:

Zinsraten: 166.207,22 RM und

Tilgungsraten: 172.920,66 RM.

Das heißt, die Stadt hatte zusätzliche Mittel in Höhe von 339.127,88 RM aufzubringen. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß daher eine Haushaltsplanänderung um 539.127,88 RM in Einnahmen und Ausgaben.



## *Stadtchronik Heinz Bemowky 1989*

Danach sah der Haushaltsplan 1948/49 (Gültig vom 1. April 1948 bis 31. März 1949) vor:

Einnahmen: 2.904.600 DM

Ausgaben: 3.058.200 DM.

Der Hebesatz für Grundsteuern und Gewerbesteuern betrug jeweils 300 Prozent.

Wir sehen, auch in der Finanzwirtschaft gab es Probleme. Doch der Wiederaufbau mußte weiter gehen.

Als die Landesregierung keine Mittel mehr für die Enttrümmerung bereitstellte, ging man zur Selbsthilfe über. Nach Aufstellung eines Planes für die weitere Enttrümmerung wurden Betriebe und Einrichtungen zu freiwilligen Einsätzen an Wochenenden aufgerufen. Der Stadtbauausschuß hatte den Einsatz zu lenken und die Fahrzeuge bereit zu stellen. Man setzte das Ziel, pro Kopf und Einsatz 200 Steine ab zuputzen und aufzusetzen. Die Leistungen wurden schriftlich bestätigt und fanden unter anderem bei Sonderzuteilungen Berücksichtigung.

Man brauchte jeden Stein, zunächst besonders für die Durchsetzung des Befehls 209 (Neubauernbauprogramm) und den Aufbau der Maschinenhöfe der MAS im Kreisgebiet. So waren in Ducherow, Spantekow, Krien und Anklam entsprechende Betriebe einzurichten. Auch in Anklam mit Gellendin war der Bau von 10 Neubauerngehöften für 1948 geplant. Begonnen wurden sogar 13 Bauten. Davon waren laut Bericht vom 16. Juli 1948 vor der Stadtverordnetenversammlung 2 Bauten bereits unter Dach, 3 gerichtet, 3 weitere richtfertig, 3 angefangen und die restlichen 2 aus geschachtet.

Sorgen bereitete dabei die Beschaffung des Kalks. Mauersteine wurden aus abgetragenen Wehrmachtsgebäuden, vom Flugplatz und weitere 800.000 Stück aus Trümmern der Stadt bereit gestellt. Viele Einwohner und Vertreter der FDJ hatten dabei in freiwilligen Einsätzen hervorragende Leistungen vollbracht, denn alle 13 Bauten sollten noch bis Jahresende fertig sein. Oft konnte man auf den Bekanntmachungstafeln lesen:

**Bekanntmachung!**

Sonntag, den 14. November 1948 - Solidaritätseinsatz für die Durchsetzung des Befehles 209.

Der Arbeitseinsatz beginnt um 8 Uhr auf dem Markt.

Schaufeln, Hammer oder sonstige Werkzeuge zur Schuttbeseitigung und Bergung von Steinen sind mitzubringen. Der Einsatz geht bis 12 Uhr.

So ging es Schritt für Schritt voran, weil viele Bewohner der Stadt, auch wenn sie selbst oft noch mehr als beengt wohnten, immer wieder freiwillig mit zupackten.

Dazu kamen noch die Ernteeinsätze unter der Losung:

"Stadt und Land - Hand in Hand!"

Die Anklamer Bauern (mit Gellendin) hatten 614 Hektar mit Getreide und Hülsenfrüchten angebaut. Dazu kamen 31 Hektar Futterhülsenfrüchte und 38 Hektar Ölfrüchte.

Für die Ernte standen hier 16 Bindemäher (Selbstbinder) und 8 Getreidemäher (Ableger) und 136 Pferde zur Verfügung. Für den Drusch waren 9 Druschsätze vorhanden. Der Raps und Teile Wintergerste waren bis zum 16. Juni bereits gedroschen. Der Getreidedrusch sollte laut Plan in 20 Tagen beendet sein. Wie in Anklam, so ging man auch im ganzen Kreisgebiet schwungvoll an die Arbeit. Daher konnte der Kreis Anklam der Landesregierung am 9. September 1948 melden: "Der Kreis Anklam hat sein Ablieferungssoll in Getreide 100-prozentig erfüllt!"

Im Übrigen hatten die Bauern der Stadt folgenden Jahreseerfüllungsstand erreicht:

Rindfleisch 88 Prozent

Schweinefleisch 41 Prozent

Milch 85 Prozente

Eier	90 Prozent
Hülsenfrüchte	95 Prozent
Ölsaaten	64 Prozent
Kartoffel	18 Prozent
Heu	80 Prozent

In einigen Produkten, wie zum Beispiel Schweinefleisch oder Ölsaaten bereitete die Erfüllung des Jahresplanes aber doch einige Sorgen, so dass hier kaum mit sogenannten "Freien Spitzen" Lieferungen (Lieferungen über das Plan-Soll hinaus zu höheren Preisen) zu rechnen war.

Auch der Kampf um die Einheit Deutschlands ging natürlich weiter. Am 17. und 18. März 1948 tagte bereits der 2. Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden in Berlin. Wieder waren 1.989 Delegierte, darunter 512, trotz Verbot und Terror, aus den Westzonen nach Berlin gekommen.

Auf Vorschlag des Genossen Walter Ulbricht beschloß die Konferenz die Resolution: "Der Demokratische Neuaufbau der deutschen Wirtschaft" mit den Forderungen:

- Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands,
- Entwicklung einer unabhängigen Friedenswirtschaft,
- Verbesserung der Volksernährung,
- Erhöhung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft,
- Ausweitung des Innen- und Außenhandels und
- größere Sorge für alle Werktätigen.

Darüber hinaus wählte der 2. Volkskongreß einen aus 400 Mitgliedern bestehenden "Deutschen Volksart" mit den 3 Vorsitzenden

Wilhelm Külz (LDPD)  
Otto Nuschke (CDU) und  
Wilhelm Pieck (SED).

Der Deutsche Volksart rief dann am 15. April 1948 das deutsche Volk zum "Volksbegehren für die Einheit Deutschlands" auf, das in der Zeit vom 23. Mai bis 13. Juni 1948 durchgeführt wurde.

Rund 14.776 Deutsche, darunter auch die Bewohner unserer Stadt, forderten durch ihre Unterschrift in ausgelegten Listen von den Oberbefehlshabern der alliierten Streitkräfte ein Gesetz mit folgendem Inhalt zu beschließen oder einen Volksentscheid anzuordnen:

"Gesetz über die Einheit Deutschlands!

§ 1 Deutschland ist eine unteilbare, demokratische Republik, in der den Ländern ähnliche Rechte entstehen sollen, wie in der Verfassung des deutschen Reiches vom 11. August 1919 festgelegt.

§ 2 Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft."

Wie nicht anders zu erwarten, wurde die Durchführung dieses Volksbegehrens in den 3 Westzonen verboten.

Auf der 3. Tagung des Deutschen Volksrates am 2. Juli 1948 überreichte und erläuterte Genosse Walter Ulbricht den Mitgliedern den "Halbjahrplan 1948" und den "Zweijahrplan 1949/50" zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft. Nach ihrer Bestätigung wurden die Planziele aufgeschlüsselt und bis auf die letzte Stadt und Gemeinde aufgeteilt. So wurde, zur Sicherung einer planmäßigen Produktion in der Landwirtschaft, jedem Bauern in einem Anbauplan, der die jeweilige Bodenqualitäten zu berücksichtigen hatte, mitgeteilt, welche Produkte in welchem Umfange auszubauen waren.

Wenn es anfangs auch für manchen Bauern eine etwas ungewohnte Angelegenheit war, konnte Bürgermeister Klühs den Stadtverordneten am 29. Dezember 1948 doch mitteilen, dass das Anbausoll überall erfüllt wurde.

Auch im Rahmen der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung tat sich einiges. Zur isolierten Betreuung von Tbc-Kranken wurde auf dem Gelände des Krankenhauses eine besondere Baracke aufgestellt. Und wie aus einer Bekanntmachung vom 8. November 1948 hervorging, hatten sich die praktischen Ärzte der Stadt zur Vermeidung unnötiger Arbeitsausfälle zur Durchführung von Abendsprechstunden bereit erklärt und wie folgt festgelegt:

Dr. Gottschalk, Ravelinstraße 7	Dienstag und Freitag
Dr. Forstmann, Stettiner Straße 2	Dienstag und Freitag
Dr. Mesewinkel, Burgstraße 45	Dienstag und Freitag
Dr. Näthke, Demminer Straße 6	Montag und Donnerstag
Dr. Neuhaus, Stettiner Landstraße 32	Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag
Dr. Rieger, Stettiner Straße 18	Montag und Donnerstag
Dr. Schlenska, Neuer Markt	Montag und Donnerstag
Dr. Tauscher, Neuer Markt	Montag und Donnerstag
Städtisches Krankenhaus	Dienstag und Freitag.

Darüber hinaus wurde die Schaffung einer Poliklinik vorbereitet.

Gegen Ende des Jahres 1948 wurden auch in Anklam als weitere Blockparteien die NDPD und die DBD gegründet. Während die Leitung der NDPD über viele Jahre unter dem Vorsitz des Parteifreundes Alfred Kölling stand, wählten die Mitglieder der DBD den Kollegen Franz Darga zu ihrem Vorsitzenden.

So ging auch das Jahr 1948 ohne Friedensvertrag und einen einheitlichen demokratischen deutschen Staat zu Ende. In der Neujahrsbotschaft (1. Januar 1949) des Parteivorstandes der SED an das werktätige Volk hieß es:

"Das Jahr 1948 geht im Zeichen des verschärften Kampfes für die Einheit und Demokratisierung Deutschlands zu Ende. Die Hoffnungen unseres Volkes auf die Schaffung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung und den Abschluß eines Friedensvertrages wurden nicht erfüllt. Mit den sogenannten "Empfehlungen der Londoner Sechsmächte-Konferenz (23. Februar bis 6. März und 20. April bis 2. Juni 1948 mit Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande und USA) begann ein verschärfter Kurs der Zerreißung Deutschlands. Auf Befehl der westlichen Besatzungsmächte wurde der Frankfurter Wirtschaftsrat gebildet, der eine nur schlecht getarnte Regierung eines westdeutschen Sonderstaates unter Vormundschaft des USA-Imperialismus darstellt ...

Werkstätige in Stadt und Land!

Geht darum Hand in Hand mit ganzer Kraft an die Erfüllung des Zweijahr-Planes. Gelingt uns das große Werk, dann ist unsere Zukunft gesichert ...

Verschärft Eure Wachsamkeit, um alle Versuche der Reaktion, unseren friedlichen Aufbau zu stören, wirksam zu vereiteln.

Das neue Jahr bedeutet neue Arbeit und neuen Kampf!

Es wird und muß uns zu neuen Erfolgen und Fortschritten führen!"

Und so begannen, wie die Landeszeitung am 4. Januar 1949 schrieb, die Anklamer das neue Jahr: "Während die Sirenen der Anklamer Fabriken am 1. Werktag des neuen Jahres um 7 Uhr den Beginn des Zweijahrplanes verkündeten, strömten die Werkstätigen Anklams in ihre Betriebe und Büros, um mit der Arbeit zu beginnen. In allen größeren Betrieben und in den Verwaltungen waren die Arbeitsstätten mit frischem grün geschmückt. Losungen und Spruchbänder verkündeten den Sinn des Zweijahrplanes. Überall wurde in kurzen Feiern auf die Bedeutung des Wirtschaftsplanes hingewiesen."

Unter der Überschrift: "Jetzt geht's los Kollegen!" berichtete die Zeitung über die Arbeit in der Möbelfabrik. Dazu hieß es:

"Die Arbeiter der volkseigenen Anklamer Holzindustrie sind bereit zum Beginn des Zweijahrplanes." Dann folgt ein Bericht über die bisherige Arbeit:

"Es waren anfangs nur 35 Kollegen, die die Arbeit im Betrieb wieder in Gang brachten. Als Rüstungsbetrieb eingestuft, man hatte zum Schluß noch Flugzeugpropeller produziert, waren fast alle Maschinen und Anlagen demontiert worden. Daraus war inzwischen der "Anklamer VEB Holzindustrie" entstanden. Seit einem halben Jahr waren die Möbelwerker nun volkseigener Betrieb mit 94 Beschäftigten. Im 2. Halbjahr 1948 wurden Möbel und Kisten im Werte von 187.000 Mark hergestellt. Damit wurde der Halbjahrplan mit 135 Prozent erfüllt. Daran waren vor allem mit laufender Übererfüllung der Normen beteiligt:

die Arbeiter

Karl Rehländer	170 Prozent
Karl Krüger	158 Prozent
Reinhold Gransow	154 Prozent
Erich Bohse (Jugendlicher)	151 Prozent
Ernst Mann	151 Prozent und

Hans-Joachim Lachmann.

Im Betrieb gab es zu diesem Zeitpunkt bereits 22 Aktivisten. Zu den vorbildlichsten Maschinenarbeitern gehörten die Kollegen Robert Blank, Robert Dietrich und Wilhelm Wiese. Als planmäßige Organisatoren sind die Kollegen Rautenberg, Berlin, Marggraff und Zieske zu nennen. An der Kreissäge steht Frau Bilow mit einer durchschnittlichen Leistung von 150 Prozent an der Spitze. Frau Hoffmann und Frau Heinemann schafften beim Stechen 140 Prozent.

Der 56-jährige Schlosser Hasselmann war wie es hieß, ein Konstrukteur erster Güte. Er baute aus alten Teilen brauchbare Maschinen. Unter anderem konstruierte er Zinkmaschinen, Bohrer, Schleifmaschinen und eine Stampfmaschine. Bis dahin mußten die Löcher mit einem Dorn ins Bandeisen geschlagen werden, wozu man 5 Arbeiter brauchte. Die neue Stampfmaschine macht mit einem Hebelschlag gleich 4 Löcher und wird von einer Frau bedient."

Und die Meinung des Kollegen Hasselmann zum Zweijahrplan:

"Denn Tweijohrplon. denn' schaffen wie schon!" Was wir ihm bei so einem Kreis von Mitarbeitern, gerne glauben. Alle waren zuversichtlich und zu neuen Taten bereit, und das in einer Zeit der Lebensmittelkarten, die oft noch nicht produktengerecht beliefert werden konnten und Bezugsscheine als noch seltenere Zugabe.

Vielleicht bringt ein Vergleich der Versorgung mit Textilien und Schuhwaren im Lande Mecklenburg dazu einen kleinen Eindruck. Es konnten bereitgestellt werden:

	1947	1948
Gewebe (In Metern)	2.117.000	3.808.000
Decken (in Stück)	9.575	47.500
Obertrikotagen (in Stück)	120.000	232.000
Untertrikotagen (in Stück)	398.000	694.000
Strümpfe (Paar)	1.100.000	2.575.000
Garne (in Kilogramm)	18.000	23.800
Lederschuhe (Paar)	65.000	230.000
sonstige Schuhe - Igelit (Paar)	785.000	1.211.000

Das Land Mecklenburg hatte den Plan der Lebensmittelindustrie mit 105 Prozent erfüllt. Darauf konnten die Rationssätze für alle Verbraucher erhöht werden. Vor allem die Brotqualität verbesserte sich durch den Wegfall der Beimischungen. 13 Millionen Essensportionen ohne Markenabgaben wurden 1948 im Lande Mecklenburg an Werktätige in Betrieben ausgegeben. Dazukamen Sonderzuwendungen an 500.000 alte Leute, Kinder, Tbc-Kranke und Werktätige zu

Weihnachten (neben der allgemeinen Sonderzuteilung).

Am 3. November hatte die Deutsche Wirtschaftskommission die Einrichtung volkseigener Verkaufsstellen und Gaststätten in denen Industriewaren und Lebensmittel zu höheren Preisen frei verkauft werden sollten, beschlossen. Anklam wurde darauf zunächst hin und wieder von einem Verkaufszug, einem kleinen Lieferwagen, beliefert. Dazu hieß es am 10. Mai 1949 in der Landeszeitung:

"Anklam ist eine Stadt von 21.000 Einwohnern. Der Bedarf an angebotenen Mangelwaren ist groß, der Andrang entsprechend. Sollte man in Anklam gar keine Räume für ein HO- Geschäft bekommen? Die Eröffnung einer HO- Verkaufsstelle in Anklam würde sicher sehr begrüßt!"

Doch ein paar Monate mußten die Anklamer noch warten, bis am 31. August 1949 dieser Wunsch endlich in Erfüllung ging. In der Frauenstraße (heute Fleischerei) wurde die erste HO- Lebensmittelverkaufsstelle eröffnet, der bald auch eine Textilverkaufsstelle folgte.

Vom 13. bis 18. Januar 1949 führten die Werktätigen Anklangs ihre erste Leistungswoche durch. In diesen Tagen versuchten die Aktivisten und Hennecke-Arbeiter den Kollegen in ihren Betrieben zu zeigen,

- wie man die Arbeit besser organisiert,
- wie man mehr leisten kann und
- wie man die Methoden verbessert, um die Planerfüllung zu sichern.

Bei einem Rundgang durch einige Betriebe am 13. Januar gab es zum Teil recht interessante Beobachtungen. So war man nach Beendigung der Kampagne in der Zuckerfabrik dabei, die gesamte Einrichtung zu säubern, zu überholen und zu verbessern. Auf dem Trockenschnitzelboden wurde ein selbstkonstruierter Transportwagen eingesetzt (entwickelt von den Kollegen Hoth, Besch, Engelmann, und Ludwig). Dadurch konnten vier Arbeiter eingespart werden. Auch die Abfuhr von Kalkschlamm für Düngerzwecke wurde organisiert. Am 1. März 1949 konnte hier auch mit der Produktion von Weißzucker begonnen werden.

Auf dem Kleinbahnhof hatte der Lokomotivführer Genosse Kregelin durch einige Verbesserungen eine höhere Haltbarkeit der Werkbolzen an seiner Lokomotive erreicht.

In der Maschinenabteilung der Raiffeisen-Genossenschaft arbeiteten der Aktivist Neumann und Meister Kaminski. Neumann hatte eine neue Methode zum Bau von Kartoffeldämpfern entwickelt. Danach betrug die Bauzeit nur noch 65 Stunden (1/4 der bisherigen Zeit). Auch der Kostenpreis konnte dabei von 500 DM auf 265 DM gesenkt werden. Darüber hinaus übernahmen weitere Kollegen ebenfalls konkret abrechenbare Verpflichtungen im Arbeitsprozeß. Ähnliches konnte man in vielen anderen Betrieben feststellen.

Die Aktivisten der Landwirtschaft trafen sich am 8. Februar 1949 im Anklamer Haus der Arbeiter und Bauern (Volkshaus). Etwa 100 Bauern, Landarbeiter, Aktivisten, Bürgermeister und Treckerfahrer hatten sich hier zu einer Feierstunde versammelt. Kreisrat Böker begrüßte die Anwesenden. Dann sprach der Kreisrat für Handel und Versorgung Genosse Karl Pank. Er würdigte die Leistungen der Anwesenden und übermittelte ihnen den Dank der Landesregierung, die dafür Prämien und Anerkennungen in Form von Textilien und Gebrauchsgütern bereitgestellt hatte. Zu dieser Auszeichnungsveranstaltung war auch der Kreissekretär der SED Genosse Hans Suckow erschienen. Zum Abschluß sprach der Genosse Paul Maaß, Kreisrat für Landwirtschaft über die neuen Aufgaben bei der Frühjahrsbestellung und ging dabei auch auf die neue Form der Ablieferung von tierischen Produkten ein. Laut Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission erfolgte die Veranlagung von tierischen Produkten mit Beginn des Zweijahrplanes, dem 1. Januar 1949, nach der Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Betriebes. Ablieferungspflichtig waren alle Betriebe über 0,5 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Dabei waren die Normen für die Betriebe unter Berücksichtigung der Wirtschaftsgröße, der Bodenqualität und der Größe der

Familie differenziert festzulegen. Die Durchschnittsnorm für das Land Mecklenburg betrug je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche bei

Fleisch (Kilogramm Lebendgewicht) = 40 Kilogramm  
Milch (3,5 Prozent Fettgehalt) = 240 Kilogramm  
und bei Eiern (in Stück) = 42 Stück.

Um eine gleichmäßige Versorgung zu sichern, waren für die einzelnen Quartale bestimmte Lieferungen festgelegt:

Quartalslieferungen in Prozent

	I	II	III	IV
Rindfleisch	25	20	25	30
Schweinefleisch	20	15	15	50
Milch	25	25	35	15
Eier	15	55	25	5

Alle Überschüsse durften die Bauern dann zu erhöhten Preisen, den sogenannten "Freien-Spitzen-Preisen" frei verkaufen.

Da die Viehbestände nicht gleich in allen Fällen vorhanden waren, hatte man als Übergangslösung für die Pflichtablieferung bestimmte Austauschprodukte festgelegt. Doch gleichzeitig erhielten die Bauern zur eigenen Orientierung und Zielstellung für die Zukunft vom Bürgermeister einen Viehhalteplan zugestellt.

Zur Unterstützung der weiteren Erhöhung der pflanzlichen Produktion gehörte auch der weitere Ausbau der Maschinenhöfe der MAS. Dazu schrieb die Landeszeitung am 23. Februar 1949:

"In verschiedenen Betrieben der Stadt Anklam fanden Beratungen über Unterstützungsmöglichkeiten für die Arbeit der Maschinenhöfe auf dem Lande statt. Darauf übernahmen die Kollegen der Zuckerfabrik die Patenschaft für die MAS Ducherow, der Bau-Union Anklam für die MAS Spantekow und der Stadtwerke für die MAS Krien."

Bis zum 19. März 1949 hatte die Kreiskraftfahrkolonne noch die Patenschaft für die MAS Anklam (später nach Blesewitz verlegt) übernommen. Wie diese Hilfe praktisch aussah, konnte man am 22. bzw. 29. März 1949 in der Landeszeitung lesen:

22. März 1949 - Aufruf:

"Steine für die MAS!

Unter diesem Motto findet am kommenden Sonntag in Anklam eine Solidaritätsveranstaltung statt. Es werden Steine aus Trümmern der Stadt zum Ausbau der MAS des Kreises geborgen. Betriebe und Organisationen, die ganze Bevölkerung beteiligt sich an dieser Aktion.

Ziel: Bergung von 50.000 Mauersteinen!"

Über die Verwirklichung las man dann am 29. März 1949:

"Steine-Werbung für die MAS!

Etwa 600 Werk tätige, Schüler und FDJler versammelten sich am Sonntag-Morgen. Mit Gesang und Musik ging es zu den vorbereiteten Abbruchstellen. In kurzer Zeit waren 45.000 Steine geworben, von denen 7.000 sofort zur MAS Spantekow gebracht wurden."

Doch die staatlichen Leitungen der Stadt stellten nicht nur ihre Forderungen, sondern ließen auch die Einwohner zu Wort kommen. So führte man Anfang Februar 1949 bereits den 2. öffentlichen Ausspracheabend mit ihnen durch. Dazu schrieb die Zeitung:

"Die 2. öffentliche Aussprache von Verwaltungsfunktionären mit Werk tätigen und Einwohnern der Stadt war wieder sehr gut besucht. Auftrieb zu neuen Diskussionen gaben die sich bereits

abzeichnenden Erfolge aus der 1. Aussprache,

- Die Bedürfnisanstalt am Steintor ist im Bau,
- das Warmbad wird wieder instand gesetzt,
- es wird nicht mehr Strom abgeschaltet und
- ein außerordentlicher Wohnungsausschuß unter Leitung des FDGB hat mit der Arbeit begonnen.

Damit die 1. neue Frage: Wie weit ist die Enttrümmerung vorgeschritten?

Antwort: Die Stadtverwaltung verfügt zur Zeit über 23.000 DM, die für die weitere Enttrümmerung zur Verfügung stehen. Es sollen Schienenstränge gelegt werden, damit die LKW anderweitig eingesetzt werden können. Zuerst soll der zukünftige Rathausbauplatz vom Schutt befreit werden.

Darauf wurde der städtische Wohnungsbauverein kritisiert, weil die Mieten zu hoch sein.

Weiter wurde gefordert, die Fische sortiert zu verkaufen, was vom anwesenden Kreisrat für Handel und Versorgung Genossen Pank voll unterstützt wurde.

In der Stadt begonnene Reparaturen an Wohnhäusern konnten vielfach nicht zu Ende geführt werden, weil das Neubauernbauprogramm immer den Vorzug hatte.

Darauf die Antwort: Die Stadt erwartet in Kürze eine Freigabe von 2.000 Quadratmeter Dachpappe, die für dringende Reparaturen in der Stadt zur Verfügung gestellt werden.

Weiter wird von den Stadtwerken eine höhere Gaslieferung für die Bevölkerung gefordert. In anderen Städten klappt es besser, war die Meinung.

Lumpengutscheine zum Erwerb von Textilien verfallen nicht.

100 Tonnen Briketts wurden für den Kreis freigegeben - ein Teil wurde bereits ausgeliefert.

Der Torfpreis - 33 DM je Raummeter frei Haus ist zu teuer. Der Höchstpreis dürfte nur bei 18 DM liegen.

Um solche Fragen und Probleme ging es. Insgesamt wurden über 50 Fragen gestellt und beantwortet. Im nächsten Monat soll der nächste Diskussionsabend durchgeführt werden. Auch diesmal ist interessant zu erfahren, wie die staatlichen Organe reagierten."

Die Situation in der Gasversorgung war so, dass das Gaswerk monatlich nur 250 Tonnen Kohlen erhielt. Damit konnte nicht genügend Gas produziert werden. Ab 12. Juli 1949 erhielt das Gaswerk dann monatlich 450 Tonnen Kohle. Damit konnte die tägliche Gasproduktion von 3.000 Kubikmeter auf 6.000 Kubikmeter erhöht werden.

Was die Bauleistungen anbetraf, da konnte die Devise doch nur lauten, in erster Linie müssen wir unsere Baumaterialien zum Bau neuer zusätzlicher Wohnungen nutzen, wobei natürlich auch der vorhandene alte Wohnraum nicht restlos verfallen durfte. Das richtig zu lenken und zu leiten, war die Aufgabe.

Die Stadt hatte für 1948 den Bau von 10 Neubauerngehöften vorgesehen. Bis Jahresende waren davon 9 Neubauten bezogen. Der Plan 1949 sah nun den Bau von 18 weiteren Gehöften und 6 Umbauten vor.

Am 30. März 1949 legte der Schweriner Dipl. Ing. Elvers den Bebauungsplan für den Wiederaufbau unserer Stadt vor. Dabei sollte die Bebauung des Marktes besonders lebendig gestaltet werden. Das neue Rathaus war an der Westseite des Marktes vorgesehen. Es sollte nach Bestätigung der Unterlagen durch die Stadtverordnetenversammlung in mehreren Abschnitten gebaut werden. Der Baubeginn war sehr dringend, da die Stadtverwaltung schon bis zum 14. April 1949 einen Teil der Luisenschule räumen mußte, weil sie dringend für die Unterrichtsarbeit benötigt wurden. So nahmen die Abgeordneten am 6. April 1949 zum Bau des Rathauses Stellung und stimmten dem Neubau zu. Doch die Stadtverwaltung brauchte zunächst Ausweichräume, die jedoch anscheinend nirgends vorhanden waren. Daher wurde der Bau einer Massivbaracke auf dem Pferdemarkt als Übergangslösung vorgeschlagen. Die dafür benötigten Mauersteine sollten aus der Enttrümmerung

genommen werden.

Auch die Schulverhältnisse mußten dringend verbessert werden. Nach langem Bemühen stellte die Investitionsbank die ersten Mittel dafür bereit. Die Stadt erhielt 76.000 DM zum Ausbau des "Lagers Raupe" zu einer 10-Klassenschule (Karl-Liebke-Schule).

Für die Reparaturarbeiten an der stark beschädigten Karl-Marx-Schule (vorher Cothenius-Schule) wurden 6.000 DM bereit gestellt. Dazu kamen noch 10.000 DM für die Einrichtung eines Kindergartens.

Auf Initiative des Kreissportausschusses Anklam wurde auch mit der Instandsetzung der Sportplatzanlage begonnen. Alle Sportler waren zum freiwilligen Einsatz aufgerufen. So konnte mit den Ausschachtungsarbeiten für die Umkleidehalle begonnen werden. Dazu wurden neben Mauersteinen aus den Trümmern der zerstörten Schule in der Wördeländer Straße auch Eisenträger geborgen, die dringend benötigt wurden. Doch ohne Mittel und Bereitstellung bestimmter Materialien konnten die Arbeiten nicht zum Abschluß gebracht werden. Sie zogen sich noch bis 1950 hin. Auf Antrag der FDJ hatte der Sportplatz inzwischen den Namen "Werner-Seelenbinder-Kampfbahn" erhalten.

Der Haushaltsplan 1949 sah auch Mittel für die Instandsetzung des Warmbades vor. Es konnte zum 1. Juni 1949 wieder eröffnet werden. Danach standen 14 Wannenbäder und 4 Brausebäder zur Verfügung. Der Nutzungspreis betrug 75 Pfennig.

Etwas zur gleichen Zeit war auch das alte Krankenhaus in der Ravelinstraße so weit fertig, dass die 16. Poliklinik des Landes Mecklenburg/Vorpommern eröffnet werden konnte. Als Gäste waren erschienen als Vertreter der Besatzungsmacht Oberstleutnant Litwjakoss aus Schwerin und der Kreiskommandant, dazu Landrat Genosse Wallis und der Kreisarzt Dr. Dambeck.

Chefarzt wurde Dr. Drescher und für die innere Abteilung standen Dr. Mesewinkel und Dr. Schlenska zur Verfügung. Zur Mitarbeit in der Kinderabteilung hatte sich Dr. Forstmann bereit erklärt. Als Augenärztin wurde Frau Dr. Lieger sehr geschätzt.

Mehrmals berichtete in diesen Tagen die Landeszeitung auch über den Bau des VVN- Ehrenmals am Steintor. An einem Sonnabend im Mai hatten die Anklamer VVN- Mitglieder die Ausschachtungsarbeiten selber vorgenommen. Es wurden 18 Kubikmeter Boden ausgehoben und mit Hilfe von Loren auch gleich abtransportiert. Am 9. August 1949 konnte die Zeitung dann bereits berichten: "Ein Kunstwerk entsteht!" Das VVN- Denkmal war im Entstehen.

Steinmetzmeister Zahn war mit 2 Gesellen und dem Sohn dabei, eine große Vase herzustellen, mit einer Höhe von 50 Zentimeter und einem Durchmesser von 1,20 Meter. Anschließend sollten auch noch drei dreieckige Pfeiler aufgestellt werden.

Am 12. September 1949 hieß es dann in einem Bericht über die Einweihung des VVN- Ehrenmals: "Landrat Wallis übergab, als die Hülle des Denkmals gefallen war, die Stätte des Gedenkens mit den Worten:

'Im Auftrage der VVN Anklam übergebe ich das Mahnmahl in die Obhut der Bevölkerung und bitte, dass das teure Vermächtnis der toten Kameraden erfüllt wird!'

Bürgermeister Klühs übernahm die Gedenkstätte dann in die Obhut der Stadt. Er erinnerte an die toten Widerstandskämpfer Ernst Pieritz, Walter Schüppenbauer, Paul Lewandowski und Alfred Leipold. Als Vertreter der Kirche sprach Pastor Schmidt."

Im Rahmen einer Gedenkstunde für die Opfer des Faschismus hatte die Oberschule am 1. März 1949 den ehrenvollen Namen:

"Geschwister-Scholl-Oberschule"

erhalten.

Auch die Entrümmierungen und Aufräumarbeiten in der Stadt gingen natürlich weiter. Bis zum 25. Juli 1949 waren 23.000 Quadratmeter enttrümmert. 154 Arbeitskräfte, darunter 37 Frauen



wurden zu dieser Zeit in der Enttrümmerung beschäftigt. Und das Ergebnis der Arbeit? Seit dem 1. Januar 1949 wurden bisher 17.010 Kubikmeter Schutt abgefahren. Dazu kamen 5.106 Kubikmeter Ziegelbruch. Mauersteine konnten 2.032.450 Stück geworben werden. Sie wurden weiter für die Verwirklichung des Neubauernbauprogramms (Befehl 209) und den Aufbau der MAS bereitgestellt.

In der Nacht vom 1. zum 2. März 1949 kam ein schwerer Sturm auf, der besonders an der Küste viel Schaden anrichtete.

In Anklam riß der Sturm große Bäume aus und deckte Häuser ab. Hausruinen in der Ravelinstraße stürzten ein und behinderten den Verkehr. Teilweise wurden auch Licht- und Telephonleitungen zerstört. An der Peene wurden die Sommerdeiche überspült und 25 bis 30 Morgen Wiesen standen unter Wasser, obwohl das Wasser noch weiter stieg. Für bewohnte Flächen bestand zum Glück keine Gefahr.

Wieder brauchte man dringend Material zur Reparatur der beschädigten Dächer.

Am 12. März 1949 brachte die Zeitung einen Bericht über die Entwicklung der Anklamer Sparkasse und schrieb dazu:

"Bei der Zerstörung der Stadt wurde auch das Verwaltungsgebäude der städtischen Sparkasse in Schutt und Asche gelegt. Damit gingen fast alle Unterlagen, die Tresore und Einrichtungsgegenstände verloren. Trotzdem wurde am 28. August 1945 der Sparkassenbetrieb wieder aufgenommen. Die Stadtparkasse war zunächst in der Leipziger Allee 27 (heute Kreisleitung der SED) untergebracht, doch die Räume reichten nicht aus. Das Hauptgeschäft bestand daher nur im Sparverkehr. Das Giro-, Scheck- und Wechselgeschäft konnte wegen Platzmangels nicht betrieben werden. Doch die Entwicklung der Kasse ging ständig voran. Ende 1945 betragen die Spareinlagen 287.000 RM. 1946 waren es 976.000 RM und 1947 bereits 1.267.000 RM.

1948 wurde die Kasse dann in ein Gebäude am Markt (Bauernbank) verlegt. Trotz der Währungsreform betragen die Spareinlagen am 24. Juli 1948 insgesamt 464.696 Mark, die sich bis zum Jahresende auf 562.677 Mark erhöhten.

Die Giro-Einlagen erhöhten sich im gleichen Zeitraum von 59.034 Mark auf 1.066.615 Mark. Die Sparkasse hatte das Ziel, alle Bevölkerungsteile für das Sparen und den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu interessieren."

Wenn hier bisher überwiegend über den wirtschaftlichen Aufbau berichtet wurde, soll das keinesfalls besagen, dass 1949 kein Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands mehr geführt wurde. Im Gegenteil, auch dieser Kampf wurde entschlossen weiter geführt.

Unter der Überschrift: "Es geht um Deutschland!" schrieb die Landeszeitung in den ersten Apriltagen:

"Wenn in Anklam am 20. April 1949 die Glocken vom Turm läuten und die Sirenen der Fabriken ertönen, werden die Werktätigen in den Produktionsstätten für kurze Zeit das Werkzeug aus der Hand legen und gemeinsam mit den Angestellten der Verwaltung und der übrigen Bevölkerung zum Marktplatz eilen, um dort erneut ein Bekenntnis für ihren Willen zum Frieden und zur Einheit Deutschlands abzulegen."

Schon ab Sonntag, dem 10. April 1949 fand im Saal des Hauses der Arbeiter und Bauern (Volkshaus) die Kreisdelegiertenkonferenz des Ausschusses für Einheit und gerechten Frieden statt. Hier sprach das Mitglied des deutschen Volksrates Herr Schulz aus Schwerin. Er sagte unter anderem:

"In denkwürdiger Stunde führen wir heute den Kampf um die Einheit Deutschlands. Seit 3 Jahren weichen die Westmächte immer weiter von den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz ab und haben diese in jüngster Zeit ganz offen gebrochen. Die Spaltung Deutschlands ist eine Tatsache

geworden. Wir müssen aus der Vergangenheit die Lehren ziehen. Der Aggressionspolitik der westlichen Demokratien steht der unerschütterliche Friedenswille der Sowjetunion gegenüber." Dann wies der Redner darauf hin, dass der deutsche Volksrat das deutsche Volk daher zur Selbsthilfe aufgerufen habe. Alle sollten sich daher bei den Wahlen zum 3. deutschen Volkskongreß um die Fahne der Einheit scharen.

Als Vertreterin des DFD forderte Frau Suckow die Frauen und Mütter zum aktiven Kampf für den Frieden auf. Eine Resolution zur Begrüßung der Vertreter der fortschrittlichen Kräfte aller Länder am 20. April auf der Weltfriedenskonferenz in Paris wurde darauf einstimmig angenommen.

Kreissekretär Vollmann gab zum Abschluß die nächsten Aufgaben bekannt. Vom 11. bis 26. April würden sich die gewählten Kandidaten auf Kundgebungen vorstellen.

Vom 1. bis 14. Mai 1949 wurde zum Thema: "Die Neuwahlen des Deutschen Volkskongresses" auf Versammlungen in den Fördern gesprochen.

Nach der Kundgebung am 20. April 1949 auf dem Marktplatz (die Zeitung schrieb darüber) fand abends im Volkshaus eine Aufführung des Schauspiels "Tiefe Wurzeln" des Anklamer Theaters statt.

Auf einer Versammlung in der Kreiswerkstatt der MAS Anklam sprach am 11. Mai 1949 der Genosse Hans Nahlik über die Bedeutung der Delegiertenwahl zum 3. Deutschen Volkskongreß. Er forderte die Kollegen auf, am 15. und 16. Mai ihre Pflicht zu tun. Wer sich bei den Wahlen abseits stelle, müsse als Kriegshetzer betrachtet werden.

Am 14. Mai konnte man dann nochmals auf der Kreisseite der Zeitung lesen:

"Wie muß ich wählen?"

Wenn du für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden bist, dann gehört dein Kreuz in diesen Kreis - Ja ."

Am 15. Mai berichtete die Landeszeitung dann recht ausführlich über eine in den Nachmittagsstunden des 13. Mai 1949 auf dem Anklamer Marktplatz durchgeführten Friedenskundgebung. Es hieß darin:

"Wieder bot der Anklamer Marktplatz in den Nachmittagsstunden des Freitag das bewegte Bild eines Volksaufmarsches. Aus den Betrieben rückten die Werktätigen heran, vom FDJ-Heim kamen mehrere Hundert FDJ-ler. Die blauen Halstücher einer Gruppe Junger Pioniere leuchteten im Sonnenschein und dazwischen sah man rote und schwarz-rot-goldene Fahnen. Strahlende Sonne lag über dem Markt, als gegen 16 Uhr das Mitglied des Deutschen Volksrates Walter Schulz (Schwerin) sprach: 'Wir wollen nicht noch einmal die Schrecken eines neuen Krieges erleben, wollen keine neuen Trümmer, kein weiteres Elend, keine Not, darum wollen wir für einen baldigen Frieden und die Einheit unseres Vaterlandes unsere Stimme abgeben. Die Trümmer in Anklam sind alleine schon eine stumme Anklage gegen die Lauen und Uninteressierten, die sogenannten „Neutralen“.

Unter den Versammelten auf dem Marktplatz steht", wie die Zeitung weiter schreibt, "auch eine Frau mit grauem Haar. Sie hält ein Netz mit Kartoffeln in der Hand. Ihre Augen sind ernst auf den Redner gerichtet. Ob ihre Gedanken dem Sohn gelten, der auf dem Schlachtfeld bleibt? Sie wird am Sonntag mit fester Hand ihr Zeichen in den 'Ja'-Kreis des Friedens machen.

Auf den Gesichtern der Arbeiter, der Jungen und Alten, drückt sich der entschlossene Ernst der Menschen aus, die sich über ihre Haltung klar sind. Dort steht Karl Rehländer, ein bewährter Aktivist aus der Anklamer Möbelfabrik. Er spricht es einfach und schlicht aus. 'Wir Arbeiter wollen den Frieden, die Einheit Deutschlands und unsere Arbeit, und deshalb stimmen wir mit „Ja“.

In der ersten Reihe gegenüber den Fahnen sehen wir die blauen Uniformen unserer Volkspolizei. An der rechten Seite steht die Volkspolizistin Christa Schulz. Sie mag 20 Jahre alt sein. Auch ihre

Stellungnahme ist kurz und bündig: 'Ich möchte den Deutschen sehen, der am 15. und 16. Mai zögert, seine Stimme für den Frieden abzugeben'.

Am 15. und 16. Mai gingen die Anklamer dann zur Stimmabgabe. Im Kreise Anklam gab es bei einer Wahlbeteiligung von 94,6 Prozent insgesamt 76,1 Prozent Ja-Stimmen. Von den Jugendlichen zwischen 18 und 20 Jahren entschieden sich sogar 82,5 Prozent für Einheit und gerechten Frieden und stimmten mit „Ja“.

Damit lag unser Kreis über dem Durchschnitt im Lande Mecklenburg und der gesamten sowjetischen Besatzungszone. Trotz allem darf man nicht übersehen, dass auch im Kreise Anklam zu diesem Zeitpunkt noch etwa jeder 5. Wähler gegen Einheit und Frieden gestimmt hatte. Diese Menschen konnten sich anscheinend immer noch nicht mit den Folgen des Krieges abfinden. Alles brauchte eben seine Zeit.

Am 29. und 30. Mai 1949 tagte dann in Berlin der 3. Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden. Wieder waren etwa 2.000 Delegierte angereist, darunter, trotz Verbot, auch 647 Delegierte und Gäste aus den drei Westzonen. Wieder saß man in der Deutschen Staatsoper zusammen und lauschte den Ausführungen der Genossen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. Zum Manifest zur Erweiterung der Nationalen Front für Einheit und gerechten Frieden nahmen Otto Nuschke (CDU), J. Ledwohn (DPD), H. Kastner (LDPD) und V. Müller (NDPD) Stellung. Zum Entwurf einer Verfassung der deutschen demokratischen Republik sprach Genosse Otto Grotewohl.

Unter den Delegierten, die diesen Ausführungen interessiert folgten, saß auch die Bürgermeisterin der Gemeinde Bugewitz, Genossin Anneliese Bartels als Vertreter des Kreises Anklam. Auch sie gab ihre Stimme für den Entwurf der Verfassung und das Manifest an das deutsche Volk. Über ihren Empfang nach der Rückkehr aus Berlin auf dem Anklamer Bahnhof schrieb die Landeszeitung am 1. Juni 1949 unter anderem:

"Aus einem der ersten Wagen steigt eine große dunkelhaarige Frau im blauen Kostüm, eine Aktentasche unter dem Arm. 'Da ist sie', ruf Frau Gehrke, die Vorsitzende des DFD aus Bugewitz. Es folgt eine stürmische Begrüßung mit einem riesigen Blumenstrauß.

'Wie war es denn, erzähl doch. Wie sieht Berlin aus?'

Die Fragen prasseln so auf die Angekommene nieder. Sie weiß gar nicht, wem sie zuerst antworten soll.

'Kinder, macht nicht so ein Aufsehen', wehrt sie halb verlegen, halb glücklich ab.

Die Delegation des Frauenbundes verläßt den Bahnhof mit Anneliese Bartels, der Bürgermeisterin von Bugewitz. Sie ist vom 3. Deutschen Volkskongreß zurück gekehrt, zu dem sie als gewählte Vertreterin des Kreises Anklam entsandt worden war.

Eine Fotografin hält eine schöne Szene fest: 'Strahlende Frauen, Arm in Arm, unter ihnen Anneliese Bartels mit ihrem riesigen Blumenstrauß.'

Wir gehen die Bahnhofstraße hinauf, der Stadt zu. 'Ich werde es nie vergessen', erzählt nun Anneliese Bartels, 'wie gewaltig war die Empörung über die erneute Verhaftung von Max Reimann! Einer der Delegierten stimmte das alte Kampflied: Brüder zur Sonne, zur Freiheit - an, und alle sangen mit. Es war ein elementarer Ausbruch des Volkswillens, der Berge versetzen kann.' Und Frau Bartels berichtet über ihre Erlebnisse auf dem Kongreß. Besonders beeindruckt war sie von den ergreifenden Worten der Vertreterin der Frauenliga aus dem Westen. Sie sagte weiter: 'Ich sprach mit einer Hausfrau aus Düsseldorf, die mich nach den Verhältnissen in der Zone ausführlich befragte. Man hatte sie drüben in vielen Dingen falsch unterrichtet, hatte ihr gesagt, dass die Bevölkerung in der Ostzone unter Druck stehe und dass die Wahlen zum Volkskongreß nicht auf demokratischer Grundlage durchgeführt worden seien. Jetzt konnte sich diese Delegierte aus dem Westen und mit ihr alle, die von dort nach Berlin gekommen waren, ein ungetrübttes Bild von dem

Leben in unserer Zone machen.'

Frau Bartels, seit über 2 Jahren Bürgermeisterin in Bugewitz, steht in unserem Kreis in der ersten Reihe der aktiven Kämpfer für den Frieden und die Einheit Deutschlands.

'Ich werde auch weiterhin alle meine Kraft dafür einsetzen, dass die Zonengrenzen fallen und wir vereint in einem friedliebenden demokratischen Deutschland am Aufbau unseres Vaterlandes arbeiten können.'

Das sind Worte einer Frau, die kein bloßes Lippenbekenntnis sind", schreibt die Zeitung zum Schluß des Berichtes.

Wer die Genossin Bartels kannte, weiß, wie recht die Zeitung damit hatte. Und noch etwas. Dieser Bericht sollte uns gleichzeitig zeigen, wie aktiv große Teile unserer Bevölkerung damals im Kampf um Einheit und gerechten Frieden standen.

Schon am 22. Juni 1949 hatte der Block der antifaschistischen Parteien die Anklamer Bevölkerung erneut zu einer Kundgebung ins Haus der Arbeiter und Bauern (Volkshaus) eingeladen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Und alle, Männer, Frauen und Jugendliche aus allen Schichten der Bevölkerung waren sich einig im gemeinsamen Kampf um Frieden und die Einheit unseres Vaterlandes.

"Trotz vieler weltanschaulicher Gegensätze reichen sich alle in der Nationalen Front die Hände!"

Das brachten alle Referenten, wie Nagoschewski (CDU), Häcker (NDP) und die Vertreter der LDP und der DBD zum Ausdruck. Dann richtete Genosse Wiebershausen, seit dem 28. Mai 1949 Kreissekretär der SED in Anklam, einen packenden Appell an die Bevölkerung, sich in die Friedensfront einzureihen.

"Das ganze Volk muß aufstehen und seine Stimme gegen Krieg und Kriegshetzer erheben, für die Einheit Deutschlands, eine baldige Regierung, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungsmächte.

Niemand sollte sich ausschließen, weder der ehemalige Pg, noch der ehemalige Soldat, noch die über 20 Prozent Neinsager, die sich noch nicht zurecht gefunden haben."

Das waren seine mit viel Beifall bedachten Worte. Der Kampf ging weiter.

Am Vorabend des Weltfriedenstages trafen sich Pioniere, FDJ-ler und Sportler am FDJ-Heim in der Friedländer Straße und formierten sich zu einem langen Demonstrationzug. Er führte über die Mühlenstraße, Hospitalstraße und Stettiner Landstraße in die Stadt. Eine Musikkapelle spielte die neuen Lieder der Jugend. Die Mädchen und Jungen hatten sich an den Händen gefaßt und sangen ihre Lieder. Hell klangen ihre Stimmen, wenn sie zwischendurch ihre Forderung: "Wir wollen Frieden mit allen Völkern" ausriefen.

Die vielen Menschen, die die Straßen umsäumten, sahen gebannt den Friedensmarsch unserer jungen Generation. Auf dem Marktplatz hatten sich bereits Hunderte von Menschen eingefunden.

Die roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen flatterten im Wind, als sich ein großer Kreis um das Friedensfeuer sammelte. Das Weltjugendlied erklang und Reinhard Onuseit rief der Jugend zu:

"Wir jungen Menschen bekennen uns zum Frieden und zur Freundschaft mit allen Völkern.

Niemals werden wir gegen andere Menschen wieder in den Krieg ziehen!"

Und dann klang es feierlich über das weite Rund:

"Freund reih' dich ein, daß vom Grauen wir die Welt befreien!"

Am 1. September fanden dann überall große Friedenskundgebungen statt. Auch in Anklam heulten 10 Minuten vor 12 Uhr die Sirenen der Fabriken und läuteten die Glocken. Die Arbeit wurde unterbrochen und alle eilten zum Marktplatz. Es waren mehrere Tausend, die hier zur Friedenskundgebung aufmarschierten, auf der Genosse Wiebershausen sprach.

Am Abend wiederholte die Volksbühne bei freiem Eintritt die Aufführung des Schauspiels "Iphigenie auf Tauris" von Goethe.

Der Monat September brachte dann den endgültigen Bruch der Einheitsbestrebungen. Am 7. September konstituierte sich der westdeutsche Bundestag und der Bundesrat. Am 20. September folgte die Bildung der Westdeutschen Bundesregierung unter Konrad Adenauer.

In einer Erklärung des Politbüros des Parteivorstandes der SED hieß es dazu:

"Das Politbüro verurteilt die Bildung des westdeutschen Separatstaates mit der die Spaltung Deutschlands endgültig vollzogen wird. Die Politik der reaktionären Vertreter des Monopolkapitals, die im westdeutschen Bundestag die Mehrheit besitzen, richtet sich gegen die Interessen des deutschen Volkes und die Einheit der Nation."

Sofort setzte eine große Protestwelle ein. Auf vielen Versammlungen in Städten und Betrieben unserer sowjetisch besetzten Zone forderten alle Schichten des Volkes die Schaffung eines einheitlichen gesamtdeutschen demokratischen Staates.

Die Landeszeitung schrieb am 7. Oktober 1949 über die Protestversammlung im Anklamer Hause der Arbeiter und Bauern (Volkshaus) vom 6. Oktober 1949:

"Arbeiter, Angestellte, Künstler fordern gesamtdeutsche Regierung -  
Jetzt muß gehandelt werden!

Wir fordern die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung - stand auf einem großen Transparent über der Bühne des Hauses der Arbeiter und Bauern und diese Forderung er Masse unseres Volkes drückte die Kundgebung zu der der Kreisausschuß für Einheit und gerechten Frieden die Bevölkerung Anklams aufgerufen hatte, den Stempel auf. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, als der Fanfarenzug der Jungen Pioniere die Kundgebung eröffnete. Die Arbeiter aus den Betrieben waren so gekommen, wie sie die Drehbank oder den Schraubstock verlassen hatten. Sie führten Fahnen und Transparente mit, auf denen sie die sofortige Bildung einer gesamtdeutschen Regierung forderten. Zwischen ihnen saßen Jugendliche, alte Frauen, Direktoren, Lehrer - sie alle waren gekommen, um hier öffentlich zu bekunden, dass jetzt genug geredet und dass unverzüglich gehandelt werden müsse.

Der 1. Vorsitzende der SED Genosse Wiebershausen zeigte den aufmerksam Zuhörenden die verschiedenen Wege auf, die man nach 1945 in der Ostzone und im Westen unseres Vaterlandes ging, stellte den endgültigen Bruch der Potsdamer Beschlüsse durch die Bildung der sogenannten Bundesregierung im Westen fest, kennzeichnete die unentwegten Bemühungen der sowjetischen Regierung um die Einheit Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages und betonte, daß die Note der SU an die Westmächte jedem Deutschen jetzt endgültig die Augen öffnen muß, wer unsere Forderungen unterstützt. Unter starkem Beifall rief Genosse Wiebershausen aus: 'Wir fordern die Beseitigung der Bonner Regierung, die Einheit Deutschlands, den Abzug aller Besatzungsmächte und die sofortige Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.'

Alle Diskussionsredner schlossen sich ausnahmslos dieser Forderung an Es sprachen:

Der Gewerkschaftler Albert Zapel,  
Volkspolizeimeister Strutz,  
der Schauspieler Willi Porath,  
Berufsschuldirektor Alfred Kölling  
Jugendfreund Langer und  
der Junglehrer Schulz.

Eine Resolution, in der die Teilnehmer der Kundgebung ihre Empörung über die Spaltermaßnahmen der westdeutschen Regierung ausdrückten und vom Deutschen Volksrat sofortiges Handeln forderten, wurde einstimmig angenommen und dem Deutschen Volksrat zugeleitet."

Auf der 22. Tagung des Parteivorstandes der SED schlug Genosse Wilhelm Pieck vor, mit den anderen demokratischen Parteien und Massenorganisationen über die Bildung einer provisorischen

Regierung für eine deutsche demokratische Republik zu beraten. Der Parteivorstand stimmte einstimmig zu.

So nahmen dann auch die Führungsgremien der CDU, LDPD, NDPD und DBD zur Lage in Deutschland nach Gründung des westdeutschen Staates Stellung. Sie forderten ihre Mitglieder auf, dem dadurch heraufbeschworenen nationalen Notstand mit aktivem Handeln zu begegnen. Sie erklärten, für ganz Deutschland zu handeln, bedeute in dieser Situation, eine deutsche demokratische Republik auf der Grundlage des vom 3. Deutschen Volkskongreß angenommenen Entwurfs einer gesamtdeutschen Verfassung zu schaffen.

Und man handelte gemeinsam. Am 5. Oktober beschloss das Präsidium des Deutschen Volksrates und der Demokratische Block in einer gemeinsamen Sitzung, den deutschen Volksrat zu einer Tagung am 7. Oktober einzuberufen und forderten ihn auf, sich als Antwort auf die westdeutschen Spaltermaßnahmen zur Provisorischen Volkskammer umzubilden und eine Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen.

Und dann hieß es über Presse und Rundfunk:

"Der 7. Oktober 1949 wird in die Geschichte des deutschen Volkes eingehen als ein Tag von außerordentlich großer Bedeutung. Der Deutsche Volksrat hat sich an diesem Tage, dem Verlangen des Volkes Rechnung tragend, als provisorische Volkskammer konstituiert und die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft gesetzt.

Die provisorische Volkskammer hat unseren Genossen Otto Grotewohl mit der Bildung der Regierung beauftragt. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ist damit eine Verfassung in Kraft gesetzt, an deren Ausarbeitung das Volk selbst durch Hunderte Ergänzungs- und Abänderungsvorschläge unmittelbar beteiligt war, und in der die unbeschränkte Volkssouveränität das tragende Fundament ist.

In der Deutschen Demokratischen Republik wird alles durch den Willen des Volkes entschieden. Die Bestimmungen der Verfassung garantieren, dass nichts gegen seinen Willen geschehen kann. Es gibt in ihr keinen Artikel 48, mit dessen Hilfe in der Weimarer Republik, das demokratische Mitbestimmungsrecht des Volkes ausgeschaltet wurde."

Am 11. Oktober 1949 wählten die Provisorische Volkskammer und die Provisorische Länderkammer in gemeinsamer Sitzung den Genossen Wilhelm Pieck einstimmig zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik.

Den Vorschlag hatte der Vorsitzende der CDU Otto Nuschke mit folgenden Worten unterbreitet:

"Von allen Fraktionen ist mir der ehrenvolle Auftrag übertragen worden, ihnen für das hohe Amt des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Herrn Wilhelm Pieck vorzuschlagen."

Da es keine Einwände oder anderweitige Vorschläge gab, erfolgte die Wahl.

Präsident Dr. Johannes Dieckmann stellte unter dem Beifall aller Anwesenden die einstimmige Wahl fest.

Und dann erfolgte die Vereidigung. Lautlose Stille herrschte im Saal, als Präsident Wilhelm Pieck, während sich die Abgeordneten von den Plätzen erhoben hatten, die von der Verfassung festgelegte Eidesformel sprach:

"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, die Verfassung und die Gesetze der Republik wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."

Darauf überreichte das jüngste Mitglied der Volkskammer, die Vertreterin der FDJ, Margot Feist (heute M. Honecker) dem gewählten ersten Arbeiterpräsidenten einen großen Blumenstrauß.

Und wie reagierten die Anklamer auf die großen Ereignisse dieser Tage? Die Zeitung schrieb am 12. Oktober:

"Spontaner Beifall zur Regierungsbildung!"

Es war ein erhebender Augenblick, als Genosse Wiebershausen auf der Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes der Partei über die Bedeutung der Bildung einer provisorischen deutschen Regierung sprach. Die Mitglieder erhoben sich von den Plätzen, drückten ihre Zustimmung durch spontane Beifallskundgebungen aus und stimmten das Kampflied der Arbeiter aller Länder, die 'Internationale' an."

Als dann am Abend des 12. Oktober rund 800.000 Berliner und Bürger aus allen Teilen der DDR an der Kundgebung aus Anlaß der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin teilnahmen, befand sich unter den 200.000 Mitgliedern der FDJ, die im Fackelzug an ihrem neu gewählten Präsidenten vorbeimarschierten, auch eine größere Gruppe von FDJ- lern aus Anklam.

Die Deutsche demokratische Republik war gegründet. Sie durch fleißige Arbeit und Übererfüllung der Pläne zu unterstützen, war das ehrliche Ziel vieler Bürger auch in Anklam.

## **64. Beginn des sozialistischen Aufbaus - 1. Fünfjahrplan**

Mit dem 1. Januar 1950 begann das 2. Jahr des Zweijahrplanes, mit dem die Grundlagen für den Beginn des 1. Fünfjahrplanes zu schaffen waren. Es brachte auch für Anklam neue und höhere Aufgaben.

Den Haushaltsplan für das Jahr 1950 hatte die Stadtverordnetenversammlung bereits auf der Sitzung am 28. November 1949 beschlossen. Er wies in Einnahmen und Ausgaben die Summe von 1.946.000 DM aus. Auf der gleichen Sitzung wurde auch festgelegt, die Sparkasse in eine Kreis- und Stadtparkasse umzuwandeln.

Nach dem Beschluß der Regierung, die HO- Preise für Lebensmittel, Textil- und Industriewaren um durchschnittlich 30 Prozent zu senken, beschloß der Rat der Stadt am 17. April 1950 die Aufstellung eines HO- Kiosks auf dem Rudolf-Breitscheid-Platz.

Für Reparaturarbeiten und die Unterhaltung der Peenebrücke wurden 31.000 DM benötigt. Der Rat der Stadt versuchte die Summe aus Einsparungen des Jahres 1949 bereit zu stellen.

Am 25. Juli 1949 hatte der Rat das Anklamer Schützenhaus zum Ausbau als Theater gekauft und dafür eine Kaufsumme von 50.000 DM bereit gestellt. Sofort wurde mit dem Um- und Ausbau begonnen, so dass schon im Frühjahr 1950 die ersten Aufführungen im neuen Theater erfolgen konnten. 1951 wurden es bereits 214 Aufführungen, die stets gut besucht waren und viel Anerkennung fanden.

Aber ebenso dringend wurden Mittel für den Ausbau und die Instandsetzung der Schulen benötigt.

Nachdem der Ausbau der Karl-Liebknecht-Schule im Lager Raupe beendet war, wurden weitere Mittel für dringende Instandsetzungsarbeiten in der Käthe-Kollwitz-Schule benötigt. Das galt besonders für die Einrichtung der Klassenräume, aber auch für die Instandsetzung der Turnhalle.

Das Schulgebäude war 1949 als Rathaus geräumt und wieder als Schule eingerichtet worden.

Der Rat der Stadt hatte vorübergehend das Haus Keilstraße 11 bezogen (heute Gerichtsgebäude).

Alles war natürlich sehr beengt. Daher wurde trotz der Wohnungsnot der Bau eines neuen Rathauses immer dringender. Bereits mehrfach hatten die Stadtverordneten darüber beraten.

Zunächst sollte es an der Westseite des Marktes gebaut werden. Doch dort stand noch ein Haus, auf das man sicher nicht verzichten konnte.

Am 30. Juli 1950 erfolgte dann die Grundsteinlegung des Rathauses an der Nordseite des Marktes durch Bürgermeister Rudolf Klühs. In der Kasette, die bei der Grundsteinlegung eingemauert wurde, befanden sich eine Urkunde, die Liste der Stadtverordneten, die ersten Verfügungen, die der

Rat der Stadt 1945 erlassen hatte und einige Tageszeitungen vom 30. Juli 1950.

Der Text der Urkunde hatte folgenden Wortlaut:

"Im Jahre 1945 wurde das Rathaus (Peenstraße-Ecke Bollwerk) durch Kriegeseinwirkung für seinen bisherigen Zweck unbrauchbar gemacht. Die Stadtvertretung der Stadt Anklam beschloß in ihrer Sitzung am 27. November 1947 die Rathausruine gegen das Trümmergrundstück des Raiffeisen Ein- und Verkaufsvereins an der Westseite des Marktes - Ecke Keilstraße auszutauschen. Dieses Gelände war für die Errichtung eines neuen Rathauses vorgesehen. Nach längeren Verhandlungen wurde aus architektonischen und Städtebaulichen Gründen die Errichtung des Rathauses auf dem jetzigen Bauplatz beschlossen. Der Bauplatz wurde durch Grundstückstausch mit den Eigentümern dieses Geländes gewonnen. Es wurde gleichwertiges Gelände dafür abgegeben. Den Eigentümern Krabbe, Grabley, Lüdemann, Gurke, Konsumgenossenschaft und Granville gebührt besonderer Dank für ihre Bereitwilligkeit und ihr Entgegenkommen. Sie haben ihr persönliches Interesse zurückgestellt und dem Wunsche der Bevölkerung, endlich wieder ein Rathaus zu besitzen, Rechnung getragen.

Es wird den Chronisten vorbehalten bleiben, die Entwicklung von 1933 bis 1945 und von 1945 bis heute für die Nachwelt aufzuzeichnen. Wir stellen jedoch fest, dass mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation, die dunkelste Epoche der deutschen Geschichte ihren Abschluß fand.

Wenn Deutschland am Ende des Krieges 1939 bis 1945 ein Trümmerfeld darstellte und die Wohn- und Produktionsstätten vernichtet waren, so war das einzig und allein das Ergebnis der faschistischen Gewaltherrschaft.

In Anklam wurden 40 Prozent aller Wohnstätten vernichtet. Die Altstadt wurde zu 70 Prozent ein Opfer der Terrorangriffe und der in den letzten Tagen des Krieges von einer wahnsinnigen Führung befohlenen Verwüstung. Wie überall im Gebiet der heutigen DDR fanden sich auch in Anklam unter Führung der Antifaschisten, Menschen, die die Trümmerbeseitigung aufnahmen und den Wiederaufbau begannen.

Für die Enttrümmerung wurden bisher von der Investitionsbank 45.000 DM zur Verfügung gestellt. Von der Bevölkerung wurden für diesen Zweck etwa 31.000 DM freiwillige Spenden aufgebracht. Hierfür gebührt allen Beteiligten besonderer Dank.

Wenn im Jahre 1950 beträchtliche Geldmittel von der Investitionsbank für den Wiederaufbau Anklangs bereitgestellt wurden, so ist dies der gemeinsamen Arbeit der Werktätigen, der Bauern und der schaffenden Intelligenz zu verdanken. Die Arbeiten wurden erschwert durch die von den Westmächten herbei geführte Spaltung Deutschlands.

Der Rathausbau wird ein Markstein in der 700-jährigen Geschichte unserer Stadt sein. Der Garant dafür ist der mit den Arbeiten beauftragt "Volksbau". Von ihm erwarten wir, daß er mit neuen Methoden an die Arbeit geht und den Bau in kürzester Frist errichtet. Gerade der Bau des neuen Rathauses wird dazu beitragen, unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung weiter zu festigen. Sie verpflichtet uns und darüber hinaus die gesamte Bevölkerung mit ganzer Kraft für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Frieden zu kämpfen.

Wir geloben, daß in dieses neuen Rathaus eine wirklich demokratische Verwaltung einziehen wird, die sich ihrer hohen Verantwortung der Bevölkerung gegenüber bewußt ist.

Anklam, den 30. Juli 1950

Stadtvertretung der Stadt Anklam

Piehl	Meyer
Vorsitzender	stellvertretender Vorsitzender



## *Stadtchronik Heinz Bemowky 1989*

### Der Rat der Stadt Anklam

Bürgermeister	Klühs, SED
Stadtrat	Gransow, SED
Stadträtin	Vogel, SED
stellvertretender Bürgermeister	Schirmer, CDU
Stadtrat	Buchholz, LDPD
Stadtrat	Batke, SED

### Die Vorsitzenden der Blockparteien

CDU	Falke
SED	Maaß
DBD	Darga
LDPD	Bock
NDPD	Köllner
FDGB	Riepert"

Soweit der Wortlaut der eingemauerten Urkunde.

In fleißiger Arbeit beim Mauern - Stein auf Stein - sorgten die Maurer dafür, dass noch im November 1950 das Richtfest gefeiert werden konnte. Bis zum 15. Februar 1952 war dann alles so weit fertig, dass das neue Rathaus bezogen werden konnte.

Inzwischen hatte der Genosse Rudolf Klühs am 10. August 1950 sein Amt als Bürgermeister nieder gelegt und war in den wohl verdienten Ruhestand gegangen. Die Stadtverordnetenversammlung dankte ihm für seine mühevollen Arbeit in der fünfjährigen Bürgermeisterzeit und wünschte ihm alles Gute.

Auch Genosse Klühs dankte nochmals für die Unterstützung durch seine Mitarbeiter und die Abgeordneten und schloß mit den Worten:

"Ich werde in Zukunft auch weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung stehen und alles einsetzen für das Wohl und Wehe unserer lieben Heimatstadt Anklam."

Darauf schlug der Abgeordnete Maaß im Namen der Fraktion der SED die bisherige Mitarbeiterin der Kreisverwaltung Fräulein Margot Kisten als neue Bürgermeisterin vor. Da alle Fraktionen ihre Zustimmung gaben, erfolgte die Wahl. Die neue Bürgermeisterin wurde einstimmig gewählt. Auch sie versprach, sich mit ganzer Kraft für die weitere Entwicklung und den Wiederaufbau unserer Stadt einzusetzen.

Ihr zur Seite standen als erfahrene und bewährte Mitarbeiter die Stadträte Genossin Vogel, Kurt Buchholz (LDPD), Hermann Schirmer (CDU), Genosse Max Bathke, für Wirtschaft und Handel und Versorgung und der Genosse Ernst Gransow.

Zu den ersten großen Aufgaben für die neue Bürgermeisterin zählten neben Versorgungs- und Wohnungsproblemen die Vorbereitungsarbeiten zu den Wahlen am 15. Oktober 1950.

Bekanntlich hatte sich das Sekretariat des Deutschen Volksrates am 7. Januar 1950 als Sekretariat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands konstituiert und angewiesen, im Januar und Februar in allen Städten und Gemeinden Ausschüsse der Nationalen Front zu bilden. Die Gründung des Kreis- und Ortsausschusses der Nationalen Front erfolgte in Anklam im Monat Februar.

Am 30. März 1950 folgte dann der Beschluß des demokratischen Blocks, am 15. Oktober 1950 Wahlen zur Volkskammer, Länderkammer, zu den Kreistage, Stadt- und Gemeindevertretungen durchzuführen.

Sie sollten auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms der Nationalen Front durchgeführt werden. Das hieß, es würde erstmalig gemeinsame Wahlvorschläge aller Parteien und berechtigten

Organisationen geben. Dazu war eine umfangreiche Aufklärungsarbeit notwendig.

Am 6. Juli 1950 einigten sich die im Demokratischen Block vereinigten Parteien und Massenorganisationen über den Wahlmodus und legten unter Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse fest: Die Parteien und Massenorganisationen verständigen sich über die aufzustellenden Kandidaten. Nach Prüfung und Bestätigung durch die Blockausschüsse werden die Kandidatenlisten der Nationalen Front übergeben. Dabei wurde vereinbart, dass das Mandat beim Ausscheiden eines Kandidaten oder Abgeordneten erneut von der jeweiligen Partei oder Massenorganisation zu besetzen sei.

In dieser Form wurden dann auch in Anklam die ersten Kandidatenlisten zur Vorbereitung der Wahlen am 15. Oktober 1950 für die neue Stadtverordnetenversammlung aufgestellt. Sie sah insgesamt 30 Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung vor.

Dann kam der Wahlsonntag. In den Wahllokalen herrschte Hochbetrieb. Und als am Abend die Ergebnisse feststanden, konnten Presse und Rundfunk bekanntgeben: "Die Kandidaten der Nationalen Front haben einen großartigen Wahlsieg errungen!"

Im Kreise Anklam waren 43.642 wahlberechtigte Bürger. Von ihnen hatten 43.309 (99,24 Prozent) gewählt. Davon stimmten 43.280 Wähler für die Kandidaten der Nationalen Front. Das waren 99,9 Prozent aller Wähler. Neben 9 ungültigen Stimmen hatten nur 20 Wähler im ganzen Kreis gegen den Kandidatenvorschlag gestimmt.

Ähnlich waren die Ergebnisse in der gesamten Republik. Auch hier lag die Wahlbeteiligung bei 98,5 Prozent. Davon gaben 12.097.105 Wähler (99,7 Prozent) ihre Stimme den Kandidaten der Nationalen Front.

So konnte der Zentrale Wahlausschuß feststellen:

"Die junge Staatsmacht der DDR und die Nationale Front haben ihre erste große Bewährungsprobe bestanden. Die Volkswahlen waren ein Akt der Ausübung der Volkssouveränität durch die Massen. Dieser neue Charakter der Wahlen wurde durch offene Abstimmung vieler Wähler, durch eine Vielzahl von Verpflichtungen und hervorragende Produktionstaten der Werktätigen, Tausende von Wähleraufträgen und durch die umfassende Diskussion der Kandidaten mit ihren Wählern dokumentiert. Einzelne Versuche, reaktionärer Kräfte, unsere Wahlen und damit die Einheit der demokratischen Kräfte zu stören, sind gescheitert."

Diese Einheit der demokratischen Kräfte fand dann in den Tagen nach der Wahl ihren Ausdruck in weiteren bedeutungsvollen Beschlüssen der demokratischen Blockausschüsse. Die Blockparteien hatten sich bereit erklärt, in bestimmten Gemeinden in Zukunft auch den Bürgermeister zu stellen. Um nur einige Beispiele zu nennen, der Anklamer Kreisblock legte zum Beispiel fest, die Kreisstadt Anklam besetzt die SED, Ducherow erhält einen Bürgermeister der DBD, Boldekow der LDPD und Krien der SED. Landrat im Kreise Anklam wurde Herr Kreimann (CDU).

Am 17. November 1950 trafen sich die neu gewählten Stadtverordneten von Anklam dann zur konstituierenden Sitzung im Anklamer Volkshaus, zur Wahl des Vorstandes und der Ausschüsse. Dazu übernahm traditionsgemäß das älteste Mitglied, der Genosse Otto Niedrig zunächst die Leitung. Für den Vorstand der Stadtverordnetenversammlung wurden gewählt:

als Vorsitzender	Herr Piehl (SED)
stellvertretender Vorsitzender	Herr Meyer (NDPD)
stellvertretender Vorsitzender	Fräulein Studier (FDGB)
Schriftführer	Fräulein Krause (LDP)
stellvertretender Schriftführer	Fräulein Hannemann (FDJ)

Nach einem Referat des Mitgliedes des Sekretariats der Nationalen Front, der Stadtverordneten Genossin Pank über die Aufgaben und Pflichten der Abgeordneten gab der Vorsitzende der

Stadtverordnetenversammlung Genosse Piehl die Bildung der Fraktionen bekannt.

SED	Maaß, Ernst
LDP	Schmidt, Ernst-Adolf
NDPD	Meyer, Hubert
DBD	Ehlert, Richard
CDU	Hagenow, Günter
FDGB	Wischnewski, Arno
FDJ	Alfred Wilke
Arbeitsgemeinschaft DFD/ Kulturbund	Otto Niedrig
Arbeitsgemeinschaft VVN/ VdgB	Nagel, Walter

Zum Abschluß der Sitzung wurde eine Arbeitsentschließung für die Arbeit der Abgeordneten angenommen.

Auf der 2. Sitzung am 20. Dezember 1950 wählte die Stadtverordnetenversammlung dann den Bürgermeister und die Stadträte.

Einstimmig wurde die bisherige Bürgermeisterin Genossin Margot Kisten wieder gewählt. Als Stadträte wurden vorgeschlagen und ebenfalls einstimmig gewählt:

1. für Hauptverwaltung und Finanzen: Herr Kietzmann (FDGB) hauptamtlich
2. Wirtschaft, Handel und Versorgung: Herr Raczek (NDPD) hauptamtlich
3. Landwirtschaft: Herr Rudath (DBD) ehrenamtlich
4. Gesundheits- und Sozialwesen: Frau Meier (LDP) ehrenamtlich
5. Kultur- und Jugendfragen: Herr Schulz (FDJ) ehrenamtlich

Nach ihrer Verpflichtung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung erfolgte die Bestätigung der Ausschüsse:

- |   |                                      |
|---|--------------------------------------|
| 1. Haupt- und Finanzausschuß:                 | Vorsitzender Ernst Maaß (SED)        |
| 2. Ausschuß für Wirtschaftsfragen:            | Vorsitzender Arno Wischnewski (FDGB) |
| 3. Ausschuß für Landwirtschaft:               | Vorsitzender Willi Reetz (VdgB)      |
| 4. Ausschuß für Gesundheits- und Sozialwesen: | Vorsitzender Leonie Pank (SED)       |
| 5. Ausschuß für Kultur- und Jugendfragen:     | Vorsitzender Otto Niedrig (SED)      |
| 6. Ausschuß für Eingaben und Beschwerden:     | Vorsitzender Walter Nagel (SED)      |

Zum Abschluß der Sitzung berichtete die Bürgermeisterin über den Stand der Pflichtablieferung.

Mit dem Stand vom 20. Dezember 1950 gab es folgenden

Erfüllungsstand:

Getreide:	85,3 Prozent
Hülsenfrüchte:	32,6 Prozent
Ölsaaten:	94,7 Prozent
Stroh:	24,2 Prozent
Heu:	47,3 Prozent
Kartoffeln:	90 Prozent
Milch:	87,0 Prozent
Eier:	70,0 Prozent
Schweinefleisch:	70,0 Prozent und
Rindfleisch:	99,7 Prozent.

Mit einer Erfüllung der Pläne bis zum Jahresende war also kaum noch zu rechnen. Trotzdem forderten die Stadtverordneten eine Überprüfung der Lage der säumigen Bauern und gegebenenfalls ihre Bestrafung.

Die Abgeordneten wurden zur Unterstützung aufgerufen.

Mit dem 1. Januar 1951 lief der 1. Fünfjahrplan an und brachte neue Aufgaben für den Rat und die Stadtverordnetenversammlung.

In der Landwirtschaft wurden die Frühjahrsbestellung und die Ablieferung von tierischen Produkten vom 1. Tage an überwacht und kontrolliert. So konnte den Abgeordneten auf der Sitzung am 20. April 1951 mitgeteilt werden, dass die Getreide- und Hülsenfruchtaussaat abgeschlossen wurde, und der Stand der Ablieferung von tierischen Produkten auch befriedigen konnte. Bis zum 17. Mai waren vom Halbjahressoll geliefert: Milch 68,8 Prozent und Eier 63 Prozent. Man stellte sich das Ziel, eine volle Erfüllung der Halbjahrespläne bereits bis zum 3. Juni dem Tage der Volksbefragung zu erreichen.

Sorgen in der Ablieferung bereitete der Ortsteil Görke. Hier wurden Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Abgeordnete zur Durchsetzung des Beschlusses eingesetzt.

In einer Stellungnahme der Abgeordneten zur Volksbefragung hieß es:

"Es kann für jeden Patrioten nur eine Entscheidung geben, das freudige 'Ja' für den Frieden und gegen die Remilitarisierung."

Vom 3. bis 5. Juni 1951 wurde in der gesamten Republik die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland durchgeführt. Die große Mehrheit der Bevölkerung gab ihre Stimme für den Frieden bereits am 1. Tage ab.

Im Kreise Anklam waren stimmberechtigt: 42.778 Personen.

Abgegeben wurden 42.736 Stimmen, davon waren 42.659 Stimmen gültig.

Es stimmten mit "Ja" 39.746 Wähler (93,17 Prozent).

Damit war der Wille des Volkes auch in Anklam sichtbar geworden.

Ein weiterer Höhepunkt des Jahres waren die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten vom 5. bis 19. August in Berlin. Auch dafür gab es in Anklam entsprechende Vorbereitungen. Dazu gehörte auch die Kontrolle der laufenden Arbeit mit der Jugend. Schließlich hatte die Provisorische Volkskammer am 8. Februar 1950 das "Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung" beschlossen.

Als die FDJ in Anklam am 13. Februar 1951 Mittel für die Einrichtung eines Jugendraumes beim Rat der Stadt beantragte, konnten die benötigten Mittel, laut § 1 der 2. Durchführungsbestimmung zur Durchführung des Jugendgesetzes auch sofort vom Rat der Stadt bereit gestellt werden. Doch dabei blieb es nicht. Das ging aus einem Bericht des Stadtrates Hans Kietzmann auf der 6. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10. Juli 1951 hervor. Er konnte den Abgeordneten mitteilen:

- Der FDJ wurde in der Stalinallee ein Haus (heute Hort der FFS)
- und in Görke 1 Jugendraum zur Verfügung gestellt.
- Die Jungen Pioniere erhielten in den Schulen ihre Pionierzimmer.
- Die Werner-Seelenbinder-Kampfbahn und der MTS- Sportplatz stehen der FDJ zur Verfügung.
- Die Jungen Pioniere erhielten den Platz an der Leipziger Allee (alter Turnplatz) zugesprochen.
- Die Turnhallen wurden laufend mit neuen Sportgeräten ausgerüstet,
- die Rückführung der früheren Turnhalle in der Leipziger Allee (heute VEB Waagenbau) wird finanziell nicht möglich sein.
- Die Werbung für die Teilnahme an den Weltfestspielen in Berlin wurde bisher zu 94 Prozent abgesichert.

Alle Abgeordneten und Anwesenden wurden aufgerufen, unsere Jugendlichen weiter zu unterstützen, um das Werbesoll in Kürze 100-prozentig zu erfüllen.

Am 5. Juni 1951 hatte der Rat der Stadt auch 3.000 DM für die behelfsmäßige Einrichtung der Flußbadeanstalt bereit gestellt. Die Badeanstalt konnte darauf am 10. Juli 1951 wieder eröffnet werden.

Als am 5. August die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin eröffnet wurden, waren 80.000 Jugendliche im "Walter-Ulbricht-Stadion" angetreten. Unter ihnen befanden sich auch die FDJ-ler aus der Stadt und dem Kreise Anklam. Es war ein Augenblick, den man sicher nicht so leicht vergißt. Auf der Ehrentribüne standen die Genossen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, Max Reimann und Walter Ulbricht mit den Vertretern des Weltbundes der Jugend und des Internationalen Studentenbundes.

Insgesamt waren in den Tagen vom 5. bis 19. August über 2 Millionen Jugendliche nach Berlin gekommen. Darunter befanden sich 35.000 Jugendliche aus Westdeutschland und 26.000 Gäste, die aus 104 Ländern angereist waren.

Am 12. August wurde eine große Friedensdemonstration durchgeführt. Dazu sprach der Genosse Walter Ulbricht auf dem Marx-Engels-Platz zu etwa 1,5 Millionen Jugendlichen.

Am 15. August demonstrierten über 100.000 Jugendliche in Westberlin für den Frieden. Sie wurden von der Sturmpolizei niedergeknüppelt und auseinander getrieben. Dabei wurden 976 Jugendliche verletzt.

Trotzdem blieben die Tage von Berlin auch für die Anklamer FDJ-ler ein großes Erlebnis, das zu neuen Leistungen in Schule und Beruf und im Kampf um Einheit und Frieden anspornte.

Die junge Anklamer Bürgermeisterin Genossin Margot Kisten war in diesen Tagen von der Landesregierung mit der Leitung eines Jugendlagers für die Weltfestspiele beauftragt worden. Aber auch die übrigen Arbeiten gingen inzwischen in der Stadt weiter. So wurden im Internat der EOS die noch vom Museum genutzten Räume für die Unterbringung neuer Schüler bis zum 1. September 1951 geräumt.

Der Stadtverordnetenversammlung konnte am 3. September 1951 berichtet werden, dass mit der Zuschüttung des Stickschloßkanals begonnen wurde.

In der Landwirtschaft sollten die Druscharbeiten bis zum 15. September beendet sein. Auch der Stand der Ablieferung tierischer Produkte konnte zu diesem Zeitpunkt befriedigen, obwohl es noch bei einigen Altbauern Rückstände gab. Die Anbaupläne für das Jahr 1952 waren bereits allen Bauern übergeben worden.

Zu Problemen in der Wohnraumbeschaffung sprach Stadträtin Meier. Danach lagen zur Zeit über 1.000 Wohnungsanträge ohne Anträge auf Einzelzimmer vor. Seit dem 1. Januar 1951 konnten bisher 79 Wohnungen und 107 Einzelzimmer vergeben werden.

Man war dabei, die Altersheime am Pulverturm und in der Burg Spantekow weiter auszugestalten, so dass zusätzliche Aufnahmen möglich wurden. Dadurch hoffte man weiteren Wohnraum frei zu machen.

Im Krankenhaus wurde die Kapazität ebenfalls erweitert. In der Tbc-Baracke standen inzwischen 36 Betten zur Verfügung. In Kürze sollte nun auch eine Kinderstation eingerichtet werden. Danach würde das Krankenhaus insgesamt über 300 Betten verfügen. Leider fehlte es noch an Ärzten und Pflegepersonal.

Stadtrat Raczek berichtete über Fragen der Versorgung, die weiter verbessert wurden. Der Kartenzwang konnte zum Teil aufgehoben werden. Fleisch und Fett waren jedoch noch weiterhin als Engpässe anzusehen. Die Punktkarten wurden Termingemäß herausgegeben. Auch hier war eine Lockerung der Bewirtschaftung eingetreten. Oberbekleidung wurde frei verkauft. Lederschuhe konnten jedoch auch weiterhin nur auf Bezugsscheine ausgegeben werden. Dabei sollten in Zukunft auch die Hausfrauen, besonders kinderreiche Mütter, Berücksichtigung finden. Zur Zeit lagen jedoch noch 502 Vornotierungen vor. Rentner mußten bei der Schuhverteilung immer noch

zurück stehen. Arbeitsbekleidung stand in größerer Zahl zur Verfügung.

Die Hausbrandversorgung wurde nach Gruppen aufgeteilt. Außerdem gab es Zusatzkarten für Schwerkriegsbeschädigte und Intelligenz. Mit einer weiteren Freigabe für Haushalte war jedoch bis Jahresende nicht mehr zu rechnen. Daher wurde den Haushalten empfohlen, sich mit Torf zu bevorraten.

Das Jahr 1952 brachte gleich am 17. Januar eine Verordnung des Ministerrates der DDR über den Vertragsabschluß der MAS mit den Bauern. Sie sah eine Senkung der MAS- Tarife um 25 bis 30 Prozent für werktätige Bauern vor. Damit erhielten auch die Bauern der Stadt und des Kreises Anklam die Möglichkeit, die vom Staat zur Verfügung gestellte landwirtschaftliche Technik noch besser zu nutzen. Die Grundlagen dafür hatten die Traktoristen der MAS durch fleißige Wettbewerbsarbeit im Rahmen der "Tausender-Bewegung", die ihren Ursprung in Anklam hatte, geschaffen. Der Initiator dieser Bewegung war der langjährige Direktor der MAS- Leitwerkstatt "Erwin Fischer" Anklam, der Genosse Walter Schröder. Er hatte selber erlebt, dass die ersten 40 PS Traktoren aus Zwickau nach kurzer Laufzeit schon oft in den Reparaturwerkstätten landeten. Dafür mußte es Ursachen geben, die nach seiner Meinung nicht in einer schlechten Qualität der Traktoren vom Typ "Pionier" zu suchen waren. Genosse Schröder machte sich Gedanken, suchte nach Wegen zur Änderung dieser Misere und fand sie. Er berichtet selber darüber:

"Auf einer Landesarbeitstagung von rund 500 Aktivisten, Traktoristen und MAS- Leitern Mecklenburgs am 20. Dezember 1950 in Teterow ergriff ich das Wort und begründete eine "Tausender-Bewegung" für Traktoristen in der Landwirtschaft. Ich schlug vor, nach einem persönlichen Bedienungs- und Wartungsplan in 10 Punkten mit jedem IFA- Traktor mindestens 2.000 Stunden Laufzeit bei 1.000 Stunden reiner Arbeitszeit zu erreichen und dabei in der arbeitsreichen Zeit mit dem Traktor im Zweischichtsystem zu arbeiten.

Das Ziel meiner Vorschläge war also, die Arbeitsproduktivität bedeutend zu steigern und die Selbstkosten zu senken."

Dieser Vorschlag wurde schon auf der Konferenz begeistert begrüßt und fand schnell viele Anhänger nicht nur in Anklam oder im Lange Mecklenburg, sondern in der gesamten Republik. Und was kam dabei heraus? 30 Prozent der Traktoren waren durch Schichtarbeit frei für andere Arbeiten, das heißt, 30 Prozent mehr Ackerfläche konnte bewirtschaftet werden. Der Kraftstoffverbrauch wurde bei reinen Ackerarbeiten um etwa 15 Prozent gesenkt. Durch Einsparung einer Generalreparatur, die je Traktor 1.000 DM kostete, konnte bei 12.000 Traktoren eine Kostensenkung von 12 Millionen Mark erzielt werden.

Am 13. Oktober 1951 wurde Genosse Walter Schröder darauf durch unseren Präsidenten Wilhelm Pieck mit dem Ehrentitel "Held der Arbeit" ausgezeichnet.

Die Tausenderbewegung war zugleich der Anfang einer großen Wettbewerbsbewegung in der Landwirtschaft und trug so spürbar zur schnellen Entwicklung der Arbeit auf dem Lande bei.

Am 15. Februar 1952 konnte der VEB "Mast" Anklam gegründet werden. Er stellte sich die Aufgabe, durch Nutzung verwertbarer Küchenabfälle, zusätzlich Schweinefleisch zu produzieren. Waren es im 1. Produktionsjahr 432 Dezitonnen, so stieg die Jahresleistung bis 1973 auf 1.250 Dezitonnen Schweinefleisch. Mit Küchenabfällen der Anklamer Bevölkerung und aus Betriebsküchen wurde zusätzlich wertvolles Schweinefleisch produziert, das zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit beitrug.

Sonst sah es mit der Arbeit in der Landwirtschaft oftmals noch nicht sehr gut aus. Laut Anbauplan hatte die Stadt für 196#52 insgesamt 305 Hektar mit Kartoffeln zu bebauen. Dafür fehlten zunächst 1.700 Dezitonnen Saatkartoffeln. Sie mußten durch Austausch und sonstige Hilfeleistungen beschafft werden.

Bei der Ablieferung tierischer Produkte sah es nicht viel anders aus. Bis zum 10. März 1952 waren

geliefert:

Rindfleisch	16 Prozent
Milch	21 Prozent
Schweinefleisch	11 Prozent
Eier	13 Prozent

Besonders schlecht war die Ablieferung in Görke, das damals zu Anklam gehörte. Hier lag die Fleischablieferung bei 3,5 Prozent, Milch 6,9 Prozent und Eier 8,9 Prozent. Die Stadtverordnetenversammlung forderte daher eine strengere Kontrolle und Überwachung der Ablieferung, gegebenenfalls auch eine entsprechende Bestrafung.

Vom 9. bis 12. Juli 1952 wurde dann in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle die 2. Parteikonferenz der SED durchgeführt. Daran nahmen 1.565 Delegierte und 494 Gastdelegierte sowie 2.509 Gäste teil, unter denen sich auch die Vorsitzenden der anderen Parteien des Demokratischen Blocks befanden. Zu den neuen Aufgaben der SED, die Genosse Walter Ulbricht verkündete, gehörte die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Dazu stellte Genosse Ulbricht fest:

"Der planmäßige Aufbau des Sozialismus entspricht der ökonomischen Entwicklung und den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Er ergibt sich gesetzmäßig aus der inneren Entwicklung der DDR. Die Arbeiterklasse hat sich zur anerkannt führenden Kraft in Staat, Wirtschaft und Kultur entwickelt, ihr Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und den übrigen Werktätigen hat sich gefestigt. Der Staat der Arbeiter und Bauern als Form der Diktatur des Proletariats ist erstarkt. In der Landwirtschaft gehen Landarbeiter und werktätige Bauern zur gemeinschaftlichen Bodenbearbeitung über. Der volkseigene und genossenschaftliche Sektor der Volkswirtschaft ist zur festen ökonomischen Grundlage der neuen Ordnung geworden und erzeugt rund 80 Prozent der industriellen Bruttoproduktion.

Im Bewußtsein der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit des sozialistischen Aufbaus gereift. Die Verkündung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR ist von historischer und nationaler Bedeutung. Im Geburtsland von Karl Marx und Friedrich Engels wird die Lehre vom wissenschaftlichen Sozialismus in der Praxis verwirklicht. Erstmals in der Geschichte löst eine revolutionäre Partei die Aufgabe, in einem industriell bedeutenden Land unter den Bedingungen der Spaltung und der offenen Grenze zum imperialistischen System den Sozialismus zu errichten. Die SED hat sich in Übereinstimmung mit den anderen Blockparteien und den in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Kräfte für diesen Weg entschieden."

Die Anklamer Stadtverordnetenversammlung nahm am 28. Juli 1952 zum Beschluß der 2. Parteikonferenz über den planmäßigen Aufbau des Sozialismus Stellung. Bürgermeisterin Genossin Kisten bezeichnete den Beschluß als Beginn einer neuen historischen Etappe im Leben unseres Volkes, die man mit allen Kräften unterstützen sollte. Das war zugleich auch die Meinung aller Abgeordneten. Dabei sollte die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft zu den Hauptaufgaben gehören. Doch in Anklam war das gar nicht so leicht. Obwohl sich im Kreise Anklam bis Ende 1952 bereits 17 LPG bildeten, war Anklam noch nicht dabei. Als erste LPG des Kreises Anklam wurde am 31. August 1952 die LPG "Friedrich Engels" Menzlin gegründet, der am 7. September 1952 die LPG Spantekow und am 10. September 1952 die LPG Groß Polzin folgten. Erst am 11. Februar 1953 konnte Bürgermeister Genosse Walter Schulz, der am 10. Oktober 1952 als Nachfolger der Genossin Kisten eingesetzt worden war, den Abgeordneten berichten, dass sich im Ortsteil Gellendin ein Gründungskomitee gebildet habe. Die Politabteilung der MTS Blesewitz würde sich um die Gründung der LPG kümmern. Ihr folgte die LPG Görke, als deren Vorsitzender bald der Abgeordnete Genosse Hans Leu gewählt wurde. Hier änderte sich die Arbeit recht bald

spürbar zum Vorteil für unsere Entwicklung. In Anklam selbst bestand ein großer ÖLB (Örtlicher landwirtschaftlichen Betrieb) mit verhältnismäßig wenigen Arbeitskräften. Das Gleiche galt für die Viehbestände. Die werktätigen Einzelbauern der Stadt waren dagegen überwiegend gut entwickelt und daher nicht sofort bereit, Mitglied einer LPG zu werden. Die LPG "IV. Parteitag" Anklam wurde somit erst am 6. März 1954 von 22 Landarbeitern und 2 werktätigen Einzelbauern gegründet. Im Plan der Frühjahrsbestellung konnte jedoch festgestellt werden, dass der bisherige ÖLB mit Saatgut versorgt war und alle Maschinen einsatzfähig waren.

Die LPG "Sozialismus" Görke hatte sich inzwischen soweit entwickelt, daß die Feldbaubrigade zur Frühjahrsbestellung bereits 38 Mitglieder umfaßte. Unter ihnen befanden sich 11 Jugendliche.

Ein weiterer Beschluß von großer Bedeutung war in dieser Zeit das am 23. Juli 1952 beschlossene "Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR". Damit folgte die Auflösung der Länder und die Bildung von 14 Bezirken mit insgesamt 217 Kreisen statt der bisherigen 132 Kreise. Auch für den Kreis Anklam brachte das Gesetz territoriale Veränderungen. So gingen die Gemeinden Luisenhof, Lübs, Altwigshagen, Wietstock, Neuendorf A und Leopoldshagen an den neu gebildeten Kreis Ückermünde. Dafür erhielt der Kreis Anklam auf der Nordseite der Peene solche Gemeinden, wie Quilow, Pätschow, Schlatkow und Schmatzin.

Zur weiteren Verbesserung der Arbeit wurden bei den Bezirks- und Kreistagen Ständige Kommissionen gebildet. Aber auch in den Städten und Dörfern sollte die Arbeit der Abgeordneten weiter aktiviert werden. Als einen solchen Versuch sind in Anklam die auf Vorschlag der SED Kreisleitung beschlossenen Maßnahmen zur besseren Wohnraumverteilung zu werten. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß dazu am 2. Dezember 1952, das Wohnungsamt vom 6. Dezember 1952 bis 31. Januar 1953 offiziell zu schließen. Gleichzeitig sollte für jeden Wohnbezirk eine Kommission gebildet werden, bestehend aus Abgeordneten und Vertretern aller Parteien und Massenorganisationen. Diese Kommission hatte unter und überbelegten Wohnraum zu ermitteln und dann mit der Abteilung Wohnungswe3sen für einen Ausgleich zu sorgen. So hoffte man, die Wohnungsnot ein wenig zu lindern. Doch die Begehung brachte nicht den erwarteten Erfolg. Das wurde in einer Auswertung auf der Stadtverordnetenversammlung am 11. Februar 1953 festgestellt. Dabei wurde die Arbeit der Stadträtin Meier (LDPD) bezüglich der Anleitung und Kontrolle der Arbeit der Kommissionen mehrfach kritisiert. Sie konnte jedoch anscheinend keine Kritik vertragen und legte daher am 1. Mai 1953 ihr Mandat nieder.

Über geplanten Wohnungsbau konnte Bürgermeister Walter Schulz berichten, dass zum Jahresbeginn 408.000,- DM für den Bau von 24 WE zur Verfügung standen. Darüber hinaus sollten noch 405.000,- DM für die weitere Entrümmern bereitgestellt werden. Für den Wohnungsbau waren die Burg- und Heiligengeiststraße vorgesehen. Man beschloß darüber hinaus 13 weitere Wohnungen in Solidaritätsarbeit zu bauen. Gleichzeitig sollten auf entrümmertem Gelände zur Verschönerung des Stadtbildes große Rasenflächen angelegt werden.

Auf der Sitzung am 11. Mai 1953 konnte den Abgeordneten der Haushaltsplan für das Jahr 1953 zur Bestätigung vorgelegt werden. Er sah diesmal in Einnahmen und Ausgaben en Betrag von 1.926.780 DM vor. Das bedeutete gegenüber 1952 eine Erhöhung um 157.100 DM. Diese Erhöhung wurde notwendig, denn die Stadt hatte mit Wirkung vom 1. Januar 1953 das Volkshaus, das Sportlerheim, die Müllabfuhr und Straßenreinigung, das Schrauben- und Bolzenwerk und die Stellmacherei und Waagenbau übernommen. Auch der Schlachthof arbeitete nicht rentabel und brauchte einen höheren Zuschuß. Hier sollte daher eine Überprüfung und Beratung durchgeführt werden.

Am 9. Juni 1953 beschloß das ZK der SED dann die Durchführung des "Neuen Kurses" und empfahl der Regierung eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile



der Bevölkerung und zur Stärkung der Rechtssicherheit in der DDR. Schon am 11. Juni folgte der Beschluß des Ministerrates über "Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenshaltung für Arbeiter, Intelligenz, Bauern und Schichten des Mittelstandes sowie des Handwerks".

Das sollte der Anfang für den "Neuen Kurs" beim erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der DDR sein.

Daher sahen sich die aggressiven Kreise Westdeutschlands und der USA veranlaßt, den lange vorbereiteten "Tag X" beschleunigt auszulösen. Man wollte die Maßnahmen der SED und Regierung durchkreuzen, bevor sie voll wirksam wurden. Damit wurden Agenten- und Diversionen durch die Reaktion in Aktion gebracht. Es kam zu konterrevolutionären Putschversuchen in Berlin und weiteren Städten der DDR. Doch die Putschisten erlitten innerhalb von 24 Stunden eine völlige Niederlage. Damit wurde der Frieden in Deutschland und Europa gerettet.

In Anklam kam es zu keinen Unruhen, obwohl auch für unser Kreisgebiet der Ausnahmezustand angeordnet worden war. Bewußte Genossen und Arbeiter besetzten und bewachten ihre Betriebe. Das Gleiche galt für alle öffentlichen Gebäude und Einrichtungen. Obwohl der Gegner in Anklam ebenfalls Agenten geworben hatte, wagten sie es nicht, konterrevolutionäre Maßnahmen zu beginnen.

Auch in unserer Stadt blieben die bewaffneten Gruppen der Arbeiter bestehen und wurden unter Führung der SED zu bewaffneten Kampfgruppen der Arbeiterklasse ausgebildet.

Seit dem 1. Juni 1953 hatte Anklam schon wieder einen neuen Bürgermeister. Der Genosse Walter Schulz ging nach kurzem Schulbesuch als 2. Sekretär zur Kreisleitung der SED. Neuer Bürgermeister wurde der bisherige Stadtverordnete Genosse Erich Preisler. Er hatte also kein leichtes Amt zu übernehmen, denn in den ersten Tagen nach dem Putschversuch wußte so mancher Bürger noch nicht so recht, wie er sich verhalten sollte. Das zeigte auch die 4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27. Juli 1953. Von 30 Abgeordneten waren nur 11 erschienen, nachdem die 3. Sitzung bereits ausfallen mußte, weil man nicht beschlußfähig war. Die Blockparteien waren jeweils nur mit einem Abgeordneten vertreten. Trotzdem wurde die Sitzung diesmal durchgeführt. Der Abgeordnete Genosse Paradies sprach zur gegenwärtigen politischen Lage und stellte fest, die Imperialisten haben mit dem "Tag X" eine schmachvolle Niederlage erlitten. Aufgabe der Abgeordneten sollte es sein, nun die Aufgaben des "Neuen Kurses" mit der Bevölkerung zu diskutieren und sie zur aktiven Mitarbeit bei der Durchsetzung aufzurufen.

Im Punkt 2 der Tagesordnung konnte Bürgermeister Genosse Preisler ein Zusatzbauprogramm für 1953 bekannt geben. Danach war der zusätzliche Bau von 36 WE in der Burg- und Heiligengeiststraße vorgesehen. Dazu kamen die Lizenzbauten Bäcker Schumacher, Rudolf-Breitscheid-Platz; Stegemann, Hirtenstraße; Hess, Frauenstraße; Schulz, Bahnhofsstraße und Rose, Reeperstieg. Geplant, jedoch noch nicht bestätigt waren der Wiederaufbau Strandt (Bausumme 60.000 bis 90.000 Mark) und der Ausbau der Brotfabrik in der Leipziger Allee (48.000 DM). Außerdem konnte das erste im NAW (Nationalen Aufbauwerk) gebaute Wohnhaus mit 12 WE in der Hospitalstraße von den besten Bauhelfern bezogen werden.

Die Arbeit ging weiter. Die erste wurde wieder verlustarm eingebracht.

Am 20. August 1953 beschloß die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Bevölkerung, die Friedländerstraße in "Philipp-Müller-Straße" umzubenennen. Die Umbenennung erfolgt am Tag der OdF, dem 13. September 1953. Philipp Müller, FDJ ler und Gewerkschaftsfunktionär in Westdeutschland, war am 11. Mai 1952 von der Adenauer-Polizei bei einem Protest gegen die Remilitarisierung erschossen worden.

Am 21. Oktober 1953 wurde auch die Karl-Liebknecht-Schule II in der Stalinallee in "Friedrich-Schiller-Schule" umbenannt.

Die Abteilung Wohnungswesen konnte den Abgeordneten auf der gleichen Sitzung mitteilen, dass in der Zeit von Januar bis September 1953 insgesamt 256 Wohnungen neu oder durch Tausch vergeben werden konnten. Die Nachfrage war jedoch nach wie vor sehr groß.

Ein weiteres Problem für die Arbeit der zuständigen Mitarbeiter des Rates der Stadt stellten in dieser Zeit die Müllabfuhr und die Straßenreinigung dar. Wie Stadtrat Raczek mitteilte, mußte die Müllabfuhr immer noch mit einem gummibereiften Pferdefuhrwerk von 4 Arbeitern bewältigt werden. Sie transportierten damit im Jahr etwa 6.000 bis 7.000 Kubikmeter Müll, praktisch unter den schwierigsten und unhygienischsten Bedingungen. Für die Straßenreinigung standen 9 Arbeitskräfte zur Verfügung. Im Frühjahr 1953 wurde zeitweilig eine private Straßenkehrmaschine von Herrn Nehls eingesetzt. Dafür hatte die Stadt pro Stunde eine Nutzungsgebühr von 6 DM zu zahlen. Die Kehrmaschine wurde von 2 Pferden gezogen. Hinzu kam, dass die beiden großen Besen in 4 bis 6 Wochen abgenutzt waren und erneuert werden mußten. Ein Besen kostete damals etwa 500 Mark. Der Straßenkehrriech wurde dann mit Kastenwagen abgefahren. Alle bisherigen Anträge der Stadt auf Bereitstellung eines motorisierten Müllfahrzeuges und einer entsprechenden Straßenkehrmaschine waren bisher immer wieder vom Rat des Bezirkes zurück gestellt worden. Für 1954 war dann endlich die Lieferung eines Müllfahrzeuges vom Bezirk in Aussicht gestellt. Daher wurden alle Hausbesitzer verpflichtet, sich entsprechende Müllbehälter anzuschaffen, die in Torgelow und Thale/Harz hergestellt wurden.

Wenn man das heute liest, kann man sich alles kaum noch vorstellen. Vielleicht wird jetzt interessieren, wie nach Gründung der LPG "Sozialismus" Görke die Ablieferung tierischer und pflanzlicher Produkte in der Stadt aussah. Nach Mitteilung des Rates der Stadt waren bis zum 20. November 1953 geliefert:

Rindfleisch	-	100 Prozent
Milch (31.10.1953)	-	95,6 Prozent
Schweinefleisch	-	97,0 Prozent
Eier	-	100 Prozent

und in der pflanzlichen Produktion:

Getreide	-	100 Prozent
Ölfrüchte	-	94,0 Prozent
Kartoffeln	-	95,5 Prozent
Gemüse	-	116 Prozent
Zuckerrüben	-	35,6 Prozent (Ablieferung noch nicht beendet)

Dabei konnte festgestellt werden, dass die Ablieferung der LPG in Görke vorbildlich war. Noch am 10. März 1952 hatte es geheißen, besonders schlecht war der Stand der Ablieferung in Görke.

Inzwischen hatte die Regierung am 24. Oktober 1953 die 15. Preissenkung für Nahrungsgüter und Gebrauchswaren beschlossen. Dabei wurden die Preise von insgesamt 12.000 Warenarten um 10 bis 50 Prozent gesenkt. Und als kleines Weihnachtsgeschenk gab es am 17. Dezember 1953 erneut Lohnerhöhungen der Lohngruppen V bis VIII in verschiedenen Zweigen der volkseigenen Wirtschaft.

Damit ging auch das Jahr 1953 zu Ende, und es begann das "Jahr der großen Initiative". Dazu faßte der IV. Parteitag der SED (30. März bis 6. April 1954) den Beschluß "Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation". Dabei rief der Parteitag auf, dem Block der Militaristen in Westdeutschland einen Arbeiterblock aller Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftler, parteilosen und christlichen Arbeiter entgegen zu stellen, weil eben von der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse die Zukunft der Nation abhing. Nur durch Verhandlungen beider deutscher Staaten würde es möglich werden, eine provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden, der freie Wahlen ohne ausländische Einmischung folgen müßten.

Doch gleichzeitig beriet der Parteitag auch über die weitere wirtschaftliche Stärkung der DDR und die Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und rief zur gemeinsamen Durchsetzung der beschlossenen Aufgaben auf. Dieser Ruf wurde auch in Anklam nicht überhört.

Am 6. März 1954 konnte, wie bereits erwähnt, die LPG "IV. Parteitag" in Anklam von 22 Landarbeitern und 2 werktätigen Bauern gegründet werden. Auch hier ging die Arbeit bald spürbar voran. Das zeigte der Stand der Pflichtablieferung in tierischen Produkten vom

15. Juni 1954:	soll	ist
Rindfleisch	41 Prozent	49 Prozent
Schweinefleisch	41 Prozent	60 Prozent
Milch	50 Prozent	59 Prozent
Eier	65 Prozent	56 Prozent

Rückstände gab es also nur bei der Ablieferung von Eiern.

Auf der Sitzung der Stadtverordneten am 2. März 1954 konnte Stadtrat für Kultur und Volksbildung Genosse Krotz über die Arbeit mit der Jugend und die Erfüllung des Jugendgesetzes berichten.

Die Kreisleitung der FDJ, die ihren Sitz zeitweilig in der Stalinallee (Pasewalker Allee - heute Schiller-Schule) hatte, war inzwischen in eine Baracke am Pferdemarkt umgezogen. Im Zimmer 9 befand sich die Jugendraum. Dazu hatte die Kreisleitung der FDJ noch einen weiteren Raum in einer kleinen Baracke am Pferdemarkt als Jugendraum eingerichtet. In beiden Räumen wurde eine gute Jugendarbeit geleistet, sie waren fast jeden Tag besetzt. Anders sah es mit den Jugendräumen in Gellendin und Görke aus. Der Gellendiner Raum war auch in gutem Zustand, doch Jugendarbeit gab es hier kaum. In Görke gab es ebenfalls keine organisierte Jugendarbeit. Hier befand sich der Jugendraum in einem so katastrophalen Zustand, dass man es sich kaum vorstellen konnte. Niemand hatte sich hier um die Jugendlichen gekümmert und sie entsprechend angeleitet. Hier mußte das Versäumte schleunigst nachgeholt werden. Doch Genosse Krotz konnte auch über erfreulichere Dinge berichten.

So hatte zum Beispiel der Sportfreund Hannig zusammen mit Elternvertretern und Jugendlichen auf einem Trümmergrundstück neben der Käthe-Kollwitz-Schule eine Eisbahn geschaffen, die im Sommer als Schulsportplatz genutzt werden konnte (heute durch Kinderkrippeneinrichtung bebaut). Die Lehrlinge des VEB Tischlerei fertigten im NAW 26 Kellerfenster an, und die Lehrlinge der MTS Leitwerkstatt leisteten 400 freiwillige Aufbaustunden. Dazu kamen 250 Stunden der FDJ-ler der Fachschule für Landwirtschaft und 150 Stunden der Lehrlinge des Kreisbauhofes.

Bis Ende September 1954 hatten die Bürger unserer Stadt durch freiwillige Entrümmung einen Wert von 143.474 DM erarbeitet. Wozu noch eine summe von 9.809 DM für verkaufte Materialien und Geldspenden kamen. Damit sollten finanziert werden: 5 Wohnungen in der Burgstraße (91.000 DM), Ausbau von 5 WE in der Brotfabrik (35.000 DM) und der Bau des MTS- Hauses mit 6 WE (25.000 DM).

Hinter der Peenebrücke wurden auf beiden Seiten Grünanlagen geschaffen. Auch den Bluthsluster Park begann man wieder als Erholungsstätte herzurichten.

In der Landwirtschaft konnten die Genossenschaftsbauern ihre Erträge bei Getreide um 20 Prozent und bei Ölsaaten um 25 Prozent steigern. Bei der Milchproduktion wurden bereits 3.000 Liter Milch je Kuh und Jahr erreicht. Diesmal erfüllten beide LPG ihre Pläne in allen Produkten. Bis zum 25. November 1954 gab es folgenden Erfüllungsstand:

Rindfleisch	-	99 Prozent
Schweinefleisch	-	96 Prozent
Milch	-	99 Prozent
Eier	-	99 Prozent

Getreide - 100 Prozent  
Ölfrüchte - 100 Prozent  
Kartoffeln - 96 Prozent

Man stellte sich das Ziel, die Reste bis zum 22. Dezember abzuliefern.

Die Anklamer hatten das "Jahr der großen Initiative" also richtig verstanden.

Am Ende des Jahres zogen auch die Abgeordneten Bilanz und ließen sich in einem Rechenschaftsbericht über die erreichten Ergebnisse in der Legislaturperiode von 1950 bis 1954 berichten. Dabei wurde zunächst daran erinnert, dass das neue Rathaus bis Ende 1951 fertig war und bis zum 15. Februar 1952 bezogen wurde.

Enttrümmerung und Wiederaufbau der Stadt gingen Hand in Hand. Die Hauptenttrümmerung begann 1951, als bei einer Bereitstellung von 250.000 DM etwa 42.000 Kubikmeter Schutt beseitigt werden konnten. In den Jahren 1952 bis 1954 stellte der Staat insgesamt 1.230.000 DM für die weitere Enttrümmerung der Stadt zur Verfügung. So wurden in vier Jahren enttrümmert: Stalinplatz (Markt), Keilstraße, Brüderstraße, Pferdemarkt, Stein-, Peen- und Baustraße, die Burgstraße, Stalinstraße und Stalinallee (Pasewalker Straße und Pasewalker Allee) und die Bluthsluster Straße.

Durch die freiwillige Enttrümmerung im Rahmen des NAW erarbeiteten die Anklamer Bürger in den Jahren von 1952 bis 1954 insgesamt 310.000 DM. Diese Gelder wurden für den zusätzlichen Wohnungsbau genutzt. So entstanden zum Beispiel für 140.000 DM die erwähnten 12 WE in der Hospitalstraße. Für das Aufklärungslokal in der Siedlung wurden mit Einrichtung 22.000 DM ausgegeben (Thälmannlokal).

5 WE in der Burgstraße kosteten 80.000 DM, für den Ausbau der Brotfabrik (5 WE) wurden 35.000 DM bereitgestellt und für 8 WE des MTS- Baus in der Stalinallee (Pasewalker Allee) die restlichen 25.000 DM.

An sonstigen Neubauten von 1951 bis 1954 werden genannt: die Lizenzbauten Böttcher (Hohestraße), Hurras (Keilstraße), Vedder, Sukowski, Strandt und Bäcker Schumacher, das Lehrlingswohnheim der MTS- Sezialwerkstatt, Feuerwehrdepot (Hospitalstraße), Kindergarten (Hospitalstraße) und 60 WE in der Burg- und Heiligengeiststraße.

Eine der schwersten Aufgaben hatte in dieser Zeit doch die Abteilung Wohnungswesen zu lösen. Sie taten ihr Möglichstes. So konnten durch Neubau und Verzug vergeben werden:

1951 257 Wohnungen  
1952 223 Wohnungen  
1953 263 Wohnungen und bis

Juli 1954 118 Wohnungen.

Dazu kamen im gleichen Zeitraum 879 Wohnungstausche. Trotzdem gab es noch berge von Anträgen.

Auf dem Gebiete des Sozialwesens hatte die Stadt in diesen Jahren das Altersheim am Pulverturm (15 Plätze) und das Heim in der Burg Spantekow (28 Plätze) zu versorgen. Die Heimbewohner zahlten monatlich 60 DM. Die restlichen Kosten trug die Stadt. Es waren von 1951 bis 1953 insgesamt 197.000 DM, die die Stadt für 43 Heimbewohner bereitstellte.

Darüber hinaus gab es natürlich noch Sozialunterstützungsempfänger, deren Zahl zwar langsam zurückging. Trotzdem waren auch hier große Summen bereit zu stellen.

1951 für 560 Betreute - 292.000 DM  
1952 für 375 Betreute - 241.000 DM  
1953 für 262 Betreute - 185.000 DM  
1954 für 250 Betreute - 200.000 DM.

Inzwischen wurden viele arbeitsfähige Unterstützungsempfänger in Arbeit vermittelt, so daß

praktisch nur noch Alte und Kranke zu betreuen waren.

Auch die Ausgaben für Volksbildung und Kultur erhöhten sich von Jahr zu Jahr. Waren es 1951 insgesamt 861.000 DM, so wurden 1954 bereits 988.000 DM bereit gestellt. Dadurch waren unsere Schulen bis auf die Karl-Liebnecht-Schule in der Lage, den Zweischichtunterricht zu beseitigen. An allen Schulen war die Schulspeisung organisiert, wozu der Rat der Stadt ebenfalls 1/3 der Kosten beisteuerte.

Auch die Arbeit im Anklamer Theater ging voran. Waren es 1951 noch 214 Veranstaltungen mit 51.000 Besuchern, so erhöhte sich die Zahl 1953 auf 262 Veranstaltungen mit 85.000 Besuchern. Für Jugendarbeit und Sport wurden 1951 insgesamt 88.000 DM ausgegeben. 1954 waren es bereits 236.000 DM.

In dieser Zeit wurde auch der Kindergarten in der Hospitalstraße gebaut und bezogen.

Seit 1953 stellte die Stadt auch größere Summen für Ferienwanderungen und Ferienspiele zur Verfügung.

Das Volkshaus und das Ruderhaus erhielten je eine Kegelbahn und für den Rudersport wurden 8 Boote gekauft.

So könnte man noch so Manches aufzählen, stolze Erfolge hinter denen harte Arbeit steckte.

Viel Arbeit gab es in dieser Zeit bei der Instandsetzung der im Krieg zum Teil stark beschädigten Straßen der Stadt. So wurden von 1951 bis 1954 Neupflasterungsarbeiten vorgenommen in der Stalinstraße (Pasewalker Straße), Eckstraße, am Bollwerk vor dem früheren Rathaus, Hospitalstraße, Lehmgrube, Gellendiner Weg, Schulweg zur Karl-Liebnecht-Schule, Thälmann Allee, Wiesenstraße, Entensteig, Werkstraße, Teile der Badstüber- und Baustraße, der Ahornweg und der Feldweg nach Gellendin.

Bei der Straßenbeleuchtung konnte die Zahl der Brennstellen von 1951 bis 1954 von 250 auf 280 erhöht werden.

Sicher fragt man sich nun, wie es mit der Entwicklung der Landwirtschaft vorangegangen war. Hier hatten sich die Viehbestände wie folgt erhöht:

	1951	1954
Rinder	1.074	1.936
Schweine	2.500	3.027
Schafe	349	786
Legehennen	13.000	13.400

War die Ablieferung in den Jahren 1951 und 1952 noch verhältnismäßig schlecht, konnte sie nach Gründung der LPG'n 1953 und 1954 spürbar verbessert werden.

Damit trugen die Anklamer Bauern mit dazu bei, dass die Lebensmittelversorgung auf Grund der Kartenansprüche gesichert war. Das Gleiche galt für die Belieferung mit festen Brennstoffen.

Sorgen bereitete jedoch oftmals noch die Versorgung mit Textilien.

Zum Schluß wurde noch kurz über die Arbeit der Grundstücksverwaltung berichtet. Danach hatte der Betrieb 1951 insgesamt 900 Wohnungen zu verwalten. Man gab für Reparaturen 76.000 DM aus. Nach der Auflösung des Wohnungsbauvereins im Jahre 1952 erhöhte sich die Zahl der betreuten Wohnungen auf 1.860, so dass für das laufende Jahr jetzt 153.000 DM ausgegeben wurden. 1953 erhöhte sich die Zahl der Wohnungen weiter auf 2.025 WE. Diesmal standen 226.000 DM für Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten bereit. Nach Auslösung des Wohnungsbauvereins waren die von 1935 bis 1938 gebauten Häuser und Wohnblöcke der Siedlung, beiderseits der Pasewalker Allee und die 1938/39 in der Hospitalstraße gebauten Wohnblöcke zur Grundstücksverwaltung gekommen, denn sie wurden in Volkseigentum überführt. Am 17. Oktober 1954 waren die Anklamer mal wieder zur Wahlurne gegangen, um die Abgeordneten der Volkskammer und des Bezirkstages neu zu wählen. In der gesamten Republik

hatten 98,41 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Nur 0,54 Prozent ungültige oder Gegenstimmen waren zu registrieren. Das heißt von den abgegebenen Stimmen fielen 99,46 Prozent auf die Kandidaten der Nationalen Front. So etwa sah auch das Ergebnis in Anklam aus. Über die Durchführung des Jugendgesetzes ließ sich die Stadtverordnetenversammlung am 17. Februar 1955 berichten. Danach wurden 1954 für die Förderung der Jugend insgesamt 622.000 DM ausgegeben.

Davon gingen an

die Grundschulen	- 163.860 DM
Oberschule und Internat	- 191.800 DM
Kindergärten und Horte	- 69.400 DM
Schulspeisung	- 74.670 DM
Ferienspiele, außerschulischer Sport	- 44.320 DM
allgemeine und landwirtschaftliche Berufsschule	- 44.940 DM
Sportanlagen und Objekte	- 19.800 DM

1954 wurde auch die Bezirks-Kinder- und Jugendsportschule in Anklam eingerichtet.

Untergebracht waren die 84 Schüler im Internat in Bluthlust. Sport wurde im Saal der früheren Gaststätte betrieben und der Unterricht fand in Räumen der Karl-Marx-Schule statt.

Auf der Sitzung am 29. Juni 1955 wurde dann der Haushaltsplan für das Jahr 1955 beraten und beschlossen. Er sah vor:

Einnahmen	- 2.427.260 DM
Ausgaben	- 2.311.400 DM
Sollüberschuß	- 115.800 DM

Danach stellte der Rat der Stadt unter anderem bereit für Ausgaben der

Volksbildung	729.210 DM
Kultur	586.250 DM
Kommunale Wirtschaft	365.020 DM und für
Arbeit und Berufsausbildung	279.800 DM

Ab 1. Dezember 1955 konnte nach Bereitstellung eines motorisierten Müllfahrzeuges endlich mit einer planmäßigen Müllabfuhr begonnen werden. Alle Hauseigentümer wurden verpflichtet, sich einheitliche Müllbehälter anzuschaffen und sie am Abfuhrtag bis 7 Uhr auf die Straße zu stellen. Als Jahresgebühr wurden zunächst 20 Prozent des Grundsteuermeßbetrages veranschlagt. 1956 war die Stadt dann bereits in der Lage, die großen vollen Kübel auf die Straße bringen zu lassen. Die Gebühren wurden danach mit 4,40 DM pro Zimmer und Jahr berechnet. Sie hatte der Hauswirt zu tragen.

In der Leitung der Stadt gab es inzwischen einen erneuten Wechsel. Bürgermeister Erich Preisler schied am 1. August 1955 aus. Er wurde als Fachmann zum Flugzeugbau nach Dresden berufen. Neuer Bürgermeister war seit dem 8. September 1955 der Genosse Paul Kielmann.

Inzwischen gingen auch die Enttrümmerungs- und Aufbauarbeiten weiter. Für die Enttrümmerung hatte der Rat des Bezirkes 340.000 DM und für Grünanlagen 10.000 DM bereitgestellt. Durch freiwillige Einsätze sollten 60.000 DM eingespart werden. Sie waren für den Abschluß der Bauarbeiten beim Wohnungsbau Brotfabrik und MTS- Wohnhaus bestimmt.

In der Frauenstraße wurde die Neupflasterung mit Kupferschlackensteinen beendet. Das Gleiche galt für die Industriestraße. In der Jahnstraße wurde mit den Ausschachtungsarbeiten für die neue allgemeine Berufsschule begonnen. Dabei leisteten Lehrer und Schüler alleine 2.249 Aufbaustunden.

So ging auch das Jahr 1955 und damit der 1. Fünfjahrplan mit einer guten Bilanz zu Ende. Fast in allen Positionen waren die gesteckten Ziele überboten worden. So war zum Beispiel die

Industrieproduktion gegenüber 1936 auf 210 Prozent gestiegen. Die Zielstellung zur Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung wurde ebenfalls überboten. So betrug die Senkung der Einzelhandelspreise statt der vorgesehenen 28 Prozent sogar 32 Prozent. Der Umsatz erreichte statt der geplanten 27 Milliarden DM ebenfalls 31,6 Milliarden DM. Der Fleiß der Bürger unserer jungen DDR hatte sich gelohnt.

## **65. Der 2. Fünfjahrplan brachte neue Aufgaben**

Das Jahr 1956 begann mit der 3. Parteikonferenz der SED, die vom 24. bis 30. März 1956 in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin durchgeführt wurde. Hier sprach Genosse Walter Ulbricht über die Aufgaben des 2. Fünfjahrplanes und den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Auch für die Arbeit in der Landwirtschaft gab es neue, hohe Ziele. Der Plan sah zum Beispiel eine Steigerung der pflanzlichen Produktion von 18,6 Prozent und bei der tierischen Produktion von 25,9 Prozent gegenüber 1955 vor.

Die Lösung größerer Aufgaben setzte natürlich eine weitere Aktivierung und Verbesserung der Arbeit der örtlichen staatlichen Organe voraus. Daher erfolgte auf der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. April 1956 die Umbildung der Ausschüsse in Ständige Kommissionen. Es wurden gebildet.

1. Ständige Kommission für Haushalt und Finanzen  
Vorsitzender: Walter Nagel (SED)
2. Ständige Kommission für Landwirtschaft  
Vorsitzender: Hans Leu (SED)
3. Ständige Kommission für Gesundheits-, Sozial- und Wohnungswesen  
Vorsitzender: Ernst Paradies (SED)
4. Ständige Kommission für Volksbildung und Jugendfragen  
Vorsitzender: Otto Niedrig (SED)
5. Ständige Kommission für örtliche Industrie und kommunale Wirtschaft  
Vorsitzender: Hans Kunter (SED)

Allen Ständigen Kommissionen wurde empfohlen, sich zur Verbesserung und Erleichterung der Arbeit Aktivmitglieder, besonders aus den Reihen der Fachkräfte, zu werben.

Für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft wurde ein Perspektivplan bis zum Jahre 1960 ausgearbeitet und den Stadtverordneten nach entsprechenden Diskussionen und Beratungen auf Bauernversammlungen am 25. Oktober 1956 zur Bestätigung vorgelegt. Darin hieß es unter anderem:

"Der Kreis Anklam wurde durch das Institut für Acker- und Pflanzenbau der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften Münchenberg in Produktionsgebiete aufgeteilt. Diese Einteilung bildete die Grundlage für die Aufstellung des Perspektivplanes.

Er soll zeigen, wie durch Ausnutzung der gegebenen ökonomischen Produktionsbedingungen die Brutto- und Marktproduktion gesteigert werden kann. Die durchschnittliche Ackerwertzahl der Gemeinde beträgt 30 bis 35, die der Wiesen und Weiden 25.

Die Niederschläge betragen im Jahresdurchschnitt 530 bis 550 Millimeter. Die mittlere Jahrestemperatur liegt bei 8 Grad Celsius. Durchschnittlich gibt es jährlich 180 frostfreie Tage. Es herrscht vorwiegend Ostseeklima mit höherer Luftfeuchtigkeit und stärkerer Windbewegung. Die Übergänge von Sommer und Winter sind milde.

Die Verkehrslage ist günstig zu bewerten. Zur Entwicklung der pflanzlichen Produktion ist zu sagen, eine Gegenüberstellung 1955 zu 1960 zeigt uns, dass das Anbauverhältnis in Anklam als gut zu bezeichnen ist. Lediglich im Getreidebau verschieben sich die Anbauflächen von 55,7 Prozent der gesamten Ackerfläche des Jahres 1955 auf 49 Prozent der Fläche des Jahres 1960. Diese Änderung erfolgt zu Gunsten der Futterflächen. Trotzdem sind Winterzwischenfrüchte und Stoppelsaaten weiterhin verstärkt anzubauen.

1. Zur künftigen Entwicklung der Pflanzlichen Produktion:

Kultur	1955		1960	
	Hektar/Ertrag	Dezitonne/Hektar	Hektar/Ertrag	Dezitonne/Hektar
W. Weizen	29,81	27,-	24,86	28,-
W. Roggen	234,84	21,-	205,54	22,-
W. Gerste	20,00	30,-	24,66	28,-
S. Gerste	45,00	24,-	41,11	24,-
Gemenge	109,14	22,-	98,66	24,-
Körnermais	1,10	--	8,22	28,-
Hülsenfrüchte	5,13	14,-	8,22	16,-
Raps	27,92	14,-	41,11	16,-
Faserlein	15,20	32,-	8,22	32,-
Kartoffeln	168,46	190,-	164,43	200,-
Zuckerrüben	72,00	280,-	57,55	280,-
Futterrüben	85,66	450,-	32,82	500,-

Neu im Anbau sollen dazu kommen: Luzerne, Mais, Sonnenblumen als Grünfütter, Rotklee, Erbsengemenge und Süßlupinen.

2. Perspektive für die Viehhaltung (100 Hektar - Besatz)

Viehart	Bestand 31.12. 1955		Plan 1960	
	Stück	- 100 Hektar	Stück	- 100 Hektar
Pferde	225	17,5	225	17,5
Rinder insgesamt	786	61,4	922	72,0
davon Kühe	464	36,6	512	40,0
Schweine insgesamt	1.650	128,8	1.665	130,0
davon Sauen	173	13,5	173	13,5
Schafe	383	30,0	385	30,0
davon Mutterschafe	180	14,6	180	14,6
Legehennen	3.015	240,6	3.202	250,0

Steigerung der Produktion	1955	1960
Milchleistung je Kuh (3,5 Prozent Fett)	2.945 Kilogramm	3.100 Kilogramm
Wollertrag je Schaf	2,5 Kilogramm	3,0 Kilogramm
Eier je Huhn	110 Stück	140 Stück
aufgezogene Ferkel je Sau	12 Stück	14,5 Stück

Daraus ergibt sich folgende Marktproduktion: je Hektar landwirtschaftlicher Fläche

	1955	1960
Milch bei 3,5 Prozent Fettgehalt	825 Kilogramm	934 Kilogramm
Lebendvieh insgesamt	189 Kilogramm	203 Kilogramm
davon Schwein	158 Kilogramm	159 Kilogramm
Eier	170 Stück	200 Stück



Wolle

0,43 Kilogramm

0,98 Kilogramm

Dieser Perspektivplan für die weitere Arbeit in der Landwirtschaft soll zur Erfüllung der Aufgaben des 2. Fünfjahrplanes beitragen. Daher werden alle Abgeordnete aufgerufen, ihn mit den Bauern nochmals zu beraten und sich für die Durchsetzung mit verantwortlich zu fühlen."

Die Aufbauarbeit ging jedoch auch auf andern Gebieten weiter.

Um mit dem Ausbau der Werner-Seelenbinder-Kampfbahn beginnen zu können, sollte der Ausweichsportplatz gebaut werden. Diese Aufgabe hatten sich die Sportler, Trainer und viele Freunde des Sports im Rahmen des NAW (Nationalen Aufbauwerks) übernommen. Doch es blieb vielfach bei den übernommenen Verpflichtungen. Um einen planmäßigen Baubeginn im Stadion zu sichern, übertrug der Rat der Stadt die Arbeit dem Anklamer Torfwerk, das die Erdarbeiten bis zum 30. März 1957 beenden konnte.

Für den Ausbau des Anklamer Schwimmbades war der Bauauftrag an eine Firma Witt erteilt. Hier wurde auch mit den Ausschachtungsarbeiten für ein Nichtschwimmerbecken begonnen. Dabei gab es Probleme durch einen sehr hohen Wasserstand der Peene. Man mußte die Arbeiten daher, wie beim Schwimmbecken, mit Hilfe eines Baggers durchführen. Die Badeanstalt war dann bis zum Beginn der Badesaison 1957 im 1. Bauabschnitt fertiggestellt.

Als am 17. Januar 1957 die Volkskammer auf ihrer 20. Sitzung das Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht beschlossen hatte, gab es auch für die Anklamer Stadtverordnetenversammlung einige Änderungen. So eröffnete Bürgermeister Kielmann am 12. März 1957 die Sitzung mit dem Hinweis, dass der bisherige Vorstand der Stadtverordnetenversammlung nach dem neuen Gesetz aufgelöst sei. Dafür sei in Zukunft immer ein Tagungspräsidium zu wählen. Dafür schlug er dann vor: den Stadtverordneten Otto Niedrig (Tagungsleiter) und die Stadtverordneten Heiden und Ehlert.

Im ersten Tagesordnungspunkt wertete Bürgermeister Kielmann anschließend das neue Gesetz mit den Abgeordneten aus. Dabei verwies er auf die höhere Eigenverantwortlichkeit der örtlichen Organe und nannte als Beispiel, dass eingesparte Investitionen in Zukunft zur Verfügung der Stadt verbleiben und für den zusätzlichen Wohnungsbau genutzt werden können.

Im 2. Tagesordnungspunkt wurde der Stadtarbeitsplan für 1957 beraten und beschlossen. Er sah an weiteren Wohnungsbauten vor:

Wollweber- und Heiligengeiststraße	18 WE
Wollweber Straße (Maetze) weitere	9 WE
Marienkirchplatz und ein Kaufhaus	14 WE

Im NAW sollten zusätzlich entstehen:

in der Dr.-Külz-Straße	8 WE
am Marienkirchplatz	13 WE
in der Burgstraße zu 60 Prozent	21 WE

Dafür standen insgesamt 164.375 DM zur Verfügung.

Darüber hinaus sollte der Umbau des Kindergartens in der Ravelinstraße bis zum 31. Oktober 1957 abgeschlossen sein.

Aus Barackenteilen des früheren Durchgangsheimes wurde in der Friedrich-Schiller-Schule eine Baracke für den Werkunterricht aufgestellt.

Nach der Verlegung der Regenwasserzuflüsse sollte auch die weitere Zuschüttung des Stichkanals wieder aufgenommen werden.

Am 2. April 1957 wurde der erste "Tag der Abgeordneten" in der neuen inzwischen fertiggestellten

Berufsschule durchgeführt. Die Abgeordneten besichtigten zunächst das Schulgebäude, das seit dem 11. Februar 1957 bezogen war. Noch fehlten allerdings ein paar Lampen und die Heizungsrohre mußten noch isoliert werden. Der Bau hatte insgesamt 1.040.000 DM gekostet. Darin wurden nun 300 bis 350 Schüler von 16 Lehrern unterrichtet.

Danach berichtete der stellvertretende Bürgermeister Genosse Kietzmann über den Stand der Arbeiten im Feierabendheim. Die Stiftungen "Zum heiligen Geist" waren aufgelöst. Gebäude und Ländereien wurden in Volkseigentum überführt und waren von der Grundstücksverwaltung übernommen worden. Die Umbauarbeiten im Hause gingen jedoch nur zögernd voran, da die nötigen Maurer fehlten. Eine Anzahl Familien mußten auch ausquartiert werden, nicht alle waren sofort dazu bereit. Das Feierabendheim sollte zunächst 125 Personen aufnehmen. Die Arbeiten beim Umbau des Pflegeheims verzögerten sich noch mehr. Es sollte nach Fertigstellung 50 Personen aufnehmen.

Für den 23. Juni 1957 waren die Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen ausgeschrieben. Dazu hatte die Volkskammer am 3. April 1957 Rechenschaftslegungen durchzuführen. Danach folgte die Vorstellung der neuen Kandidaten. In Anklam sollten es in Zukunft 45 Abgeordnete und 15 Nachfolgekandidaten sein. Gewählt wurde in 5 Wahlkreisen. Dazu waren 11 Wahllokale eingerichtet. 96,8 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Davon waren 0,1 Prozent ungültig. Von den gültigen Stimmen gingen 99,93 Prozent an die Kandidaten der Nationalen Front. Ein Beweis, unsere Wähler hatten Vertrauen zu ihren Abgeordneten und damit auch zu unserem Staat, denn in der gesamten Republik wurden 99,5 Prozent der gültigen Stimmen für die Kandidaten der Nationalen Front abgegeben.

In Anklam befanden sich unter den 45 Abgeordneten und 15 Nachfolgekandidaten auch 12 Frauen (20 Prozent), von der sozialen Herkunft waren es  
16 Arbeiter  
30 Angestellte ;5 Bauern.;4 Hausfrauen ;2 Rentner und 3 Handwerker.

Auf der konstituierenden Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung am 5. Juli 1957 erfolgte dann die Wahl des Rates. Alle Ratsmitglieder kamen aus den Reihen der Abgeordneten. Als hauptamtliche Ratsmitglieder wurden gewählt:

Bürgermeister	Genosse Paul Kielmann
stellvertretende Bürgermeister	Genosse Hans Moede
stellvertretende Bürgermeister	Herbert Kalsow und als
Sekretär des Rates	Genosse Hans Kietzmann.

Als ehrenamtliche Ratsmitglieder wurden bestätigt:

Pittelkow, Heinz  
Kriening, Edith  
Schlott, Horst  
Reppin, Werner  
Heiden, Gerhard  
Leu, Hans.

Am 5. August 1957 ließ sich die Stadtverordnetenversammlung dann über die Erfüllung des Planes des Nationalen Aufbauwerkes im 1. Halbjahr 1957 berichten. Dabei konnte man eine gute Bilanz ziehen, denn es wurden erarbeitet:

Projektierungen und Bauaufsicht	10.566,- DM
9 Familienhaus - Marienkirchplatz – VP-gerichtet	70.000,- DM
8 WE - Dr.-Külz-Straße - VEB (K) Bau richtfertig	16.241,- DM
Verlegen von Lichtleitungen in 6 WE	340,- DM

## Stadtchronik Heinz Bemowky 1989

kostenlose Fuhrleistungen	1.395,- DM
verschiedene Leistungen von Betrieben	5.914,- DM
am Bau der Berufsschule - Lehrer und Schüler	3.466,- DM
Friedrich-Schiller-Schule - Baracke und 2 Klassen	1.280,- DM
Werkraum der Käthe-Kollwitz-Schule	1.600,- DM
Sportplatz – Käthe-Kollwitz-Schule	500,- DM
MTS-Sportplatz durch Kollegen des Betriebes	472,- DM
Flußbadeanstalt	2.115,- DM
Arbeiten auf dem Sportplatz	860,- DM
Enttrümmerung und Anlegen von Grünanlagen	961,- DM
Leistungen an Objekten und Betrieben	514,- DM
und Geldspenden	1.822,- DM
damit betragen die Gesamtleistungen	
bis zum 30. Juni 1957	118.046,- DM.

Der 2. Tag der Abgeordneten wurde am 20. September 1957 im neuen Feierabendheim durchgeführt. Die Auflösung des Stifts "Zum heiligen Geist" war im Dezember 1956 erfolgt. Der Rat des Bezirkes stellte darauf die Mittel zum Ausbau als Feierabendheim zur Verfügung. So konnte das Heim am 8. September 1957 durch Bürgermeister Kielmann übergeben werden. Zunächst wurde es von 70 Personen bewohnt, die besonders aus den Heimen Pulverturm und Burg Spantekow gekommen waren. Die monatlichen Unkosten für einen Heimbewohner betragen 60 DM. Das Pflegeheim in der Burgstraße sollte voraussichtlich im Januar 1958 mit 50 Plätzen eröffnet werden.

Zum Stand des Wiederaufbaus unserer Stadt bis Ende 1956 berichtete das statistische Jahrbuch für den Kreis Anklam:

"Durch den 2. Weltkrieg wurden 117.000 Quadratmeter bebaute Fläche in der Stadt zerstört. Das sind 64 Prozent der gesamten bebauten Fläche unserer Stadt."

Für den bisherigen Wiederaufbau nennt das statistische Jahrbuch 1956:

114 Gebäude wurden wieder hergestellt,

23 Wohnhäuser neu gebaut,

197 Nebengebäude neu gebaut,

83 Wohnungen durch volkseigenen Wohnungsbau errichtet und

66 Wohnungen befinden sich zur Zeit im Bau.

Als Überhang des Bauprogramms 1956/57 wurden ins Jahr 1957 übernommen:

in der Wollweber- und Heiligengeiststraße 18 WE, die jedoch 1957 planmäßig fertiggestellt wurden.

Am Marienkirchplatz

Block A (9 WE) - VEB (K) Bau am 15. Dezember 1957 und

Block B (9 WE) - Volkspolizei am 31. Oktober 1957 bezugsfertig.

"Bis zum 31. Juli 1958 soll", so heißt es weiter im Bericht, "der Block C gemeinsam von Arbeitern des VEB (K) Bau und Genossen der VP fertiggestellt sein. Dann will die VP den Block D (6 WE) ebenfalls noch bis Ende 1958 bezugsfertig übergeben."

Das waren Ziele, die sich sehen ließen. Für die Blöcke A und C wurden 360.000 DM Investmittel bereitgestellt. Die Blöcke B und D wurden aus Einsparungen bei Arbeiten an den Blöcken A und C finanziert. Auch der Ausbau der Brandruine (8 WE) Dr.-Külz-Straße und die daneben liegende Ruine (4 WE) wurden bis Ende 1958 übergeben.

In dieser Zeit wurde auch die Postnebenstelle in der Siedlung gebaut (25.000 DM). Das Gebäude

war am 30. September 1957 richtfertig. In der Wollweberstraße entstanden bis Ende 1958 weitere 3 Häuser mit 27 WE. In der Hospitalstraße waren die ersten Häuser der AWG (Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft) bereits bewohnt. In der Straße der Solidarität waren 9 WE bezugsfertig. Weitere AWG- Bauten sollten dann auf dem Gelände des ehemaligen Durchgangsheimes (Hospitalstraße) und in der Keilstraße entstehen. Man rechnete hier mit 30 WE. An Zweckbauten wurden errichtet das Kaufhaus der Bauern, das im Dezember 1958 übergeben werden konnte. Dazu kamen Sozial- und Kulturgebäude der Zuckerfabrik und der Möbelwerk, die Betriebsberufsschule der MTS, die allgemeine Berufsschule, das Fernmeldeamt in der Eckstraße und die ersten Bauten zum neuen Wasserwerk in der Siedlung. Für 1958/59 waren der Abschluß der Bauten in der Burgstraße und der Baubeginn in der Brüderstraße geplant.

Am 19. Dezember 1957 standen wieder die Fragen der Landwirtschaft auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Der Stand der Pflichtablieferung brachte folgenden Erfüllungsstand:

Rindfleisch	98,9 Prozent	Getreide	98,4 Prozent
Schweinefleisch	99,4 Prozent	Kartoffeln	92,4 Prozent
Milch	100,0 Prozent	Ölsaaten	100,0 Prozent
Eier	100,0 Prozent	Hülsenfrüchte	83,2 Prozent
Wolle	93,3 Prozent	Heu	86,6 Prozent
Geflügel	87,0 Prozent	Stroh	82,9 Prozent

Nach langer Überzeugungsarbeit konnte 1957 auch in Gellendin eine neue LPG "40. Jahrestag" gegründet werden.

Der Plan des Nationalen Aufbauwerkes 1957 konnte mit einer Gesamtleistung von 410.541 DM abgerechnet werden. Das bedeutete gegenüber 1956 (120.000 DM) eine Steigerung um 242 Prozent.

Das Jahr 1958 brachte neue Aufgaben. Der Haushaltsplan 1958 sah vor:

Einnahmen	3.940.710 DM
Ausgaben	3.802.110 DM
mit Sollüberschuß	138.600 DM.

Der V. und D. Betrieb - Grundstücksverwaltung (Versorgungs- und Dienstleistungsbetrieb) wurde zu Beginn des Jahres 1958 in einen VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Anklam umgewandelt. Leiter des Betriebes wurde der Genosse Zahmel.

Auf der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. April 1958 wurde der VEB Kommunale Wohnungsverwaltung dann ermächtigt, für 1958 - 4-prozentige Obligationen in Höhe von 2.000.000 DM für die Errichtung von 65 volkseigenen Wohnungen in Anklam bereitzustellen.

Nach der Bestätigung des 2. Fünfjahrplanes für die Jahre 1956 bis 1960 am 9. Januar 1958 beschloß die Volkskammer am 28. Mai 1958 das Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten. Damit verbunden war die Festlegung einheitlicher Preise für Lebensmittel, die bedeutend unter den bisherigen HO- Preisen lagen. Außerdem erhielten Arbeiter mit einem monatlichen Einkommen unter 800 DM und Rentner als Preisausgleich noch besondere staatliche Zuschüsse. Daneben wurden Kinderzuschläge in Höhe von 20 bzw. 15 DM gezahlt. Da gab es für die Mitarbeiter in den staatlichen Verwaltungen natürlich wieder viel Arbeit, doch sie diente einem guten Zweck, denn sie beseitigte nach 19 Jahren eine kriegsbedingte Maßnahme.

Inzwischen waren die Umbauarbeiten im Pflegeheim in der Burgstraße fast beendet. Das Stiftsgebäude war in Volkseigentum überführt. Rechtsträger wurde der Rat der Stadt. 50 pflegebedürftige Personen konnten nach Beendigung der letzten Arbeiten ins neue Heim aufgenommen werden, darunter auch einige Diabetiker.

Vom 10. bis 16. Juli 1958 wurde der V. Parteitag der SED in Berlin durchgeführt. Er beschloß, den

Sozialismus zum Siege zu führen und forderte die Beschleunigung der sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft und den verstärkten Wiederaufbau der zerstörten Städte. Dazu gehörte natürlich auch unsere Stadt.

Bürgermeister Kielmann teilte den Abgeordneten am 30. September 1958 mit:

"Wir stellen uns in Auswertung der Beschlüsse des V. Parteitages der SED die Aufgabe, bis 1965 in Anklam mindestens 800 neue Wohnungen zu bauen. Davon sind für 1959 bereits 100 Wohnungen vorgesehen."

Doch dazu war es notwendig, planmäßig vorzugehen und neue Baumethoden anzuwenden. Als fachliche Berater für den Wiederaufbauplan der Stadt Anklam weilten Prof. Henselmann aus Berlin und der Kollege Rupp vom Entwurfsbüro des Bezirkes in Anklam. Nach entsprechenden Standortbesichtigungen und gründlichen Beratungen entstand so der Wiederaufbauplan für die Stadt Anklam, der am 30. September 1958 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Bestätigung vorgelegt wurde. Ein Modell zum Wiederaufbau der Stadt war dazu in einem Pavillon am Markt ausgestellt worden.

Der Kollege Rupp erläuterte den Abgeordneten den Plan und sagte unter anderem:

"Arbeitskräftemangel, Mittel und Materialien machen es notwendig, einen Weg zu suchen, mit dessen Hilfe möglichst viel Wohnraum in kürzester Frist geschaffen werden kann. Dieser Weg ist der Montagebau, wodurch etwa 40 Prozent an Materialien und Arbeitskräften eingespart werden. Bei der vorgesehenen neuen Bauweise wird es keine Hinterhäuser, also auch keine Höfe mehr geben. Es wird in Zukunft alles offen gebaut. Die Wohnhäuser werden mit Grünanlagen umgeben. Es gibt daher keinen Platz für Holzstapel oder Schuppen. Wir bauen nach Wohnkomplexen. Der erste Komplex umfaßt etwa 4.000 bis 5.000 Einwohner. Dafür werden dann auch die notwendigen Einrichtungen, wie Schulen, Kinderkrippen, Kaufhallen usw. geschaffen. Die alten Ladenstraßen werden verschwinden, da die Läden in Wohnhäusern nur Unruhe bringen. Für den täglichen Bedarf werden im Wohnkomplex Kaufhallen gebaut, wo man eben alle Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs erhält. Darüber hinaus werden besondere Kaufhallen für den übrigen Bedarf (Kaufhäuser) errichtet."

Dem Antrag des Bürgermeisters, das Rathaus in der ursprünglich vorgesehenen Form weiter zu bauen, stimmte der Kollege Rupp zu. (Leider ist das bis 1989 noch nicht geschehen.)

Große Aufgaben standen unserer Stadt, die am 30. Juni 1958 auf eine Einwohnerzahl von 19.314 Personen verweisen konnte, also im Bauwesen bevor.

Zum ersten Aufbaugelände gehörten die Burgstraße, Wollweber- und Heiligengeiststraße. Hier waren die Wohnungen fertiggestellt und bezogen.

Das 2. Aufbaugelände war dann der Abschnitt zwischen Peen- und Schulstraße. Hier hatte man im Frühjahr 1959 mit dem Aufbau begonnen. In der Peenstraße war der Block I hinter der Kirchenruine fertig und beim Block II war das Kellergeschoß fertig. Ausgeschachtet war der Block III. Hier sollten die ersten Häuser in Großblockbauweise gebaut werden. Leider fehlte immer noch der Montagekran. Doch so war eine Montage nicht möglich, obwohl die Großblöcke damals bei weitem nicht so groß waren, wie heute. Sie hatten die unterschiedlichsten Formen und Größen und mußten in der richtigen Reihenfolge montiert werden. Zu einem Wohnblock gehörten damals 75 verschiedene Fertigteile, die eben, wie gesagt, in der richtigen Reihenfolge zu montieren waren. Der Montagekran wurde am 24. Juli 1959 endlich geliefert, und nach kurzer Einweisung konnte dann ab 7. August 1959 in zwei Schichten montiert werden. Inzwischen hatte man in der Schulstraße mit dem in Ziegelbauweise zu errichtenden AWG-Block begonnen.

Sicher wird man sich fragen, wie konnte unter solchen Bedingungen der Jahresplan erfüllt werden? Der Plan 1959 sah 114 Wohnungsneubauten vor. Davon sollten 78 bezugsfertig übergeben werden. Der 1. AWG-Block (18 WE) konnte im August 1959 in der Straße des NAW bezogen werden.

Von den vier in Großblockbauweise zu bauenden Wohnblöcken (je 24 WE) in der Peenstraße, waren 3 rohbaufertig. Das galt auch für den AWG-Block in der Brüderstraße. Beim AWG-Block in der Schulstraße hatte man mit dem Innenausbau begonnen. Der Plan konnte also nicht erfüllt werden. Dabei lag es jedoch nicht am Fleiß der Bauarbeiter. Doch was 1959 nicht geschafft wurde, sollte 1960 beendet werden.

Neben dem Wiederaufbau der Stadt gab es natürlich auch noch andere wichtige Aufgaben. Die Bezirksleitung der FDJ Neubrandenburg hatte am 8. August 1958 beschlossen, die Nutzbarmachung der "Friedländer Großen Wiese" als Jugendobjekt zu übernehmen. Da ging der Ruf an die FDJ-ler und Jugendlichen aller Betriebe und Einrichtungen unseres Bezirkes, durch freiwilligen Einsatz in der großen Wiese, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen. In regelmäßigen Abständen gingen auch Jugendliche unserer Stadt zum Einsatz. Ihre Kollegen übernahmen inzwischen ihre Aufgaben im Betrieb. So wurde in freiwilligen Einsätzen eine große Wiesenfläche von Friedland bis Ferdinandshof nutzbar gemacht.

Am 16. November 1958 gingen die Anklamer wieder zur Wahl, um die Abgeordneten für die Volkskammer und den Bezirkstag zu wählen. Wieder endete sie mit einem überzeugenden Sieg der Kandidaten der Nationalen Front. 98,9 Prozent der Wahlberechtigten hatte ihre Stimme abgegeben. Darunter befanden sich 99,88 Prozent gültige Stimmen. Ungültig waren also nur 0,12 Prozent und gegen die Kandidaten der Nationalen Front hatten nur 0,13 Prozent gestimmt.

Wie war man nun inzwischen bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft vorangekommen?

Nach dem Stande vom 1. September 1959 bewirtschafteten die 3 LPG der Stadt insgesamt 1.244,87 Hektar. Das waren 60,1 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Im Einzelnen gab es seit der Gründung folgende Veränderungen:

#### LPG Görke

am 31. Dezember 1953 412,56 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und 41 Mitglieder  
am 01. September 1959 640,24 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und 90 Mitglieder

#### LPG Anklam

am 31. Dezember 1957 65,00 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und 28 Mitglieder  
am 01. September 1959 341,58 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und 36 Mitglieder

#### LPG Gellendin

am 31. Dezember 1957 65,00 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und 9 Mitglieder  
am 01. September 1959 262,65 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und 26 Mitglieder.

In Görke gab es am 1. September 1959 noch 4 werktätige Einzelbauern. In Anklam rechnete man am 1. Januar 1960 mit dem Zugang weiterer Bauern, während in Gellendin vermutlich 6 Wirtschaften dazu kommen würden.

Zu den Ergebnissen der Arbeit in der Landwirtschaft hieß es im Erfüllungsbericht des Stadtarbeitsplanes 1959:

Die Viehhaltung konnte zwar verbessert werden, doch der geplante 100 Hektar - Besatz wurde noch nicht erreicht.

	Soll - 100 Hektar	Ist 3. Dezember 1959
Rinder	68	66
davon Kühe	29	28
Schweine	126	113
davon Sauen	11,5	13,9
Schafe	50	30
Hennen	350	220

Der Stand der Ablieferung zeigte folgendes Bild:

Rindfleisch	114 Prozent	Getreide	98,0 Prozent
Schweinefleisch	76 Prozent	Ölsaaten	98,6 Prozent
Milch	93 Prozent	Kartoffeln	95,0 Prozent
Eier	94 Prozent	Zuckerrüben	98,0 Prozent

Auch hier wurden die Ziele, mit Ausnahme von Rindfleisch, bei weitem nicht erfüllt. Das galt ganz besonders für die Ablieferung von Schweinefleisch. Schließlich hatten wir 1958 die Lebensmittelkarten abgeschafft und wollten alle Bürger entsprechend ihren Bedürfnissen versorgen. Dazu hatten die Anklamer Bauern nicht in vollem Maße beigetragen. Das machte sich am Jahresende in den LPG auch im errechneten Wert der Arbeitseinheit bemerkbar. Die LPG Görke erreichte 3,29 DM, die LPG Anklam 6,90 DM und die LPG Gellendin 9,01 DM. Alle drei LPG brauchten damit staatliche Zuschüsse.

Aus der kommunalen Wirtschaft konnte Ende 1959 berichtet werden, dass die Badeanstalt bis auf die Toilettenanlage fertig war. In der Burgstraße und am Stalinplatz (Markt) wurde eine neue Straßenbeleuchtung gelegt.

In der Frauenstraße wurde der Billigwaren-Laden aufgelöst. Dafür wurde hier eine HO- Fleischerei eingerichtet. Im gleichen Jahre richteten HO und Konsum in Anklam auch ihre ersten Selbstbedienungsläden ein.

Für die Enttrümmerung waren nochmals 360.000 DM an Mitteln bereitgestellt. Darüber hinaus wurden 47.900 DM durch freiwillige Einsätze erarbeitet. Alle Gelder wurden verbraucht. Hauptaufgabe war dabei die Baufreimachung der Trümmerstätten besonders im Aufbaugelände II (zwischen Peen- und Schulstraße).

Im Anklamer Feierabendheim wohnten jetzt 140 Personen. Hier war inzwischen auch der Kulturraum fertiggestellt. In der Breiten Straße konnte nach entsprechenden Umbauarbeiten das Veteranenheim übergeben werden. Im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes wurden 1959 Werte in Höhe von 422.176 DM geschaffen. Das waren je wahlberechtigtem Bürger bereits 33,35 DM. Innerhalb der Betriebe schaffte man Werte in Höhe von 227.000 DM, bei Enttrümmerungen und Schaffung von Grünanlagen 83.400 DM, bei Projektierungsarbeiten 30.000 DM und beim Abbruch alter Gebäude in der Peenstraße 46.270 DM.

Gute Betriebsleistungen schafften:

MTS-Spezialwerkstatt	-	23.000 DM
Volkspolizei-Kreisamt	-	22.000 DM
Kfz.-Instandsetzung	-	16.000 DM
und Zuckerfabrik	-	15.000 DM.

Am 18./19. September 1959 wurde die 6. Tagung des ZK der SED durchgeführt. Dort erläuterte der Genosse Walter Ulbricht den Entwurf eines Gesetzes über die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR in den Jahren 1959 bis 1965 und die Aufgaben der Partei. Er schlug vor, in allen Betrieben Kommissionen der Parteikontrolle zu bilden. Sie sollten die Erfüllung der Aufgaben des Siebenjahrplanes überwachen und kontrollieren. Damit begann ein neuer Abschnitt der sozialistischen Entwicklung unseres Landes.

## **66. Der Siebenjahrplan (1959 bis 1965) forderte die sozialistische Umgestaltung auf höherer Stufe**

Auf Vorschlag der 6. Tagung des ZK der SED beschloß die Volkskammer am 30. September 1959 das "Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1959 bis 1965".

Der Siebenjahrplan sollte den 2. Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft und die sozialistische Umgestaltung der DDR auf höherer Stufe fortsetzen. Die Annahme des Siebenjahrplanes wurde möglich, weil die im 2. Fünfjahrplan vorgesehenen Produktionsziele bereits vielfach in 4 Jahren erfüllt wurden. Gleichzeitig wurde damit eine bessere Abstimmungsmöglichkeit mit den Plänen der UdSSR erreicht.

Die Hauptaufgabe bestand jedoch darin, durch die schnelle Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes die Arbeitsproduktivität und die Produktion in allen Zweigen der Volkswirtschaft bei ständiger Senkung der Kosten maximal zu erhöhen, um so die materiell-technische Basis für den Sieg des Sozialismus zu schaffen.

In Verwirklichung dieser Aufgaben konnte in den Märztagen des Jahres 1960 dann dieses Telegramm an den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED gesandt werden:

"Lieber Genosse!

Im Namen des Büros der Kreisleitung Anklam der SED teile ich Dir mit, daß der Kreis Anklam ein vollgenossenschaftlicher Kreis ist."

Der 1. Sekretär der Kreisleitung der SED Anklam hatte es übersandt. Damit war der Kreis Anklam der erste vollgenossenschaftliche Kreis im Bezirk Neubrandenburg.

Der erste schritt war getan, doch der zweite mußte folgen. Das wußten auch die Genossen. Darum hieß es auch weiter im Telegramm:

"Jetzt werden wir alles tun, um die neu entstandenen LPG schnell zu festigen. So wie wir den Kampf führten, um jeden Bauern zu überzeugen, so werden wir jetzt alles tun, zur Erziehung der neuen Genossenschaftsbauern, zur Steigerung der Produktion und zur Erfüllung der Pläne."

Diese Aufgabe war zumindest ebenso schwer, wie vorher die Überzeugungsarbeit zum Eintritt in die LPG.

Am 29. Oktober 1959 hatte der Ministerrat einen Beschluß über Maßnahmen zur Steigerung der tierischen und pflanzlichen Produktion zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung gefaßt. Veranlassung dafür waren die langanhaltende Trockenheit aber auch örtliche Verstöße gegen die Plandisziplin, wie wir es auch in Anklam feststellen mußten. Die Maßnahmen des Ministerrates sahen unter anderem vor: Einschränkungen beim Schlachten von Milchvieh, volle Ablieferung der Milch mit natürlichem Fettgehalt, sparsamer Futtermittelverbrauch auf der Grundlage exakter Futterpläne und schnellster Abschluß der verlustarmen Hackfruchternte.

Betrachtet man die Erfüllung der Ablieferungspläne des Jahres 1960, so bekommt man den Eindruck, in Anklam hatte man wenig von diesem Ministerratsbeschluß gehört. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1960 gab es folgende Erfüllung:

	ist insgesamt	LPG Anklam	LPG III Gellendin	LPD I Gellendin
Rindfleisch	115,0 Prozent	99 Prozent	102 Prozent	110 Prozent
Schweinefleisch	84,8 Prozent	60 Prozent	71 Prozent	122 Prozent
Milch	80,9 Prozent	70 Prozent	69 Prozent	117 Prozent
Eier	115,3 Prozent	36 Prozent	82 Prozent	86 Prozent
Getreide	83,6 Prozent	88 Prozent	76 Prozent	100 Prozent
Kartoffeln	76,6 Prozent	62 Prozent	92 Prozent	90 Prozent
Ölsaaten	84,4 Prozent	93 Prozent	75 Prozent	87 Prozent.

Für die Übererfüllung des Eiersolls hatten die privaten Hühnerhalter gesorgt. Vergleicht man die



Ablieferung mit dem Jahre 1959, so ist überwiegend sogar ein Rückgang der Leistungen festzustellen. Sicher fehlten nach dem Übergang zur Vollgenossenschaftlichkeit vielfach noch der kollektive Schwung und die Bereitschaft zum Kampf um höhere Ziele. In der pflanzlichen Produktion hatte sich sicher auch der unterschiedliche Kulturzustand der zusammengelegten Felder ein wenig ausgewirkt. Hier mußte also noch viel Aufklärungsarbeit, aber auch praktische Hilfe geleistet werden.

Im Wohnungsbau war es 1960 besser vorangegangen. In der Peenstraße konnten der Block I am 31. Oktober 1960, der Block II am 15. November 1960 und Block III am 31. Dezember 1960 bezogen werden. Dazu kam der Block V in der Brüderstraße, der bereits am 31. Juli 1960 fertig war. Außerdem waren von der PGH Vorwärts 4 WE und vom VEB (K) Bau 5 WE bezugsfertig übergeben worden. Das waren insgesamt 105 Wohnungen, die neu bezogen werden konnten. Der Block IV (Peenstraße) sollte am 15. März 1961 bezugsfertig sein. Rohbaufertig waren in der Peenstraße die Blöcke VI und VII (linke Seite) und in der Klosterstraße/Brüderstraße der Block VIII. Im Block IX in der Brüderstraße waren die Fundamente fertig. Die 12 WE der MTS (Min Hüsung) waren zu 75 Prozent fertig. Die Ausbauarbeiten sollten durch Winterbauarbeiten abgeschlossen werden. Das Gleich galt für die Blöcke VI und VII in der Peenstraße. Darüber hinaus waren der Umbau am Feuerwehrdepot, die Gaststätte und das Wohnhaus Dabers und das Sozialgebäude der Molkereigenossenschaft fertig.

Die Leipziger Allee erhielt einen Bürgersteig. Außerdem wurden in der Leipziger Allee und in der Philipp-Müller-Straße vierzig neue Straßenlampen montiert. In der Badeanstalt war die Toilettenanlage gebaut und in den Anlagen 32 neue Sitzbänke aufgestellt.

Mit dem Jahre 1961 begann bereits das 3. Jahr des Siebenjahrplanes. Zu den Höhepunkten gehörten die am 17. September 1961 durchgeführten Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen. Bei einer Wahlbeteiligung von 98,5 Prozent gingen 99,93 Prozent der gültigen Stimmen an die Kandidaten der Nationalen Front. Wieder wurden 45 Abgeordnete und 15 Nachfolgekandidaten für die Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Auf der 19. Sitzung der Volkskammer der DDR am 11. August 1961 erklärte unsere oberste Volksvertretung in einem Beschluß, dass der Frieden in Deutschland noch nie seit Beendigung des 2. Weltkrieges in einem solchen Maße durch den westdeutschen Imperialismus und Militarismus gefährdet worden sei, wie im Spätsommer 1961. Sie beauftragte daher den Ministerrat der DDR, alle Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen, die notwendig wurden.

Einen Tag später, am 12. August 1961 folgte dann eine gemeinsame Erklärung der Regierung der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages, in der festgestellt wurde:

"Angesichts der aggressiven Bestrebungen der reaktionären Kräfte der Bundesrepublik und ihrer NATO-Verbündeten können die Warschauer Vertragsstaaten nicht umhin, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihre Sicherheit und vor allem die Sicherheit der DDR im Interesse des deutschen Volkes selbst zu gewährleisten."

Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten schlugen der Regierung der DDR vor, eine wirksame Kontrolle an der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin einzuführen.

In wenigen Stunden war dann am 13. August 1961 der antifaschistische Schutzwall an der Staatsgrenze zu Westberlin und zur westdeutschen Bundesrepublik errichtet. Planmäßig und zur festgesetzten Stunde, völlig überraschend für den westdeutschen Imperialismus und seine Spionagezentralen, übernahmen Truppenteile der NVA in engem Zusammenwirken mit der deutschen Grenzpolizei, der VP und den Kampfgruppen der Arbeiterklasse unterstützt durch die zeitweilig in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte in Berlin und am Außenring Groß-Berlin den militärischen Schutz der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin.

Gemeinsam mit Arbeitern aus Berlin und der DDR wurden Grenzbefestigungen errichtet, die den

aggressiven Kräften in Westdeutschland und Westberlin den Weg zu militärischen Provokationen versperrten. Gleichzeitig wurden so wichtige Voraussetzungen für eine schnelle und erfolgreiche wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung der DDR geschaffen, die sich auch für unsere weitere Entwicklung recht bald spürbar auswirkten.

Der XXII. Parteitag der KPdSU, vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau durchgeführt, brachte durch den Bruch mit dem Stalinkult wieder einige Veränderungen.

So beschloß die Anklamer Stadtverordnetenversammlung am 21. Januar 1961 die Umbenennung der

Stalinallee in Pasewalker Allee und der  
Stalinstraße in Pasewalker Straße.

Der Stalin-Platz erhielt den Namen "Am Markt".

Damit ging das Jahr 1961 zu Ende und wieder stand der Erfüllungsbericht über den  
Jahresarbeitsplan auf der Tagesordnung.

Darin konnte aus der Landwirtschaft berichtet werden: Getreide wurde mit 100 Prozent erfüllt, Kartoffeln mußte man 18 Hektar umpflügen, doch das konnte nicht der einzige Grund für die schlechte Erfüllung von nur 60 Prozent sein.

Auch bei den tierischen Produkten war die Ablieferung von Schweinefleisch und Milch nach wie vor sehr schlecht. Hier lagen die Ursachen neben einer ungenügenden Futterbereitstellung vor allem bei den nicht erfüllten Viehhalteplänen.

Und wie sah das Ergebnis im Bauwesen aus?

Die Blöcke IV, VI, VII, VIII in der Peenstraße konnten inzwischen bezogen werden. Die Blöcke IX und X waren rohbaufertig. Das Gleiche galt für 40 WE in der Hospitalstraße und den AWG- Bau (32 WE) in der Schulstraße. Im Neubaugebiet Anklam-Süd waren 4 Wohnblöcke fertig montiert. Insgesamt konnten 1961 140 Neubauwohnungen übergeben werden.

Aus der kommunalen Wirtschaft wurde berichtet: Der Bürgersteig am Rodulf-Breitscheid-Platz wurde neu verlegt und auch der Bürgersteig von der Philipp-Müller-Straße bis zum Krankenhaus wurde erneuert.

Die Pasewalker Straße und Demminer Straße erhielten neue Quecksilber-Dampflampen.

Das Büro- und Wohngebäude der Molkerei war fertig sowie auch die Kultur- und Bürogebäude der PGH "Ausbau", "Vorwärts" und "Dekorativ".

Die HO meldete die Renovierung von 37 Verkaufsstellen und Gaststätten. Dazu gehörte auch der Umbau der Gaststätte "Schwarzer Adler" zur HO- Verkaufsstelle "Tempo" am Marienkirchplatz. Im NAW waren 275.000 DM erarbeitet worden.

Davon wurden bezahlt:

der Internatsbau der Sportschule	-	10.500 DM
Toilettenbau der Karl-Marx-Schule	-	4.600 DM
und die Renovierung des Thälmann-Lokals	-	2.100 DM.

Zum besseren Schutz der sozialistischen Ordnung und der Errungenschaften unserer DDR beschloß die 21. Sitzung der Volkskammer am 24. Januar 1962 das Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR als Folge der immer aggressiver werdenden Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus. damit wurde unsere Landesverteidigung Sache des ganzen Volkes, das sich geschlossen hinter die damit verbundenen Maßnahmen und Aufgaben stellte. Noch bessere Leistungen in Industrie und Landwirtschaft sollten die Antwort auch der Anklamer Bevölkerung sein.

Zunächst konnte die Jugend des Bezirkes Neubrandenburg melden, dass das am 8. August 1958 begonnene Jugendobjekt "Friedländer Große Wiese" am 8. Juli 1962 erfolgreich beendet wurde. 6.264 Jugendliche, darunter auch viele Jugendfreunde aus der Stadt und dem Kreise Anklam, hatten

26.000 Hektar unfruchtbaren Moorboden nutzbar gemacht. Bei Meliorationsarbeiten und beim Straßenbau wurden Werte von insgesamt 22 Millionen DM geschaffen. Eine stolze Bilanz für unsere Jugend.

Aber auch bei unseren Genossenschaftsbauern ging es voran. Man bemühte sich um die Entwicklung der Viehbestände als Grundlage für die tierische Produktion und konnte am 31. Dezember 1962 auf folgendes Ergebnis verweisen (Stadt insgesamt):

	Soll 1962	ist am 31. Dezember 1962
Rinder	850	863
davon Kühe	395	365
Schweine	1.400	1.617
davon Sauen	200	116
Schafe	325	140
Hennen	10.150	11.242

Schwach war eigentlich nur der Schafbestand, denn der Kuh- und Sauenbestand würde sich sicher bald durch die Nachzucht ausgleichen. Entsprechend war auch die Ablieferung in tierischen Produkten. Rindfleisch wurde mit 109 Prozent, Schweinefleisch sogar mit 127,5 Prozent erfüllt. Die Milcherfüllung lag bei 116,7 Prozent. Rückstände gab es nur noch bei Eiern, wo ein Erfüllungsstand von 84,3 erreicht wurde.

Bei der Ablieferung pflanzlicher Produkte sah es nicht so gut aus. Während das Getreidesoll 100-prozentig erfüllt wurde, waren es bei Kartoffeln wieder nur 80 Prozent, bei Ölfrüchten 83 Prozent und bei Zuckerrüben sogar nur 66 Prozent. Als Ursachen wurden genannt: Bei Ölfrüchten war der Raps zum Teil ausgewintert und auch eine Fläche mit Mohn mußte umgebrochen werden. Bei Kartoffeln hatte die LPG Gellendin III 10 Hektar zu wenig angebaut und außerdem schlechte Erträge erzielt. Das Gleiche galt für die Zuckerrüben, wo die Erfüllung in allen drei LPG so niedrig lag.

In der LPG Gellendin III waren der Hühnerstall, das Melkhaus und die Fuhrwerkswaage bis Jahresende fertig.

Über die Ergebnisse im Bauwesen konnte am Ende des Jahres berichtet werden, dass es im staatlichen Wohnungsbau und bei den Bauten der AWG keine Rückstände gab. Im Aufbaugelände Peen- und Schulstraße waren die letzten Wohnungen bis Ende September 1962 übergeben worden. Das Gleiche galt für die 40 WE in der Hospitalstraße. Im neuen Wohngebiet in der Südstadt konnte der Block I am 11. Oktober 1962 bezogen werden. Auch im Block II waren bereits 3 Aufgänge bezugsfertig. Damit konnten hier 72 WE übergeben werden. An den Blöcken III und IV wurden die Putzarbeiten durchgeführt. Alle Ausbauarbeiten verliefen ebenfalls termingerecht. Im Bereich Peen- und Brüderstraße und am 40 WE Block in der Hospitalstraße hatte man inzwischen schon Grünanlagen angelegt.

Auch um die Altbauten kümmerte man sich. So wurden neu verputzt: das Gebäude der Bauernbank, Bäckerei Manthey in der Breitestraße, Pflegeheim in der Burgstraße, Lichtspiele in der Pasewalker Straße, Cafe Freundschaft in der Philipp-Müller-Straße. Renoviert wurden das Haus Dr. Schlenska am Rudolf-Breitscheid-Platz und Haus der FDJ in der Philipp-Müller-Straße. Der HO-Laden in der Peenstraße (Peeneexpress) war dagegen immer noch nicht fertig. Man hatte mit Einschaltungsarbeiten für das Dach begonnen.

Für den Ausbau des Hafens standen 215.000 DM zur Verfügung. Hier war die vorgesehene Zuschüttung des Stichkanals erfolgt. Das Wendebecken wurde ausgebaggert und ein neues Rettungsboot für den Hafen angeschafft.

Ebenfalls hatte man mit der Instandsetzung des Bluthsluster Parks begonnen. Hier wurden neue Zaunpfähle gesetzt, Pfähle für die Instandsetzung der Brücke beschafft, der Teich entschlammt und

Boden angefahren und planiert. Diese Arbeiten erfolgten im NAW durch freiwillige Einsätze der Bewohner.

Als Gedenk- und Mahnstätte wurde auch der jüdische Friedhof an der Min Hüsung wieder hergerichtet. Es wurde ein neuer Eingang geschaffen, wozu ein Teil der Mauer versetzt werden mußte. Nach der Aufstellung einer Gedenkstele, geschaffen von Bruno Giese, erfolgte die feierliche Einweihung.

Da sich immer mehr Frauen und Mütter in den Arbeitsprozeß einreihen, gehörte die Schaffung von Krippen- und Kindergartenplätzen bald mit zu den Schwerpunktaufgaben des Rates der Stadt. So konnte Anfang 1962 die erste Kinderkrippe mit 60 Plätzen in der Pasewalker Allee eröffnet werden. Bis 1958 hatten wir in Anklam 3 Kindergärten mit insgesamt 176 Plätzen. Es waren der Kindergarten Ravelinstraße, dessen Kapazität nach dem Ausbau bei 90 Plätzen lag und die Kindergärten Hospitalstraße und Langer Steig. Dazu kamen bis 1963:

der Kindergarten Gellendin (22 Plätze)

Betriebskindergarten MTS (24 Plätze)

Betriebskindergarten HO (38 Plätze)

und die Erntekindergärten Pasewalker Straße (35 Plätze) bzw. Siedlung mit 30 Plätzen (Thälmann-Lokal).

Doch alles reichte natürlich noch längst nicht aus.

Vom 15. bis 19. Januar 1963 trafen sich die delegierten Genossen zum VI. Parteitag der SED in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin. Dort begründete Genosse Walter Ulbricht das Programm der SED und erläuterte die Hauptaufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus, die sich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ergaben. Das hieß mit neuer Kraft an die Lösung weiterer, höherer Aufgaben zu gehen. Daß es den Anklamern damit ernst war, konnte man mehrfach feststellen.

In der Landwirtschaft hatten sich unsere LPG weiter gefestigt, dann, bis auf Milch (98 Prozent) und Ölsaaten mit Auswinterungsschäden, war die Ablieferung in allen Produkten erfüllt und übererfüllt. Das Gleiche war auch über den Wohnungsbau zu berichten, denn in der Südstadt waren am Jahresende die Blöcke II, III, IV und V bezogen. Dazu kam noch der AWG-Block 23. Hier in der Südstadt hatte man auch die frühere Bauarbeiterunterkunft zur ersten Verkaufsstelle ausgebaut. Dagegen waren die Bauarbeiten am Peeneexpress auch 1963 noch nicht recht vorangekommen. 1964 sollten jedoch auch hier die Arbeiten abgeschlossen sein.

Auch aus dem Bereich der kommunalen Wirtschaft gab es einiges zu berichten. So hatte die Hospitalstraße eine neue Mischsplittdecke erhalten, während die Peenstraße völlig neu gepflastert wurde. In der Hirtenstraße und der Thälmann Allee waren einseitig neue Bürgersteige angelegt worden. Und schließlich erhielten die Pasewalker Allee, die Peen- und Greifswalder Straße moderne Straßenbeleuchtungen.

Im Hafen wurden Uferbefestigungen vorgenommen und neue Stahlspundwände gezogen. Hier sollten die Ausbauarbeiten bis 1965 abgeschlossen werden.

Bis Ende 1963 bestanden in Anklam auch bereits 8 PGH (Produktionsgenossenschaften des Handwerks). Es waren die PGH "Mercur", "Vorwärts", "Neues Leben", "Steinmetz", "Ausbau", "Fleischer", "Dekorativ" und "Elegant". Sie beschäftigten 309 Arbeitskräfte und 29 Lehrlinge und erreichten 1962 bereits eine Jahresleistung von 9,06 Millionen DM. Das waren 55 Prozent der Gesamtleistungen des Handwerks.

Am 20. Oktober 1963 wurden die Abgeordneten der Volkskammer und des Bezirkstages neu gewählt. Dazu hatte man 49 Rechenschaftslegungen mit 3.485 Teilnehmern durchgeführt. Den Abschluß bildete dann eine Wählerkonferenz im Volkshaus, der als 2. Etappe die Vorstellung der neuen Kandidaten folgte. Am 20. Oktober 1963 erhielten sie dann das volle Vertrauen der Wähler.

99,21 Prozent der Wähler gaben ihre Stimmen ab. Nur 0,84 Prozent der Stimmen waren ungültig. Von den gültigen Stimmen gingen dann 99,98 Prozent an die Kandidaten der Nationalen Front. Das war ein erneuter Beweis, dass die Bürger der DDR geschlossen hinter den Zielen von Partei und Regierung standen.

Aber auch auf anderen Gebieten ging es spürbar voran. Das galt auch für die Erziehungsarbeit in den Schulen. So nahmen zum Beispiel 1963/64 von 304 Jugendlichen bereits 290 an der Jugendweihe teil. Das waren bereits 89 Prozent. Im Unterricht ging es um eine engere Verbindung der Bildungsarbeit zur Praxis. Daher sah der Lehrplan für die Klassen 1 bis 6 einen regelmäßigen Werk- und Schulgartenunterricht vor. Der polytechnische Unterricht in den Klassen 7 bis 10 sollte berufsorientierend geführt werden. Dabei gab es die Grundlehrgänge Industrie und Landwirtschaft. Bestandteile der Grundlehrgänge waren die Fächer technisches Zeichnen und ESP (Einführung in die sozialistische Produktion). Dafür brachte das Schuljahr 1963/64 neue Lehrpläne. Für den USP (Unterrichtstag in der Produktion) hatten die Betriebe Ausbildungsplätze und Räume bereit zu stellen und geeignetes Fachpersonal zur Verfügung zu stellen.

In Anklam konnte Anfang Februar 1964 ein polytechnisches Kabinett (Schülerberg) die Arbeit aufnehmen. Wöchentlich wurden hier 13 Klassen mit 325 Schülern unterrichtet. Gute Arbeit leistete dabei der Leiter Kollege Gerhardt, doch er mußte täglich 10 Stunden unterrichten, was auf die Dauer nicht tragbar war. Daher sollte ab September 1964 unbedingt eine 2. Lehrkraft eingestellt werden.

Die Grundlehrgänge der Landwirtschaft waren in den LPG durchzuführen. So gingen die Kinder der Friedrich-Schiller-Schule in die LPG Gellendin, Karl-Liebknecht-Schule in die LPG Bargischow, Käthe-Kollwitz-Schule zur LPG und VEG Pelsin, Karl-Marx-Schule zur LPG Görke und die Rosa-Luxemburg-Schule zur Stadtgärtnerei, VEB Mast und LPG Woserow.

Unsere Genossenschaftsbauern leisteten inzwischen eine immer bessere Arbeit und konnten so auch schon manchen Jugendlichen für die Arbeit in der Landwirtschaft interessieren.

Das zeigte erneut die Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte im Jahre 1964. Bis auf Raps wurden alle pflanzlichen Produkte erfüllt bzw. übererfüllt. In der tierischen Produktion gab es bei Rindfleisch nur eine Erfüllung von 95,9 Prozent. Doch daran waren nicht die Genossenschaftsbauern schuld. Das Angebot zum Jahresende war so reichlich ausgefallen, dass der VEAB die Annahme im Dezember stoppte und in den Monat Januar 1965 verschob. Damit gab es eigentlich nur kleinere Rückstände in Milch und Eiern bei der LPG Gellendin III.

Auch im Bauwesen hatte man nach neuen und besseren Wegen gesucht. Hier wurden in Durchführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung alle Kräfte und Mittel des Bauwesens vorrangig auf die termin- und qualitätsgerecht Fertigstellung der wichtigsten Investitionsvorhaben konzentriert. Dazu gehörte vermutlich auch die Gründung des VEB (B) Tiefbau Neubrandenburg, Sitz Anklam, die am 1. Januar 1964 erfolgte.

Die Reparaturkapazitäten für die Erhaltung der Bausubstanz und die Durchführung von Um- und Ausbaurbeiten waren jetzt volkseigenen und genossenschaftlichen Reparaturbetrieben übertragen. Die Leitung dieser Arbeiten lag bei den örtlichen staatlichen Organen. Für die Werterhaltung in unserem Stadtgebiet wurde daher mit der PGH "Vorwärts" ein Reparaturprogramm für 1964 erarbeitet. Danach wurden Instandsetzungsarbeiten an 8 Gebäuden der kommunalen Wohnungsverwaltung und 7 Häusern des Privaten Sektors durchgeführt. Darüber hinaus wurden 11 reparaturbedürftige, gesperrte Wohnungen wieder instandgesetzt. Mit der Übergabe des Blocks 24 der AWG im Stadtgebiet (Keilstraße) wurde der Wohnungsbau im Stadtzentrum zunächst abgeschlossen.

In der Südstadt hatten sich die Bewohner inzwischen 50 Garagen gebaut. Dazu kamen 10 weitere Garagen in der Schulstraße. Ein Zeichen, es ging wirtschaftlich so gut voran, dass bereits viele

Familien ein Auto besaßen.

Im Wohnungswesen hatte man 1964 insgesamt 235 Wohnungen, darunter 102 durch Tausch vergeben. Hier lag der Schwerpunkt bei der Freimachung der Baracken am Gneveziner Damm. 1964 konnten davon die ersten 4 Familien ausgesiedelt werden. Doch die Baracken waren zu dieser Zeit noch von 39 Familien bewohnt und zwar:

Baracke I	=	1 Familien
Baracke II	=	9 Familien
Baracke III	=	4 Familien
Baracke IV	=	4 Familien
Baracke V	=	12 Familien
Baracke VI	=	9 Familien.

Beim Ausbau des Hafens wurden die Arbeiten im März 1964 vorübergehend eingestellt. Darauf entschied das Ministerium für Bauwesen am 14. August 1964 über den weiteren Ausbau des Hafens und stellte 117.000 DM bereit. Das Bau- und Montagekombinat (BMK) nahm die Arbeiten im Oktober wieder auf. Sie waren dann bis März 1965 abgeschlossen.

Am 1. Januar 1964 wurden mehrere Betriebe der Stadt zum Dienstleistungskombinat (DLK) zusammen geschlossen. Der Betrieb entwickelte sich gut. Im Laufe des Jahres wurde noch eine Elektroabteilung eingerichtet, und ab 1. Januar 1965 kamen dazu die chemische Reinigung und die Strumpf-Repassierung.

Bei der Versorgung der Bevölkerung waren die Handelsorgane bemüht, das Warenangebot erheblich zu verbessern. das galt besonders für die Belieferung mit Industriewaren. Ein Vergleich bei Möbel und Textilien zeigte folgendes Ergebnis:

	Umsätze 1963	1964
HO-Kreisbetrieb	692.000 DM	1.123.000 DM
Stadt-KG und Umgebung	112.000 DM	226.000 DM.

Darüber hinaus wurden ein Menü-Laden eingerichtet, die Verkaufsstelle in der Demminer Straße erweitert und eine ehemalige Baubaracke in der Peenstraße als Pavillon zum Verkauf von Obst und Gemüse eingerichtet. Im Bahnhofshotel konnte die Kapazität durch Umbau der Speiseräume vergrößert werden. Nach Übernahme der Gaststätte am Bahnhof durch die HO wurden auch hier warme Speisen verabfolgt.

Doch der Peeneexpress war immer noch nicht fertig. Nun sollten die Arbeiten im Frühjahr 1965 abgeschlossen werden.

Auch auf dem Gebiete der Volksbildung wurde einiges getan. In der Friedrich-Schiller-Schule konnten durch Aufstocken eines Gebäudes zusätzliche Klassenräume geschaffen werden. Die Karl-Liebnecht-Schule erhielt eine weitere Baracke, und in der EOS war der vorgesehene Dusch- und Waschraum an der Turnhalle ebenfalls fertig.

Das Essen der Schulspeisung war so verbessert worden, dass statt der geplanten 180.000 Portionen bis zum Jahresende 220.000 Portionen ausgegeben waren.

Das Jugendklubhaus (Friedländer Landstraße) wurde ausgebaut. Am 15. Jahrestag der Republik konnte der 1. Raum an die Jugend übergeben werden. Die bisher vom DRSB genutzten Räume wurden im IV. Quartal geräumt. Die Malerarbeiten im Saal, Flur und den Toilettenanlagen wurden im NAW durchgeführt. Leiter des Jugendklubs war ab 1. April 1964 der Kollege Fritz Voß. Auf Vorschlag des VI. Parteitages beschloß die Volkskammer am 25. Februar 1965 das "Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem". Im Mai 1965 berichtete Stadtrat Sünkenberg über "die Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung zur schrittweisen Verwirklichung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem". Er ging in seinen Ausführungen davon aus, dass das Bildungsmonopol der Besitzenden bei uns 1945 gebrochen wurde. Es wurde

ein einheitliches Schulsystem mit einer 8-jährigen Grundschule geschaffen. Die Einklassenschulen auf den Dörfern verschwanden. In unserem Kreis wurde als letzte 1957 die Schule in Kamp aufgelöst. In allen Schulformen wurde in wachsendem Maße eine hohe Allgemeinbildung für alle Kinder des Volkes gesichert. Die junge Generation sollte im Geiste des Friedens, der Völkerfreundschaft und des Humanismus erzogen werden. Die Universitäten und Hochschulen standen erstmals allen Kindern der Arbeiter und Bauern zur Verfügung. Genosse Sünkenberg betonte nochmals:

"Bei uns wird nicht nur das Recht auf Bildung proklamiert, sondern es werden auch die natürlichen Voraussetzungen für die Wahrnehmung dieses Rechtes geschaffen. Mit Beginn des sozialistischen Aufbaus wurden höhere Anforderungen an das sozialistische Bildungssystem gestellt. Es entstand die sozialistische Schule, die sich durch die Erhöhung des Bildungsniveaus in allen Fächern und auf allen Stufen, durch eine enge Verbindung mit dem Leben, durch Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit, durch Einführung des polytechnischen Unterrichts und durch die Erweiterung der allgemeinbildenden Schule auf 10 Jahre auszeichnet. Am 25. Februar 1965 beschloß die Volkskammer das "Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem". Damit wurde die zehnklassige polytechnische Oberschule zum grundlegenden Schultyp unseres Bildungswesens.

In der Stadt Anklam haben wir gegenwärtig folgende Schulen:

1. Karl-Marx-Schule	27 Klassen	-	692 Schüle	-	34 Lehrer
2. Karl-Liebknecht-Schule	19 Klassen	-	443 Schüler	-	26 Lehrer
3. Friedrich-Schiller-Schule	14 Klassen	-	440 Schüler	-	19 Lehrer
4. Rosa-Luxemburg-Schule	23 Klassen	-	588 Schüler	-	25 Lehrer
5. Käthe-Kollwitz-Schule	17 Klassen	-	496 Schüler	-	20 Lehrer
6. Sonderschule	12 Klassen	-	174 Schüler	-	18 Lehrer
7. Geschwister-Scholl-Oberschule	8 Klassen	-	196 Schüler	-	14 Lehrer (70 Internatsplätze)
8. Allgemeine Berufsschulen		-	656 Schüler	-	14 Lehrer
9. Landwirtschaftliche Berufsschule		-	510 Schüler	-	12 Lehrer
10. Musikschule		-	180 Schüler	-	8 Lehrer
11. Volkshochschule	49 Lehrgänge	-	744 Teilnehmer	-	120 Lehrer (ehrenamtlich)
12. Kinder- und Jugendsportschule		-	122 Schüler		(190 Internatsplätze)

In allen Schulen befindet sich ein Schulhort. Wegen Platzmangel können zur Zeit jedoch nur die Klassen 1 bis 4 berücksichtigt werden.

Die Schulspeisung wird durch eine zentrale Schulspeisungsküche (Berufsschule) und durch Küchen in der EOS, der RLS und der FSS zubereitet.

Die Vorschularbeit wird in unseren Kindergärten geleistet. Davon stehen zur Verfügung:

1. Kindergarten Hospitalstraße	5 Gruppen	-	90 Kinder	-	7 Erzieher
2. Kindergarten Langer Steig	3 Gruppen	-	60 Kinder	-	4 Erzieher
3. Kindergarten Ravelinstraße	5 Gruppen	-	90 Kinder	-	7 Erzieher
4. Kindergarten MTS- Spezialwerkstatt	1 Gruppe	-	20 Kinder	-	1 Erzieher
5. Kindergarten HO	2 Gruppen	-	45 Kinder	-	2 Erzieher
6. Kindergarten Zuckerfabrik	2 Gruppen	-	40 Kinder	-	2 Erzieher
7. Erntekindergarten Pasewalker Allee	2 Gruppen	-	35 Kinder	-	2 Erzieher
8. Kindergarten Gellendin	1 Gruppe	-	22 Kinder	-	1 Erzieher
insgesamt			402 Kinder	und	26 Erzieher

Im Schulunterricht besteht die Aufgabe zunächst darin, die geltenden Lehrpläne in hoher Qualität zu erfüllen. Dabei kommt dem Schulgarten- und Werkunterricht für die Klassen 1 bis 6 und dem polytechnischen Unterricht der Klassen 7 bis 10 besondere Bedeutung zu. Leider wurden die dafür notwendigen polytechnischen Kabinette von den LPG, wie im Kreistagsbeschuß vom 18. Juni 1964 festgelegt, bisher nicht geschaffen. Die Betreuung der Stadtschulen hatten zu übernehmen:

LPG Görke - für die KMS (Karl-Max-Schule)  
LPG Menzlin - für die KLS (Karl-Liebnecht-Schule)  
LPG Pelsin - für die KKS (Käthe-Kollwitz-Schule)  
LPG Gellendin - für die FSS (Friedrich-Schiller-Schule) und  
LPG Woserow - für die RLS (Rosa-Luxenburg-Schule).

Auch der VEB Waagenbau sollte ein polytechnisches Kabinett einrichten. Das ist ebenfalls noch nicht geschehen. Das Versäumte ist dringend nachzuholen. Laut Direktive des Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates der DDR vom 24. August 1964 sind alle LPG für voll verantwortlich. Die Ausbildungsbetriebe haben auch Arbeitsschutzkleidung für die Schüler bereit zu stellen. In der Anweisung Nr. 23 des Ministers für Finanzen über die Finanzierung der Kosten für den polytechnischen Unterricht in den VEB vom 16. April 1964 ist die Bezahlung geregelt."

Soweit der Bericht des Stadtrats Genossen Sünkenberg.

Mit dem Jahre 1965 begann zugleich das letzte Jahr des Siebenjahrplanes, der uns in Anklam auf dem Wege zum Sozialismus ein gewaltiges Stück voran gebracht hatte.

Wieder gab es Wahlvorbereitungen, denn am 10. Oktober 1965 waren die Abgeordneten der örtlichen Organe neu zu wählen. Dazu legte die Stadtverordnetenversammlung fest, dass erneut 45 Abgeordnete und 9 Nachfolgekandidaten in 7 Wahlkreisen und 13 Wahllokalen gewählt werden sollten. Diesmal waren 12.909 Bewohner der Stadt wahlberechtigt. Davon gaben 12.740 Wähler ihre Stimme ab (98,69 Prozent). Alle Stimmen waren gültig. Die Kandidaten der Nationalen Front erhielten 12.731 Stimmen (99,93 Prozent). Das bedeutete, es gab in der ganzen Stadt nur 9 Gegenstimmen.

Unter den 45 neuen Abgeordneten befanden sich 16 Frauen (35,5 Prozent). Die politische Zusammensetzung ergab folgendes Bild:

SED	-	11 Abgeordnete	FDGB	-	7 Abgeordnete
DB	-	4 Abgeordnete	DFD	-	4 Abgeordnete
NDPD	-	5 Abgeordnete	FDJ	-	4 Abgeordnete
LDPD	-	4 Abgeordnete	DKB	-	1 Abgeordneter
CDU	-	4 Abgeordnete	KG	-	1 Abgeordneter

Es wurden 10 Ständige Kommissionen gebildet:

1. für innere Angelegenheiten, VP-Justiz	-	Vorsitzender Erich Albrecht
2. für örtliche Versorgungswirtschaft	-	Vorsitzender Werner Berlin
3. für Haushalt und Finanzen	-	Vorsitzender Heinz Kücken
4. für Handel und Versorgung	-	Vorsitzender Theodor Jahnke
5. für Landwirtschaft	-	Vorsitzender Werner Seltrecht
6. für Gesundheits- und Sozialwesen	-	Vorsitzender Margarete Lemke
7. für Volksbildung und Berufsausbildung	-	Vorsitzender Ulrich Schulz
8. für Jugendfragen, Körperkultur und Sport	-	Vorsitzender Bärbel Cori
9. für Kulturelle Massenarbeit	-	Vorsitzender Lothar Biderstädt
10. für Baufragen und Wohnungspolitik	-	Vorsitzender Fritz Ulrich

Auf der Sitzung am 5. November 1965 wurde aus den Reihen der Abgeordneten auch der neue Rat der Stadt gewählt. Bürgermeister wurde Genosse Hans-Joachim Berlin, der bereits am 2. Oktober 1965 als Nachfolger des Genossen Paul Kielmann sein Amt angetreten hatte. Als stellvertretende



Bürgermeister wurden die Abgeordneten Horst Schmidt (SED) und Willi Blankschein (NDPD) gewählt. Sekretär des Rates wurde der Genosse Hans-Ulrich Kietzmann.

Auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung berichtete Bürgermeister Berlin dann über die Verteilung der Aufgabenbereiche im Rat der Stadt. Danach waren zuständig:

Bürgermeister Berlin	-	für Kader und Bauwesen
stellvertretender Bürgermeister Schmidt	-	Landwirtschaft und Wohnungswesen
stellvertretender Bürgermeister Blankschein	-	örtliche Versorgungswirtschaft
Sekretär des Rates Kietzmann	-	Innere Verwaltung, Organisationsabteilung, Allgemeine Abteilung

Personenstandswesen,

		Liegenschaften und Feuerwehr
ehrenamtlicher Stadtrat Leu	-	mitverantwortlich für Landwirtschaft
ehrenamtlicher Stadtrat Reppin	-	Handel und Versorgung
ehrenamtliche Stadträtin Kriening	-	Gesundheits- und Sozialwesen
ehrenamtliche Stadträtin Pohl	-	Jugendfragen und Sport
ehrenamtlicher Stadtrat Seelinger	-	Kultur und Volksbildung
ehrenamtlicher Stadtrat Buchholz	-	für Luftschutz (1958 gebildet)

Darüber hinaus wurde der Kollege Scholl als Abteilungsleiter Finanzen mit in den Stadtrat gewählt. Mit neuem Schwung ging es an die Arbeit. Und am Ende des Jahres 1965 konnte man über die Ergebnisse des Siebenjahrplanes berichten:

In der Landwirtschaft hatten sich die LPG Anklam, LPG Gellendin III und LPG Gellendin I zu einer LPG Typ III zusammengeschlossen. Sie erhielt den Namen LPG "Einigkeit" und bewirtschaftete nun insgesamt 1.359,81 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Danach wurde auch zum ersten Mal das Ablieferungssoll in allen Produkten erfüllt und übererfüllt. Eine stolze Leistung unserer

Genossenschaftsbauern, die nicht vorenthalten werden soll:

Rindfleisch	-	120,5 Prozent	Getreide	-	25,6 Prozent
Schweinefleisch	-	105,0 Prozent	Kartoffeln	-	103,5 Prozent
Milch	-	102,0 Prozent	Raps	-	116,9 Prozent
Eier	-	100,4 Prozent	Heu	-	101,8 Prozent
Stroh	-	105,8 Prozent			

Damit hatte auch in Anklam der Aufbau des Sozialismus auf dem Lande gesiegt.

Aber auch unsere Bauschaffenden arbeiteten 1965 unter neuen Bedingungen. Die Konzentration der Baukapazität wurde durch die Bildung von Kombinat für Wohnungs- und Gesellschaftsbauten, für den Landwirtschafts- und Tiefbau weitgehend erhöht. Und was wurde erreicht?

Die PGH "Fleischer" Anklam konnte bis Juni 1965 ihre neue Produktionsstätte mit Sozialgebäude in der Leipziger Allee beziehen.

Die Außenputzarbeiten am Produktionsgebäude und Maschinenhaus der Molkerei wurden planmäßig beendet.

Die Hochbauprojektierung Anklam, Brigade D hatte ihr neues Gebäude in der Südstadt ebenfalls termingerecht bezogen.

Das neu errichtete Lagergebäude der GHG Anklam am Gneveziner Damm mit einer Lagerfläche von 1.300 Quadratmeter war fertiggestellt. Und für die Kornlagerung wurden auf dem

Flugplatzgelände Lagerhallen mit einer Gesamtfläche von 5.200 Quadratmeter gebaut. Darüber hinaus konnten weitere 2.000 Quadratmeter Lagerfläche überdacht werden.

Im Wohnungsbau sollten im Baujahr 1965/66 insgesamt 104 WE bezugsfertig sein. Bis Ende 1965 waren davon 24 WE für den Interflug montiert. Auch die Bauarbeiten in der Keilstraße (80 WE) gingen planmäßig voran, so dass die Fertigstellung bis November 1966 gesichert war.

In Vorbereitung des weiteren Wohnungsbaus erfolgte die Standortfestlegung für 80 WE in der Brüder- und Nikolaikirchstraße. Bei der Instandhaltung der Altbausubstanz waren durch Um- und Ausbau 3 WE bezugsfertig und weitere 10 WE zum Ausbau vorbereitet. In der Südstadt wurden, wie vorgesehen, Straßenbauarbeiten, Regenentwässerung und die Schaffung von Grünanlagen bis Ende 1965 abgeschlossen.

Im NAW wurden Werte von 320.000 DM erarbeitet. Dadurch konnten der Erweiterungsbau am Kindergarten Langer Steig, weitere Verwaltungsräume und eine Reparaturgrube mit Autowaschplatz beim Rat des Kreises zusätzlich geschaffen werden.

Weiter erhielt die Geschwister-Scholl-Oberschule ihre Zentralheizung, wofür 143.000 DM bereit gestellt wurden. In der Sonderschule wurden 9 Klassenräume, die Toiletten und zwei Wirtschaftsräume und in der Kätze-Kollwitz-Schule 11 Klassenräume renoviert und zum Teil mit Fußbodenbelag ausgelegt.

Am 18. August 1965 konnte in den Anlagen das Thälmann-Denkmal, geschaffen von Bruno Giese, aufgestellt werden.

Im Handel waren das Volkshaus und die Gaststätte "Zur Klaus" renoviert worden. Dazu kamen 4 Fleischverkaufsstellen, die Kaffeestube am Steintor und HO- Konfektion, Pasewalker - Ecke Ravelinstraße. Doch war für die Bewohner der Peen- und Burgstraße am Wichtigsten war, der "Peeneexpress" konnte im Frühjahr 1965 endlich eröffnet werden.

Damit fand der Siebenjahrplan auch in Anklam seinen Abschluß. Und wenn man zurückblickte, konnte man auch hier feststellen, vieles war erreicht, aus Trümmern und Ruinen war eine neue Stadt entstanden, mit Menschen, die zu immer größeren Leistungen bereit waren, weil sie wußten, alles was sie schafften, kam ihrer sozialistischen Gesellschaft und damit ihnen selbst zu Gute.

## **67. Der VII. Parteitag der SED legte neue Ziele fest**

Vom 17. bis 22. April 1967 beriet in Berlin der VII. Parteitag der SED. Er beschloß die nächsten Aufgaben für die Ausgestaltung der sozialistischen Staats- und Rechtsordnung. Die Hauptaufgabe der staatlichen Organe bestand darin, auf der Grundlage exakter Analysen und wissenschaftlich begründeter Entscheidungen die rationellste und wirksamste Leitung der gesellschaftlichen Prozesse zu gewährleisten, die Übereinstimmung der gesellschaftlichen und persönlichen Interessen herbeizuführen und die bewußte Aktivität aller Werktätigen zu fördern. Die sozialistische Demokratie sollte durch die Erhöhung der Rolle und Verantwortung der Volksvertretungen, das maßgebliche Mitwirken der gesellschaftlichen Organisationen und die breitere ehrenamtliche Mitarbeit der Bürger an der Planung und Leitung der gesellschaftlichen Prozesse ausgestaltet werden. Dabei empfahl der Parteitag der Volkskammer, eine neue Verfassung der DDR vorzubereiten.

Auf der Grundlage der Direktiven des VII. Parteitages arbeiteten die zentralen und örtlichen staatlichen Organe auch den Fünfjahrplan 1966 bis 1970 aus. Er sah ein hohes Wachstumstempo der Produktion und eine bedeutende Steigerung der Investitionen und des Außenhandelsumsatzes

vor.

Darauf hatten sich die Anklamer in der weiteren Arbeit einzustellen. Am 12. Mai 1966 nahmen die Stadtverordneten einen Bericht des stellvertretenden Bürgermeisters Horst Schmidt über die Verwirklichung des Erlasses des Staatsrates vom 2. Juli 1965 auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft und der Werterhaltung zur Kenntnis. In dem Erlaß wurden die örtlichen Organe für die Instandhaltung der Wohnungen, auch der Altbauten voll verantwortlich gemacht. Damit hatte die Stadt die gesamte Werterhaltung in Eigenverantwortung zu übernehmen. Durch Beschluß des Kreistages erhielt sie dafür entsprechende Baukapazitäten und Fonds zugeteilt. Darauf galt es die Werterhaltung nach der Dringlichkeit planmäßig zu organisieren. Dazu brauchte man eine entsprechende Übersicht.

Es gab zu diesem Zeitpunkt in Anklam insgesamt 6.304 Wohnungen mit einer Gesamtfläche von 247.732 Quadratmeter. Davon waren 486 Wohnungen baupolizeilich gesperrt, obwohl sie zum Teil noch bewohnt waren. Bauzeitlich waren die Wohnungen wie folgt einzustufen:

Baujahr vor 1870	=	1.146 WE	=	18,4 Prozent
Baujahr 1870 bis 1899	=	1.103 WE	=	17,4 Prozent
Baujahr 1900 bis 1918	=	731 WE	=	11,6 Prozent
Baujahr 1919 bis 1945	=	1.954 WE	=	31,9 Prozent
Baujahr 1945 bis 1965	=	1.370 WE	=	21,7 Prozent

Der Bauzustand besagte:

einwandfreier Zustand:	17,5 Prozent
geringe Schäden:	53,3 Prozent
schwere Schäden:	25,4 Prozent
Totalschaden:	3,8 Prozent

Man konnte also feststellen, dass in der Stadt Anklam seit 1945 bis zu diesem Tage bereits 1.370 Wohnungen neu gebaut wurden. Jede 5. Wohnung war praktisch bereits eine Neubauwohnung. Das hatten wir also in den ersten 20 Jahren unseres Wiederaufbaus geschafft.

1966 wurde dann eine Reihe von Gebäuden ausgewählt, bei denen Putz- und Reparaturarbeiten durchzuführen waren, und die ersten Gebäude auch in Auftrag gegeben.

Daneben ging natürlich auch der Wohnungsneubau planmäßig weiter. Bis Ende des Jahres waren die 80 WE in der Keilstraße fertig, und auch die 24 WE für die Mitarbeiter des Interflug konnten bezogen werden. Dazu kamen durch Um- und Ausbau weitere 5 WE.

Auf dem Gebiete der Volksbildung konnten durch Um- und Ausbau in der Friedrich-Schiller-Schule 5 zusätzliche Klassenräume geschaffen werden.

Der Erweiterungsbau im Kindergarten Langer Steig brachte 69 zusätzliche Plätze, und am 1.

Oktober 1966 konnte auch der Betriebskindergarten des VEAB mit 30 Plätzen eröffnet werden.

Die Versorgung im Gesundheitswesen wurde durch die Einrichtung einer Augenarztpraxis in der Philipp-Müller-Straße im Herbst 1966 weiter verbessert.

Fleißig hatten die Anklamer auch wieder durch freiwillige Einsätze an vielen Stellen mitgeholfen. So wurden in 124.027 Einsatzstunden Werte in Höhe von 317.722 DM geschaffen.

Über den Stand der Verwirklichung des Staatsraterlasses vom 2. Juli 1965 auf dem Gebiete der örtlichen Versorgungswirtschaft berichtete der stellvertretende Bürgermeister Willi Blankschein dann am 30. Juni 1966. Auch er konnte eine gute Bilanz ziehen.

So waren zum Beispiel seit 1965 die Bürgersteige in der Spantekower Landstraße, an der Marienkirche, in der Carlsonstraße und der Straße der Solidarität neu verlegt worden. Viele Arbeiten wurden dabei im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes unentgeltlich von Anliegern ausgeführt.

Vor dem Volkshaus wurde der Parkplatz angelegt und befestigt.

Zur weiteren Verbesserung der Straßenbeleuchtungen wurden jährlich etwa 100.000 DM für Neuanlagen bereit gestellt. Entsprechend waren die Stromkosten von 5.000 DM im Jahre 1959 auf fast 60.000 DM im Jahre 1966 gestiegen.

Ohne die neu geschaffenen Grünanlagen um die Neubauten, die von den Hausbewohnern in Pflege genommen wurden, gab es in der Stadt rund weitere 100.000 Quadratmeter Grünfläche, 600 Quadratmeter Blumenflächen und 13.355 Quadratmeter Anlagenwege, die von 5 Arbeitskräften zu unterhalten waren. Da die Arbeit nicht zu schaffen war, wurden Bürger und besonders Schulen zur Übernahme von Patenschaften angesprochen. So hatte zum Beispiel eine 7. Klasse der KKS die Pflege des Thälmann-Denkmal übernommen. Schüler der KMS kümmerten sich um die Grün- und Blumenflächen am Rudolf-Breitscheid-Platz und die FFS hielt den sowjetischen Heldenfriedhof sauber.

Sorgen bereitete zeitweilig nach wie vor die Müllabfuhr und die Straßenreinigung, denn in beiden Einrichtungen fehlten zur Zeit jeweils 4 Arbeitskräfte. Die Kollegen arbeiteten ab 1. Januar 1966 in Leistung. Man war dabei, Dusch- und Waschanlagen zu bauen.

In der Straßenreinigung war eine Großkehrmaschine eingesetzt worden, doch sie arbeitete nicht rentabel. Mit der Maschine wurden rund 200.000 Quadratmeter gereinigt, davon jedoch nur 105.000 Quadratmeter bezahlt. Die Restflächen gehörten der Stadt oder lagen an Trümmerstätten. Die Stadt hatte auch bereits 20 Kunststein-Abfallbehälter auf den Straßen vom Bahnhof bis zum Markt aufstellen lassen. Leider wurden sie bisher schlecht von den Bürgern genutzt.

Das Flußbad war wieder geöffnet und wurde im Laufe des Sommers von Tausenden Besuchern genutzt. Hier hatte man das Nichtschwimmerbecken entschlammt und mit 15 Kubikmeter auffüllen lassen. Im daneben liegenden Bootsverleih konnten 15 Boote ausgeliehen werden.

Für Ausflüge und Fahrten auf unseren Binnengewässern stand auch das Fahrgastschiff bereit, doch es konnte wegen der herrschenden Maul- und Klauenseuche nur bedingt eingesetzt werden.

Auf dem neuen Friedhof waren die Leichenhalle (103.000 DM) sowie die Be- bzw. Entwässerung bis zum Jahresende fertig gestellt.

Im weiteren Bericht nahm Kollege Blankschein dann zum Stand der hauswirtschaftlichen Dienstleistungen Stellung. Dazu war am 1. Januar 1964 das Dienstleistungskombinat Anklam gegründet worden. Der Betrieb beschäftigte 1966 bereits 115 Arbeitskräfte. Notwendige Reparaturen an Haushaltsgegenständen wurden daher überwiegend im eigenen Betrieb ausgeführt. So übernahm zum Beispiel die im Juli 1965 gegründete Abteilung Mechanik Reparaturen an Waschmaschinen, Schleudern, Küchengeräten, Rasierapparaten, Fotoapparaten sowie Rechen- und Schreibmaschinen.

Das Angebot an Ersatzteilen konnte, wie es hieß, im allgemeinen als gut bezeichnet werden. Die Annahmestelle der chemischen Reinigung, die am 1. Januar 1965 eingerichtet wurde, hatte ihren Jahresumsatz bereits verdoppelt.

Am 24. Mai 1966 wurde dann in der ehemaligen Glaserei Brüser in der Pasewalker Straße eine Annahmestelle zum Bügeln von Hemden, für Kunststopfarbeiten und Repassierungen eröffnet. Die Schlosserei erreichte 1966 einen Umsatz von 120.000 DM gegenüber 27.000 DM im Jahre 1963. Ab Juli 1966 wurden dort auch Mopeds repariert.

Als weitere Abteilungen des Betriebes wurden noch genannt die Sattlerei, eine Korbwaren- und eine Elektroabteilung sowie die Fensterreinigung. Ab 1. Januar 1966 waren auch die Wäscherei und das gesamte Warmbad übernommen worden.

Die Planerfüllung per 31. Mai 1966 lag bei 478.112 DM. Das waren 107,2 Prozent des geplanten Solls. Damit hatte sich bei den hauswirtschaftlichen Dienstleistungen im Interesse unserer Bürger doch schon einiges getan.

Nicht so gut sah es zur gleichen Zeit im Handwerk aus. Hier waren die Leistungen zum Teil

spürbar zurück gegangen. Das ging sehr deutlich aus einem Vergleich der 1. Quartale der Jahre 1965 und 1966 hervor.

	1. Quartal 1965	1. Quartal 1966
4 Schuhmacherbetriebe	17.897 DM	14.214 DM
5 Herrenschnneider	25.276 DM	11.341 DM
1 Stellmacher	6.830 DM	2.866 DM
1 RFT-Handwerker	15.555 DM	9.844 DM

Die Schuhmacher sahen die Ursachen in den günstigeren Witterungsbedingungen im Winter, die weniger Aufträge brachten, aber auch in der immer stärkeren Anwendung von chemischem Sohlenmaterial durch die Industrie mit größerer Haltbarkeit.

Der VII. Parteitag stellte den Werktätigen jedoch nicht zur größere Aufgaben, sondern sorgte auch für die weitere Verbesserung ihrer sozialen Belange. Hatte man schon 1966 versuchsweise mit einer 14-tägig durchgeführten 5-Tageweche begonnen, wurde sie ab 28. August 1967 durchgängig für jede Woche eingeführt, damit verkürzte sich die wöchentliche Arbeitszeit auf 43 3/4 Stunden.

Gleichzeitig wurde der Mindesturlaub von 12 auf 15 Tage verlängert. Dazu kamen noch Erhöhungen von Mindestlöhnen und Zuwendungen für kinderreiche Familien.

In seinem Bericht vor der Stadtverordnetenversammlung sagte Stadtrat Reppin am 17. August 1967 dazu:

"Als Ergebnis unserer erfolgreichen Tätigkeit können wir uns nun weitere Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen schaffen. Wir können jetzt zur durchgängigen 5-Tage-Arbeitswoche übergehen. In Vorbereitung dieser Maßnahme wurden die örtlichen Organe verpflichtet, unter Mitwirkung aller gesellschaftlichen Kräfte, Maßnahmen festzulegen, die die Einführung der 5-Tage-Woche gewährleisten und die weitere Versorgung der Bevölkerung an den Wochenenden sichern."

Dazu hatte der Rat der Stadt eine entsprechende Konzeption ausgearbeitet, in der auch die Öffnungszeiten der Verkaufsstellen an den Sonnabenden festgelegt waren.

Diese Maßnahmen brachten für viele Werktätige der Stadt bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse. Sie hatten jetzt mehr Zeit, Mittel und Möglichkeiten, sich zu erholen, weiterzubilden, kulturell zu betätigen und Sport zu treiben.

Gemeinsam mit den Betrieben und örtlichen Organen sorgten der FDGB, die FDJ und der DRSB dafür, dass die Einrichtungen für Erholung, Bildung, Kultur und Sport besser genutzt werden konnten. Viele sozialistische Kollektive gingen daran, sich eigene Kultur- und Bildungspläne aufzustellen.

Aber auch die tägliche Arbeit ging mit neuem Schwung und Elan weiter.

In der Landwirtschaft kämpften unsere Genossenschaftsbauern um höhere Erträge und die Erfüllung ihrer Pläne. Gute Erfolge zeigten sich hier besonders in der pflanzlichen Produktion. Hier wurden Getreide und Kartoffeln zu 100 Prozent, Zuckerrüben mit 105 Prozent und Ölfrüchte sogar mit 133 Prozent erfüllt.

In der tierischen Produktion sah es nicht so gut aus.

Hier wurden geliefert:

Schweinefleisch	96,8 Prozent
Rindfleisch	124,6 Prozent
Milch	96,1 Prozent und
Eier	82,9 Prozent.

Im Bauwesen konnten bezugsfertig übergeben werden:

24 WE Hospitalstraße

6 WE Frauenstraße

7 WE Baustraße

1 WE Ringstraße und

8 WE durch Um- und Ausbau.

Die Abteilung Wohnungswesen konnte im laufenden Jahr insgesamt 94 Wohnungen vergeben. Darunter befanden sich 9 Familien, die aus baupolizeilich gesperrten Wohnungen umgesetzt wurden und 4 Familien aus den Baracken am Gneveziner Damm.

Im Gesundheitswesen wurde am 16. Mai 1967 die Kinderkombination des Krankenhauses mit 20 Krippen- und 54 Kindergartenplätzen übergeben.

Am 1. Juli 1967 konnte auch die erste staatliche Arztpraxis in der Bluthsluster Straße eröffnet werden.

Viel hatten die Anklamer 1967 auch wieder durch freiwillige Einsätze (NAW) geleistet. Es wurden Werte in einer Gesamthöhe von 2.763.522 DM erarbeitet. Dabei lagen die Hilfeleistungen beim Wohnungsbau bei 1.034.382 DM. In der Käthe-Kollwitz-Schule war ein Lehrschwimmbecken in gemeinsamer Arbeit von Lehrern, Eltern und Schüler gebaut worden.

Gegenüber vom Peeneexpress hatte man, dort wo einst das Geburtshaus Peenstraße 8 stand, am 18. August 1967 eine Büste von Otto Lilienthal aufgestellt.

Am 11. Oktober 1967 informierte der Mitarbeiter der deutschen Binnenreederei Stralsund, Genosse Krüger die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung über die Perspektiven der Wasserstraßen und der Schifffahrt für die Stadt und das Kreisgebiet Anklam. Er begann zunächst mit einem kurzen geschichtlichen Abriss:

"Die Flüsse wurden früher bis in die Oberläufe genutzt, weil sie mit kleineren Schiffen (50 bis 100 Tonnen) befahren wurden. Anklams Bindung an den Hansebund hatte zur Folge, dass auch Seeschiffe den Hafen anliefen. Waren wurden hier gelöscht oder umgeladen, um in Schuten oder Flußschiffen nach Jarmen, Demmin und Loitz weiter befördert zu werden. In dieser Zeit blühte auch der Anklamer Schiffbau. Man baute Seeschiffe, die sogar nach Amerika fuhren. Das erste aus Wolgast kommende Dampfschiff machte 1839 die erste Reise auf der Peene bis nach Loitz.

Der Bau der Eisenbahnen brachte dann jedoch einen spürbaren Rückgang der Transporte auf dem Wasserwege. Anklamer Seeschiffe transportierten Getreide, Tabak und Glas und brachten dafür Kalk, Salz, Heringe und Lebensmittel nach Hause. Die Leichter- oder Flußschiffe beförderten Mauersteine, Holz und Torf.

In der Hansezeit war die gesamte Schifffahrt vom Kaufmannsstand abhängig. Später ging auch der Landadel dazu über, eigene Produkte mit Kleinfahrzeugen selber zu transportieren.

Mit Hilfe von Schleppdampfern entstand später die Schleppkahnschifffahrt, die fast ein Jahrhundert ihre Bedeutung hatte. Mit dieser Schleppschifffahrt und mit motorisierten Kähnen wurde die Binnenschifffahrt noch bis 1945 betrieben. Dabei wurden im Anklamer Hafen besonders Mauersteine, Zement, Braunkohlenbriketts, Steinkohle, Kies und vereinzelt auch Stückgüter ausgeladen. Ausgeführt wurden überwiegend landwirtschaftliche Produkte, wie Getreide, Heu, Stroh, die zum Teil in skandinavische Länder geliefert wurden.

Die Ausfuhr betrug damals etwa 80.000 Tonnen während die jährliche Einfuhr bei 30.000 Tonnen lag.

Im 2. Abschnitt erläuterte Genosse Krüger dann die Entwicklung von 1945 bis zur Gegenwart. Er stellte dazu fest, die Zerstörung der Hafen- und Bollwerksanlagen brachte die Schifffahrt 1945 in Anklam fast zum Erliegen. Unter großen Anstrengungen wurde erreicht, die Schifffahrt 1946 bedingt wieder in Gang zu setzen.

In den Jahren 1945 bis 1963 lag der Gütertransport per Binnenschiff (Schleppkähne und

motorisierte Kähne) bei 50.000 Tonnen. Die weitere sozialistische Entwicklung unserer Volkswirtschaft machte es dann erforderlich den Anklamer Hafen für die Binnenschifffahrt auszubauen und zum größten Binnenhafen im Norden der Republik zu entwickeln. Der Übergang zu möglichst großen Transportfahrzeugen hatte zur Folge, dass der Stichkanal seine Bedeutung für eine Entladung verloren hatte. Der begonnene Ausbau des Hafens von 1963 bis 1967 wirkte sich günstig auf das Leistungsvermögen von Binnenschifffahrt und Hafen aus. Der Hafen erreichte folgende Umschlagsleistungen:

1963 - 50.500 Tonnen

1964 - 42.000 Tonnen

1965 - 64.000 Tonnen

1966 - 75.000 Tonnen

Ziel für 1967 sollten dann 250.000 Tonnen sein.

Als Wareneingang wurden genannt: Kalksteine, Steinkohle, Braunkohlenbriketts und Baustoffe. Ausgeführt wurden: Getreide und Importgüter, die aus der Reichsbahn umgeschlagen wurden, um auf dem Wasserwege in die Fabriken zu gelangen. Dabei handelte es sich um Phosphate, Apatite, Erze und anderes.

Im 3. Teil seiner Ausführungen kam Genosse Krüger dann auf die weitere Entwicklung in der Perspektive zu sprechen. Zunächst sollte auch in Anklam zur Schubschifffahrt übergegangen werden. Die Schubprahm-Schifffahrt wurde in der DDR ab 1956 erprobt und seit 1962 wirksam genutzt. Die Schubschifffahrt hat sich über das Große und Kleine Haff nach Anklam, Demmin und Wolgast - Peenemünde als durchführbar erwiesen. Dadurch erhielten die Schiffsbesatzungen günstigere Lebensbedingungen und konnten selbsthaft werden. Die Binnenschiffer brauchten daher Wohnungen. Bei der Gelegenheit bat Genosse Krüger den Rat der Stadt gleich um die umgehende Bereitstellung von 15 Wohnungen für Binnenschiffer. 1968 wollte ein verstärkter Einsatz der Schubschiffe beginnen. Dazu wurden auch in Anklam entsprechende Schubschiffe stationiert. Auch eine eigene Reparaturwerkstatt sollte auf dem damaligen Gelände des Kreisbauhofes, das frei wurde, eingerichtet werden. Wörtlich hieß es zum Schluß: "Der weitere Ausbau des Hafens (2. Ausbaustufe) ist jedoch unbedingt notwendig. Die Kaianlagen vom Silo bis zur Straßenbrücke entsprechen nicht mehr den Erfordernissen und müssen schnellstens rekonstruiert werden. Dabei sollte auch die auffällige Brücke rekonstruiert werden. Der vorgesehene Siloneubau (10.000 Tonnen Saatgutspeicher) wird die Umschlagstätigkeit in Anklam weiter erhöhen. Der Ausbau zum größten Binnenhafen des Nordens wird auf Beschluß der Bezirksleitung der SED Neubrandenburg erfolgen. Damit war auch für den Anklamer Hafen die Perspektive festgelegt.

In seinem Bericht über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1968 ging Bürgermeister Berlin zunächst ausführlich auf die Entwicklung der Landwirtschaft ein und kam zu der Feststellung: "Trotz der nicht guten Bedingungen für die Ernte auf Grund der schlechten Witterung haben unsere Genossenschaftsbauern große Leistungen vollbracht."

Der Mährescherkomplex E 512 stand erst ab 1. August zur Verfügung. Trotzdem wurden mit jedem Aggregat noch 371 Hektar abgeerntet. Die alten Maschinen erreichten nur 120 bis 150 Hektar. Die Schlaggrößen lagen 1968 bei 38 Hektar. Sie sollen 1969 bei Getreide auf 120 Hektar erhöht werden.

Die KAP Anklam wird sich auf Getreideanbau spezialisieren. Sie hat neben der KAP Krien/Neetzow den höchsten Anteil an der Eigenversorgung unseres Kreises zu bringen. Die Getreideanbaufläche wird sich daher von 46,4 Prozent (1968) auf 58,5 Prozent (bis 1970) erhöhen. Die KAP Anklam ist jedoch auch zuständig für die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Speisekartoffeln. Sie hat 70 Prozent des Bedarfs zu decken.

Die Pläne der Landwirtschaft wurden 1968 erfüllt und übererfüllt:

## *Stadtchronik Heinz Bemowky 1989*

Rindfleisch	98,2 Prozent
Schweinefleisch	110,5 Prozent
Milch	102,7 Prozent
Eier	141,0 Prozent

Die Fehlmenge bei Rindfleisch wurde durch Schweinefleisch ausgeglichen.

In der pflanzlichen Produktion wurden alle Auflagen 100-prozentig erfüllt. Der Wert der Arbeitseinheit lag trotzdem, wie schon seit 4 Jahren, auch 1968 nur bei 10 DM. Der Kampf um höhere Erträge mußte also noch intensiver geführt werden.

Im Bauwesen konnten 88 WE bezugsfertig übergeben werden.

Es waren: 47 WE und 1 Arztpraxis in der Nikolaikirchstraße (Dezember 1968)

24 WE - Hospitalstraße (August 1968)

10 WE - Lückenbau Burgstraße (November 1968) und

7 WE - Burgstraße (Dezember 1968).

Durch Um- und Ausbau waren weitere 22 Wohnungen fertig gestellt. Damit war das Wohnungsamt in der Lage, 256 Wohnungen und 42 Einzelzimmer zu vergeben.

Am 1. Mai 1968 konnte auch das Gebäude des Anklamer Abfüllbetriebes zur Nutzung übergeben werden.

Und am 30. September 1968 war im Bluthsluster Park die erste Volksschwimmhalle unserer DDR fertig. Sofort setzte dort ein reger Schwimmbetrieb ein, der auch in den Wintermonaten beibehalten wurde. Im Schulsport konnte mit dem planmäßigen Schwimmunterricht begonnen werden.

1969 wurden dann sogar 165 Neubauwohnungen und 29 WE durch Um- und Ausbau übergeben.

Bei den Neubauten handelt es sich um:

14 WE - Pasewalker Allee

32 WE - AWG-Block Schulstraße

40 WE - Baustraße und

79 WE und 1 Arztpraxis in der Leipziger Allee.

Dadurch war die Abteilung Wohnungswesen in der Lage, 417 WE neu zu vergeben. Aus der Baracke Gneveziner Damm wurden von 24 Familien diesmal 21 Familie umgesetzt, und von 82 gesperrten Wohnungen konnten 76 geräumt werden. Doch es reichte immer noch nicht.

Am 1. Juni 1969 öffnete auch die neue Kinderkombination in der Spantekower Landstraße ihre Pforten. Hier standen 35 Krippen- und 66 Kindergartenplätze zur Verfügung.

Mit der PGH "Bau und Möbel" wurde am 20. Februar 1969 ein weiterer Baubetrieb geschaffen.

Daraus entstand bekanntlich am 12. Mai 1972 VEB (K) Bau- und Möbeltischlerei, der dann ab 1. Januar 1975 die Bezeichnung VEB (B) Innenausstattung führte, weil er sich ganz auf Innenausbau spezialisiert hatte.

Schließlich wurde am 1. Juli 1969 die letzte Kleinbahnstrecke Anklam - Friedland eingestellt. Alle Transporte übernahm nun der VEB Kraftverkehr.

Als dann im Jahre 1970 erneut Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen durchgeführt wurden, hielt man Rückschau auf das Erreichte in der letzten Wahlperiode von 1966 bis 1969.

Bürgermeister Berlin begann seinen Rechenschaftsbericht mit den Worten:

"Überblicken wir noch einmal die vier Jahre der letzten Wahlperiode, dann spiegelt sich ihr Ergebnis in der 12. Tagung des Zentralkomitees der SED und in den Beschlüssen der 15. Tagung der Volkskammer über den Volkswirtschaftsplan und den Haushaltsplan 1970 wieder. Wir können mit Fug und Recht sagen, dass wir die gegebene Zielstellung des Wahlaufufes von 1965 für das gemeinsame streben unter der Losung: Frieden für das Volk, Demokratie durch das Volk, Sozialismus mit dem Volk! - in vorbildlicher Weise unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei im Bündnis mit allen in der Nationalen Front des demokratischen



Deutschland vereinigten Parteien und Organisationen erfüllt haben."

Was hatten wir nun in der Zeit von 1966 bis Ende 1969 erreicht?

In der Landwirtschaft stiegen die Leistungen bei Getreide von 14.407 Dezitonnen (1966) auf 69.000 Dezitonnen (1969), bei Kartoffeln konnten die Erträge auf 133 Prozent und bei Zuckerrüben auf 286 Prozent erhöht werden. In der Milchproduktion stieg die Leistung auf 106,3 Prozent. Die Rinder- und Schweinehaltung wurde vorwiegend auf Nutz- und Zuchtvieh umgestellt. Dazu hatte die LPG 1970 insgesamt 115 Rinder und 3.350 Schweine bereitzustellen.

Im VEB (K) Mast konnten in 4 Jahren 49.239 Dezitonnen Abfälle in der Stadt gesammelt werden. Sie wurden verfüttert und brachten 186 Tonnen Schweinefleisch.

Im Handel war der Umsatz von 1966 bis 1969 um etwa 6.837.000 DM gestiegen. Bei Industrierwesen stieg der Umsatz auf 112 Prozent.

Im Wohnungsbau gab es in den 4 Jahren 411 Neubauwohnungen und weitere 80 WE durch Um- und Ausbau. Die Baracken am Gneveziner Damm wurden bis auf 1 Familie geräumt. Aus 141 gesperrten Wohnungen konnten 104 Familien umgesetzt werden, und 122 kinderreiche Familien (4 Kinder und mehr) erhielten neuen Wohnraum.

In der Bau- und Montageproduktion erhöhten sich die Leistungen von 6 Millionen auf 10 Millionen DM (Steigerung auf 166 Prozent).

Dadurch entstanden in der Berichtszeit: die Volksschwimmhalle, der Wohnungsneubau, der 10.000 Tonnen Saatgutspeicher, Gemeinschaftseinrichtungen Kinderkrippe/Kindergarten, die Konsumverkaufsstelle Pasewalker Allee (Ecke Hospitalstraße), das Sozialgebäude VEB Betonwerk, Industrie- und Sozialgebäude des Kreisbetriebes für Landtechnik. Betriebsgebäude und Anlagen des VEB (K) Baureparaturen, Getränkeabfüllbetrieb, Rekonstruktionsmaßnahmen in der Zuckerfabrik, Schulspeisungsräume und vieles andere mehr.

	1965	1969
Krippenplätze	95	150
Kindergartenplätze	234	602
Hortplätze	484	680
Schulspeisungsportionen	262.000	479.452 (auf 182 Prozent)
Ärztliche Betreuung - Ärzte	32	40
Leistungen des VEB (K) HWD	1.024.000 DM	2.131.000 DM (auf 208 Prozent)

Für Straßenbeleuchtungen, Park- und Grünanlagen wurden von 1965 bis 1969 mehr als 1,1 Millionen DM bereitgestellt. Alles in allem eine stolze Bilanz.

Dann kam mit dem 22. März 1970 auch der Wahlsonntag. Die Abgeordneten für die Kreistage, die Stadt und Gemeindevertretungen waren neu zu wählen. Von 12.964 wahlberechtigten Bürgern beteiligten sich 12.644 Wähler (97,53 Prozent) an der Wahl. Da nur 3 Stimmen ungültig waren und 1 Wähler dagegen gestimmt hatte, erhielten die Kandidaten der Nationalen Front 12.640 Stimmen (99,99 Prozent der gültigen Stimmen). Wieder wurden für die Stadtverordnetenversammlung 45 Abgeordnete und 9 Nachfolgekandidaten gewählt. In den Rat der Stadt wählten sie:

Bürgermeister	Hans-Joachim Berlin
stellvertretender Bürgermeister	Horst Schmidt
stellvertretender Bürgermeister	Willi Blankschein
Sekretär des Rates	Hans-Ulrich Kietzmann
Stadtrat für Wohnungswesen	Heinz Koßmehl
Stadtrat für Finanzen (ehrenamtlich)	Günter Scholl

Weitere ehrenamtliche Ratmitglieder: Hans Leu, Werner Reppin, Edith Kriening, Eleonore Roder, Manfred Schössow und Christoph Fuhlbrecht.

Und welche Ergebnisse brachte nun das Jahr 1970?

In der Landwirtschaft wurden die Pläne bis auf Kartoffeln und Zuckerrüben erfüllt. Bei Kartoffeln wurden statt der geplanten 220 Dezitonnen/Hektar nur 162 Dezitonnen/Hektar und bei Zuckerrüben statt 340 Dezitonnen/Hektar nur 208 Dezitonnen/Hektar geerntet.

Im Bauwesen konnten 31 WE durch Um- und Ausbau übergeben werden. Für 80 WE im Neubau waren die Fundamente fertig. An weiteren Bauarbeiten werden genannt: 10-Klassen-Zusatzbau der Käthe-Kollwitz-Schule (Übergabe 1. Januar 1971), Toilettenbau der Friedrich-Schiller-Schule. Auch die am 5. Januar 1968 gegründete Kreistraßenmeisterei konnte ihr Betriebsgebäude übernehmen.

Am 8. Oktober 1970 war der Anklamer Busbahnhof fertig.

Mit der Umbau der Peenebrücke hatte man begonnen. Dazu war die Behelfsbrücke bis zum 15. November 1970 fertiggestellt.

Und schließlich kaufte der Rat der Stadt ein neues Fahrgastschiff (145 Personen). Es wurde am 21. Januar 1970 übernommen. Der Rat des Kreises und der Rat des Bezirkes hatten die Kaufsumme von 200.000 DM bereitgestellt.

Damit waren erneut die Aufgaben eines Fünfjahresplanes erfüllt. Wieder hatten die Anklamer Bürger durch fleißige Arbeit mit dazu beigetragen.

## **68. Der Kampf um die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (1971 bis 1975)**

Vom 15. bis 19. Juni 1971 wurde der VIII. Parteitag in Berlin durchgeführt. Im Mittelpunkt der Beratungen und der Beschlüsse des VIII. Parteitages standen die weiteren Aufgaben des sozialistischen Aufbaus. Die Delegierten beschlossen die Strategie und Taktik zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Dabei wies die Parteitag darauf hin, dass die Wirtschaftstätigkeit kein Selbstzweck ist, sondern den werktätigen Menschen dienen muß. Damit stehen im Mittelpunkt der gesamten Tätigkeit der SED und des Staates, die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen und die Formung sozialistischer Persönlichkeiten. Im Bericht des Zentralkomitees hieß es dazu:

"Wir kennen nur ein Ziel, das die gesamte Politik unserer Partei durchdringt, alles zu tun für das Wohl der Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Das ist der Sinn des Sozialismus. Dafür arbeiten und kämpfen wir."

Dementsprechend beschloß der Parteitag als Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes 1971 bis 1975 die weitere "Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität."

Dieses hohe Ziel konnte nur durch die fleißige, zielgerichtete Arbeit aller Werktätigen erreicht werden. Dafür mußte auch der letzte Werktätige unserer Stadt seinen persönlichen Beitrag leisten. In der Landwirtschaft kam es darauf an, mehr und mehr zu industriemäßiger Produktion überzugehen. Doch moderne landwirtschaftliche Maschinen kosteten viel Geld und waren dann ebenfalls oftmals nicht ausgelastet. Daher empfahl der VIII. Parteitag den LPG, zum gemeinsamen Kauf und Einsatz moderner Großmaschinen überzugehen, dem der gemeinsame Anbau bestimmter Kulturen und schließlich die gemeinsame Organisation der gesamten Feldwirtschaft folgen sollten. Das heißt, es sollten Kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP) geschaffen werden. Auch die Anklamer Genossenschaftsbauern bildeten Ende 1971 die KAP\_Anklam/Kosenow. Es gab noch

viel Arbeit, denn die Getreideeinheit (GE) je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche lag erst bei 36 Dezitonnen. Im Republikdurchschnitt sollten bis zum Ende des Fünfjahrplanes (1975) 44 Dezitonnen GE je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche erreicht werden.

In der Tierzucht ging man zur Aufzucht von Zucht- und Nutzvieh über. Es gab folgende Viehbestände:

	Soll	Ist	Prozent
Rinder insgesamt	760	803	105,8
davon Kühe	420	420	100,0
Schweine insgesamt	1400	1075	76,7
davon Sauen	210	177	84,4

Zur Planerfüllung bei der Lieferung von Zucht- und Nutzvieh meldete die LPG:

	Soll	Ist	Prozent
Zuchtläufer ZE 1	210	238	113,2
Zuchtläufer ZE 2	480	482	100,0
Eber	80	134	167,8
tragende Sauen	30	24	80,0
Mastläufer	1.300	1.142	88,0

Nach dem Stande vom 15. Oktober 1971 waren die Umsatzpläne im Handel von der Konsumgenossenschaft zu 99,9 Prozent und der HO zu 98 Prozent erfüllt.

Doch die Ansprüche der Bevölkerung waren spürbar gestiegen. So war zum Beispiel der Pro-Kopf-Verbrauch bei Gemüse von 28,8 Kilogramm im Jahre 1966 auf 37,1 Kilogramm im Jahre 1970 gestiegen. Dabei war das Eigenaufkommen an frühen und mittelfrühen Gemüsearten stark zurückgegangen. Es wurden bereitgestellt:

	1966	1970
Frühgemüse	209,7 Tonnen	126,3 Tonnen
mittelfrühes Gemüse	677,1 Tonnen	343,6 Tonnen

Das bedeutete, unsere LPG und VEG hatten dem Gartenbau zu wenig Beachtung geschenkt. Daher wurden Aussprachen mit den verantwortlichen Leitern geführt und ab 1972 feste staatliche Auflagen erteilt.

Auch der Fleischverbrauch hatte sich weiter erhöht:

	1966	1970
Pro-Kopf-Verbrauch	36,8 Kilogramm	42,0 Kilogramm

Wir sehen, trotz guter Erfolge waren die Aufgaben der Genossenschaftsbauern und Arbeiter auf den VEG weiter gestiegen. Der Kampf um höhere Produktionsleistungen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung mußte noch intensiver geführt werden.

Im Bauwesen konnten 80 WE in der Südstadt bezogen werden. Weitere 24 WE in der Pasewalker Allee waren rohbaufertig. Fertig waren weiter die Turnhalle der Friedrich-Schiller-Schule, die HO-Verkaufsstelle Südstadt, die Betriebsanlagen des Kraftfahrzeug-Instandsetzungsbetriebes und der 10.000 Tonnen-Speicher. Nach Fertigstellung des Saatgutspeichers wurde auch der VEB Saat- und Pflanzgut Neubrandenburg, BT Anklam gegründet.

Nach Freiwerden der Räume des KIB in der Baustraße konnte dort ein polytechnisches Kabinett eingerichtet werden, das am 1. September 1971 mit dem Unterricht begann.

Am 25. April 1971 waren der Ausweichsportplatz und am 24. Juni 1971 der Bluthsluster Park als Zentrum für Sport und Erholung übergeben worden.

In der Demminer Straße zwischen Leipziger Allee und Rat des Kreises hatte man den Bürgersteig

neu verlegt und gleichzeitig die Regenwasserabflüsse erneuert.

Wieder waren die Anklamer durch viele freiwillige Einsätze an manchem fertigen Objekt beteiligt. So wurden im "Mach-mit-Wettbewerb" Leistungen von insgesamt 241.700 DM vollbracht.

Man spürt es deutlich, viel wurde in diesen Tagen auch in Anklam zur Befriedigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung getan. Auch der VEB (K) Hauswirtschaftliche Dienstleistungen (HWD) konnte durch eine Gesamtleistung von 2.641.400 DM den Plan mit 112,8 Prozent erfüllen. Man hatte inzwischen 5 weitere Annahmestellen eingerichtet und auch die Bettfederreinigung, Abstepparbeiten, Nähen von Weißwäsche und Reparatur von Kinderspielzeug in eigener Arbeit übernommen.

Da konnte Bürgermeister Berlin am Ende des Jahres im Erfüllungsbericht des Jahresplanes mit ruhigem Gewissen feststellen:

"Die Realisierung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes und des Haushaltsplanes 1971 in Verbindung mit den Beschlüssen des VIII. Parteitages stand im Mittelpunkt der gesamten Arbeit."

Und in der Einleitung zum Jahresplan 1972 hieß es dann erneut:

"Im Mittelpunkt stehen solche Arbeiten, wie die Erhöhung des Leistungsvermögens der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft und umfangreiche Maßnahmen zur Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen."

Damit stand auch 1972 die weitere Realisierung der Aufgaben und Ziele des VIII. Parteitages der SED im Mittelpunkt der gesamten Arbeit.

In der Landwirtschaft gab es besonders im Pflanzenbau viel zu tun. Der Zusammenschluß zur KAP Anklam/Kosenow machte eine Neueinteilung der Felder und damit die Aufstellung neuer Bebauungspläne notwendig.

Dabei waren Verstöße gegen die Fruchtfolge nicht zu vermeiden, so dass hier und da mit niedrigeren Erträgen gerechnet werden mußte. Andererseits ging man sofort daran, umfangreiche Meliorationsarbeiten durchzuführen. An Investitionsmitteln für neue Meliorationsarbeiten standen 393.700 DM und für die Werterhaltung von Meliorationen weitere 16.000 DM zu Verfügung.

Und so sah das Ergebnis der pflanzlichen Produktion 1972 aus. Ablieferung:

Getreide	19.980 Dezitonnen	100,0 Prozent
Ölfrüchte	3.723 Dezitonnen	86,5 Prozent
Kartoffeln	22.360 Dezitonnen	74,3 Prozent
Zuckerrüben	23.178 Dezitonnen	79,9 Prozent

Dazu hieß es: "Durch ungünstige Witterungseinflüsse gab es Ernteverluste bei Raps und bei Kartoffeln."

In der Viehwirtschaft hatte sich die LPG "Einigkeit" ganz auf die Lieferung von Zucht- und Nutztvieh umgestellt. Es wurden geliefert:

Kälber für die KIM	146 Stück	-	97,0 Prozent
Zuchtkälber	32 Stück	-	43,0 Prozent
Mastläufe	1.227 Stück	-	76,6 Prozent
Zuchtläufer	848	-	113,0 Prozent

Die LPG besaß zu diesem Zeitpunkt 430 Kühe. Auch hier brachte der Übergang zu neuen Produktionsformen zunächst einige Probleme.

Im Bauwesen waren die 24 WE in der Pasewalker Allee inzwischen bezogen. Dazu kamen weitere 46 Wohnungen, die durch Um- und Ausbau geschaffen wurden. Von 16 begonnenen Eigenheimen war das 1. bezogen. In der Wördeländer Straße konnte die Kinderkrippe mit 96 Plätzen zur Nutzung übergeben werden. Die Finanzierung 970.000 DM hatten 23 Anklamer Betriebe übernommen.

In der Südstadt wurde ein weiterer Kindergarten eröffnet, dessen Bau ebenfalls von Betrieben

finanziert worden war.

Nach Fertigstellung des Busbahnhofs ging man daran, den Bahnhofsvorplatz neu zu gestalten. Die Kosten in Höhe von 85.000 DM stellte die Reichsbahn bereit.

Am 1. Februar 1972 wurde auch die Konsumgaststätte "Hoher Stein" mit 200 Plätzen im Gastraum eröffnet.

Bereits am 10. Januar 1972 war der Anklamer Knabenchor gegründet worden. Die Leitung lag in den Händen von Wilfried Scheffler.

Wir haben nun schon über eine Reihe von Jahren über Aufbauleistungen berichtet, ohne auf die Entwicklung der Einwohnerschaft näher einzugehen.

1970 betrug die Zahl der Einwohner der Stadt 19.615 Personen, davon waren:

4.119 im Kindesalter bis 15 Jahren	-	21 Prozent
12.554 im arbeitsfähigen Alter	-	64 Prozent
2.942 im Rentenalter	-	15 Prozent

Die Einwohnerzahl stieg dann bis 1980 auf 20.382 Personen.

Das Jahr 1973 brachte folgende Hauptaufgaben:

"Weitere Erhöhung und Kontinuität der Produktion in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft und im Bauwesen durch zielstrebige Rationalisierung, die höchstmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität als entscheidende Voraussetzung für die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, Schaffung von Voraussetzungen für die rasche Steigerung der Konsumgüterproduktion in allen in Frage kommenden Betrieben."

Die Realisierung dieser Aufgaben verlangte erneut die Entfaltung der Initiative und Schöpferkraft der Arbeiter, Genossenschaftsbauern und aller übrigen Werktätigen. Dass sie dazu bereit waren, spürte man auch bei den Leistungen unserer Genossenschaftsbauern. Die KAP Anklam /Kosenow erfüllte diesmal den Staatsplan bei

Getreide	100,0 Prozent
Kartoffeln	100,0 Prozent
Ölsaaten	103,0 Prozent
Zuckerrüben	73,2 Prozent

Die Nichterfüllung des Planes bei Zuckerrüben wurde der großen Trockenheit zugeschrieben.

In der tierischen Produktion sorgten die Genossenschaftsbauern jetzt auch durch ihre individuelle Viehhaltung für die Bereitstellung zusätzlicher Produkte. So wurden geliefert:

Schweinefleisch - LPG	403,0 Dezitonnen	-	115,1 Prozent
Schweinefleisch Mitglieder	213,0 Dezitonnen	-	133,1 Prozent
Rindfleisch - LPG	442,6 Dezitonnen	-	177,0 Prozent
Rindfleisch Mitglieder	173,0 Dezitonnen	-	216,0 Prozent
Milch - LPG	14.419,0 Dezitonnen	-	90,1 Prozent
Milch Mitglieder	872,8 Dezitonnen	-	144,1 Prozent

An Zucht- und Nutztvieh lieferte die LPG:

	Soll	Ist	Prozent
Mastläufer	1.200 Stück	1.032 Stück	86,0 Prozent
Mastkälber	150 Stück	65 Stück	110,0 Prozent
Zuchtläufer ZE	1 420 Stück	456 Stück	108,5 Prozent
Zuchtläufer ZE	2 500 Stück	429 Stück	86,0 Prozent

Zur Unterstützung der Arbeit im Pflanzenbau wurde am 1. Januar 1973 der VEB ACZ Anklam mit

123 Beschäftigten gegründet.

Im Bauwesen hatte man mit dem Bau von 60 WE in der Hospitalstraße begonnen. Davon waren am Jahresende 30 WE rohbaufertig. Durch Um- und Ausbau wurden 8 Wohnungen wieder nutzbar gemacht. Weiter sah der Plan die Modernisierung von 30 WE vor. Fertiggestellt wurden sogar 50 Wohnungen.

Im Eigenheimkomplex am Stadion waren inzwischen 5 weitere Eigenheime bezogen.

Für die 26-Klassenschule in der Südstadt hatte man die Fundamente fertig.

Zum Abschluß heißt es im Erfüllungsbericht:

"Wenn nicht alle Aufgaben im Bauwesen erfüllt werden konnten, lag das daran, dass ein Teil der Bauarbeiter zeitweilig nach Berlin abgezogen wurden."

Im Wohnungswesen wurde trotzdem fleißig gearbeitet. Durch Neuvergebung und Tausch konnten 187 Wohnungen und 110 Einzelzimmer vergeben werden. Darunter befanden sich 44 Dreiraum- und 9 Vierraumwohnungen.

Zur Erhöhung der Sicherheit im Verkehrswesen wurden die Hauptstraßen mit Fahrbahnmarkierungen versehen. Auch der Ampelverkehr am Markt und am Rudolf-Breitscheid-Platz konnte in Betrieb genommen werden.

Am 1. September 1973 wurde dann das "Fritz-Reuter-Ensemble" gegründet.

In der Ausbildungsgemeinschaft der Landwirtschaft begannen 60 Jugendliche mit der Arbeit.

"Im Mittelpunkt der Arbeit der Stadtverordneten, ihrer Kommissionen und des Rates der Stadt stand der Kampf um die Erfüllung der Pläne", heißt es dann erneut im Erfüllungsbericht über den Volkswirtschafts- und Haushaltsplan 1974.

So stand neben Berichten über die Erfüllung des Jugendförderungsplanes, die Vorbereitung des 20. Jahrestages der Republik und der weiteren Verwirklichung der Investitionsvorhaben beim Bau der Anklamer Südstadt auch ein Bericht über die Durchführung des gemeinsamen Beschlusses des Politbüros des ZK der SED, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB vom 25. September 1973 über die weiteren Maßnahmen zur Durchführung des sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitages der SED auf der Tagesordnung einer Stadtverordnetenversammlung.

Das Jahr 1974 begann praktisch mit der Eröffnung der Anklamer Kleiderwerke am 2. Januar 1974 in der Südstadt. Der Betrieb, ein Nebenbetrieb der Kleiderwerke Altentreptow, war völlig neu aufgebaut worden. Unsere Bauarbeiter hatten auch im Übrigen wieder fleißig gearbeitet. So konnten in der Hospitalstraße 30 WE bezogen werden. Weitere 30 WE sollten hier bis Anfang 1975 fertig sein. Auch das Würfelhaus mit 70 WE (1 1/2 und 1 Zimmer) wurde zur Nutzung übergeben. Zunächst sollten jedoch Bauarbeiter darin wohnen.

Der Bau der neuen Schule in der Südstadt war so weit fertiggestellt, dass die Eröffnung am 30. März 1975 erfolgen konnte. Ebenfalls war auch die Kinderbetreuungseinrichtung (Tamara Bunke) mit 108 Kindergarten- und 48 Kinderkrippenplätzen in der Südstadt bis zum 9. September 1974 fertig.

Durch Ausbau von Dachgeschossen entstanden in der Südstadt 10 zusätzliche Wohnungen. 52 Wohnungen konnten durch Um- und Ausbau wieder zur Nutzung übergeben werden. Dazu kamen 8 Eigenheime.

Auch für die Sportler wurde gesorgt. Am 7. Oktober 1974 konnte in der Hospitalstraße die neu gebaute Mehrzwecksportanlage an die Anklamer Rollsportler übergeben werden.

Am 19. Mai 1974 gingen die Anklamer dann wieder in ihre Wahllokale, um die Abgeordneten des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung neu zu wählen. Bei nur 2 ungültigen und 5 Gegenstimmen entschieden sich erneut 99,98 Prozent der Wähler für die Kandidaten der Nationalen Front. Ein Zeichen, man hatte Vertrauen und war zufrieden mit dem Erreichten.

Zur Arbeit des Handels hieß es am Ende des Jahres 1974 im Erfüllungsbericht: "Der Bedarf an Grundnahrungsmitteln wurde durch den Handel und die Produktion abgesichert. Gute Leistungen waren in der Ernteversorgung erreicht worden. Aber auch die Versorgung mit Industriewaren hatte sich stabilisiert. Bei der Damen- und Herrenoberbekleidung kam es zeitweilig zu Sortimentslücken in den Größenordnungen. Durch HO und Konsum wurden Einkaufsmöglichkeiten für kinderreiche Familien organisiert und durchgeführt.

Der Wettbewerb des VEB Fleischverarbeitung mit den Handelsbetrieben wirkte sich positiv auf die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch- und Wurstwaren aus.

Der volkseigene Handel erfüllte den Warenumsatzplan mit 101,9 Prozent und die Konsumgenossenschaft mit 102,5 Prozent. In der Pasewalker Straße konnte die Großraumverkaufsstelle eröffnet werden.

Auch der VEB (K) HWD hatte weitere Möglichkeiten zur Durchführung von Dienstleistungen im Interesse der Bürger geschaffen. Die Gesamtleistungen des Jahres lagen inzwischen bei 4.208.000 DM und entsprachen 107,8 Prozent des Jahresplanes. Die Reparaturen von Fernsehapparaten und Waschautomaten konnten auf Wunsch der Kunden bereits überwiegend in den Wohnungen durchgeführt werden.

In der Landwirtschaft war man nach Bildung der KAP Anklam/Kosenow bemüht, die Pläne im Pflanzenbau zu erfüllen und überzuerfüllen. Das wurde erreicht, weil man sich um die Anwendung bestimmter Intensivmaßnahmen bemühte. So gab es eine Stickstoff-Spät düngung. Man baute neue Getreidearten an, wobei die rechtzeitige Bestellung der Flächen mit den neusten technischen Aggregaten erfolgte und führte planmäßig weitere Meliorationsmaßnahmen durch.

Bei Zuckerrüben wurde ein Pflanzenbestand von ca. 95.000 Pflanzen und bei Kartoffeln von ca. 45.000 Pflanzen je Hektar erreicht.

Und so sah dann die Planerfüllung aus:

	Soll	Ist	Prozent
Getreide insgesamt	22.590 Dezitonnen	23.790 Dezitonnen	105,3
Ölfrüchte	5.300 Dezitonnen	8.819 Dezitonnen	140,0
Kartoffeln	33.700 Dezitonnen	33.700 Dezitonnen	100,0
Zuckerrüben	57.400 Dezitonnen	68.464 Dezitonnen	119,3

Zur Sicherung des Berufsnachwuchses wurden für den Bereich der KAP 18 Lehrlinge eingestellt. Außerdem qualifizierten sich 7 Genossenschaftsbauern zu Facharbeitern.

Auf einer Fläche von 550 Hektar wurde mit dem Bau einer Beregnungsanlage begonnen. Sie konnte zum Teil schon 1975 genutzt werden.

In der tierischen Produktion der LPG "Einigkeit" gab es folgende Ergebnisse:

	Plan	Ist	Prozent
Schweinefleisch	700 Dezitonnen	733 Dezitonnen	104,7
Rindfleisch	500 Dezitonnen	516 Dezitonnen	103,2
Milch	15.250 Dezitonnen	15.147 Dezitonnen	99,3

An Nutzvieh wurden geliefert:

	Plan	Ist	Prozent
Nutzläuferschweine	1.200	1.097	91,4
Tragende Fersen	60	24	40,0

Wenn die Pläne nicht restlos erfüllt wurden, war das auf hohe Verluste durch Ausbruch von Seuchen in den Monaten März bis Mai zurück zu führen. Als Verluste wurden gemeldet: 182 Ferkel, 101 Läufer, 36 Kälber und 5 Kühe.

Mit dem Jahr 1975 ging dann ein weiterer Fünfjahrplan zu Ende. Wieder hieß es abrechnen. Das galt besonders für die erreichten Ergebnisse bei der Erhöhung des materiellen und kulturellen

Lebensniveaus unseres Volkes, wie es der VIII. Parteitag der SED beschlossen hatte. Viel wurde inzwischen erreicht. Von den Trümmern und Ruinen des 2. Weltkrieges war kaum noch etwas zu spüren. Erinnert daran wurden die Anklamer durch die Ruine der Nikolaikirche und den immer noch un bebauten Marktplatz. Alles brauchte eben seine Zeit.

Was hatte nun das Jahr 1975 gebracht?

In der Landwirtschaft bewährte sich der Zusammenschluß der KAP Anklam/Kosenow im Pflanzenbau auch weiterhin und führte zur weiteren Steigerung der Produktionsleistungen, die sich in der Planerfüllung zeigten.

	Soll	Ist	Prozent
Getreide	22.590 Dezitonnen	26.291 Dezitonnen	116,4
Ölfrüchte	6.600 Dezitonnen	11.768 Dezitonnen	178,3
Kartoffeln	16.800 Dezitonnen	21.747 Dezitonnen	129,4
Zuckerrüben	66.000 Dezitonnen	57.714 Dezitonnen	87,5

Unter den abgelieferten Kartoffeln befanden sich 14.660 Dezitonnen Pflanzkartoffeln. Bei Zuckerrüben konnte das Plansoll nicht voll erfüllt werden, denn durch Sandverwehungen beim großen Sturm im Frühjahr mußten zirka 100 Hektar ausgesät werden. Die späte Aussaat und die bald folgende Trockenheit brachten nicht mehr die geplanten Erträge.

In der tierischen Produktion wurde folgender Erfüllungsstand erreicht:

	Plan	Ist	Prozent
Schweinefleisch	825 Dezitonnen	920,8 Dezitonnen	111,6
Rindfleisch	3.180 Dezitonnen	3.186,0 Dezitonnen	100,2
Milch	28.900 Dezitonnen	28.437,0 Dezitonnen	98,4
Dazu kamen:			
Nutzläufer	5.210 Stück	4.797 Stück	92,1
Mastkälber	740 Stück	764 Stück	103,3

Die Nichterfüllung der Milchproduktion war auf die Tbc-Freimachung zurückzuführen. Die Reduzierung der Bestände erfolgte bereits früher als geplant.

Im Bauwesen lag der Schwerpunkt der Arbeiten beim Wohnungsbau in Anklam-Süd. Hier wurden insgesamt 10 Wohnblöcke mit 400 WE montiert, von denen zum Jahresende 280 WE bezogen werden konnten.

Die Abteilung Wohnungswesen war in der Lage, 223 Wohnungen neu zu vergeben. Trotzdem hatte sich die Zahl der Wohnungssuchenden weiter auf 1.468 erhöht.

Im Handel war man weiter um eine kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung bemüht. So wurden die Jahrespläne der VE Handelsorganisation (HO) mit 101,9 Prozent und der Konsumgenossenschaft mit 102 Prozent erfüllt.

Der VEB (K) HWD hatte seine Bereiche so erweitert, dass nunmehr 106 Dienstleistungsarten ausgeführt wurden, davon 45 auf Kooperationsbasis. Der Jahresplan wurde mit 111,8 Prozent erfüllt. Die Wartezeiten bei technischen Konsumgütern und Schuhreparaturleistungen konnten auf 2 bis 4 Tage gesenkt werden.

Im Straßenbau wurden die Schwarzdeckenarbeiten in der Leipziger Allee, Spantekower Landstraße, Rudolf-Breitscheid-Platz, Gellendiner Siedlung, Burgstraße, Bluthsluster Straße, Baustraße, Badstüber Straße und Greifswalder Straße planmäßig abgeschlossen.

Am Bahnübergang Bluthsluster Straße konnte die Fußgängerbrücke für den öffentlichen Verkehr freigegeben werden.

Auf dem Gebiet der Volksbildung wurde der Umbau der ehemaligen Tischlerwerkstatt Preuschofft zum Werkunterrichtsraum der Käthe-Kollwitz-Schule beendet. In der neuen Schule in der Südstadt begann der Unterricht am 1. September 1975 für 540 Schüler, die neue Turnhalle wurde bis zum



20. Dezember 1975 fertig.

Die Anklamer Rollsportler und ihre Freunde hatten ihren neuen Mehrzwecksportplatz in freiwilliger Arbeit eingezäunt, einen Geräteschuppen gebaut und 50 Bänke aufgestellt. Dabei leisteten die Sportler 2.000 Aufbaustunden.

Im Thälmann-Park hatte man das neue VDN- Ehrenmal errichtet. Es entsprach einem Wert von 101.000 DM.

Im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs wurden Einsparungen durch Eigenleistungen in Höhe von 250.000 DM bei der Werterhaltung von Wohnraum erreicht. 73 Wohnungen wurden dabei für ältere Bürger renoviert. Dazu kamen 84 Klassenräume in den Schulen und 21 Räume des Gesundheits- und Sozialwesens.

Im Straßenbau wurden 4 Kilometer Straßen im Werte von 500.000 DM instandgesetzt. So ging auch das Jahr 1975 zu Ende.

## **69. Der IX. Parteitag der SED stellte neue Ziele**

Einmütig und unter begeistertem Beifall der Delegierten beschloß der IX. Parteitag der SED (18. bis 22. Mai 1976): "Ausgehend von den geschichtlichen Errungenschaften, die die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen unter der Führung der SED erkämpft haben, und entsprechend den neuen gesellschaftlichen Anforderungen stellt sich die SED für die kommende Periode das Ziel, in der DDR weiterhin die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen."

Im Vorwort unseres Stadtplanes hieß es daher: "Die realen und anspruchsvollen Ziele und Aufgaben stellen hohe Anforderungen an alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens zur stabilen und kontinuierlichen Entwicklung unserer Volkswirtschaft im ersten Jahr des Fünfjahrplanes 1976 bis 1980, dem Jahr des IX. Parteitages der SED."

Das hieß für die Landwirtschaft, planmäßige Weiterentwicklung durch weitere Intensivierung, Konzentration und Spezialisierung und noch stärkere Anwendung der Möglichkeiten zur industriemäßigen Produktion. Dazu gehörte die am 1. Januar 1976 erfolgte Gründung der LPG (P) - (Pflanzenproduktion) als höhere Form der bisherigen kooperativen Abteilung Pflanzenproduktion (KAP). Zu Beginn der Trockenheit wurde die geschaffene Beregnungsanlage mit hoher Effektivität eingesetzt, weitere Meliorationsmaßnahmen wurden durchgeführt, und der Wegebau im Zusammenhang mit der Milchviehanlage konnte abgeschlossen werden. Der Bau der Milchviehanlage ging planmäßig weiter und sollte bis zum 31. März 1977 beendet sein.

Am Jahresende konnte die LPG (P) auf folgende Planerfüllung verweisen:

	Soll	Ist	Prozent
Getreide	23.590 Dezitonnen	23.590 Dezitonnen	100,0
Ölfrüchte	9.800 Dezitonnen	12.158 Dezitonnen	124,0
Kartoffeln	5.000 Dezitonnen	30.870 Dezitonnen	617,0
Zuckerrüben	66.000 Dezitonnen	82.307 Dezitonnen	124,7
Tabak	350 Dezitonnen	315 Dezitonnen	90,0

Obwohl die Anlagen noch nicht restlos fertig waren, wurde die "kooperative Einrichtung Milchviehanlage" bereits gegründet und man begann mit 560 Kühen mit der Arbeit. Abgeliefert bis zum Jahresende wurden:

	Plan	Ist	Prozent
Schlachtvieh insgesamt	584 Dezitonnen	396 Dezitonnen	67,9

*Stadtchronik Heinz Bemowky 1989*

Milch	20.000 Dezitonnen	24.879 Dezitonnen	124,4
Kälber	570 Stück	571 Stück	100,0

Wenn das Fleischsoll nicht erfüllt wurde, lag das an den teilweise nicht notwendigen Ausmerzungen der Kuhbestände, so dass dafür das Milchsoll beträchtlich überboten werden konnte.

In der übrigen tierischen Produktion lieferte die LPG "Einigkeit"

	Soll	Ist	Prozent
Rindfleisch	1.650 Dezitonnen	1.665 Dezitonnen	100,9
Schweinefleisch	7.300 Dezitonnen	7.592 Dezitonnen	104,0
Milch	41.500 Dezitonnen	41.097 Dezitonnen	99,0
Wolle	12 Dezitonnen	9,7 Dezitonnen	80,8

Die Milchleistung je Kuh lag bei 3.666 Kilogramm. An Zucht- und Nutzvieh wurden geliefert:

	Plan	Ist	Prozent
Nutzläufer	4.000 Stück	4.000 Stück	100,0
Mastkälber	700 Stück	704 Stück	100,5

Laut Zählung vom 20. November 1976 gab es

Kühe	1.110 Stück
Schweine	5.596 Stück
davon Sauen	767 Stück
Schafe	736 Stück

Im Bauwesen wurden die 1976 zu errichtenden 571 Wohnungen in der Südstadt planmäßig fertiggestellt und bezogen (staatlicher Sektor = 259 WE und AWG = 312 WE). Rohbaufertig waren zusätzlich weitere 40 WE. Bis zum 21. Dezember 1976 waren ebenfalls die neue Kaufhalle in der Südstadt fertig und übergeben und mit dem Bau der neuen Gaststätte (Stadt Anklam) begonnen.

Von 16 geplanten Eigenheimen waren 14 am Jahresende bezogen.

In der Ringstraße hatte man mit 7 weiteren Eigenheimen begonnen.

Durch Um- und Ausbau wurden 5 weitere Wohnungen geschaffen. Auf Initiative von Bürgern und Betrieben sowie dem planmäßigen Einsatz von Baubetrieben wurden 1976 insgesamt 119 Wohnungen modernisiert, davon 42 WE durch Einbau von Bädern und 77 durch Einbau von Gasraumbeheizung. Außerdem wurden weitere 120 Garagen gebaut.

In der Ravelinstraße hatte man mit dem Erweiterungs- und Umbau der Poliklinik begonnen.

Im Wohnungswesen konnten durch Neubauwohnungen und laufende Wohnraumbewegungen die Wohnverhältnisse für 1.107 Familien verbessert werden. Trotzdem betrug die Zahl der Wohnungssuchenden nach wie vor 1.344. In Vorbereitung der weiteren Bebauung der Innenstadt wurde mit dem Abriß der alten Häuser an der Kirche zwischen Keil- und Frauenstraße, am Markt und in der Steinstraße begonnen.

Auch die Mitarbeiter im Handel hatten sich um die Erfüllung ihrer Pläne bemüht und konnten zum Jahresende folgende Planerfüllung melden:

	Nahrungs- und Genußmittel	Industriewaren
HO	105,8 Prozent	105,2 Prozent
Konsumgenossenschaft	103,2 Prozent	99,3 Prozent

Die Erweiterung der Imbißstube am Kaufhaus (Marienkirchplatz) war inzwischen abgeschlossen.

Auch im Wettbewerb "Schöner unsere Städte und Gemeinden" wurden erneut gute Leistungen vollbracht. Dazu gehörte die Ausstattung von 87 WE mit Badeeinrichtungen oder Gasaußenwandbeheizung. Außerdem wurden 62 Wohnungen für alte Leute renoviert.

Bei der Ausbesserung von Straßen und Anlegung neuer Gehwege wurden Leistungen in Höhe von 100.000 DM vollbracht. Planierungsarbeiten, ein Plattenweg und der Bau eines Wächterhauses am

Müllplatz brachten Werte von 112.400 DM.

Am Schanzenberg gab es eine Straßenbeleuchtung (90.000 DM). In der Ringstraße wurden 500 Meter Gasleitungen verlegt und Bürgersteige geschaffen (34.000 DM). Ein Plattenweg am Garagenkomplex Peenstraße brachte 25.000 DM. Das Ausbaggern des Teiches am Krankenhaus und Arbeiten im Park (30.000 DM).

In den Schulen neben 5 neu geschaffenen Klassenräumen in der Friedrich-Schill-Schule 51 Klassenräume renoviert (225.000 DM). Und schließlich hatten die Rollsportler besonders beim Bau der Umkleidehalle Werte in Höhe von 26.000 DM geschaffen.

Damit wurde das erste Jahr des IX. Parteitages der SED den gestellten Anforderungen und Aufgaben in Anklam voll und ganz gerecht und brachte eine stolze Bilanz.

Doch das sollte erst der Anfang gewesen sein, denn zu Beginn des neuen Arbeitsplanes hieß es: "Mit den im Jahresplan 1977 gestellten Aufgaben wird ein entscheidender Anteil an der planmäßigen Verwirklichung des vom IX. Parteitag der SED beschlossenen Programms und der Direktive zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1976 bis 80 geleistet. Die gesetzten realen und anspruchsvollen Ziele und Aufgaben stellen hohe Anforderungen an alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zur stabilen und kontinuierlichen Entwicklung unserer Volkswirtschaft."

Alle waren bereit, denn erfüllte Pläne brachten auch persönliche Vorteile für jeden Einzelnen. Dabei ging es jedoch nicht immer so ganz glatt. Besonders in der Landwirtschaft hing noch viel vom Wetter ab. Die LPG (P) hatte Meliorationsarbeiten im Werte von 721.000 DM durchführen lassen. Trotzdem wurden die geplanten Erträge durch ungünstige Witterungsbedingungen besonders bei Ölsaaten und Zuckerrüben bei weitem nicht erreicht. Das zeigte sich dann in der Ablieferung:

	Soll	Ist	Prozent
Getreide	26.000 Dezitonnen	26.000,0 Dezitonnen	100,0
Kartoffeln	6.000 Dezitonnen	12.900,0 Dezitonnen	215,0
Ölfrüchte	12.200 Dezitonnen	7.019,0 Dezitonnen	57,5
Zuckerrüben	76.200 Dezitonnen	59.504,0 Dezitonnen	78,1
Tabak	450 Dezitonnen	218,1 Dezitonnen	62,2

Die hohe Übererfüllung der Kartoffelablieferung war sicher auf einen erhöhten Anbau zurückzuführen.

Die Ablieferung der "kooperativen Einrichtung Milchviehanlage" brachte folgendes Ergebnis:

	Soll	Ist	Prozent
Schlachtrind	720 Dezitonnen	599 Dezitonnen	83,2
Milch	37.000 Dezitonnen	38.632 Dezitonnen	104,4
Kälber für die Aufzucht	620 Stück	707 Stück	114,0
Kuhbestand am Ende des Jahres:	1.094 Stück.		
	Soll	Ist	Prozent
LPG "Einigkeit"			
Rindfleisch	1.800 Dezitonnen	1.608 Dezitonnen	89,3
Schweinefleisch	7.500 Dezitonnen	6.953 Dezitonnen	92,8
Milch	38.000 Dezitonnen	41.114 Dezitonnen	108,2
Kälber	570 Stück	727 Stück	127,5
Wolle	12 Dezitonnen	12 Dezitonnen	100,0

Der Viehhalteplan ergab am 20. November 1977 folgendes Bild:

	Plan	Ist	Prozent
Rinder insgesamt	1.500 Stück	1.207 Stück	80,5
davon Kühe	950 Stück	985 Stück	103,7

*Stadtchronik Heinz Bemowky 1989*

Schweine insgesamt	6.000 Stück	5.688 Stück	94,8
davon Sauen	550 Stück	560 Stück	101,8
Schafe	720 Stück	771 Stück	107,0

Als Ursache für fehlende Tierbestände wurden hohe Tierverluste angegeben.

Im Bauwesen war ein 40 WE Block in der Südstadt fertig. 15 Eigenheime waren bezogen und 16 weitere begonnen.

93 Wohnungen wurden modernisiert, davon 59 mit Außenwandheizung, 43 mit Badeeinrichtungen, 120 weitere Garagen (Flugplatz 90 und Gellendiner Weg 30) waren fertig.

Im Handel wurden 9 Verkaufsstellen modernisiert oder umgebaut.

Dabei machten die Abbrucharbeiten in der Steinstraße mehrfache Umsetzungen erforderlich. Es gab folgende Verlegungen: Ifa- Verkaufsstelle zur Frauenstraße, Verkaufsstelle "Pralinett" ins Grundstück Maetze in der Peenstraße, Fernsehmechaniker Dietze in die Breite Straße, Uhrmacher Riewe in die Keilstraße und Friseur Beckmann in die Nikolaikirchstraße.

Die Kreisstelle für Unterrichtsmittel erhielt neue Räume in der Demminer Straße 82.

Die Durchfahrtsstraßen für die Friedensfahrt wurden ausgebessert und zum Teil noch mit Schwarzdecken überzogen, denn am 13. Mai 1977 führte die Etappe Szczecin - Neubrandenburg der 30. Friedensfahrt durch Anklam.

In der Südstadt konnte am 5. Dezember 1977 die Kinderkombination "Paul Maaß" (Hans-Warnke-Straße 21) mit 144 Kindergarten- und 100 Krippenplätzen eröffnet werden. Damit gab es am Ende des Jahres in Anklam 421 Krippenplätze.

Dem Anklamer Heimatmuseum, das inzwischen ein Haus in der Ellenbogenstraße erhalten hatte, konnte am 30. Juni 1977 zum 50-jährigen Jubiläum der Ehrenname "Heimatmuseum Otto Lilienthal" verliehen werden. Hier gab es im Laufe des Jahres 90 Führungen und 4.850 Besucher.

Auf dem Sportplatz wurde am 19. November 1977 das neue Sozialgebäude zur Nutzung an die Sportler übergeben. Damit standen hier 6 Umkleidekabinen, 1 Schiedsrichterraum, 2 Dusch- und Waschräume, 1 Küche und 1 Klubraum zur Verfügung.

Im Kreisgebiet hatte man am 1. Februar 1977 mit dem Bau des Peene-Süd-Kanals begonnen.

Auch die im Plan 1978 gestellten Aufgaben waren auf die weitere Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gerichtet.

Aber das Jahr 1978 war für die Pflanzenproduktion anscheinend noch nicht so recht günstig. Die LPG (P) Anklam lieferte:

	Soll	Ist	Prozent
Getreide	29.500 Dezitonnen	29.500,0 Dezitonnen	100,0
Kartoffeln	6.000 Dezitonnen	5.150,0 Dezitonnen	85,8
Ölfrüchte	12.900 Dezitonnen	9.027,6 Dezitonnen	70,0
Zuckerrüben	71.990 Dezitonnen	48.785,0 Dezitonnen	67,8

Und so sahen die Hektarerträge aus:

	Soll je Hektar	Ist je Hektar	Prozent
Getreide	40,3 Dezitonnen	37,5 Dezitonnen	92,1
Kartoffeln	217 Dezitonnen	156,6 Dezitonnen	72,2
Zuckerrüben	340 Dezitonnen	273,8 Dezitonnen	80,5
Ölfrüchte	30 Dezitonnen	21,0 Dezitonnen	70,3

Dazu kam, dass die Anbauflächen bei Getreide mit 18 Hektar und bei Zuckerrüben mit 38 Hektar nicht erfüllt wurden. Die 38 Hektar Zuckerrüben mußten wegen schlechtem Bestand und Sandsturmfolgen umgepflügt werden. Dazu kamen Spätfrost im Mai und zu geringe Niederschläge im 1. Halbjahr.

auch die LPG "Einigkeit" konnte ihre Pläne nur teilweise erfüllen.

	Plan	Ist	Prozent
Rindfleisch	1.700 Dezitonnen	1.812 Dezitonnen	106,6
Schweinefleisch	7.850 Dezitonnen	6.252 Dezitonnen	79,6
Milch	38.000 Dezitonnen	35.710 Dezitonnen	94,0
Wolle	12 Dezitonnen	14,5 Dezitonnen	120,8

An Zucht- und Nutzvieh wurden verkauft:

	Plan	Ist	Prozent
Zuchtläufer	300 Stück	396 Stück	132,0
Mastkälber	405 Stück	409 Stück	101,0

weibliche Kälber zur Zucht 400 378 94,5

Als Ursache für die Nichterfüllung des Planes bei Schweinefleisch wurde angegeben, dass der Zugang an Läufern nicht kontinuierlich erfolgte, geplante Gewichtszunahmen nicht erreicht wurden und mehrfach eine vorzeitige Ablieferung erfolgen mußte. Die Nichterfüllung der Milch war auf eine nicht ausreichende Futtergrundlage, besonders Rau- und Kraftfutter zurückzuführen.

Informiert man sich dann jedoch über die Tierbestände, wird man eine weitere Ursache erkennen.

Tierbestände:	Plan	Ist	Prozent
Rinder insgesamt	1.300 Stück	1.153 Stück	88,7
davon Kühe	950 Stück	936 Stück	98,5
Schweine insgesamt	6.000 Stück	5.597 Stück	93,3
davon Zuchtsauen	560 Stück	535 Stück	95,5
Schafe insgesamt	750 Stück	744 Stück	99,2
davon Mutterschafe	300 Stück	245 Stück	81,7

Wie hatte sich inzwischen die kooperative Einrichtung Milchproduktion - „Siegfried Jähn“ entwickelt?

	Plan	Ist	Prozent
1. Erfüllung des staatlichen Aufkommens:			
Rindfleisch	1.945 Dezitonnen	2.122 Dezitonnen	109,1
Milch	90.000 Dezitonnen	90.843 Dezitonnen	100,9
2. Verkauf von Zucht- und Nutzvieh:			
Mastkälber	1.110 Stück	1.139 Stück	102,6
weibl. Kälber zur Zucht	1.100 Stück	1.078 Stück	98,0
3. Entwicklung der Tierbestände:			
Rinder insgesamt	2.500 Stück	2.542 Stück	101,7
davon Kühe	2.100 Stück	2.022 Stück	96,3

Wie wir sehen, hatte diese vorbildliche Einrichtung im September beim Besuch der Kosmonauten den Ehrennamen "Sigmund Jähn" zu recht verliehen bekommen.

Beim weiteren Aufbau der Stadt konnten in der Südstadt 277 Wohnungen bezogen werden. In der Innenstadt hatte man mit den Ausschachtungsarbeiten begonnen. Der Block an der Westseite des Marktes war am Jahresende bereits montiert.

Die 13 geplanten Eigenheime waren bezogen. Und schließlich wurden durch Um- und Ausbau noch weitere 34 WE geschaffen. Durch den VEB kommunale Wohnungsverwaltung wurden Reparaturleistungen in Höhe von 1.824.000 DM (101 Prozent) durchgeführt. Dabei hatten die Mieter durch Eigenleistungen Werte in Höhe von 763.000 DM geschaffen.

Die Abteilung Wohnungswesen konnte eine hohe Anzahl von Anträgen auf Wohnraum realisieren. Neben 277 Neubauwohnungen standen aus der laufenden Wohnraumbewegung 461 Wohnungen zur Verfügung, so dass die Wohnverhältnisse für insgesamt 738 Familien verbessert werden

konnten.

Und der Handel berichtete: Auf Grund der Nichterfüllung des staatlichen Aufkommens bei Schweinefleisch kam es im I. Halbjahr 1978 zu Sortimentslücken in der Versorgung mit Schweinefleisch und bestimmten Wurstsorten. Unzureichend war zeitweilig auch das Angebot an Frisch- und Räucherfisch.

Bei der Versorgung mit Industriewaren gab es Sortimentslücken bei Arbeitsbekleidung, Oberbekleidung für Damen und Herrn und auch für Kinder sowie bei Bettwäsche und Gebrauchsglas.

In der Spantekower Landstraße konnte die neue Großraumverkaufsstelle am 2. Januar 1979 eröffnet werden.

Der VEB (K) HWD erfüllte seinen Betriebsplan diesmal mit 104,2 Prozent. Die durchschnittlichen Wartezeiten betragen bei elektrischen Haushaltsgeräten bis zu 3 Tage, Waschmaschinen und Fernsehgeräte (schwarz-weiß) 2 Tage, Rundfunk und chemische Reinigung 8 bis 10 Tage.

Im Straßenbau wurden neue Gehwege in der Hospitalstraße (900 Meter für 108.000 DM) und in der Philipp-Müller-Straße (600 Meter für 109.000 DM) angelegt.

Auch im Wettbewerb "Schöner unsere Städte und Gemeinden - mach mit" wurden 1978 hervorragende Ergebnisse erzielt. So konnten insgesamt 182 Wohnungen modernisiert werden, davon erhielten 139 WE Gasraumheizung und 44 WE Bad oder Dusche. Im Eigenheimbau wurden 13 Häuser fertiggestellt.

An Wohnungen und Wohngebäuden wurden Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten in Höhe von 810.000 DM geleistet. Dabei wurden 95 WE für alte Leute renoviert. Im Bereich Volksbildung wurden 81 Klassenräume und im Gesundheits- und Sozialwesen 11 Räume in Eigenleistungen renoviert.

Durch verschiedene Arbeiten in Betrieben und Einrichtungen konnten weitere Werte in Höhe von 141.300 DM geschaffen werden. Im Bereich der örtlichen Wirtschaft wurden darüber hinaus Leistungen im Werte von 548.600 DM vollbracht.

Am 11. Dezember 1978 konnte auch die rekonstruierte und völlig umgebaute Poliklinik in der Ravelinstraße wieder eröffnet werden.

Doch den Höhepunkt des Jahres bildete ohne Zweifel der Besuch der Kosmonauten Sigmund Jähn und Waleri Bykowski nach ihrem gemeinsamen Flug mit dem Raumschiff "Sojus 31" am 23. September 1978 in unserer Heimatstadt, der Geburtsstadt Otto Lilienthals. Die "Freie Erde" schrieb dazu am gleichen Tage:

"Ungezählte Hände haben sich seit dem Bekanntwerden des Besuches gerührt. Die Bürger putzten ihre Orte. Die Anlagen sind gepflegt, zwischen dem Grün des Rasens blühen rote, blaue und gelbe Herbstblumen. Kein Dorf, keine Stadt zwischen der Autobahnabfahrt und Anklam ohne Fahنشmuck, ohne Girlanden und bunte Fähnchen. Und wer will es den Anklamern verübeln, dass sie sich die größte Mühe gaben. Schließlich sind sie für einige Stunden Gastgeber der Kosmonauten und Tausender Besucher aus dem ganzen Bezirk, die dieses Ereignisse miterleben wollen.

Die Stadt prangt im Fahنشmuck, Transparente, Spruchbänder, Plakate und Aufsteller heißen die Weltraumfahrer in Wort und Bild willkommen, künden von der unverbrüchlichen Freundschaft mit der Sowjetunion und von hohen Leistungen zu Ehren des 30. Jahrestages unseres Staates. Die Stimmung kann nicht besser sein - ein großer Tag steht uns bevor." So weit der Zeitungsbericht. Gegen 14 Uhr war es dann so weit. Die Wagenkolonnen mit den hohen Ehrengästen erreichten Anklam und man hielt auf dem Parkplatz vor der Gaststätte "Hoher Stein". Hier wurden sie vom 1. Kreissekretär der SED Genosse Paul Nemitz herzlich begrüßt und dann vom Genossen Chemnitzer zu einem rustikalen Mittagessen auf Mecklenburger Art eingeladen. In der Gaststätte hatten sich

bereits etwa 100 Ehrengäste versammelt. Nach dem alle Platz genommen hatten, ergriff Bürgermeister Genosse Berlin als "Hausherr" das Wort und wünschte den Gästen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt, die auf eine 714-jährige Geschichte zurück blicken konnte.

"Wir versichern", sagte er unter anderem, "dass unsere Bürger, dem Beispiel Sigmund Jähns und Waleri Bykowski im Kosmos folgend, auf der heimatlichen Erde den 30. Jahrestag der DDR durch würdige Friedenstaten vorbereiten werden."

Der Wunsch, allen Dank zu sagen, die die Kosmonauten und ihre Begleitung mit so viel Herzlichkeit begrüßt und empfangen hatten, sprach aus den Worten unseres ersten Fliegerkosmonauten als er sagte:

"Wir sind einiges gewöhnt an Herzlichkeit aus Baikonur, aus Moskau und Berlin, doch wir sind tief bewegt über die große Anteilnahme der Bevölkerung des Bezirkes Neubrandenburg, die uns Vertreter unserer beiden Staaten, der UdSSR und der DDR so würdigt."

Dann wurde das Mittagessen serviert. Zunächst gab es kalte Speisen nach russischer Art. Ihnen folgten warme Mecklenburger Gerichte, die in besonderen Kupferkesseln zubereitet wurden. Doch die Zeit, die eigentlich dem Mittagessen vorbehalten war, brachte noch manche bewegende Minuten. Unter den Ehrengästen saß auch der 82-jährige Anklamer Parteiveteran, der Genosse Fritz Göritz, der als junger Soldat an der großen sozialistischen Oktoberrevolution teilgenommen hatte. Er wurde den Kosmonauten vorgestellt. Herzlich umarmten darauf Waleri Bykowski, Wladimir Schatalow, Sigmund Jähn und Eberhard Köllner den ehemaligen Rotarmisten und hefteten ihm die Erinnerungsmedaille über den ersten gemeinsamen Weltraumflug - UdSSR und DDR - an seinen Rockaufschlag, den der Orden "Roter Stern" schmückte, der ihm 1967 in Moskau verliehen worden war. Auch für den alten Genossen, der so viel erlebt und gesehen hatte, waren es bewegende Minuten. Als ihm Genosse Köllner die Erinnerungsmedaille angeheftet hatte, bat er ihn tief bewegt. "Umarme mich noch einmal, ich bin so glücklich!" Und Genosse Köllner tat das mehr als gern. Nach dem Mittagessen folgte gegen 15.20 Uhr der Besuch im Heimatmuseum "Otto Lilienthal". Hier machten Museumsdirektor Robert Petermann und Bürgermeister Berlin die Kosmosbezwinger mit dem Leben Otto Lilienthals bekannt. Das Museum besaß inzwischen bereits eine wertvolle Sammlung von Dokumenten und Lebenszeugnissen des verdienten Flugpioniers, die bis in die ersten Versuche in den Anklamer Jugendjahren zurück reichten. Dabei galt das besondere Interesse der Gäste dem nachgebauten Gleiter, von Otto Lilienthal 1894 gebaut und als "Normalsegelapparat" bezeichnet. Mit ihm erreichte Lilienthal in den Rhinower Bergen Flugweiten bis zu 300 Meter.

Sigmund Jähn überreichte dem Museum bei dieser Gelegenheit ein Foto von einer Rakete im Kosmodrom Baikonur und eine Bodensicherung, die vor dem Start aus der Rakete entfernt wird. Zum Abschluß erfüllten Sigmund Jähn und Waleri Bykowski die Bitte des Museumsdirektors und enthüllten eine Tafel am Eingang zum Museum, die noch heute an den Kosmonautenbesuch erinnert. Das nächste Ziel war dann gegen 15.45 Uhr die Kranzniederlegung an der Otto-Lilienthal-Gedenkbüste, die dort aufgestellt wurde, wo früher das Geburtshaus, Peenstraße 8 stand.

Auf den Schleifen konnte man lesen:

" Dem Flugpionier und Humanisten Otto Lilienthal zum Gedenken.

Die Fliegerkosmonauten von Sojus 31

Sigmund Jähn und Waleri Bykowski."

Hier waren Ehrenformationen von Segelfliegern der GST, Agrarflieger der Interflug und Angehörige der Luftstreitkräfte angetreten. Obwohl die Zeit knapp war, denn um 16 Uhr sollte auf dem Marktplatz die große Kundgebung beginnen, gab es plötzlich noch eine große Umarmung. Genosse Jähn hatte unter den Piloten der Luftstreitkräfte einen alten Bekannten getroffen. Nach

kurzem Fußweg erreichten die Gäste dann den Markt, wo sie bereits von Tausenden eng gedrängt stehenden Besuchern erwartet wurden. Ein vielfaches "Hoch" aus Tausenden von Kehlen schallte ihnen entgegen. Und unter den Klängen "Hoch soll'n sie leben" betraten die Ehrengäste die Tribüne. Genosse Chemnitzer eröffnete die Kundgebung und hieß hier unter stürmischem Beifall die Kosmonauten nochmals recht herzlich willkommen. Er beglückwünschte sie im Namen der Kundgebungsteilnehmer zu ihrer Heldentat, die mit den höchsten Auszeichnungen der UdSSR und der DDR gewürdigt wurde.

Dann trat Sigmund Jähn ans Mikrofon und sagte unter anderem:

"Die Träume eines Otto Lilienthal sind heute in Gestalt sowjetischer Raumstationen mit internationalen Besetzungen Wirklichkeit geworden."

Darauf überreichte er dem Genossen Chemnitzer den Wimpel der Bezirksstadt Neubrandenburg, der die Besatzung während ihres Fluges begleitet hatte. Er trug die Unterschriften Sigmund Jähn, Waleri Bykowski und die Signen von Wladimir Kowaljonok und Alexander Iwantschenkow, die sich zu diesem Zeitpunkt schon 100 Tage im Weltall befanden.

Danach sprach Oberst Waleri Bykowski und betonte: "Der Ruf eurer Stadt, das sind die fleißigen Hände der Arbeiter und Bauern, die weit über die Grenzen eures Bezirkes, eurer Republik bekannt sind. Die Möbel, die ihr im Anklamer Möbelwerk herstellt, kennen wir auch in der Sowjetunion. Von den Leistungen eurer Stadt sprechen ebenso die hervorragenden Kollektive der Volkskunst, das Fritz-Reuter-Ensemble, der Knabenchor und der Männerchor sowie die bekannten Anklamer Fanfarenbläser. Der Name eurer Stadt ist in die Geschichte zusammen mit dem Namen eures Landsmannes, des Wissenschaftlers und Erfinders Otto Lilienthal eingegangen. Seit Menschengedenken strebte der Mensch danach, sich in den Himmel zu erheben. Einer dieser berühmten Männer ist Otto Lilientahl, als Pionier der Luftfahrt. Lilienthal verkörperte in einer Person den Ingenieur, den hervorragenden Theoretiker, den Konstrukteur von Seglern und den mutigen Segelflieger. Er starb, wie Ikarus bei einem seiner Versuche. Die Fliegerkosmonauten sind die geistigen Erben der Pioniere der Luftfahrt, der Raketentechnik und der Kosmonautik. Wir gedenken ihrer in tiefster Dankbarkeit. Friede und Glück eurer Stadt und ihren Bewohnern!" Im Namen der vielen Besucher der Kundgebung sprach dann die Kriener Genossenschaftsbäuerin Christina Alf. Sie sagte: "Als ihr, liebe Genossen Sigmund Jähn und Waleri Bykowski in den Kosmos geflogen seid, herrschte in meinem Kollektiv eine großartige Stimmung. Wir empfanden von Herzen kommende Freude über eure Heldentat. Wir sind begeistert, wenn ihr Kosmonauten des Sozialismus in den Kosmos aufsteigt, und voller Freude, wenn unsere Mutter Erde euch wieder hat. Das mit dir, lieber Genosse Sigmund, als erstem Deutschen, ein Bürger der DDR im Weltraum war, macht uns besonders stolz. Hier in diesen Mappen liegt eine Auswahl aus Tausenden Verpflichtungen. Sie zeigen, wie die Werktätigen und die Jugend unseres Kreises um hohe Leistungen wetteifern wollen, zu Ehren des 30. Jahrestages unseres Staates. Für die Qualität und das Tempo habt ihr uns im Kosmos das richtige Schrittmaß vorgelegt. Wir werden uns bemühen, und das versprechen wir dir an dieser Stelle, euch nicht nachzustehen. Das ist unsere Antwort auf euren Kosmosflug."

Dann überreichte sie den Kosmonauten die Mappen mit den Verpflichtungen der werktätigen des Kreises Anklam. Und noch einmal erhob sich ein großer Begeisterungssturm, als gegen Ende der Kundgebung Junge Pioniere auf die Kosmonauten zueilten und ihnen Modelle des Fluggleiters von Otto Lilienthal überreichten. Der gemeinsame Gesang der "Internationale" beschloß darauf diese erhebende und für die Anklamer unvergeßliche Manifestation.

Zum Abschluß des Besuches begaben sich die hohen Gäste dann zum Volksfest in den Anklamer Stadtpark an der Thälmann Allee. Hier hatten sich die Vertreter des Handels etwas einfallen lassen. Während der Genosse Waleri Bykowski ein riesiges Faß mit Neubrandenburger Bier anzapfte,



zerlegte Genosse Jähn den am Spieß gebratenen Ochsen. Und das Bier aus dem großen Faß mundete ebenso, wie der Imbiß vom Ochsen am Spieß. Auch hier wollten die Hochrufe nicht enden. Und immer wieder hörte man: "Salut für Sigmund und Waleri!" Doch dann hieß es Abschied nehmen. Darüber berichtete die Hortnerin der Käthe-Kollwitz-Oberschule Frau Stolz: "Immer wieder begeisterten unsere Kosmonauten durch ihre einfache und bescheidene Art. Gerne würde sicher jeder von uns ihnen persönlich die Hand drücken oder ein paar Worte mit ihnen wechseln. Doch das ist zeitlich nicht möglich. Noch heute Abend werden sie in Jena erwartet. Dreieinhalb Stunden waren die Gäste in unserer Stadt, nun heißt es Abschied nehmen. Noch einmal schütteln unsere Kosmonauten hunderte von Händen, die sich ihnen freundschaftlich entgegenstrecken. Und plötzlich, mir stockt der Atem, hat der Genosse Jähn auch meine Hand erfaßt. Er steht dicht vor mir und für einen Augenblick darf ich unserem ersten Kosmonauten in seine blauen Augen schauen. Ein Held unserer Zeit, doch ein Mensch wie wir. Das ist es, was uns alle von begeistert, was uns immer wieder zu neuen Beifallskundgebungen und Hochrufen anregt. So schön alle Erlebnisse waren, dieser kleine Augenblick, wer will es mir verdenken, war für mich doch der schönste und wird daher unvergeßlich sein!"

Alle waren sich einig, es waren für Tausende von Bürgern der Stadt, des Kreises und Bezirkes Augenblicke, die man nie vergißt. Es war auf jeden Fall der absolute Höhepunkt des Jahres 1978, der zu neuen Leistungen beim weiteren Aufbau anregte.

Schließlich wurde 1979 die Bebauung rund um den Markt sowie in der Stein- und Keilstraße fortgesetzt. Als die Kosmonauten uns besuchten, war man an der Ostseite des Marktes und in der Steinstraße bei den Ausschachtungsarbeiten. Man hatte das Baugelände mit einem Bretterzaun umgeben, den die Schüler aus den Schulen der Stadt liebevoll recht bunt bemalt hatten.

Bis Ende 1979 konnten in der Innenstadt bereits 160 WE übergeben werden. Die Ecklösung Markt/Keilstraße (16 WE) war montiert und man hatte mit dem Innenausbau begonnen. In der Keilstraße waren 30 WE fertig. Darüber hinaus waren 16 Eigenheime bezogen und 81 Wohnungen modernisiert. Darüber hinaus gab es Baureparaturleistungen in Höhe von 2.373.000 DM.

So konnten 347 Familien neuen Wohnraum erhalten.

Im Handel war inzwischen die Belieferung mit Fleisch- und Wurstwaren wieder gesichert. Nicht ausreichend konnten dagegen Kakaoerzeugnisse, Süß- und Dauerbackwaren sowie Spirituosen angeboten werden.

Am 18. Juni 1979 wurde die Spezialverkaufsstelle für Delikat-Erzeugnisse (Pasewalker Straße) und am 15. Oktober 1979 der Modesalon "Exquisit" (Stein-/Badstüber Straße) eröffnet. Ihnen folgte im Oktober die neue Verkaufseinrichtung für Wohnkultur und Kurzwaren im Neubau an der Westseite des Marktes.

In der Landwirtschaft kämpften die Genossenschaftsbauern weiter um die Erhöhung der Erträge. Bei Kartoffeln wurden diesmal 235 Dezitonnen/Hektar, wie im Plan vorgesehen, erreicht. In allen anderen Produkten blieb man noch beträchtlich unter den Produktionszielen. Bei Getreide sah der Plan 41 Dezitonnen/Hektar vor. Erreicht wurden nur 32,4 Dezeitonnen/Hektar. Bei Ölfrüchten waren es statt 28 Dezitonnen nur 18 Dezitonnen/Hektar. Die Zuckerrübenernte brachte 321 Dezitonnen/Hektar, geplant waren 340 Dezitonnen/Hektar. Daher wurden auch die Ablieferungspläne bis auf Getreide nicht erfüllt.

In der tierischen Produktion sah es nicht viel besser aus.

Die LPG "Einigkeit" lieferte:

Rindfleisch	1.398 Dezitonnen	106,7 Prozent
Schweinefleisch	6.235 Dezitonnen	97,7 Prozent
Milch	30.379 Dezitonnen	84,4 Prozent

Die "kooperative Einrichtung Milchproduktion - Sigmund Jähn" brachte

Rindfleisch 2.495 Dezitonnen 113,4 Prozent

Milch 103.269 Dezitonnen 98,4 Prozent

Im "Mach mit" Wettbewerb wurden bei der Erhaltung des Wohnraums Eigenleistungen in Höhe von 1.387.500 DM abgerechnet. Dazu gehörten die Modernisierung von 84 WE, die Renovierung von 100 WE für ältere Bürger, die Neugestaltung von 14 Hausfassaden und die Instandsetzung von 15 Wohnungen durch Betriebe der Stadt. Ebenfalls wurden wieder 52 Klassenräume und 22 Räume des Gesundheits- und Sozialwesens in freiwilliger Arbeit renoviert. Auch der Treppenaufgang in der Leipziger Allee wurde neu gebaut. Doch die Anklamer dachten nicht nur an ihre Arbeit, sondern nutzten auch die Freizeit. Die Schwimmhalle meldete 22.884 Besucher, während das Museum 6.795 Gäste begrüßen konnte. Zum 30. Jahrestag der Republik gab es in der Rathaushalle eine ebenfalls viel besuchte Ausstellung "30 Jahre Kreis Anklam".

Am 20. Mai 1979 hatte man die Abgeordneten der örtlichen Organe neu gewählt. Dabei beteiligten sich 98 Prozent an der Wahl und gaben mit 99,9 Prozent den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimmen.

Mit dem Jahr 1980 begann bereits wieder das letzte Jahr eines Fünfjahrplanes und damit zugleich die Vorbereitung auf den X. Parteitag der SED. Erneut hieß es in der Einleitung des neuen Stadtarbeitsplanes: "Die Hauptaufgabe besteht in der Erhöhung der Leistungen der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft und des Bauwesens durch umfassende sozialistische Intensivierung und Rationalisierung. Dazu ist notwendig:

- die weitere Intensivierung der pflanzlichen und tierischen Produktion,
- das Wachstum der industriellen Warenproduktion und der Arbeitsproduktivität,
- die Arbeitszeitfonds sind voll zu nutzen, Ausfall- und Wartezeiten weiter zu senken und
- Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse bei gleichzeitiger Kostensenkung."

Die Genossenschaftsbauern bemühten sich, doch die Pläne konnten wiederum nur zum Teil voll erfüllt werden. Angebaut hatte man alle Kulturen, wie im Plan vorgesehen. In der Ablieferung gab es bei Getreide eine 100-prozentige Erfüllung, bei Ölsaaten sogar eine Übererfüllung auf 109,8 Prozent. Bei den restlichen Kulturen wurden die Planziele nicht erreicht.

In der tierischen Produktion erfüllte die kooperative Einrichtung Milchproduktion Sigmund Jähn ihre Pläne wie folgt:

	Plan	Ist	Prozent
Rindfleisch	2.300 Dezitonnen	2.440 Dezitonnen	106,8
Milch	105.000 Dezitonnen	106.307 Dezitonnen	101,2

Die LPG "Einigkeit" blieb dagegen zum Teil wieder deutlich unter den geplanten Zielen.

	Plan	Ist	Prozent
Rindfleisch	1.050 Dezitonnen	1.099,0 Dezitonnen	104,3
Schweinefleisch	7.000 Dezitonnen	6.369,0 Dezitonnen	90,0
Milch	33.000 Dezitonnen	25.567,0 Dezitonnen	77,5
Wolle	14 Dezitonnen	13,9 Dezitonnen	98,0

Wieder gab man hohe Tierverluste als Grund für die Nichterfüllung an.

Im Bauwesen waren die Arbeiten besonders an der Ostseite des Marktes und in der Steinstraße noch in vollem Gange. Bei den Ecklösungen an der Westseite des Marktes waren 8 WE bezugsfertig. Ebenfalls konnten 12 weitere Eigenheime bezogen werden. 95 Wohnungen wurden modernisiert.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1980 wurde der VEB Bau- und Montagekombinat Industrie- und Hafengebäudebau Neubrandenburg, Produktionsbereich Anklam gebildet.

Im Ergebnis der im Marktbereich entstandenen Neubauten mit Geschäftsräumen im Erdgeschoß

gab es im Handel eine Reihe von Umzügen und Einrichtungen neuer Geschäftsräume. So wurden eingerichtet:

im Block 2 - ein Kinderversorgungszentrum

im Block 3 - Täschnerwaren, Schuhe, Stoffe und Haushaltswäsche

im Block 4 - "Alles für die Dame" (Steinstraße)

im Block 5 - Elektroakustik, Schallplatten, Musikinstrumente

eine 2. Delikat-Verkaufsstelle (Steinstraße), "Alles für den Herrn" (Pasewalker Straße),

Konsumverkaufsstelle (Pasewalker Straße - Sahn), Schreibwarenverkaufsstelle (Schulstraße)

wurde in die Pasewalker Straße verlegt. An der Westseite des Marktes/Ecke Keilstraße konnte das "Cafe am Markt" eingerichtet werden. Auch die Renovierung im Kaufhaus "Kontakt" wurde abgeschlossen.

Am 1. September 1980 konnte in der neu erbauten 24 Klassenschule Karl Liebknecht mit dem Unterricht begonnen werden. Die bisherigen Räume wurden für die Hilfsschule "A. S. Makarenko" hergerichtet.

Hervorragende Leistungen vollbrachten die Bewohner unserer Stadt wieder im "Mach mit" Wettbewerb. So wurden beim Wohnungsbau und Nachfolgearbeiten (Anlegung von Rasenflächen und Plattenwegen) Werte von insgesamt 2.312.500 DM erarbeitet. Renovierungen zur Erhaltung des Wohnraumes durch die Wohnungsinhaber brachten Werte von 1.518.500 DM. Dabei wurden 95 WE modernisiert und 104 WE für ältere Leute renoviert.

25 Fassaden konnten neu gestaltet werden und schließlich wurden wieder 39 Klassenräume, 86 Räume des Gesundheits- und Sozialwesens und 14 Kulturräume renoviert. Bei den Räumen des Gesundheits- und Sozialwesens handelt es sich um 46 Räume im Feierabendheim und 20 Räume im Pflegeheim bzw. 20 in Krippeneinrichtungen.

Trotzdem blieb auch 1980 noch genügend Zeit für die Freizeitgestaltung. Die Schwimmhalle meldete eine Rekordzahl von 76.149 Besuchern. Davon entfielen 33.688 auf die Schulen. Auch das Museum konnte 7.123 Besucher registrieren.

Wieder war ein Abschnitt sozialistischer Aufbaugeschichte unserer Deutschen Demokratischen Republik und damit auch für uns in Anklam zu Ende.

## **70. X. Parteitag der SED (11. bis 16. April 1981) - was wurde bisher erreicht?**

Die Anklamer Stadtverordnetenversammlung zog 1981 mehrfach Bilanz und ließ sich über den Stand der Entwicklung auf den verschiedensten Gebieten der Volkswirtschaft berichten. So ließen sie sich auf ihrer 12. Sitzung am 2. April 1981 zum Beispiel über den Stand der Verwirklichung der vom IX. Parteitag beschlossenen Aufgaben auf dem Gebiet der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft wie folgt berichten:

"Durch die Steigerung der Preise für Roh- und Brennstoffe auf dem Weltmarkt sind für unsere Volkswirtschaft veränderte Reproduktionsbedingungen entstanden. Sie erfordern ein qualitativ und quantitativ höheres Wirtschaftswachstum bei besserer Ausnutzung unserer inneren Ressourcen und die Verringerung des gesellschaftlichen Aufwandes zur Durchführung der Reproduktionsprozesse. Bei der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion geht es darum, mit den Vorhandenen und den planmäßig bereitstehenden Fonds, wie Landtechnik, Dünger- und Pflanzenschutzmittel, Treib- und Brennstoffe sowie andere Industrieerzeugnisse, effektiver zu wirtschaften, um höheren Leistungszuwachs zu erreichen.

In der LPG (P) muß weiter daran gearbeitet werden, noch mehr für die Erhöhung der Fruchtbarkeit

der Böden zu tun, mehr organische Substanz zu produzieren, um die Humusbildung der Böden zu verbessern. Das Gleiche gilt für die Regulierung des Wasserhaushalts auf dem Acker und dem Grünland. Nur so können wir eine Steigerung der Hektarerträge erreichen und damit die Versorgungsaufgaben für die Bevölkerung unserer Republik und die Tierbestände gesichert werden. Gegenwärtig sind 56 Prozent des Warenfonds für die Bevölkerung Nahrungs- und Genußmittel. Über 46 Prozent des Warenfonds sind Lebensmittel, die aus der Produktion unserer Landwirtschaft kommen.

Im zurück liegenden Fünfjahrplan-Zeitraum 1976 bis 1980 wurden je Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche 40,4 Dezitonnen Getreideeinheiten erzeugt. Trotz vielfältiger Aktivitäten und Initiativen konnte der notwendige Ertragszuwachs nicht erreicht werden. Diese Ausfälle bei den Erträgen sicherten nicht in allen Fällen die Staatsplanerfüllung in der pflanzlichen Produktion und die Futtergrundlage für die Viehbestände.

So wurden die geplanten Erträge für 1980 bei Getreide je Hektar nur mit 92,1 Prozent und bei Zuckerrüben mit 93,6 Prozent erreicht. Die Ölfrüchten gab es erfreulicherweise eine Erfüllung von 106,9 Prozent. Im Bericht des Vorstandes wurde die Nichterfüllung mit der teilweise ungünstigen Witterung begründet.

Unsere Genossenschaftsbauern sind jedoch um eine weitere Leistungssteigerung bemüht. So will die LPG (P) im Jahre 1981 im sozialistischen Wettbewerb 70 Prozent des Grobfutters in der Güteklasse I und II den Tierproduktionsbetrieben zur Verfügung stellen. Die Frühjahrs-Bestellungsarbeiten wurden bis zum 25. Mai 1981 vollständig abgeschlossen. Dabei sind als Anbauflächen geplant und bestellt: Getreide 1.905 Hektar, Kartoffeln 80 Hektar, Zuckerrüben 120 Hektar, Ölfrüchten 426 Hektar und Tabak 25 Hektar.

Bei Zuckerrüben sollen mindestens 80.000 Pflanzen je Hektar und bei Kartoffeln 50.000 Stauden je Hektar nach Abschluß der Pflegearbeiten vorhanden sein.

In der tierischen Produktion sind die zur Verfügung stehenden Futtermittel rationell nach wissenschaftlichen Erkenntnissen so einzusetzen, dass höchste Mastzunahmen und eine hohe Milchproduktion erreicht werden.

Die LPG (T) "Einigkeit" erfüllte ihre Pläne 1980 in fast allen Positionen nicht. Die Nichterfüllung bei Schweinefleisch lag in erster Linie daran, dass seit Mitte des Jahres 1980 eine ansteckende Seuche in einigen Stallanlagen um sich griff, wobei besonders Ferkel und Läufer eingingen. Damit fehlte teilweise der Nachwuchs in der Mast. Die Seuche konnte bisher nicht voll eingedämmt werden, so dass auch 1981 mit entsprechenden Verlusten gerechnet werden muß. Die Fehlmenge bei Milch hätte für rund 130.000 Stück Butter gereicht. Das heißt, die Versorgung unserer Stadt wäre damit für 40 Tage gesichert gewesen. Die Ursachen für die Nichterfüllung der Milch können nicht, wie angegeben, in der Grobfutterbereitstellung gelegen haben, denn die LPG (M) Sigmund Jähn erhielt die gleichen Futtermittel und konnte damit die Milchproduktion sogar noch übererfüllen.

Auch waren in der LPG (T) "Einigkeit" die Tierverluste, trotz 10-prozentiger Senkung nach wie vor zu hoch. Hier waren der Volkswirtschaft insgesamt 159 Kälber verloren gegangen. Durch entsprechende Beratungen und Aussprachen zwischen dem Vorstand und den einzelnen Kollektiven wurden entsprechende Schlußfolgerungen gezogen. Neben dem Wettbewerb wird die Durchführung der leistungsabhängigen Vergütung für jeden Beschäftigten in der Milchproduktion stehen.

Die kooperative Einrichtung Milchproduktion Sigmund Jähn wurde im Februar 1981 in einer Belegschaftsversammlung in LPG (M) "Sigmund Jähn" umbenannt. Dieser Betrieb sicherte seit dem Bestehen durch vorbildliche Leistungen ständig die Planerfüllung. Hier erfolgte täglich die Bewertung des zur Verfügung stehenden Futters durch entsprechende Analysen, wonach durch die

Kollektive die richtige Futterzusammenstellung vorgenommen wird. Die Zusammenarbeit mit der LPG (P) wurde durch Bildung eines Kooperationsrates im Jahre 1980 spürbar verbessert.

Vorsitzender wurde nach dem Ausscheiden des Genossen Krüger LPG (M) der Vorsitzende der LPG (P) Genosse Kummert.

Zusätzliche Reserven zur Erzeugung von Schweinefleisch konnten durch die Sammlung von Küchenabfällen erschlossen werden. Das VEG Mast hatte durch fleißige Arbeit seiner Kollektive im Jahre 1980 insgesamt 11.380 Dezitonnen Küchenabfälle aus Haushaltungen, Betrieben und Einrichtungen gesammelt und verwertet. Damit konnten 619 Dezitonnen Schweinefleisch produziert werden.

Auf der 14. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 9. Juli 1981 standen dann die Fragen des Gesundheits- und Sozialwesens auf der Tagesordnung. Stadträtin Berndt sprach über die Erfüllung der Aufgaben und Schwerpunkte der Arbeit bei der medizinischen und sozialen Betreuung der Bürger nach dem X. Parteitag der SED.

Den X. Parteitag hatten die Genossen vom 11. bis 16. April 1981 mit weiteren Zielen und neuen Aufgaben bis 1986 in Berlin durchgeführt.

Genossin Berndt ging aus von der Feststellung:

"Der Gesundheitszustand unserer Bevölkerung zeigt ein günstiges Bild. Die mittleren Lebenserwartungen liegen gegenwärtig bei Männern bei 69 Jahren und bei Frauen bei 75 Jahren. Sie stiegen seit der Gründung unserer Republik bei Männern um 5 Jahre und bei Frauen um 7 Jahre. Auch in den 80-er Jahren bleiben der Schutz der Gesundheit der Bürger und die Sorge um ihr Wohlbefinden ein medizinisches Anliegen der ganzen Gesellschaft."

Was wurde nun bisher in Anklam erreicht und welche weiteren Aufgaben waren davon abzuleiten? Man konnte feststellen, bei der schrittweisen Entwicklung der letzten Jahre gab es keinen sozialen Stillstand. Nach wie vor hieß der Grundsatz: "Alles für das Wohl des Volkes!" So konnte Genossin Berndt mit ruhigem Gewissen feststellen:

"Bei uns gibt es seit 1945 keine Klasseneinteilung der Krankenhäuser mehr. Die Kosten für Medikamente und Krankenbetreuungen trägt bei uns die staatliche Krankenversicherung. Unser Kreiskrankenhaus weist zur Zeit eine Kapazität von 373 Betten aus, davon 97 chirurgische, 10 anästhesiologische, 193 interne und 103 gynäkologisch-geburtshilfliche Plätze mit 33 Neugeborenenbetten und 60 Betten der Kinderabteilung. Die Auslastung der Betten bewegt sich zwischen 55 und 90 Prozent und sichert den kreislichen Bedarf. Etwa 6.000 Bürger unseres Kreises werden jährlich stationär behandelt. Dabei konnte die ärztliche Besetzung in letzter Zeit zwar verbessert werden, doch sie ist noch nicht stabil genug. Gut ist die Zusammenarbeit mit den Universitätskliniken Greifswald, dem Zentralinstitut für Diabetes Karlsburg und dem 1980 eröffneten Bezirkskrankenhaus Neubrandenburg. Andererseits führt unser Kreiskrankenhaus überkreisliche Versorgungsaufgaben im Fach Gynäkologie und Geburtshilfe für Friedland und den östlichen Teil der Insel Usedom, im Bereich der Chirurgie für Altentreptow und Strasburg und in der Kinderheilkunde für den Kreis Ückerlande durch.

Eine neue Rahmenkrankenhausordnung fordert nicht nur ein vertrauensvolles Arzt-Patient-Schwestern-Verhältnis in den stationären Einrichtungen, sondern regelt auch die Einführung von Besuchermöglichkeiten nach 16 Uhr.

Die Einrichtung des Bereiches "Schnelle medizinische Hilfe" wird in Kürze nach Klärung der Kaderfragen erfolgen.

Durch die Rekonstruktionsmaßnahmen in der Poliklinik entstand hier eine moderne Einrichtung zur medizinischen Grundbetreuung der Bevölkerung, wobei die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mitarbeiter ebenfalls spürbar verbessert werden konnten.

Im Stadtgebiet gibt es weitere 5 staatliche Arztpraxen mit Fachärzten für Allgemeinmedizin.

Darüber hinaus arbeiten noch zwei Privatärzte (Dr. Born und Dr. Naethke) und ein Facharzt für Lungenheilkunde.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass das Netz der ambulanten medizinischen Einrichtungen im Stadtgebiet den gegenwärtigen Anforderungen entspricht.

Mit der Erweiterung der Abteilung für allgemeine Stomatologie sowie der Eröffnung einer Doppelpraxis in der Südstadt und der Rekonstruktion der Jugendzahnklinik im Jahre 1980 wurden auch auf dem Gebiet der zahnärztlichen Betreuung bessere Voraussetzungen geschaffen. Für die Zahntechnik stehen 17 Arbeitsplätze zur Verfügung. Leider sind zur Zeit nur 10 besetzt. Mit einer Kollektivleistung von 144 Prozent wurde zwar die Leistungsgrenze der Kollegen erreicht, doch der Bedarf konnte nicht voll gedeckt werden. Der Betreuungsgrad liegt bei den Zahnärzten zur Zeit bei 1.921 Bürger für einen Arzt. 1976 entfielen auf einen Arzt noch 3.400 Bürger.

Durch 6 Betriebssanitätsstellen und eine arbeitsmedizinische Untersuchungsstelle werden zur Zeit 5.135 Werktätige von Anklamer Klein- und Mittelbetrieben arbeitsmedizinisch betreut. Für weitere 3.500 Berufstätige der Stadt müssen Möglichkeiten zur Absicherung der arbeitsmedizinischen Betreuung geschaffen werden.

Als zentrale Betriebssanitätsstellen bieten sich zunächst an, die Gesundheitseinrichtungen im VEB Zuckerkombinat, im Tiefbaukombinat und im VEB Möbelwerke Anklam.

Obwohl der Kreis Anklam seit Jahren in Bezug auf die Höhe des Krankenstandes einen relativ günstigen Platz einnimmt (zum Beispiel 1979 Durchschnitt der DDR - 6,22 Prozent, im Bezirk - 5,47 Prozent und im Kreise Anklam 5,20 Prozent) steigen die Arbeitsausfalltage auch bei uns von Jahr zu Jahr.

In der Sozialversicherung des Kreises Anklam wurden 1980 insgesamt 14.682 Ausfalltage gegenüber 13.986 Tagen im Jahre 1979 registriert.

Eine weitere volkswirtschaftlich notwendige Aufgabe besteht in der Krippenbetreuung von Kleinkindern. In Anklam gibt es zur Zeit 7 Tageskrippen und eine Wochenkrippe mit insgesamt 421 Plätzen. Hier werden Kinder im Alter von 6 Monaten bis 3 Jahren betreut. Die Kinderkrippe "Anne Frank" hat dabei die Aufgabe, die praktische Ausbildung der Fachstudenten der Fachabteilung "Krippenpädagogik" durchzuführen. Zur Zeit befinden sich 6 Studentinnen in der Ausbildung. Da die Geburtenentwicklung in den letzten Jahren ständig stieg (1979 = 371 und 1980 = 387 Geburten) müssen wir weitere Krippenplätze schaffen. Zur Zeit liegen dem Rat der Stadt 360 Anträge auf einen Krippenplatz vor. Davon werden 250 Mütter nach Ablauf ihres Wochenurlaubs nicht wieder sofort in den Arbeitsprozeß eingereiht werden können, weil der Krippenplatz fehlt. Im März 1981 wurde daher mit dem Ausbau der Kinderkrippe "Anne Frank" mit 36 Plätzen begonnen. In der Hirtenstraße werden zur Zeit Vorarbeiten für den Bau einer Kinderkombination durchgeführt. Für 1982/83 ist der Bau einer weiteren Einrichtung in der Baustraße geplant.

Eine weitere Aufgabe besteht in der Betreuung kinderreicher Familien. In unserer Stadt wohnen zur Zeit 140 kinderreiche Familien und 31 alleinstehende Frauen mit 3 Kindern. Bei den 140 kinderreichen Familien handelt es sich um

101 Familien mit 4 Kindern

25 Familien mit 5 Kindern und

14 Familien mit 6 und mehr Kindern.

Hier gehört die Unterstützung bei der Versorgung mit ausreichendem Wohnraum zu den vorrangigen Aufgaben. An finanziellen Mitteln wurden 1980 insgesamt 150.300 DM zur Unterstützung bereit gestellt.

Die Sorge um die alten Bürger der Stadt besteht in der Unterstützung durch Helfer der Volkssolidarität und der Schaffung von Heimplätzen. Zur Zeit werden durchschnittlich 182 ältere Bürger durch 50 Hauswirtschaftspflegerinnen betreut. Die medizinisch-pflegerische Betreuung

wird besonders durch die unermüdliche Arbeit von 5 Gemeindeschwestern abgesichert. Die weitere Betreuung erfolgt dann im Feierabend- und Pflegeheim. Hier stehen zur Zeit 203 Plätze mit 124 Pflegeplätzen zur Verfügung. Aber auch hier liegen ständig 80 bis 90 Anträge auf Heimplätze vor. Die Aufnahme erfolgt natürlich nach der Dringlichkeit. Auch hier ist der Rat der Stadt bemüht, den Bewohnern das Leben so angenehm wie möglich zu gestalten. Das geht bereits aus den bereitgestellten Mitteln hervor. Waren es 1971 insgesamt 537.000 DM, so wurden 1980 mit 1.034.100 DM fast doppelt so viele Mittel bereitgestellt. 1980 wurden im Feierabendheim 46 und im Pflegeheim 20 Zimmer renoviert."

Man kann also abschließend nochmals mit ruhigem Gewissen sagen, die gesundheitliche und soziale Betreuung der Bürger ist bei uns in guten Händen.

Auf der 15. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24. September 1981 sprach Stadträtin Hamann über die Ergebnisse und Aufgaben bei der Verwirklichung der sozialistischen Jugend- und Sportpolitik und kam zu der Feststellung:

"Noch nie konnte ein Staat auf deutschem Boden so stolz auf seine Jugend sein, wie bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik, denn er war und ist ein Staat der Jugend und wird es immer sein. Diese Gewißheit wurde durch das XI. Parlament der Freien Deutschen Jugend vor Freund und Feind erneut bestärkt. Der X. Parteitag der SED hat alle Jugendlichen aufgerufen, sich die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus anzueignen, um danach im Sinne eines Kommunisten zu handeln, aus der Geschichte der SED und den Kampferfahrungen der älteren Generation zu lernen, eine aktive Lebensposition und einen sozialistischen Klassenstandpunkt herauszubilden, alle Möglichkeiten unserer sozialistischen Gesellschaft zu nutzen, das Wissen zu mehren, das Können zu beweisen, die Talente zu erproben und sich bei der Lösung der Aufgaben des Programms der SED zu bewähren. Deshalb hat das XI. Parlament der FDJ den "FDJ-Auftrag X. Parteitag" als Masseninitiative des X. Parteitages beschlossen. Die Jugend ist dabei, ihn in die Tat umzusetzen. Wenn heute junge Arbeiter an bedeutenden Abschnitten unserer Volkswirtschaft um vorbildliche Leistungen zur Erfüllung der Pläne ringen, wie unsere Jugendbrigaden in der "FDJ-Initiative Berlin", wenn Jugendbrigaden und Jugendobjekte, wie zum Beispiel in der Möbelfabrik und beim Interflug Maßstäbe für ganze Betriebskollektive setzen, wenn junge Menschen in der Bewegung "Messe der Meister von Morgen" (MMM) jährlich mehr als 100 Aufgaben aus den Plänen Wissenschaft und Technik realisieren, wenn sich junge FDJ-Mitglieder in den Leitungen des Jugendverbandes gewissenhaft auf die Übernahme von Funktionen in Staat und Wirtschaft vorbereiten, dann zeugt das, ohne dass diese Palette bereits vollständig ist, von der großen Kraft der Jugend auch in unserer Stadt."

In Vorbereitung auf die Stadtverordnetenversammlung wurden auf der Grundlage des Jugendförderungsplanes umfangreiche Untersuchungen und Kontrollen in Betrieben und Einrichtungen der Stadt zur Verwirklichung des Jugendgesetzes durchgeführt. Dabei konnte festgestellt werden, dass sich die Qualität der Jugendförderungspläne in den letzten Jahren spürbar verbessert hat. Die Aufgabenstellung wurde vielseitiger, konkreter und abrechenbarer. Solche konkreten Pläne gab es im VEB (K) Baureparaturen, dem Post- und Fernmeldeamt, dem LIW, den Handelsbetrieben, im VEB (B) Innenausstattung, im Möbelwerk "Wilhelm Pieck", dem ACZ und in der Krippenvereinigung. Doch es fehlen, wie zu sehen, noch eine ganze Anzahl von Betrieben, wo man die Jugendarbeit immer noch mehr oder weniger dem Selbstlauf überläßt. Das kann nicht weiter geduldet werden. Der Grundsatz "Die Arbeit mit der Jugend ist keine Gelegenheitsarbeit, sondern muß tägliche Praxis sein." gilt für jeden staatlichen Leiter in allen Betrieben und Einrichtungen.

Kernstück der politisch-ideologischen Arbeit der Jugend ist das FDJ-Studienjahr. Es gibt ihnen die Möglichkeit, auf interessante Weise die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, den

Marxismus-Leninismus zu studieren und die politischen Fragen unserer Zeit zu diskutieren. Ausgehend von den im Studienjahr 1980/81 durchgeführten Veranstaltungen kann eingeschätzt werden, dass sich die seit 1978 eingeführte Durchführung der 4 Zirkelkategorien bewährt hat. In Anklam studierten 1980/81 in 188 Zirkeln 3.096 FDJ-ler und 18 nicht organisierte Jugendliche. Damit wurden 92 Prozent der FDJ-Mitglieder erfaßt, was gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um 6,2 Prozent bedeutete. Die Zirkel wurden von bewährten Propagandisten (82,1 Prozent Genossen) durchgeführt. 231 Jugendfreunde legten im Studienjahr die Prüfung für das Abzeichen "Für gutes Wissen" ab.

Auch der "Treffpunkt Leiter", Rundtischgespräche oder Foren waren bewährte Formen zur Einbeziehung und Aufklärung der Jugendlichen. Gute Beispiele dafür gab es im VEB (K) Baureparaturen, in der ZBO, im KIB, dem LIW, in den Möbelwerken, dem Zuckerkombinat, den Handelsbetrieben und in der staatlichen Versicherung.

Von großer Bedeutung für die Arbeit der Jugend ist die Neuererbewegung "Messe der Meister von Morgen" (MMM). Auch hier gab es in den letzten Jahren spürbare Fortschritte, das galt besonders für die Jugendlichen der Möbelwerke "Wilhelm Pieck", im VEB Hauswirtschaftliche Dienstleistungen, in der volkseigenen Handelsorganisation und der Konsumgenossenschaft. Im Zeitraum von 1979 bis 1981 beteiligten sich insgesamt 11.647 Jugendliche an der MMM. Sie erarbeiteten 2.810 Exponate. Allein an der Kreismesse 1980 beteiligten sich 1.831 Jugendliche aus 36 Betrieben und Einrichtungen mit 104 Exponaten. Darunter befanden sich 79 Exponate aus Plänen der Wissenschaft und Technik. 1981 waren es 1.414 Jugendliche aus 46 Betrieben und Einrichtungen mit 110 Exponaten, davon 62 aus den Plänen Wissenschaft und Technik. Ziel der weiteren Arbeit sollte hier sein, auch der letzten Jugendbrigade einen Messeauftrag zu erteilen mit dem Ziel, den Anteil der Exponate aus den Plänen Wissenschaft und Technik weiter zu erhöhen. Eng verbunden mit der MMM-Bewegung ist die FDJ-Aktion "Materialökonomie". Dabei wurden 1980 insgesamt 52.472 Arbeitsstunden eingespart und ein Nutzen von 808.206 DM erwirtschaftet. 542 Tonnen Schrott und 99.500 Kilogramm Altpapier wurden für die Wiederverarbeitung erfaßt. Die Arbeit in Jugendbrigaden hat sich bewährt, denn hier entwickelt sich bei zielgerichteter Führung eine Atmosphäre des gegenseitigen Förderns und Helfens. In der Stadt Anklam gibt es zur Zeit 65 Jugendbrigaden, die vielfach sehr gute Leistungen aufzuweisen haben und keinesfalls hinter anderen Brigaden zurückstehen. Doch auch hier gibt es noch eine Reihe von Betrieben, wo man anscheinend immer noch kein Vertrauen zu den Jugendlichen besitzt und sich daher nicht traut, ihnen verantwortungsvolle Aufgaben zu übertragen. Zu den guten Leistungen der Jugendlichen hat sicher beigetragen, dass bei uns 80 Prozent aller Jugendlichen Lehrstellen nach ihren Berufswünschen erhalten konnten.

Neben der täglichen Arbeit braucht unsere Jugend natürlich auch Möglichkeiten für eine interessante Freizeitgestaltung. Eine solche Möglichkeit bietet sich ihnen in der Mitarbeit in der Gesellschaft für Sport und Technik. Hier konnten 1980/81 in den bestehenden 40 Grundorganisationen weitere 172 Mitglieder aufgenommen werden. Höhepunkt der Arbeit ist die jährlich durchgeführte Kreiswehrspartakiade, die 1981 in 7 Disziplinen durchgeführt wurde. Daran beteiligten sich 520 Wettkämpfer aus 32 Grundorganisationen.

Weitere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Jugendliche bietet der Jugendklub. Hier wurden 1980 insgesamt 186 Veranstaltungen mit 19.252 Besuchern durchgeführt. Darunter waren 100 Jugendtanzveranstaltungen. Daraus ergibt sich, dass in Zukunft noch mehr Wert auf die Organisierung von Foren, Vorträgen, Klubgesprächen und dergleichen gelegt werden muß. Die Einrichtungen des volkseigenen Handels und des Konsums wurden 1980 mit 92 durchgeführten Jugendtanzveranstaltungen den Anforderungen nicht immer voll gerecht. Das sich das Interesse unserer Jugendlichen nicht nur auf Tanzveranstaltungen beschränkt,



beweisen die hervorragenden Leistungen des Anklamer Knabenchores und des "Fritz-Reuter-Ensembles". Beide Gruppen trugen zur Gestaltung gesellschaftlicher Höhepunkte mit bei und sorgten durch ihre große Einsatzbereitschaft stets für ein volles Haus. Darum gilt ihnen der besondere Dank der Stadtverordnetenversammlung.

Selbstverständlich bestimmen auch Körperkultur und Sport die Freizeit vieler junger Menschen. Schließlich fördert der Sport wertvolle Charaktereigenschaften wie Mut, Ausdauer oder Kameradschaftlichkeiten und vertieft den Stolz auf die Deutsche Demokratische Republik und ihre Erfolge.

Die Sportarbeit wird bei uns besonders durch die Spartakiadebewegung aktiviert. Beteiligten sich 1979 etwa 2.000 Kinder und Jugendliche, so waren es 1980 bereits 2.300 junge Sportler. 1980 konnte der Kreis Anklam bei der Bezirksspartakiade den 2. Platz belegen.

Auch die Sportler sorgen für die Instandhaltung und den weiteren Ausbau ihrer Anlagen. Das gilt besonders für die Sportfreunde Hans-Ulrich Rehfeldt, Wolfgang Schröder, Helmut Schulz, Rudolf Radke und Joachim Arndt, die immer wieder mit anpacken, wenn es um Verbesserungen der Sportanlagen geht. Bei der Instandsetzung der Kegelsportanlage leisteten die Kegelsportler 1.100 Stunden im "Mach mit" Wettbewerb.

Auch ihnen und allen Helfern des Sports gilt der Dank der Stadtverordneten."

Auch hier kommt man am Schluß der Berichterstattung zu der Erkenntnis, wenn es auch hier und da noch Schwächen und Mängel gab, haben uns die letzten 25 Jahre seit der Berichterstattung des Stadtrates für Jugendfragen Genossen Krotz am 2. März 1954 doch ein gewaltiges Stück voran gebracht. Auch bei uns ist in dieser Zeit eine Jugend herangewachsen, auf die wir stolz sein können.

Auf der 20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 1. Juli 1982 hieß es im Tätigkeitsbericht des Rates: "Im Berichtszeitraum (1. Mai bis 1. Juli 1982) war die Tätigkeit des Rates insbesondere durch die aktive Vorbereitung und Durchführung der 19. Arbeiterfestspiele im Bezirk Neubrandenburg und in unserer Stadt gekennzeichnet."

Zu den beeindruckendsten Ereignissen der letzten Tage gehörten die Fertigstellung und der Einflug des Lilienthal-Denkmal, dem die Einweihung folgte.

Der Rat der Stadt richtete nochmals den Dank an alle Bauschaffenden, die maßgeblich dazu beitrugen, dass die Bürger unserer Stadt und darüber hinaus dieses Denkmal ihr Eigen nennen können. Die Erfüllung der Aufgaben aus dem Maßnahmenplan zur Durchführung der Schwerpunktaufgaben des Jahresplanes und Wettbewerbsprogramms 1982 zur Verschönerung des Stadtbildes in Vorbereitung auf die 19. Arbeiterfestspiele war ein Ausdruck für vielfältige Aktivitäten aller Bürger und Betriebe unserer Stadt.

Zu den wichtigsten Ergebnissen zählten dabei:

- Die Neugestaltung von 38 Fassaden mit einem Wertumfang von etwa 160.000 DM.
- Die Eigenleistungen der Mieter zur Erhaltung des Wohnraums mit insgesamt 606.000 DM.
- Die Renovierung von 38 Räumen in Einrichtungen der Volksbildung, des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der Kultur mit einem Wert von zirka 15.200 DM.
- Die Straßen- und Wegebauarbeiten, wo bisher 1,7 Kilometer Fahrbahn und 3.120 Quadratmeter Gehweg neu angelegt wurden. Der Wert betrug hier 865.000 DM.
- Die Fertigstellung von 6 Buswartehallen.
- Das Streichen der Straßenbarrieren, Verkehrsschilder und Leiteinrichtungen im Stadtgebiet.
- Der Abriß von 14 Ruinen im Wert von 178.000 DM.
- Das Pflanzen von 506 Bäumen, 1.600 Sträuchern und Hecken sowie 1.460 Obstgehölzen.
- Die Zweitbepflanzung von zirka 8.000 Blumen.

Dazu gehörten weiter alle Verschönerungsarbeiten im Stadtpark, wie das Befestigen der Gehwege,

die Instandsetzung des Plattengrabens und die farbliche Gestaltung der Tiergehege. Durch umfangreiche Renovierungs- und Umbauarbeiten am Jugendklubhaus sowie der Dachkonstruktion und Fassadengestaltung am Anklamer Theater wurden wesentliche Voraussetzungen für eine verbesserte kulturelle Betreuung der Jugendlichen und aller Bürger geschaffen. Es wird verständlich sein, wenn hier nicht alle geschaffenen Werte aufgeführt werden konnten, die zur Verschönerung der Stadt beitrugen. Der Rat der Stadt bedankte sich bei allen Bürgern, allen Betrieben und Einrichtungen, die sich durch einen aktiven Beitrag und durch vielfältige Initiativen, entsprechend der Losung: "Das Beste für unsere Gäste!" an der würdigen Vorbereitung der 19. Arbeiterfestspiele beteiligten. Durch diese vielfältigen Initiativen war es möglich, die Arbeiterfestspiele langfristig und zielgerichtet vorzubereiten und durchzuführen. Das Ergebnis war ein wahrhaft kulturpolitischer Höhepunkt. Alle Veranstaltungen waren durch ein hohes Niveau geprägt und sicher war für jeden etwas dabei.

Den Höhepunkt für uns bildeten dabei sicher das Einfliegen des Lilienthal-Denkmal am 8. Juni 1982 und die Einweihungsfeier. Es war ein erhebender Augenblick zu sehen, wie das Denkmal am Seil eines Hubschraubers langsam aber sicher seinem Standort zu schwebte. Bevor es an der Südseite des Marktes aufsetzte und befestigt wurde, gab es noch eine riesige Staubwolke. Hüte und Mützen flogen durch die Luft.

Am 26. Juni 1982 erfolgte dann im Beisein des Ministers für Kultur Hans-Joachim Hoffmann die Einweihung des Denkmals. Dazu sprach der Vorsitzende des Rates des Bezirkes der Genosse Heinz Simkowski.

Bewährte Piloten hielten Ehrenwache und entfernten darauf das Tuch. leider war der Himmel regen verhangen, so dass die Uraufführung des Lilienthal-Poems im Saale des Volkshauses durchgeführt werden mußte. Die Aufführung am Denkmal wurde am 24. August 1983 beim erneuten Kosmonautenbesuch nachgeholt.

Zunächst besang der Anklamer Knabenchor die Kinderzeit der Brüder Lilienthal.

"Abendlicht über den weiten grünen Wiesen  
kreisende Störche am blauen Sonnenhimmel  
spielende Knaben, ach - könnte man fliegen,  
sich wie ein Storch in den Lüften wiegen."

Hieß es daher am Anfang und dann lauschten alle der hellen Knabenstimme von Dirk Zotner, der nochmals die Erlebnisse der Kinder auf der Torfwiese des Vaters besang und sie schwärmen ließ:

"Über die Wiesen die endlosen,  
über die blühenden Weiten,  
kreisen Störche im Abendlicht,  
sieh' - wie sie mühelos gleiten.

Wie sie sich wiegen im warmen Wind  
frei durch das Himmelblau schweben,  
wie sie so hoch den Reigen drehen,  
vor lauter Lust, lauter Leben.

Bruder, ich glaube die Zeit ist reif,  
schau nur, was sie uns zeigen.  
Gegen den Wind fliegt der Vogel auf  
gegen den Wind muß man steigen!"

Nachdem ein weiterer Solist die Sage vom Ikarus und Wieland dem Schmied vorgetragen hatte,

setzte die Vokalgruppe ein:

"Immer und immer zu jeglicher Zeit  
haben es Menschen gewagt,  
wurden als Thoren und Narren verlacht  
und von der Kirche verdammt."  
Um dann später festzustellen: Er -

"hat es erreicht, hat es geschafft,  
sich von der Erde gelöst,  
spürte als erster fliegender Mensch  
grenzenlos freies Gefühl  
endete tragisch, wie viele vor ihm,  
stürzte noch jung in den Tod!"  
Und schließlich vereinten sich alle Stimmen zum großen Schlußchor.  
Wie eine Mahnung hallte es immer wieder durch den Saal:

"Menschen paßt auf, gebt keine Ruh!  
Jetzt muß sich jeder bekennen,  
jedermann zählt, laßt es nicht zu,  
laßt nicht die Erde verbrennen!"

Als der letzte Ton verklungen war, erhoben sich alle Gäste Beifalls spendend spontan von den Plätzen, um so allen Beteiligten ihren Dank und ihre Anerkennung auszusprechen. Damit hatte Otto Lilienthal erneut seine würdige Ehrung erfahren. Doch der schönste Dank war sicher die planmäßige Erfüllung und Übererfüllung aller Ziele der täglichen Arbeit in den Betrieben. Die Werktätigen der Stadt und des Kreises erfüllten die staatlichen Planaufgaben der industriellen Warenproduktion bis zum 31. Mai 1982 mit 102,6 Prozent. Dabei entsprach die Übererfüllung einem Wert von 2,3 Mill. Mark. Bei vielen Betrieben war der Monat Mai der Monat der höchsten arbeitstäglichen Leistungen. Die Baubetriebe überboten ihren Plan um Bauleistungen im Werte von 66.000 DM und erfüllten die Arbeitsproduktivität mit 103,2 Prozent. Mit den Ergebnissen des Handels und der Versorgung in Auswertung des X. Parteitages der SED hatten sich die Abgeordneten bereits auf ihrer 19. Sitzung am 20. Mai 1982 beschäftigt. Das Jahr 1981 konnte dabei mit guten Ergebnissen abgeschlossen werden, denn die Einzelhandelsbetriebe brachten für 5,2 Mill. DM mehr Waren für die Bevölkerung, wie im Jahr davor auf den Ladentisch. Bei Reparaturen und Dienstleistungen konnten die Leistungen von 147,36 DM pro Einwohner im Jahre 1980 auf 153,08 DM im Jahre 1981 gesteigert werden. Durch Rekonstruktionsmaßnahmen im Betriebsteil I des VEB Brot- und Konditorwaren waren umfangreiche Zulieferungen an Brot und Brötchen aus Neubrandenburg notwendig. Es wurden täglich 4.000 bis 8.000 Brote und 50.000 bis 60.000 Brötchen geliefert. Dazu kam eine mehrschichtige Auslastung der Bäckerei - Betriebsteil II in der Pasewalker Straße. In der Obst- und Gemüseversorgung gab es Fortschritte. Das zeigt ein Vergleich der I. Quartale 1981 und 1982.

	1981	1982
Gemüse	163,7 Tonnen	216,2 Tonnen
Obst	98,4 Tonnen	152,1 Tonnen
Südfrüchte	48,2 Tonnen	60,3 Tonnen

Der VEB (K) HWD hatte sein Angebot inzwischen auf 123 Dienstleistungsarten erhöht. Für die Annahme standen im Stadtgebiet 3 Komplex- und 3 Spezialannahmestellen zur Verfügung. Die durchschnittlichen Wartezeiten betragen bei

Fernsehgeräten                    2 bis 7 Tage

Haushaltsgeräten                2 bis 6 Tage

und Waschmaschinen            2 bis 6 Tage.

Viel Arbeit für den Betrieb gab es bei der Umrüstung der Antennenanlagen auf den neuen Fernsehsender Helpterberg. Die Arbeiten wurden jedoch inzwischen abgeschlossen.

Die Wäscherei wurde vom VEB Textilreinigung Torgelow übernommen. Der Betrieb konnte im Herbst 1982 die neue Wäscherei in der Pasewalker Allee übernehmen.

Die PGH "Elegant" (Friseure) erhielt am Rudolf-Breitscheid-Platz neue Gewerberäume. Man baute sie zu einem modernen Salon aus. Danach wurde auch der Salon in der Frauenstraße renoviert.

Abschließend kam der Referent, der stellvertretende Bürgermeister Brieske zu der Feststellung: "Das entscheidende Problem bei der Durchführung der versorgungspolitischen Aufgaben für das Jahr 1982 besteht darin, das Niveau der Handelstätigkeit im umfassenden Sinne in jeder Einrichtung des Handels und der örtlichen Versorgungswirtschaft weiter zu verbessern und das Vertrauensverhältnis zwischen Kunden, dem Handel und dem Dienstleistungsbereich weiter zu vertiefen."

Der 23. Tagung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Dezember 1982 lag dann bereits der neue Jahres- und Haushaltsplan für 1983 vor. In seinem Bericht ging Bürgermeister Berlin zunächst auf die Erfüllung der Aufgaben in der Vergangenheit ein. Er konnte feststellen:

"Unsere gute Bilanz weist die Leistungskraft des Sozialismus und die intensive schöpferische Arbeit der Werktätigen aus. Davon zeugt der Produktionszuwachs von 4,2 Prozent bei gleichzeitiger Senkung des spezifischen Material- und Energieverbrauchs um 6 Prozent bis Ende Oktober dieses Jahres.

Das stabile Leistungswachstum unserer Volkswirtschaft wird damit fortgesetzt. Ihm ist es zu verdanken, dass allein in den 11 Jahren von 1971 bis 1981 unser Nationaleinkommen auf 167 Prozent gesteigert wurde und damit ein größeres Volumen erreichte, als in den vorangegangenen 22 Jahren seit der Gründung der DDR.

Seit nunmehr über einem Jahrzehnt haben die Stadtverordnetenversammlung und ihr Rat die Erfüllung der Hauptaufgabe in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Mittelpunkt der Tätigkeit gestellt.

So konnten seit 1971 insgesamt 1.501 neue Wohnungen gebaut werden. Dazu kamen 761 modernisierte Wohnungen. Das heißt, dass in diesem Zeitraum für 7.691 Bürger unserer Stadt, also für mehr als 1/3 unserer Bevölkerung, insbesondere für Arbeiterfamilien, kinderreiche Familien und junge Eheleute die Wohnverhältnisse grundlegend verändert werden konnten.

Ein weiteres Spiegelbild unserer Politik zum Wohle des Volkes sind die Nettoeinnahmen der Bevölkerung. Sie erhöhten sich von 1970 bis 1982 von 79 auf 128 Milliarden Mark. Im gleichen Zeitraum entwickelten sich die Spareinlagen der Bevölkerung unseres Kreises von 145,6 auf 234 Millionen DM.

Im gleichen Zeitraum stieg das monatliche Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung - Kinder und Rentner eingerechnet - von 486 DM im Jahre 1970 auf 855 DM im Jahre 1982.

Das alles sind erfolge des Sozialismus, die im Leben unserer Bürger spürbar sind. Trotzdem sagen wir nicht, dass alles, was wir uns vorgenommen haben, auch zufriedenstellend verlaufen ist und verläuft. Doch wir haben keinen Grund, unser Licht unter den Scheffel zu stellen.

Bezogen auf unseres Kreis wurden im Bereich der Industrie die ohne hin schon hohen Ziele der Produktion überboten und vielfach durch 2 zusätzliche Tagesproduktionen abgerechnet. So konnte

eine Planerfüllung der Betriebe mit industrieller Warenproduktion im Monat November 1982 von 110,4 Prozent erreicht werden, während der Plan im gesamten Berichtszeitraum 108,5 Prozent ausweist. Das entspricht einer Planüberbietung von 20,9 Millionen DM.

Trotz aller Bemühungen der Genossenschaftsbauern gab es in der tierischen Produktion Planrückstände von 420,8 Tonnen Milch und 173,4 Tonnen Schlachtvieh.

Mit der am 10. Dezember 1982 beendeten Rekonstruktion des VEB Brot- und Konditorwaren in einem Wert von 1,8 Millionen Mark verfügen die Werk tätigen dieses Betriebes nun über ausgezeichnete materiell-technische Bedingungen.

In der Baustraße konnte die Kinderkombination am 24. November 1982 fertig gestellt werden. Sie wird am 3. Januar 1983 für 108 Kindergarten- und 54 Krippenkinder die Türen öffnen.

Mit der am 22. Dezember 1982 abgeschlossenen Rekonstruktion des Heizhauses der Käthe-Kollwitz-Oberschule durch Ersatzneubau im Werte von 725.000 DM konnte ein seit Jahren anstehendes Problem nun mehr für die Schule und zugleich auch für die Kinderkombination gelöst werden.

Durch Eigenheimbau, Modernisierung und Instandsetzungsarbeiten konnten 1982 insgesamt 125 neue Wohnungen vergeben werden.

Groß war auch die Bereitschaft der Mieter und Eigentümer. Sie vollbrachten Eigenleistungen am Wohnungsbestand im Werte von mehr als 1,6 Mill. DM. Dazu kamen die Renovierung von 110 Wohnungen für ältere Bürger, die Gestaltung von 52 Hausfassaden, die Renovierung von 75 Räumen in den Einrichtungen der Volksbildung, des Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur und des Sports, der Abbruch von 13 bauaufsichtlich gesperrten Gebäuden im Werte von 177.700 DM, die Durchführung von 4.545 Quadratmeter Straßenbau- und 5.674 Quadratmeter Wegebauarbeiten im Bereich der Demminer Straße, des Plattengrabens Lander Steig, Ossietzkystraße, Diebsteig, der Friedländer Landstraße, Mühlenstraße, Eckstraße, Ahornweg, Großer Wall, die Parkplätze am Volkshaus und am Theater im Werte von 190.000 DM.

Darüber hinaus wurden 7 massive Buswartehallen mit einem Wert von 84.000 DM bebaut.

Die Schaffung von 123 zusätzlichen Plätzen für die Kinder im Vorschulalter und die geschaffenen Werte im "Mach mit" Wettbewerb durch Betriebe, Schulen, Hausgemeinschaften und Wohnbezirke in einem Gesamtwert von 7,6 Mill. DM haben dazu beigetragen, das Antlitz unserer Stadt weiter zu prägen und das Leben unserer Bürger noch angenehmer und schöner zu gestalten.

Für die fleißige Arbeit, die vollbrachten Leistungen möchte ich im Namen der Stadtverordnetenversammlung allen fleißigen Arbeitern, Genossenschaftsbauern und darüber hinaus allen anderen Werk tätigen insbesondere den Kollektiven, die auf der Grundlage abgeschlossener Kommunalverträge bzw. zweiseitiger Vereinbarungen in so vorbildlicher Art zum Wohl unserer Stadt gewirkt haben, herzlichen Dank und hohe Anerkennung sagen."

Mit diesem Dank des Bürgermeisters unserer Stadt wollen wir auch den Entwurf unserer Stadtgeschichte abschließen. Ab 1983 stehen Jahrbücher über die Chronik unserer Stadt zur weiteren Nutzung zur Verfügung.

Das, liebe Freunde, war die Geschichte unserer kleinen Stadt,  
die uns so viel z sagen hat.

Wir durften unser Anklam über mehrere Jahrhunderte begleiten,  
wir hörten von guten und auch schweren Zeiten,  
aber immer hat es hier fleißige Menschen gegeben.

Sie wollten Werte schaffen und nur im Frieden leben,  
doch leider, auch das haben wir gehört,  
wurde Vieles immer wieder durch Raubkriege zerstört.

*Stadtchronik Heinz Bemowky 1989*

Die Kriege haben ihre Anstifter stets reicher gemacht,  
dem Volke jedoch nur Not und Elend gebracht.  
Das durfte nicht immer so bleiben.  
Man mußte die Mörder und Kriegsbrandstifter vertreiben.  
1945 war es dann endlich so weit.  
Die Rote Armee hat uns vom Faschismus und der Ausbeutung befreit.  
Diesmal hat der Sieger uns die Freiheit gebracht,  
denn von nun an regierte die Arbeitermacht.  
Mit des Volkes vereinter Kraft  
wurden Trümmer und Ruinen bei Seite geschafft.  
Planmäßig wurde der Sozialismus aufgebaut,  
wer hätte das den Arbeiterfunktionären so schnell zugetraut.  
Auch unsere Stadt bekam ihr neues Gesicht.  
Sagt, liebe Freunde, gefällt sie euch etwa nicht?  
Wir lassen sie uns nicht noch einmal zerstören.  
Dafür stehen die jungen Soldaten auf Friedenswacht.  
Das haben unsere Genossen bei der Waffenübergabe zur Bedingung gemacht.